

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 40, Mai 2018

Die Performanz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für 43 Länder und 6 Wohlfahrtsregime

Dieter Holtmann

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



ISSN 1612-660

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung: Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen	1
2.	Typen von Wohlfahrtsregimen	10
2.1	Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen.	10
2.2	Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime.....	11
2.2.1	Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen	14
2.2.2	Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime.....	20
2.2.3	Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen.....	22
2.2.4	Zum Aufbau der Länder-Fallstudien	27
2.3	Performanzprofile der Wohlfahrtsregime	31
3.	Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime Skandinaviens	38
3.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der sozialdemokratischen Länder	38
3.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	40
	Schweden	40
	Dänemark	42
	Finnland.....	44
	Norwegen	45
3.3	Performanz der sozialdemokratischen Länder Skandinaviens	47
4.	Das konservative Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas.....	50
4.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der konservativen Länder.....	50
4.2	Fallstudien der einzelnen Länder	54
	Deutschland.....	54
	Österreich	56
	Schweiz	58
	Belgien	60
	Luxemburg	62
	Frankreich	64
	Niederlande	66
4.3	Performanz der konservativen Länder Kontinentaleuropas	68

5.	Das wirtschaftsliberale angelsächsische Wohlfahrtsregime	71
5.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der wirtschaftsliberalen Länder.....	71
5.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	78
	USA.....	78
	Kanada.....	80
	Australien.....	82
	Neuseeland.....	84
	Großbritannien.....	86
	Irland.....	88
5.3	Performanz der wirtschaftsliberalen angelsächsischen Länder.....	91
6.	Das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas	94
6.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der familistischen Länder.....	94
6.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	97
	Italien.....	97
	Spanien.....	99
	Portugal.....	101
	Griechenland.....	103
	Zypern.....	105
	Malta.....	107
6.3	Performanz der familistischen Länder Südeuropas.....	109
7.	Die Ausdifferenzierung des postsozialistischen Wohlfahrtsregimes Osteuropas	112
7.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der postsozialistischen Länder.....	112
7.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	116
	Slowenien.....	116
	Tschechien.....	119
	Slowakei.....	121
	Ungarn.....	123
	Polen.....	125
	Estland.....	127
	Lettland.....	129
	Litauen.....	132
	Bulgarien.....	134
	Rumänien.....	136
	Kroatien.....	138
	Serbien.....	140
	Russland.....	142
7.3	Performanz der postsozialistischen Länder Osteuropas.....	144

8.	Einzelfallstudie zur Türkei.....	148
9.	Das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens.....	150
9.1	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der produktivistischen Länder	150
9.2	Fallstudien zu den einzelnen Ländern.....	152
	Japan.....	152
	Südkorea.....	155
9.3	Performanz der produktivistischen Länder Ostasiens	157
10.	Wohlfahrtsregime in Lateinamerika.....	160
10.1	Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	160
10.2	Wohlfahrtslogik und Institutionen Brasiliens	163
10.3	Das Performanzprofil Brasiliens	164
11.	Einzelfallstudie zu Südafrika	166
12.	Einzelfallstudien zu Asien: China und Indien.....	168
12.1	Fallstudie zu China.....	169
12.2.	Fallstudie zu Indien.....	171
12.3.	Performanz von China und Indien	173
13.	Ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen	175
	Literaturverzeichnis.....	176

1. Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen¹

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz von Gesellschaften gemäß gesellschaftlich wünschenswerten Zielen zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen. Als systematischer Ausgangspunkt werden dabei die drei Welten der Wohlfahrtsproduktion von Esping-Andersen (1990) gewählt und von mir erweitert zu einer Differenzierung in (mindestens) sechs verschiedenen Wohlfahrtslogiken, die sich in unterschiedlichen Modernisierungspfaden niederschlagen.

In Fallstudien werden 43 Länder (incl. aller Schwellenländer) im Hinblick auf ihre Wohlfahrt untersucht. Diese Gesellschaften werden daraufhin betrachtet, in welchem Ausmaß sie Modelle guten Lebens aufzeigen. Unter Wohlfahrt verstehe ich in Auseinandersetzung mit der sozialphilosophischen Diskussion die Performanz hinsichtlich folgender acht Werte bzw. Ziele (vgl. das vorliegende Kapitel 1): Wohlstand und Wachstum; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfreundlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“). All dies betrachte ich als gesellschaftlich wünschenswerte Ziele. – Die Performanz bzgl. Wohlstand und Wohlfahrt wird im Kontext der Weltfinanzkrise und der folgenden großen Rezession auf dem aktuellen Stand betrachtet.

In meinem Ansatz gehe ich nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion aus, sondern unterscheide – in Erweiterung der „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (1990) – für die berücksichtigten Länder (u.a. alle EU-Mitglieder) insbesondere folgende fünf verschiedene institutionelle Entwicklungspfade der Modernisierung: Der sozialdemokratisch-universalistische Pfad, der wirtschaftsliberale Pfad, der Status-konservierende Pfad, der „familistische“ Pfad und die Entwicklung der Gruppe der postsozialistischen Länder, die sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung befinden (vgl. Kapitel 2). Berücksichtigt werden 4 skandinavische Länder, 7 kontinentaleuropäische Länder, 6 angelsächsische Länder, 6 südeuropäische Länder, 13 osteuropäische Länder, die Türkei sowie Japan und Südkorea, ferner Brasilien und Südafrika sowie China und Indien.

Als Institutionen werden bei den einzelnen Länderfallstudien untersucht: Politisches Regime, Wirtschaft, Geschlechterrollen, soziale Sicherungssysteme

¹ Die vorliegende Arbeit fasst einen Teil der Ergebnisse der folgenden Studie zusammen: Dieter Holtmann: 43 Fallstudien zur Performanz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aachen 2018: Shaker Verlag. 662 Seiten.

(Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Familie) und Bildung. Aufgrund der Institutionenlogik werden jeweils der Wohlfahrtstyp und der Entwicklungstrend herausgearbeitet. Ferner werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Länder und Wohlfahrtsregime charakterisiert. Um zu beantworten, wie gut diese Gesellschaften funktionieren, wird jeweils die Performanz der Institutionen mit Hilfe ausgewählter Indikatoren und Indices untersucht (vgl. Kapitel 3-12). Schließlich werden die Schlussfolgerungen aus der Gesamtbetrachtung gezogen (vgl. Kapitel 13).

Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher im Schwedischen Modell der Wohlfahrtsforschung genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z. B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um formale Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: Capability and well-being).

Die *öffentliche Wohlfahrt* wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

Zum weltweiten Vergleich von Wohlfahrt und Lebensqualität erstellen die Vereinten Nationen jährlich einen „Human Development Report“, in dem alle Nationen der Welt bzgl. der Humanressourcen, der Produktivität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Befähigung (Empowerment) verglichen werden. Wegen der Vielzahl der betrachteten Länder werden viele feine Unterschiede allerdings nicht betrachtet.

Um die *subjektive* Bewertung von Wohlfahrt und Lebensqualität zu erfassen, ist das Konzept der „Allgemeinen Lebenszufriedenheit“ und der „Zufriedenheit mit spezifischen Lebensbereichen“ entwickelt worden, welche mit den Methoden der empirischen Sozialforschung erhoben werden (für die Bundesrepublik Deutschland vgl. z. B. die regelmäßigen Datenreporte und die regelmäßigen Erhebungen des sozioökonomischen Panels). Im Folgenden werden dazu die

Gallup-Erhebungen berücksichtigt, ob die Bevölkerung in den betrachteten Ländern zufrieden ist mit den Wahlfreiheiten, zu leben, wie man/frau möchte.

Zur Frage der Performanz von Wohlfahrtsregimen

Wie Gesellschaften Wohlfahrt organisieren und institutionalisieren, drückt ihre grundlegenden Wertvorstellungen über gutes Zusammenleben aus. Um zu betonen, dass Gesellschaften für gewisse Zeitperioden bestimmte gesellschaftspolitische Programme verfolgen, wird im Folgenden der Begriff der Wohlfahrtsregime verwendet, womit an Esping-Andersens Konzeption angeknüpft werden soll (vgl. Esping-Andersen 1990). Um die Performanz von Gesellschaften im Hinblick auf Wohlfahrt vergleichen zu können, werden aus der sozialphilosophischen Diskussion von „moral values“ (vgl. Goodin et al. 1999) eigene Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt. (Die berücksichtigten Länder werden in Kapitel 2.2.3 erläutert.)

Performanzkriterien zum Vergleich der Lebensbedingungen

Goodin et al. (1999) und Merkel (2001) erarbeiten jeweils Kriterien, mit denen sie die Performanz von Wohlfahrtsregimen beurteilen wollen. Goodin et al. (1999) schlagen sechs „moral values“ ohne Rangordnung vor, Merkel fünf Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit, wobei die Nummerierung seine Priorität ausdrückt (vgl. Tabelle 1-1).

Tabelle 1-1: „Moral values“ und Kriterien sozialer Wohlfahrt

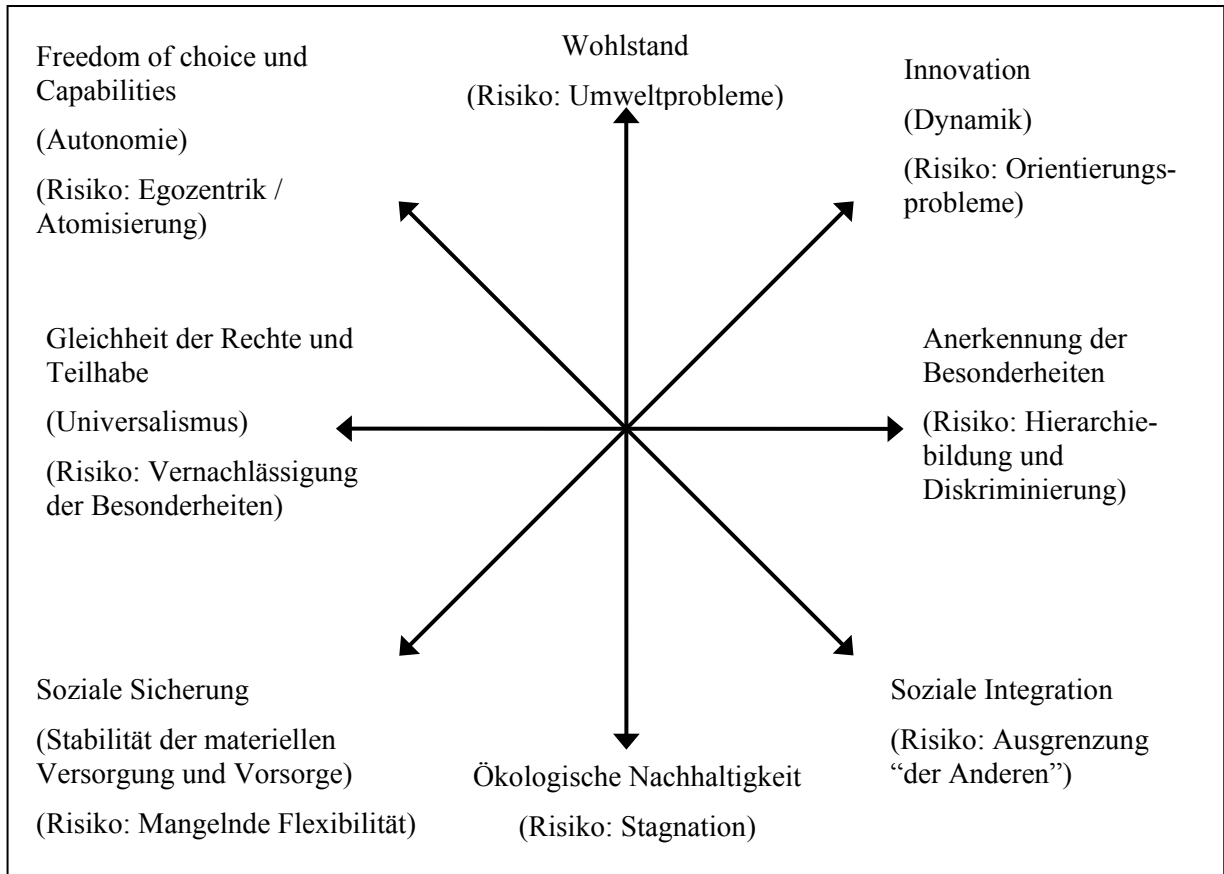
Goodin et al. (1999): 6 „moral values“	Merkel (2001): 5 Ziele der Verteilungsgerechtigkeit
Promoting economic efficiency	4b) Aktivierung durch den Sozialstaat
Reducing poverty	1) Vermeidung von Armut
Promoting social equality	5) Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung
Promoting social integration and avoiding social exclusion	3) Inklusion in den Arbeitsmarkt
Promoting social stability	4a) Sozialstaatliche Sicherung
Promoting autonomy	2) Bildung und Ausbildung

Um mögliche *Zielkonflikte* zu verdeutlichen, habe ich in Auseinandersetzung mit diesen Kriterienlisten vier Polaritäten zwischen je zwei Zielen vorgeschlagen, die in einem Sterndiagramm dargestellt sind (vgl. Abbildung 1-1). Die Ziele wurden alle positiv formuliert, z. B. ist hier der Gegenpol zu Universalismus nicht Partikularismus im Sinne von partikularen Interessen, sondern die

Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist.

Abbildung 1-1: Gesellschaftlich wünschenswerte Ziele und Kriterien für Wohlfahrt

(Projektion von acht Zielen in zweidimensionale Darstellung)



Modell: Dieter Holtmann

Tabelle 1-2: Mögliche Zielkonflikte

<i>Wohlstand sowie Ökologische Nachhaltigkeit</i>
<i>Innovation / Dynamik sowie Soziale Sicherung (Versorgung und Vorsorge)</i>
<i>Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe</i>
<i>Soziale Integration sowie "Freedom of choice and capabilities" (Autonomie)</i>

Dass es Zielkonflikte gibt, bedeutet nicht, dass es unmöglich wäre, die Ziele gleichzeitig zu erreichen. So wachsen mit den Konsumbergen auch die

Müllberge, aber es lassen sich auch Strategien entwickeln, die Umweltbelastungen zu verringern oder zu vermeiden sowie mit Technologie zu bearbeiten.

Wohlstand sowie Ökologische Nachhaltigkeit

Goodin et al. beginnen ihre Kriterienliste mit „economic efficiency“, bemerken aber selbst, dass dies eigentlich „morally agnostic“ ist (ebenda: S. 15). In ihrer Fußnote 5 (S. 26) verweisen sie auf „material well-being“ als evtl. eigentliches Wohlfahrtsziel. Entsprechend würden wir von dem Ziel des Wohlstandes ausgehen, wobei man allerdings Geld- und Zeitwohlstand unterscheiden könnte. Den materiellen Wohlstand erfassen die Ökonomen kurz durch das Brutto-sozialprodukt pro Kopf. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem quantitativen Wachstum des Wohlstands einerseits und – angesichts der Kehrseite des gleichzeitigen Wachstums der Müllberge der Konsumgesellschaft – der ökologischen Nachhaltigkeit andererseits, d. h. einem Wirtschaften, das verträglich ist mit den Naturkreisläufen, vom Klima über die Luft bis zur Landschaftsqualität.

Bei Merkel (2001) findet man den Effizienzgesichtspunkt ansatzweise als Aktivierung durch den Sozialstaat (4b).

Innovation sowie Soziale Sicherung (Stabilität der materiellen Versorgung und Vorsorge)

Angesichts des sich ändernden Umfelds müssen ständig neue Problemlösungen gefunden werden. Deshalb sind Innovation und Dynamik ebenfalls wichtige Kriterien einer Gesellschaft, da der relative Wohlstand auf der relativen Produktivität im Vergleich zu anderen basiert. Schumpeter erwartete diese Innovationen von dynamischen Unternehmern, heute spielen Forschung und Entwicklung eine entscheidende Rolle.

Während der Gesichtspunkt der Innovation bei Goodin et al. und Merkel fehlt, diskutieren Goodin et al. den Gegenpol, die soziale Stabilität. Die Systeme sozialer Sicherung sorgen für die Stabilisierung von Einkünften im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. Zudem machen Goodin et al. darauf aufmerksam, dass Stabilität auch den Aspekt umfasst, dass Individuen ihre Lebenspläne kontinuierlich verfolgen können, was gerade in Zeiten großer Umbrüche als Problemdimension deutlich wird.

Dem Gesichtspunkt der Stabilität entspricht bei Merkel das Ziel der sozialstaatlichen Sicherung, der Aspekt der Vorsorge wird durch die Investitionen in Bildung und Ausbildung thematisiert.

Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe

Die soziale Gleichheit wird in der Sozialphilosophie diskutiert zwischen den Polen „equal opportunity“ und „equal outcomes“ bzw. „equal resources“ und „equal welfare“, wobei ersteres die jeweils gemäßigttere Forderung ist.

Bei Merkel entspricht dem das Ziel der Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung, was ein wichtiger Aspekt der Gleichheitsproblematik ist.

Goodin et al. und auch Merkel formulieren die Vermeidung bzw. Reduktion von Armut noch einmal als selbständiges Ziel, das andererseits in der Gleichheitsforderung implizit enthalten ist. Bei Goodin et al. findet man u. a. die Formulierung, dass Armut dann vermieden wird, wenn Personen über die grundlegenden materiellen Ressourcen verfügen, um am üblichen Leben in ihrer Kommune teilhaben zu können. Ansonsten besteht die Gefahr der „low intensity citizenship“ (O'Donnell). Armut wird dabei verstanden als relative Armut, nämlich relativ zum jeweiligen Umfeld.

Der Gegenpol zum Universalismus der gleichen Rechte und Teilhabe scheint zunächst der Partikularismus im Sinne partieller Interessen zu sein. Positiv formuliert aber handelt es sich um die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist. Der Anerkennung der Besonderheiten wird von den genannten Autoren nicht thematisiert, spielt aber in der aktuellen Diskussion um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Orientierungen und Lebensweisen eine große Rolle.

Die Frage der Umverteilung wird inzwischen ergänzt um die Frage der Anerkennung (vgl. Fraser und Honneth 2003).

Soziale Integration sowie „Freedom of choice and capabilities“ (Autonomie)

Goodin et al. definieren die Grenzen der Verwandtschaft als diejenigen, für die gilt: „to take care of“. Dies trifft die Problematik besser als ihr Argument der „mutual aid“, denn Kranken müsste bspw. auch ohne utilitaristische Rückversicherung geholfen werden. Im Deutschen scheint mir der Begriff der Unterstützungsnetzwerke geeignet, da er Familie, Freunde, Nachbarn usw. zusammenfasst. Das Risiko sozialer Exklusion andererseits steigt mit der Kumulation von Nachteilen.

Bei Merkel wird entsprechend die Inklusion in den Arbeitsmarkt als Ziel formuliert, die ein wichtiger Weg zur sozialen Integration ist. Arbeitslosigkeit andererseits beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und die Handlungsfähigkeit.

Als Gegenpol zur ständigen Einbindung in Verwandtschaftsnetzwerke könnte man Autonomie ansehen. „Freedom of choice“ kann man besser wahrnehmen, wenn man über die entsprechenden „capabilities“ (Sen 1993) verfügt, d.h. befähigt ist, die formalen Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrzunehmen.

Dem „enabling“ (befähigen) entspricht bei Merkel das Ziel der Bildung und Ausbildung. Investitionen in Humankapital sind nach unserer Auffassung zentral, insofern sie Individuen befähigen, Problemlagen besser verstehen und bearbeiten zu können. Diese Handlungsfähigkeit wirkt präventiv auf mögliche Gefährdungen. Merkel setzt sie nach der Armutsreduktion auf seiner Prioritätenliste an die zweite Stelle, hebt aber auch ihre zentrale Multiplikatorfunktion für seine anderen vier Gerechtigkeitsziele hervor.

Ich halte die genannten acht Ziele alle für beachtenswert und würde angesichts der Vieldimensionalität der Problemlagen auf eine Prioritätensetzung zwischen diesen Zielen verzichten, da Entscheidungen eher kontextabhängig gefällt werden sollten.

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz der berücksichtigten Länder und – zusammenfassend – der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese acht gesellschaftlich wünschenswerten Ziele bzw. Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht.

Operationalisierung der Performanzkriterien

Zur Diskussion der Performanz von Wohlfahrtsregimen wurden acht gesellschaftlich wünschenswerte Ziele bzw. neun Performanzkriterien entwickelt. Zur Übersicht sollen die Indikatoren, mit deren Hilfe die Ziele operationalisiert wurden, noch einmal kurz zusammengestellt werden:

Wohlstand

- Lebensstandard (BIP/Kopf)

Ökologische Nachhaltigkeit

Belastungsniveau

- CO₂-Emissionen p.K.
- Müllbelastung p.K.
- Nuklearenergie-Anteil

Entlastungsstrategien

- Energieeffizienz
- Regenerative Energie (Substitution)
- Nachhaltige Landwirtschaft (Suffizienz)

Innovation

- Private Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Internetnutzer pro Einwohner
- Bedeutsame Patente

Soziale Sicherung

- Vorsorgend: Durch öffentliche und private Bildungsausgaben
- Nachsorgend: Durch Ausgaben des Sozialstaates

Frauenfreundlichkeit (Anerkennung der Besonderheiten)

- Frauenanteil im Parlament
- Studentinnenanteil
- Frauenerwerbsquotient
- Fraueneinkommensquotient

Migrantenfreundlichkeit (Anerkennung der Besonderheiten)

Offenheit für Migranten

- Bevölkerungsanteil von Migranten
- Einbürgerung

Teilhabe der Migranten

- Benachteiligung bzgl. der Arbeitslosigkeit
- Relative Benachteiligung bei der Lesekompetenz

Gleiche Teilhabe

- Bildungsarmut: Frühe Schulabgänger; „Risikoleser“.
- Einkommensarmut: Armuts(gefährdungs)quote
- Einkommensungleichheit: Gini-Index

Soziale Integration

Ökonomische Integration

- Beschäftigungsquote
- Arbeitslosenquote

Persönliche Integration

- Unterstützungsnetzwerke
- „Count on help“

Integration in der Zivilgesellschaft

- Teilnahme an politischen Veranstaltungen
- Kontakt zu Politikern
- Gewerkschaftsmitgliedschaft

Autonomie

Objektive Autonomie

- Öffentliche und private Bildungsausgaben als Investitionen in die Befähigung
- Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen
- Mittelwert der Lesekompetenz (PISA)
- PISA-Spitze (in %)

Subjektive Autonomie (in % der Bevölkerung)

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz der berücksichtigten Länder und der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese neun Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht. Die Operationalisierungen und die Ergebnisse der Länder für die einzelnen Performanzindikatoren und –indices sind ausführlich dokumentiert in meinem internationalen Vergleich: „Zum Wandel von Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen“ (Dieter Holtmann, Aachen 2017: Shaker Verlag. 314 Seiten).

Zum weiteren Aufbau des Buches

In den folgenden Kapiteln werden folgende Wohlfahrtsregime mit unterschiedlichen Logiken unterschieden: Die *sozialdemokratische Wohlfahrtslogik* ist idealtypisch zu charakterisieren durch einen universalistischen Anspruch auf Wohlfahrtsleistungen auf der Basis der Staatsbürgerschaft. In Fallstudien zu Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland werden die Besonderheiten des Institutionengefüges dieser Länder herausgearbeitet (vgl. Kap. 3).

Als *Institutionen* werden bei den einzelnen Fallstudien jeweils berücksichtigt: Das politische Regime; die Wirtschaft; die Geschlechterrollen; die sozialen Sicherungssysteme mit den Aspekten Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Familie; Bildung. Auf dieser Basis wird versucht, für jedes Land den (dominierenden) Regimetyp herauszukristallisieren und, soweit möglich, den Hauptentwicklungstrend zu ermitteln.

Es werden die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Länder dargestellt sowie ihre Performanz im Hinblick auf die gesellschaftlich wünschenswerten Ziele, die als Performanzkriterien im Vorhinein formuliert worden sind.

Die *konservative Wohlfahrtslogik* wird bei Esping-Andersen an dem Status-konservierenden Charakter der sozialen Sicherungssysteme festgemacht, in der vorliegenden Studie werden auch die Geschlechterrollen bei der Bestimmung des Charakters der Wohlfahrtslogik berücksichtigt, d. h. ob eher das „male-breadwinner model“ oder eher das „dual-earner model“ dominiert. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden (vgl. Kap. 4).

Die *wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik* ist charakterisiert durch bedürftigkeitsgeprüfte residuale Wohlfahrtsleistungen. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Irland (vgl. Kap. 5).

Die *familistische Wohlfahrtslogik* weist der Familie die primäre Zuständigkeit für Wohlfahrtsleistungen zu, der Staat stellt nur rudimentäre Wohlfahrtsleistungen bereit. Dazu werden Fallstudien zu Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern und Malta durchgeführt (vgl. Kap. 6).

Die *postsozialistischen Länder* haben eine Gemeinsamkeit in der Vergangenheit, befinden sich aber in einem Prozess der Ausdifferenzierung in unterschiedliche Entwicklungspfade. Dazu werden Fallstudien durchgeführt zu Slowenien,

Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Russland (vgl. Kap. 7).

Die *Türkei* ist als Beitrittskandidat der EU von besonderem Interesse. Deshalb wird die Türkei in einer Einzelfallstudie betrachtet (vgl. Kap. 8).

Die *produktivistische Wohlfahrtslogik* wird anhand von Fallstudien zu Japan und Südkorea diskutiert (vgl. Kap. 9).

Die Wohlfahrtsregime in *Lateinamerika* werden zunächst allgemein diskutiert, bevor Brasilien als ökonomisch wichtigstes Land in einer Einzelfallstudie untersucht wird (vgl. Kap. 10).

Für *Afrika* wird Südafrika als ökonomisch wichtigstes Land und als einer der BRICS-Staaten in einer Einzelfallstudie untersucht (vgl. Kap. 11).

Als weitere Länder Asiens werden die mit je über einer Milliarde Menschen größten Staaten der Erde, *Indien* und *China*, die in der Summe trotz niedrigen Lebensstandards auch wirtschaftliche Großmächte sind, jeweils in Einzelfallstudien untersucht (vgl. Kap. 12).

Schließlich werden die Ergebnisse zusammengefasst und einige Schlussfolgerungen aus den Fallstudien zur Produktion und Verteilung von Wohlfahrt, zu den verschiedenen Wohlfahrtsregimen und zu einem System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen gezogen (vgl. Kap. 13).

2. Typen von Wohlfahrtsregimen

2.1 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen

In seinem modernen Klassiker zur vergleichenden Wohlfahrtsforschung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet Esping-Andersen drei verschiedene Logiken von Wohlfahrtsregimen in dem „Dreieck“ der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie.

Der Regime-Begriff ist bei Esping-Andersen wie folgt definiert: „To talk of ‘a regime’ is to denote the fact that in the relation between state and economy a complex of legal and organizational features are systematically interwoven.“ (S. 2)

Aus meiner Sicht ist der Vorteil des Regime-Begriffs, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann: Ob z. B. der Thatcherismus, der mehrere Regierungsperioden umfasst, durch einen anderen wohlfahrtsstaatlichen Weg abgelöst wurde, d.h. ob ein Pfadwechsel stattfand und worin sich dann das neue gesellschaftlich-politische Programm von „New Labour“ unterscheidet.

In dem „liberalen“ Wohlfahrtsregimetyt dominiert die Marktlogik, der ausgleichende Wohlfahrtsstaat ist eher residual. Soziale Unterstützungsleistun-

gen werden von strengen Bedürftigkeitsprüfungen (needs-tests) abhängig gemacht. Ein Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes ist die USA.

In dem „konservativen“ (gemeint ist bei Esping-Andersen: Status-konservierenden) Wohlfahrtsregimetypp sind in der Sozialversicherungstradition die Sozialleistungen abhängig von den vorher geleisteten Beiträgen und dadurch von der Erwerbsarbeit. Zu diesem Typ gehört auch Deutschland.

In dem „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimetypp dominieren die Prinzipien des Universalismus und der *Dekommodifizierung*: Der Zwang zur Annahme von Erwerbsarbeit zu jeder Bedingung wird durch den Sozialstaat reduziert, d. h. der „Warencharakter“ (commodity (engl.) = Ware) der Arbeitskraft wird reduziert durch Lohnersatzleistungen. Schweden ist der Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimetypps und das Prinzip des universalistischen Sozialstaats auf hohem Leistungsniveau wurde institutionalisiert durch eine Allianz der Arbeiterbewegung mit den Mittelschichten.

2.2 Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

Soskice hat den Vorschlag gemacht, Produktionsregime zu unterscheiden, die Typen der Koordination von Unternehmen charakterisieren sollen (vgl. z.B. Soskice 1999). Die unkoordinierten (in meiner Formulierung: wirtschaftsliberalen) Marktwirtschaften mit den USA als Beispiel werden kontrastiert mit den koordinierten, die bei Soskice untergliedert werden in die national koordinierten mit Aushandlungen zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit Schweden als Beispiel und die sektoral koordinierten Produktionsregimen mit Deutschland als Beispiel, wo die Tarifpartner auf Branchenebene verhandeln. Eine weitere Form der Koordination findet sich in Japan, wo ein Ministerium dafür zuständig ist, die grundlegende Technologiepolitik von Unternehmensgruppen zu koordinieren. Ich würde als weiteres Produktionsregime das staatssozialistische bzw. staatskapitalistische unterscheiden, in der die Planwirtschaft bzw. Marktwirtschaft durch die herrschende Partei organisiert wird. Kitschelt et al. (1999) machen bereits darauf aufmerksam, dass typischen Produktionsregimen spezifische Parteiensysteme und bestimmte Typen von Klassenkompromissen entsprechen.

Unter Verwendung des Klassenallianzen-Ansatzes, den z.B. auch Esping-Andersen verwendet, würde ich für diese drei Strukturierungen folgende kausale Ordnung vorschlagen: *Die Entwicklungspfade der Klassenallianzen strukturieren die Entwicklung der Produktionsregime, und die Entwicklung der politischen Regime und Produktionsregime strukturieren wiederum die Entwicklung der Wohlfahrtsregime* (vgl. Tabelle 2-1). Die Tabelle ist strukturiert durch die beiden Polaritäten von Leitvorstellungen in den beiden Diagonalen: Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung und autonom agierende Individuen versus soziale Sicherheit durch die Zugehörigkeit zu Familie bzw. Clan.

Tabelle 2-1: Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

	←	→	
	<i>Universalistische öffentliche Wohlfahrt</i>		<i>Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets</i>
<i>Individualistisch</i>	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien		Hegemoniale bürgerliche Parteien
	National koordinierte Produktionsregime		Unkoordinierte (Wirtschaftsliberale) Marktwirtschaften
	Individualistisch-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Schweden)		„Low labour protection“, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem (Bsp.: USA)
		Christliche, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien
		Sektoral koordinierte Produktionsregime	Koordination von Unternehmensgruppen
		Berufsständische Status-konservierende Wohlfahrtsregime, mittlere soziale Absicherung (Bsp.: Deutschland)	Produktivistisches Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt (privates tertiäres Bildungssystem) (Bsp.: Japan)
		Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)	Patriarchale bzw. autoritäre Regime
		Nationale Koordinationsebene, aber schwache Verwaltung	Nationale Koordinationsebene
		Status-konservierende residuale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Italien)	Patriarchale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Türkei)
<i>Kollektivistisch</i>	Hegemoniale kommunistische Parteien/ Hegemonialer Staat		Theokratische, patriarchale und autoritäre Regime
	National koordinierte Produktionsregime		Staatlich gelenkte Wirtschaft auf der Basis religiöser Werte
	Kollektiv-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Staatssozialismus in Russland vor 1991) (Bsp.: Staatskapitalismus in Weißrussland)		Theokratische Regime (Bsp.: Saudi-Arabien)
	←	→	
	<i>Universalistische öffentliche Wohlfahrt</i>		<i>Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets</i>

Durch eine erfolgreiche Allianz mit den Mittelschichten gewann die Sozialdemokratie hegemonialen Einfluss in Schweden und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausbau des universalistischen Wohlfahrtsstaates mit hohem Niveau der sozialen Sicherheit.

In der Einwanderungskultur der USA gab es so viele kulturelle Konfliktlinien, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht so stark war, eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien abzuwenden. Mit der individualistischen Grundhaltung, dass jeder die eigene Verantwortung trägt, die Entwicklungschancen zu nutzen, und im Vertrauen auf die Effizienz des Marktes wurde die Wohlfahrt als residual konzipiert: Nur nach strenger Bedürftigkeitsprüfung sollten Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem die frühe Grundlage gelegt, dass die sozialen Sicherungssysteme den im Erwerbssystem erzielten Status bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter christdemokratischen Einfluss die soziale Marktwirtschaft ausgebaut, welche durch sozialdemokratische Einflüsse ergänzt wurde. Da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beide stark waren, konnte weder die Arbeitgeberseite noch die Arbeitnehmerseite eine radikale Politikoption durchsetzen, weshalb sich eher „mittlere“ Lösungen durchsetzten, beim berufsständischen Wohlfahrtsregime z.B. ein mittleres Niveau der sozialen Absicherung.

Im japanischen Fall dominierten die bürgerlichen Parteien und entwickelten eine nationale Koordination der Unternehmungsgruppen durch ein entsprechendes Ministerium. Da die Unternehmen ihre Stammebelegschaft bereits sozial absicherten, blieb die staatliche Wohlfahrt residual. Die weiteren Absicherungen müssen deshalb die Familien übernehmen.

In Italien sind auch klientelistische Parteinetzwerke relevant, die Koordination durch den Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Auch hier sind die Familien als Wohlfahrtsproduzenten wichtig.

In den Ländern, in denen kommunistische Parteien die Hegemonie errangen (wie in Russland, China etc.), wurden Planwirtschaften entwickelt, in denen die Parteiführungen egalitäre Versorgungssysteme durchsetzten. Inzwischen wurden in Russland und China unterschiedliche Varianten eines staatlich dominierten Kapitalismus entwickelt.

Schließlich bilden theokratische Regime (wie z.B. Saudi-Arabien), in denen Staat und Kirche noch nicht entmischt sind, den Gegenpol zu einem Modell autonom agierender Individuen (wie z.B. in Schweden). Die Türkei ist eine Gesellschaft, die sich im Spannungsfeld von Modernisierung, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. sowie theokratischen Strömungen entwickelt.

Im Folgenden wird die Bundesrepublik in der Performanz empirisch nur mit entwickelteren Gesellschaften sowie mit den BRICS-Staaten verglichen.²

2.2.1 Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

In Erweiterung von Esping-Andersen (1990) sollen hier sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen unterschieden werden (vgl. 2-2). Neben dem sozialdemokratischen Regime mit Prototyp Schweden werden das wirtschaftsliberale Regime (Esping-Andersen: „liberal“) mit Prototyp USA sowie zwei Varianten des (in der Terminologie von Esping-Andersen) „konservativen“ Regimes unterschieden: Das kontinentale berufsständische Regime bewahrt den Status der Erwerbsarbeit in den Sozialversicherungen, d.h. ist Status-erhaltend, als Prototyp kann man die Bundesrepublik Deutschland ansehen (oder auch Österreich). Im familistischen Regime Südeuropas spielt neben den Status-konservierenden Aspekten angesichts der residualen staatlichen Absicherungen die Familie eine noch wichtigere Rolle als Sicherheitsnetz (Ferrera 1996, 2005).

Den Begriff „*konservativ*“ möchte ich über die „Status-Konservierung“ hinaus weiter fassen als Esping-Andersen, was nach meiner Auffassung auch einige Zuordnungsprobleme löst. Esping-Andersen argumentiert mit drei „Schichtungsdimensionen“: Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus. Die Niederlande weisen dann eine Affinität zum „Sozialismus“ auf, die Schweiz zum „Liberalismus“. Andererseits betrachtet Esping-Andersen das Dreieck der Wohlfahrtsproduktionen von Staat, Markt und Familie. Wenn man den Geschlechterrollen den angemessenen Stellenwert einräumt, dann ist in den Niederlanden, in denen die Kaufleute das Hausfrauenmodell erfanden, die Frauenerwerbstätigkeit zwar gestiegen, aber in hohem Ausmaß als Teilzeitarbeit, wobei die Frauen den überwiegenden Anteil der Betreuungsarbeit in den Familien übernehmen. In diesem Sinne gehören die Niederlande zum konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas. Entsprechend gehört die Schweiz, die das Frauenwahlrecht in Europa als Letzte einführte, mit ihrer Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zum konservativen Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas.

Esping-Andersen beansprucht zu recht, einen eindimensionalen Ansatz der Wohlfahrtsforschung zu überwinden, aber nicht wegen des Konzepts der „*Dekommodifizierung*“, welches als Messung der Großzügigkeit eines Sozialstaates eine Verbesserung gegenüber der Quote der Sozialausgaben ist, die ja auch von der Größenordnung der Probleme abhängt, wie man z.B. nach der deutschen Wiedervereinigung beobachten konnte, aber dennoch eindimensional ist. Mit dem Dreieck der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie

² Die weniger entwickelten Länder ließen sich gemäß Gough und Wood (2004) in „Informal security regimes“ (Sicherheit im Rahmen der persönlichen Beziehungsnetzwerke) und „Insecurity regimes“ (es dominiert eher Unsicherheit) unterscheiden.

sowie mit den drei Schichtungsdimensionen aber hat Esping-Andersen ein fruchtbares mehrdimensionales Konzept eingeführt, das erweiterungsfähig ist. Um die Erklärungskraft des Ansatzes zu betonen, würde ich verstärkt den Begriff der *Wohlfahrtslogik* der Regime verwenden. Bei den Regimen ist es angesichts der Weiterentwicklung der Diskussion angemessen, (mindestens) sechs Wohlfahrtsregime zu unterscheiden.

Während die Arbeit im sozialdemokratischen Regime solidarisch organisiert werden soll und größere Gleichheit durch staatliche Umverteilung der Erwerbseinkommen angestrebt wird, steht im wirtschaftsliberalen Modell das Ziel der Effizienz im Zentrum, das durch Marktkonkurrenz erreicht werden soll. Das berufsständische Regime rangiert auf diesen Dimensionen mit der sozialen Marktwirtschaft dazwischen. Die Koordination der Wirtschaft wird im wirtschaftsliberalen Regime dem Markt überlassen, während der Staat im familistischen Regime stärker regulierend eingreift und im sozialdemokratischen Regime als Mediator zwischen den Korporationen vermittelt. Das berufsständische Regime mit der Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände rangiert dazwischen. Wie sich etwa an dem Steuersystem erkennen lässt, steht in Schweden im Unterschied zum Süden nicht die Familie, sondern das Individuum im Zentrum, das allerdings im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Modell durch ein soziales Sicherheitsnetz unterstützt wird. Im berufsständischen Modell wird der Verdienst nach Beruf und Familienstand geschichtet, was ähnlich zum südlichen Regimetyp ist. Das Leitbild für die Geschlechterrollen in traditionellen Teilen des Südens sind unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen. Als Teilmodernisierung des Männlichen-Ernährer Modells gilt die Verbreitung der Zuverdienerrolle der Frau in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit, wie sie in den Niederlanden noch viel stärker verbreitet ist als in Deutschland. Im wirtschaftsliberalen Regime dominiert das Leitbild der „gender neutrality“, der Staat interveniert nicht in die Privatsphäre, während im sozialdemokratischen Regime der Staat das „dual-earner model“ z.B. durch die individuelle Besteuerung fördert. Die dominierenden Werte bzgl. der sozialen Sicherheit sind in traditionelleren Teilen der familistischen Länder in Südeuropa die Fürsorge durch Familie, Kirche und den residualen Staat sowie im berufsständischen Regime zusätzlich durch die Wohlfahrtsverbände, wobei gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zuerst die Familien zuständig sind. Im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst auf die freiwillige Hilfe gesetzt und eine residuale Unterstützung vom Staat wird nur nach Bedürftigkeitsprüfung (needs-test) gewährt.

Tabelle 2-2: Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

	Idealtypen					
	Familistisch	Konservativ	Wirtschaftsliberal	Sozialdemokratisch	Staatssozialismus; Staatskapitalismus	Produktivistisch/ Asiatischer Kapitalismus
Politisches Regime	Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)	Katholische, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	Hegemoniale bürgerliche Parteien	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien	Hegemoniale kommunistische Parteien; Hegemonialer Staat	Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien
Dominierende Werte bzgl. Arbeit/Wirtschaft	Marktwirtschaft und familiäre Integration	Soziale Marktwirtschaft	Freiheit und Effizienz durch Marktkonkurrenz	Solidarität und Gleichheit durch Umverteilung	Recht auf Arbeit und Pflicht zur Arbeit	Produktivismus; Gemeinschaftsleistung
Koordination der Wirtschaft	Staat	Sektorale Koordination; in D. Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände (Korporationen)	Markt	Staat als Mediator zwischen den Korporationen	Staatliche Planung (plus informelle Ökonomie)	Nationale Koordination der Unternehmensgruppen
Dominierende Werte bzgl. Individuum/ Gemeinschaft	Familienmitglieder	Individuen in Familien/Haushalten	Autonome Individuen	Autonome Individuen mit sozialem Sicherheitsnetz	Mitglied von Arbeitskollektiv	Mitglied von Arbeitskollektiv und von Familien
Leitbild für Geschlechterrollen	Unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen	Breadwinner model; Frau ggf. als Zuverdienerin	Gender neutrality; Staat interveniert nicht in Privatsphäre	Dual-earner model	Dual-earner model	Unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen
Dominierende Werte bzgl. der sozialen Sicherheit	Fürsorge durch Familie, Kirche und den residualen Staat (Subsidiarität)	Fürsorge durch Familie, Kirche, Wohlfahrtsverbände u. Staat (Subsidiarität)	Freiwillige Hilfe u. nach needs-test vom residualen Staat	Sozialstaat zuständig für soziale Sicherheit	Staat zuständig für soziale Sicherheit	Familien und Unternehmen zuständig für soziale Sicherheit
Zentrale Wohlfahrtsinstitutionen	Familie	Sozialversicherungen	Markt	Wohlfahrtsstaat	Staatliche Sozialversicherung (plus Preissubventionen)	Familien und Unternehmen
Finanzierung	Beiträge, Familie	Beiträge	Privat und staatlich	Staatlich (Steuern)	Staatlich	Beiträge, Familie
Basis des Anspruchs	Familienmitglied	Bezug zur Erwerbstätigkeit plus Familie	Staatsbürgerschaft	Staatsbürgerschaft	Bezug zur Erwerbstätigkeit	Mitglied von Familie und Unternehmen
Kriterium für den Anspruch	Bedürftigkeit (need)	Beiträge (contribution)	Bedürftigkeit (means-test)	Universalistisch, Recht der Staatsbürger	Beiträge	Bedürftigkeit (bei Familie) u. Zugehörigkeit (bei Unternehmen)

Fortsetzung von Tabelle 2-3:

Umfang	Residual	Mittleres Niveau	Residual	Umfassend (Encompassing)	Für Erwerbstätige umfassend	Nur für Kernbelegschaft; insgesamt gering
Art der Leistung	Persönliche Dienstleistung	Finanzieller Transfer	Finanziell	Entlohnte soziale Dienstleistungen	Finanzieller Transfer, Dienstleistungen und informelle Ökonomie	Persönliche Dienstleistung (Familie) und finanziell (Kernbelegschaft)
Anzahl der Rentensysteme („Korporatismus“ im Sinne von E.-A.)	6-12	6-12	1-2	2 (Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst)	Einheitliches System	6-12
Private Ausgaben für Gesundheit (als % von gesamt) („Liberal“ im Sinne von E.-A.)	ca. 10 %-20 %	ca. 20 %-30 %	ca. 30 % und mehr	ca. 10 % und mehr	Staat zuständig	ca. 30 % und mehr
Gleichheit der Leistungen (Basic/Maximum) („Sozialismus“ im Sinne von E.-A.)	ca. 50 %-70 %	ca. 50 %-70 %	ca. unter 50 % (USA: 22 %)	ca. 70 %-100 % Egalitär	Egalitär	0,32 (d.h. Ungleichheit)
Schuljahre bis zur ersten Bildungsselektion	Späte Differenzierung (überwiegend)	Frühe Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung
Anteil der privaten Bildungsausgaben (als % von gesamt)	Niedriges bis mittleres Niveau	Mittleres Niveau	Hohes Niveau, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem	Niedriges Niveau	(Staatliche Regulation)	Hohes Niveau: Privates tertiäres Bildungssystem
Prototypen	Italien	Deutschland	USA	Schweden	Russland vor 1991; Weißrussland	Japan

Im sozialdemokratischen Regime dagegen wird die Zuständigkeit für die soziale Sicherheit dem Staat zugewiesen. Entsprechend sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen die Familie in traditionelleren Teilen des Südens, die Sozialversicherungen im berufsständischen Regime, der Markt im wirtschaftsliberalen und der Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Regime. Die Stratifizierungsdimension des „Konservatismus“ misst Esping-Andersen (1990, S.70) u.a. durch den berufsständischen Partikularismus, wie er sich in der Anzahl der Rentensysteme zeigt (er nennt dies „Korporatismus“).

Die konservativen und familistischen Länder weisen das stärkste Ausmaß an Partikularismus auf, die höchste Anzahl an Rentensystemen findet sich in Italien (12), gefolgt von Frankreich (10), Österreich und Japan (je 7) sowie Deutschland (6). Im sozialdemokratischen Regime Schwedens wird zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst unterschieden (die Anzahl beträgt also 2), aber auch die wirtschaftsliberalen Länder gehören zum universalistischen Pol, in Australien, Neuseeland und Irland gibt es sogar nur ein einziges Rentensystem – allerdings ist das allgemeine Versorgungsniveau in wirtschaftsliberalen Ländern im Durchschnitt deutlich niedriger als in sozialdemokratischen Ländern. Die privaten Zusatzversicherungen sind eine andere Möglichkeit, dies ist an dieser Stelle nicht gemeint. Die Finanzierung wird in traditionelleren Teilen des Südens zum Teil durch Beiträge und zum Teil durch die Familie erbracht, im berufsständischen Regime durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, im wirtschaftsliberalen residualen Regime zum Teil privat und zum Teil staatlich, während im sozialdemokratischen Regime der Wohlfahrtsstaat zuständig ist, und zwar auf der Basis einer hohen Besteuerung der Staatsbürger. Esping-Andersen (1990, S. 70) misst seine Stratifizierungsdimension des (Wirtschafts-)„Liberalismus“ u.a. durch die privaten Ausgaben für Gesundheit (als % der gesamten Ausgaben für Gesundheit). Die wirtschaftsliberale USA nimmt mit 57 % den Spitzenplatz bei der Privatfinanzierung ein. Am anderen Pol findet sich das sozialdemokratische Norwegen mit einem Anteil von nur 1 %. In den familistischen Ländern ist die Gesundheitsversorgung überwiegend staatlich, in Italien findet man dementsprechend nur einen Privatanteil von 12 % bei der Finanzierung. Die konservativen Länder liegen im mittleren Bereich, Deutschland z.B. weist einen Privatanteil von 20 % bei der Finanzierung auf (in der Messung Esping-Andersens 1990). Die Basis des Anspruchs auf soziale Sicherheit ist im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft, dies gilt auch für das deutlich niedrigere Niveau der sozialen Sicherheit im wirtschaftsliberalen Regime. Im berufsständischen Regime ist das Niveau der sozialen Sicherheit nach Erwerbsstatus geschichtet.

In traditionelleren Teilen des Südens übernimmt die Familie die Rolle des Sicherheitsnetzes. Kriterium für Ansprüche sind im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft (citizen: legal resident) und im berufsständischen Regime die Beiträge (contribution). Im familistischen Regime ist die Bedürftigkeit (need) das Kriterium für den Anspruch auf Unterstützung; im wirtschaftsli-

beralen Regime wird zunächst geprüft, ob der Bedürftige über keine eigenen Mittel verfügt (means-test). Der Umfang der sozialen Sicherung ist im sozialdemokratischen Regime umfassend (encompassing) und im wirtschaftsliberalen sowie im familistischen Modell von residualer Größe. Die Stratifizierungsdimension des „Sozialismus“ misst Esping-Andersen (1990, S. 70) u. a. durch die Gleichheit der Auszahlungen, festgemacht am Verhältnis der Basisleistung zur maximal möglichen Leistung. In diesem Sinne universalistisch sind die sozialdemokratischen Länder (Dänemark 99 %, Schweden 82 %), aber auch die beiden liberalen Länder Australien und Neuseeland (jeweils 100 %), wobei allerdings in Schweden und Dänemark um die 90 % der Bevölkerung einen Zugang zu den Sicherungssystemen haben, während dies in Australien und Neuseeland jeweils nur ca. 33 % der Bevölkerung sind. Das Niveau der sozialen Sicherheit des berufsständischen Regimes rangiert zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen. Während im sozialdemokratischen Regime die Leistungen der sozialen Sicherheit vor allem in Form von entlohnten sozialen Dienstleistungen erbracht werden, bestehen die Leistungen im berufsständischen Regime überwiegend in finanziellen Transfers. Im wirtschaftsliberalen Modell gibt es z.B. Armenküchen als Dienstleistung und residuale finanzielle Leistungen.

Wenn man neben den nachsorgenden Sozialleistungen die vorsorgenden Bildungsleistungen berücksichtigen will, so stellt sich auch die Frage nach den entscheidenden Unterschieden in den Logiken der Bildungssysteme. Ein wichtiges Charakteristikum der konservativen Wohlfahrtsregime ist die frühe Selektion (im Alter von 10 bis 12 Jahren) in Bildungswege mit unterschiedlich großen Perspektiven. Sowohl das sozialdemokratische als auch das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime setzen eher universalistisch auf eine späte Differenzierung, was gemäß den Evaluationen der PISA-Studien zu im Durchschnitt deutlich besseren Ergebnissen führt. Andererseits sind in den wirtschaftsliberalen Ländern die Bildungschancen mit strukturiert durch die privaten Bildungsinvestitionen. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen spielt dies nur eine geringe Rolle, so dass nach den beiden genannten Kriterien insgesamt der Universalismus auf der Bildungsdimension in den sozialdemokratischen Ländern am stärksten ausgeprägt ist.

Im familistischen Regime werden die Hilfeleistungen eher in persönlicher Form erbracht. Ferrera (1996, 2005) weist darauf hin, dass einerseits die Sozialversicherungen im Süden in der Bismarck-Tradition stehen – weshalb Esping-Andersen sie zum konservativen Typ zählt –, andererseits aber das Gesundheitssystem staatlich ist und eher der Beveridge-Tradition entspricht. Die Rolle des Staates ist nach Ferrera (2005) insgesamt eher schwach, weil die Familie wichtige Funktionen übernimmt, wegen des wenig kontrollierbaren informellen Wirtschaftssektors und wegen der schwachen Verwaltungen. Weil die rationale Verwaltung wenig entwickelt ist, spielen Klientelismus (Leistungen im Tausch

gegen Parteiunterstützung) und Patronage (Begünstigungen, Korruption) in Südeuropa eine größere Rolle.

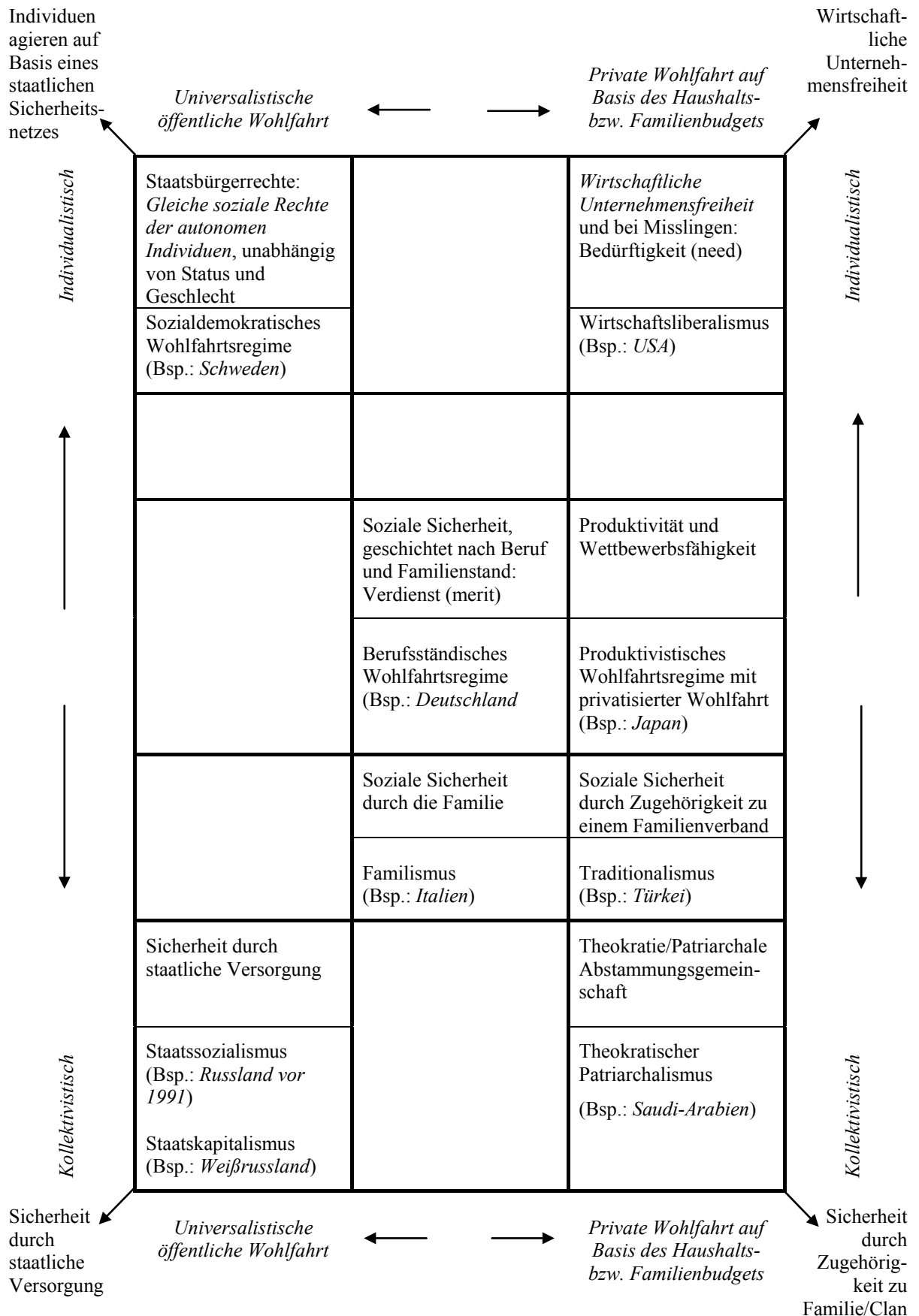
Die „postsozialistischen Länder“ in Mittel- und Osteuropa weisen als Gemeinsamkeit die staatssozialistische Vergangenheit auf, insofern werden sie im Folgenden vorläufig als fünfte Ländergruppe behandelt, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befindet. Die osteuropäischen Beitrittsländer haben sich von dem staatssozialistischen Wohlfahrtsregime bereits entfernt. Aber es gibt auch Länder wie Weißrussland, die die autoritäre Regulation durch den Staat beibehalten haben, auch wenn sie das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt haben. Korosteleva (2007) charakterisiert Weißrussland deshalb als staatskapitalistisch. China ist eine weitere interessante Mischform, in der eine kommunistische Partei weiterhin politisch autoritär regiert, aber mit Hilfe des Marktmechanismus und vieler einheimischer Unternehmer eine starke wirtschaftliche Dynamik entfacht hat, was King/Szelényi (2005) als „capitalism from below“ charakterisieren. Im Kontrast dazu sehen King/Szelényi z. B. im Falle Russlands einen „capitalism from above“ mit wenig einheimischen Unternehmern und geringer Dynamik. Die osteuropäischen Beitrittsländer der EU charakterisieren King/Szelényi als liberale Systeme, in denen das ausländische Kapital eine größere Rolle spielt als das einheimische und in denen es einige wirtschaftliche Dynamik gibt. Die Performanz dieser Länder über das reine Wirtschaftswachstum hinaus wird im Folgenden genauer untersucht.

Der sechste unterscheidbare Idealtyp ist der „asiatische Kapitalismus“, der von Amable (2003) insbesondere durch das private tertiäre Bildungssystem charakterisiert wird, während im benachbarten wirtschaftsliberalen Typ das tertiäre Bildungssystem hohe Aufnahmeraten aufweist und kompetitiv ist. Lane (2007) charakterisiert diesen Typ deshalb als „privatisierte Wohlfahrt“. Aus der vergleichenden Wohlfahrtsforschung scheint mir der Begriff „produktivistisch“ am besten geeignet, diese Wohlfahrtslogik zu charakterisieren, bei der durch bewusste Technologieförderung der ökonomische Aufstieg mit Erfolgen auf dem Weltmarkt erreicht werden soll. In den folgenden Untersuchungen zur Performanz wird das „produktivistische“ Wohlfahrtsregime mit Japan und Südkorea berücksichtigt.

2.2.2 Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime

Die folgende Tabelle 2-3 ist strukturiert durch die beiden Polaritäten in den beiden Diagonalen: Gleiche soziale Rechte der autonomen Individuen versus Soziale Sicherheit durch die Familie und Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung.

Tabelle 2-3: Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime



Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime sind gleiche soziale Rechte, unabhängig von Status und Geschlecht, als Staatsbürgerrechte verankert (citizen: legal resident). Im berufsständischen Wohlfahrtsregime ist die soziale Sicherheit insbesondere nach Beruf und Familienstand geschichtet, dem entsprechen meritokratische Gerechtigkeitsvorstellungen.

Im wirtschaftsliberalen Regime ist die wirtschaftliche Unternehmensfreiheit der dominierende Wert, nur bei Misslingen und nach Bedürftigkeitsprüfung wird eine soziale Unterstützungsleistung gewährt. In traditionelleren Teilen des Südens spielt die Familie eine größere Rolle für die soziale Sicherheit, da die staatlichen Leistungen nur ein residuales Niveau haben.

Bei den „konservativen“ Regimen gemäß Esping-Andersen (1990) könnte man Frankreich noch als Prototyp des Etatismus kennzeichnen, da die Regulation durch den Staat dort traditionell eine große Rolle spielt (vgl. auch Bonoli 2000).

Wenn man außer diesen westlichen Wohlfahrtsregimen noch den Osten berücksichtigt, so lässt er sich tendenziell als Gegenpol zum wirtschaftsliberalen Regime verorten: Im Staatssozialismus wurde die soziale Sicherheit durch staatliche Verteilung angestrebt. Inzwischen ist eine Gesellschaft wie in China eher als staatskapitalistisch zu bezeichnen, da einerseits das Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt wurde, aber die Staatspartei andererseits das ganze System nach wie vor reguliert.

Theokratische Gesellschaften mit niedrigerem sozioökonomischem Entwicklungsstand (wie z.B. Saudi-Arabien) werden im folgenden empirischen Vergleich nicht berücksichtigt.

Das japanische Entwicklungskonzept setzt stark auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und wird deshalb häufig als „produktivistisch“ charakterisiert.

Die Türkei entwickelt sich im Spannungsfeld von Modernisierung mit Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. und theokratischen Strömungen.

2.2.3 Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen

Modelle guten Lebens im Sinne einer Gestaltung der Rahmenbedingungen mit dem Ziel, dass die Individuen sich gemäß ihren Vorstellungen möglichst gut entwickeln können, werden im Folgenden dadurch diskutiert, dass ausgewählte Länder daraufhin untersucht werden, in welchem Ausmaß sie gesellschaftlich wünschenswerte Ziele erfüllen, welche in Auseinandersetzung mit der Moralphilosophie im Vorhinein als Bewährungskriterien ausgearbeitet worden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zur EU, weshalb alle EU-Länder und prospektive Beitrittskandidaten berücksichtigt werden. In der vergleichenden Wohlfahrtsforschung spielen ferner die angelsächsischen Länder (über

Großbritannien und Irland hinaus) sowie die ostasiatischen Länder Japan und Südkorea eine Rolle. Als ökonomisch wichtige Länder werden alle BRICS-Staaten berücksichtigt, auch wenn sie noch so viele Entwicklungsprobleme haben, dass sie mit den entwickelten Ländern nur bedingt vergleichbar sind.

Tabelle 2-4: Die berücksichtigten Länder

Land	Australien	Belgien	Brasilien	Bulgarien	China	Dänemark	Deutschland
Länder-Code	AUS	BEL	BRA	BUL	CHN	DK	GER

Land	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbr./Nordirl.	Indien	Irland
Länder-Code	EST	FIN	FR	GRI	UK	IND	IRL

Land	Italien	Japan	Kanada	Kroatien	Lettland	Litauen	Luxemburg
Länder-Code	ITA	JP	CAN	CRO	LAT	LIT	LUX

Land	Malta	Neuseeland	Niederlande	Norwegen	Österreich	Polen	Portugal
Länder-Code	MLT	NZL	NL	NOR	AUT	POL	POR

Land	Rumänien	Russland	Schweden	Schweiz	Serbien	Slowakei	Slowenien
Länder-Code	ROM	RUS	SWE	SWI	SRB	SLK	SLV

Land	Spanien	Südafrika	Südkorea	Tschechien	Türkei	Ungarn	USA
Länder-Code	SPA	RSA	KOR	CZ	TUR	HUN	USA

Land	Zypern
Länder-Code	CYP

Im Folgenden werden 43 Länder berücksichtigt, die bei der Untersuchung der Sozialstruktur der Bundesrepublik im internationalen Vergleich und in der vergleichenden Wohlfahrtsforschung sowie politisch im Kontext der EU und ihrer Erweiterung eine besondere Rolle spielen. In Tabelle 2-4 sind die 43 Länder alphabetisch auf Basis der deutschen Bezeichnungen aufgeführt, wobei den deutschen Länderbezeichnungen für die folgenden Abbildungen jeweils ein möglichst einprägsames Länderkürzel zugeordnet wird.

Um die Wohlfahrtsregime zunächst regional und kulturell zu unterscheiden, ließen sich folgende vorläufige Ländergruppen bilden:

Skandinavisch:	Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
Kontinental:	Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz
Angelsächsisch:	Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA
Südeuropa:	Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien, Zypern
Lateinamerika:	Brasilien
Osteuropa:	Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Kroatien, Serbien; Russland
Kleinasien:	Türkei
Afrika:	Südafrika
Ostasien:	Japan, Südkorea
Zentral-/Ostasien:	China
Südasien:	Indien

Durch Region, Sprache und Kultur entstehen Diskurszusammenhänge und Lernprozesse, die Castles als „families of nations“ bezeichnet hat. Esping-Andersen (1990) unterscheidet verschiedene Wohlfahrtslogiken, deren Entstehung sich durchaus mit dem Konzept der „families of nations“ erklären ließe. Gemäß den unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion lassen sich die meisten Länder relativ eindeutig den verschiedenen Wohlfahrtsregimen zuordnen:

Sozialdemokratisch: Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark

Konservativ: Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweiz

Die *Niederlande* werden von Esping-Andersen (1990) als „sozialdemokratisch“ eingeschätzt, aber die clusteranalytische Überprüfung von Esping-Andersens Daten durch Obinger/Wagschal (1998) platzieren die Niederlande in unmittelbare Nachbarschaft zu Deutschland. Auch die Analyse von Ostner (1995) und unsere eigenen Analysen sprechen für eine Zuordnung der Niederlande zur konservativen Wohlfahrtslogik: Wenn man im Dreieck der Wohlfahrtsproduktion – Staat/ Markt/ Familie – die Familie stärker berücksichtigt, so zeigt sich z. B., dass Frauen in den Niederlanden einen relativ geringen Anteil am Erwerbsarbeitsvolumen haben, d. h. umgekehrt stärker an der Wohlfahrtsproduktion in der Familie beteiligt sind.

Die *Schweiz* weist insbesondere konservative, u. a. durch seine Funktion im internationalen Finanzsystem auch wirtschaftsliberale und schließlich sozialdemokratische Elemente auf, weil in dem politischen Modell der Konkordanzdemokratie die großen Parteien alle an der Regierung beteiligt sind. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Auch in *Luxemburg* finden sich neben den Status-konservierenden Elementen durch die Funktion als wichtiger Anlageplatz im internationalen Finanzsystem einige wirtschaftsliberale Elemente. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Wirtschaftsliberal: USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland

Irland hat die Zusatzeigenschaft, mit von der katholischen Konfession geprägt zu sein. Bezüglich der Geschlechterrollen ist Irland deshalb eher konservativ. Dennoch dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

Familistisch: Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta, Zypern

Postsozialistisch: Russland; Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen; Kroatien, Serbien

In dieser vorläufigen Gruppierung aufgrund der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit ist *Russland* tendenziell ein Grenzfall, denn bei einigen Entwicklungen (etwa bei der Armutsquote) liegt Russland gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zurück.

Produktivistisch: Japan, Südkorea

Japan: Japan ist ein Misch-Typ, der sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Charakteristika aufweist. Amable (2003) charakterisiert dies als „asiatischen Kapitalismus“, in dem die Wohlfahrt insofern privatisiert ist, als dass das tertiäre Bildungssystem in vergleichsweise hohem Ausmaß privat finanziert wird. Die Wohlfahrtslogik lässt sich als „produktivistisch“ charakterisieren, da der ökonomische Aufstieg durch bewusste Technologieförderung mit Erfolgen auf dem Weltmarkt erreicht werden soll.

Sonderfälle:

Türkei: Die Türkei ist u. a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

Südafrika: Südafrika wird als wachsendes Schwellenland inzwischen zur erweiterten „BRICS“-Gruppe gezählt. Das residuale Wohlfahrtsregime macht informelle Netzwerke zur sozialen Sicherung notwendig („informal security regime“).

Brasilien: Brasilien weist ein residuales Wohlfahrtsregime auf mit einem sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

China: China weist die ungewöhnliche Kombination einer ideologisch kommunistischen Regierung und einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung auf.

Indien: In Indien ist in den sozialen Sicherungssystemen bisher vieles nur Programm. Es gibt einen sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

Der Bevölkerungsumfang der berücksichtigten Länder

Mit China und Indien werden die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde mit jeweils über eine Milliarde Einwohner berücksichtigt (gemäß UN für 2017), weil sie zu den aufsteigenden wirtschaftlichen Großmächten gehören. Von den angelsächsischen Ländern weisen die USA mit 326 Millionen Einwohnern mit Abstand die größte Bevölkerung auf. Von den weiteren BRICS-Ländern hat Brasilien mit 211 Millionen Einwohnern die größte Bevölkerung, gefolgt von Russland mit 143 Millionen Einwohnern. Von den ostasiatischen Ländern hat Japan mit 126 Millionen Einwohnern eine große Bevölkerung. In Kontinentaleuropa weist Deutschland mit 81 Millionen die größte Bevölkerung auf. Die Türkei hat mit 80 Millionen Einwohnern eine ähnlich große Bevölkerung. In Südeuropa ist Italien mit 60 Millionen das Land mit der größten Bevölkerung. In Osteuropa hat (nach Russland) Polen eine große Bevölkerung von 39 Millionen Einwohnern. In Skandinavien weist Schweden mit 10 Millionen Einwohnern die

größte Bevölkerung auf. Im Zentrum der vorliegenden Studie steht aber nicht das Gewicht des Bevölkerungsumfangs, sondern Modelle guten Lebens aus der Sicht der vergleichenden Wohlfahrtsforschung. Die BRICS-Länder werden wegen ihres ökonomischen Gewichts berücksichtigt.

2.2.4 Zum Aufbau der Länder-Fallstudien

Die Fallstudien zu den berücksichtigten Ländern haben den folgenden Aufbau:

Politik: Der politische Bereich eines Landes lässt sich dadurch charakterisieren, welches die wichtigsten politischen Institutionen (Polity) sind, dabei insbesondere, wie die Kompetenzen auf Präsident, Ministerpräsident (Kanzler u.ä.) und Parlament verteilt sind. Die politischen Inhalte (Policy) werden vor allem von Parteien in Programme gebündelt. Die Umsetzung der Programme schlägt sich im politischen Prozess (Politics) schließlich nieder in Regelungen und in der Modifikation von Institutionen sowie evtl. der Schaffung neuer Institutionen. Der Rhythmus des politischen Prozesses wird stark durch Wahlen strukturiert. – Unter *politischem Regime* wird hier verstanden, welche politischen Richtungen in einem Land dominieren bzw. sich abwechselten, um bestimmte programmatische Vorstellungen durchzusetzen. Der Vorteil des Regime-Begriffs besteht dann darin, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann. In Schweden z.B. dominierte lange die Sozialdemokratie, was sich in der nationalen Koordination der Wirtschaft unter Einbeziehung der Repräsentanten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie in einem universalistischen und umfassenden Wohlfahrtsregime niederschlug. – Einen ersten Anhaltspunkt für die Qualität der Demokratie liefert ein Demokratieindex.

Der Bereich der **Wirtschaft** lässt sich charakterisieren durch die Art der Koordination: National, sektoral, Unternehmensgruppen im Sinne des Produktionsregime-Ansatzes „Varieties of capitalism“ (Soskice, Hall etc.). Die Branchenstruktur eines Landes lässt sich anhand der Beschäftigungsanteile oder der Anteile am Sozialprodukt charakterisieren. Wenn die „industriellen Beziehungen“ zwischen den Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerverbänden eine Konzertierung zulassen wie in Slowenien, lassen sich eher ausgewogene Systeme sozialer Sicherung aushandeln als bei konfliktorischen „industrial relations“. Die Innovationsfähigkeit ist der beste Prädiktor für den zu erwartenden durchschnittlichen Wohlstand einer Gesellschaft.

Ökologische Nachhaltigkeit: Als Kehrseite eines hohen Wohlstands einer Gesellschaft mit den dazugehörigen Konsumbergen finden sich entsprechende (Verpackungs- etc.) Müllberge bzw. allgemeiner Umweltbelastungen wie CO₂-Emissionen, die ein zentraler Gefährdungsfaktor für den Klimawandel sind. Auf der anderen Seite können die Umweltgefährdungen durch Entlastungsbemühungen begrenzt und reduziert werden.

Bezüglich der **Geschlechterrollen** orientieren Gesellschaften unterschiedlich, insbesondere auf das „*male-breadwinner model*“ (bzw. Ernährer-Modell) oder das „*dual-earner model*“ (im Sinne von Lewis und Ostner). Das Steuersystem kann z.B. stärker auf das Individuum oder auf das Familienmitglied abstellen. Die soziale Sicherung kann unabhängig auf das Individuum fokussiert sein oder abhängig über Familienangehörige bzw. allgemeiner unter Berücksichtigung des Familienkontextes. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft ist von großer Bedeutung für die Organisation von Betreuungsarbeit (care work) und das Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit.

Die **sozialen Sicherungssysteme** lassen sich im Sinne von Esping-Andersen im Hinblick auf zu Grunde liegende Logiken in der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt im „Wohlfahrtsdreieck“ der Institutionen Staat, Markt und Familie analysieren, wobei sich noch die Wohlfahrtsverbände (und Ähnliches) ergänzen lassen. Esping-Andersen (1990) unterscheidet grundlegend die Logik des Universalismus auf Basis gleicher sozialer Bürgerrechte, den (Wirtschafts-) Liberalismus mit bedürftigkeitsgeprüften, residualen Sozialleistungen und die Status-konservierenden Sozialversicherungen in der Bismarck'schen Tradition mit Auszahlungen, die proportional sind zu den Einzahlungen. Die Finanzierung erfolgt entsprechend eher über Steuern oder eher über Beiträge der Tarifpartner. Das Ausmaß des Status-konservierenden Korporatismus macht Esping-Andersen u.a. an der Anzahl verschiedener Rentensysteme in einem Land fest (bezogen auf Berufsgruppen, Branchen etc.). Die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik operationalisiert Esping-Andersen u.a. über den Anteil privater Zahlungen an der Finanzierung der Altersvorsorge und des Gesundheitssystems. Die universalistische sozialdemokratische Wohlfahrtslogik operationalisiert Esping-Andersen über die Breite des Zugangs der Bevölkerung zu Sozialleistungen und über die Gleichheit (vs. Unterschiedlichkeit) dieser Leistungen.

Die nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates tragen zur Verringerung von Einkommensarmut und Einkommensungleichheit bei.

Als Bereiche sozialer Sicherung werden *Rente*, *Gesundheit*, *Arbeitsmarkt* und *Familie* berücksichtigt.

Rente: Neben dem Grad des Korporatismus im Sinne von Esping-Andersen (operationalisiert über die Anzahl der Rentensysteme nach Beruf/Branche, d.h. Partikularismus) sind insbesondere die Höhe der öffentlichen Rentenausgaben in Prozent des BIP im internationalen Vergleich relevant sowie der Anteil der privaten Ausgaben in Prozent des BIP, wobei letzteres ein Hinweis auf Wirtschaftsliberalismus im Sinne von Esping-Andersen ist.

Gesundheit: Den Stellenwert der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung der Bevölkerung kann man insbesondere mit den Gesamtausgaben für Gesundheit in Prozent des BIP zusammenfassen. Der Anteil privater Zahlungen an den gesamten Gesundheitsausgaben ist ein Indikator für Wirtschaftsliberalismus im Sinne von Esping-Andersen.

Arbeitsmarkt: Die Höhe der Lohnersatzrate in Relation zum internationalen Durchschnitt zeigt die Großzügigkeit des nachsorgenden Sozialstaates im Fall von Arbeitslosigkeit. Die angemessene Berechnung müsste dem „De-Kommodifizierungsindex“ von Esping-Andersen entsprechen, der die Voraussetzungen für den Erhalt der Leistungen bei der Berechnung berücksichtigt hat. Da dies eine aufwändige Berechnung ist, liegen häufig keine aktuellen Informationen dazu vor.

Die Kombination „flexibility/security“ zeigt eine arbeitsmarktpolitisch ungünstige Ausrichtung in Italien, wo die Insider des Arbeitsmarktes durch Kündigungsschutzgesetze relativ gut abgesichert sind, während die Arbeitslosen wenig unterstützt und betreut werden, eine eher arbeitgeberfreundliche Ausrichtung in den USA, wo der Angebotszwang der Arbeitskräfte sehr hoch ist, weil es eine Praxis des „hire and fire“ gibt und kaum Absicherungen im Fall von Arbeitslosigkeit, eine eher arbeitnehmerfreundliche Ausrichtung in Schweden, wo sowohl der Kündigungsschutz also auch die soziale Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit gut ausgebaut sind, sowie eine arbeitsmarktpolitisch besonders günstige Ausrichtung in Dänemark, wo wirtschaftsliberale Kündigungsregeln die Anpassung an die Schwankungen der wirtschaftlichen Nachfrage begünstigen, im Fall von Arbeitslosigkeit aber durch intensive Betreuung und Weiterqualifizierung die rasche Rückkehr in den Arbeitsmarkt unterstützt wird, abgefedert durch ein hohes Absicherungsniveau. Deutschland liegt dabei mit ordentlichem Kündigungsschutz und guter Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit zwischen Schweden und Dänemark.

Den Akzent auf Aktivierung kann man durch Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik als Prozent des BIP erfassen für den internationalen Vergleich.

Den Erfolg der Arbeitsmarktpolitik kann man insbesondere an der ökonomischen Integration ablesen, d.h. an einer hohen Beschäftigungsquote und einer geringen Arbeitslosenquote. Ferner kann man vergleichen, wie gut die Partizipation auf dem Arbeitsmarkt bei den Migranten im Vergleich zu den Nicht-Migranten ausfällt.

Familie: Den Stellenwert der Unterstützung von Familien kann man u.a. an den öffentlichen Ausgaben für Familien in Prozent des BIP ablesen. Die Fruchtbarkeitsraten folgen in den entwickelten Ländern in etwa der Reihenfolge der Frauenfreundlichkeit und der öffentlichen Ausgaben für Familien.

Im Bereich **Bildung** wird insbesondere unterschieden in die frühe oder späte erste Selektion im Bildungssystem, da sich die frühe Selektion in hierarchisch differenzierte Bildungswege in den PISA-Studien als ungünstig für die Chancengleichheit und für die Durchschnittsleistung herausgestellt hat. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP und der Anteil der privaten Bildungsausgaben am BIP sind Indikatoren für den Stellenwert von Bildung in einer Gesellschaft im internationalen Vergleich. Esping-Andersen untersucht nur die Bereiche der Sozialpolitik im engeren Sinne, nicht den Bildungsbereich.

Aber ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlicher Anteil der privaten Bildungsausgaben als Prozent des BIP lässt sich ebenfalls als Hinweis auf eine wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik interpretieren.

Der vorsorgende Aspekt der sozialen Sicherung lässt sich durch die gesamten Bildungsausgaben in Prozent des BIP zusammenfassen. Bei hohen Investitionen in Bildung ist – bei gleichem Ungleichheitsniveau – ein geringeres Ausmaß an Bildungsarmut zu erwarten, d.h. weniger „frühe Schulabgänger“ und weniger „Risikoleser“ im Sinne von PISA. Auf dem gehobenen Niveau der Bildung sind aufgrund von stärkeren Investitionen in die Befähigung durch das Bildungssystem ein größerer Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen, ein höherer Mittelwert der Kompetenzen gemäß PISA und ein größerer Anteil der PISA-Spitze zu erwarten. Diese objektiven Faktoren der Befähigung zur Autonomie sollten auch eine höhere subjektive Wahrnehmung von Autonomie im Sinne von faktischen Wahlfreiheiten begünstigen, aber die subjektive Autonomie variiert zum Teil auch jenseits der genannten objektiven Faktoren.

Auch im Bildungssystem lässt sich untersuchen, welches Ausmaß der Teilhabe die Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten erreichen.

Beim Thema **Typ und Entwicklungstrend** ist von besonderem Interesse, ob sich neben den drei klassischen Wohlfahrtslogiken von Esping-Andersen (sozialdemokratisch, (wirtschafts-) liberal, konservativ) und den inzwischen ergänzten Logiken des Familismus (als Charakterisierung des europäischen konservativen Südens in Abgrenzung zum konservativen Kontinentaleuropa) sowie des Produktivismus (als Wohlfahrtslogik Ostasiens) insbesondere in Osteuropa neue Wohlfahrtslogiken herauskristallisieren oder „hybride“ Mischformen und Kombinationen. Es stellt sich also die Frage, welche Wohlfahrtslogik in den Institutionen eines Landes dominiert bzw. welche Kombination überwiegt. Ferner ist es natürlich von besonderem Interesse, ob eine in einem Land vorherrschende Wohlfahrtslogik von der Regierung weiter verfolgt und entwickelt wird oder ob eine neue Regierung durch Programme eine neue Wohlfahrtslogik anstrebt, wobei dies bis zu einem Pfadwechsel in der Wohlfahrtslogik reichen kann. Ein prägnantes Beispiel für die Stärkung des Wirtschaftsliberalismus war der „Thatcherismus“ im Vereinigten Königreich von Großbritannien. Der zu erwartende Entwicklungstrend lässt sich am ehesten anhand der Richtung des Programms der aktuellen Regierung abschätzen.

In den Länder-Fallstudien wird auch dargestellt und diskutiert, wie gut die verschiedenen Institutionen mit ihren unterschiedlichen Wohlfahrtslogiken gemäß den ausgewählten Performanzkriterien funktionieren und im internationalen Vergleich abschneiden. Der Erklärungsansatz besteht darin, die Performanz der Länder und Wohlfahrtsregime (Explanandum) partiell zu erklären durch die Wohlfahrtslogiken der Institutionen sowie die durchgeführten Politiken (Explanans).

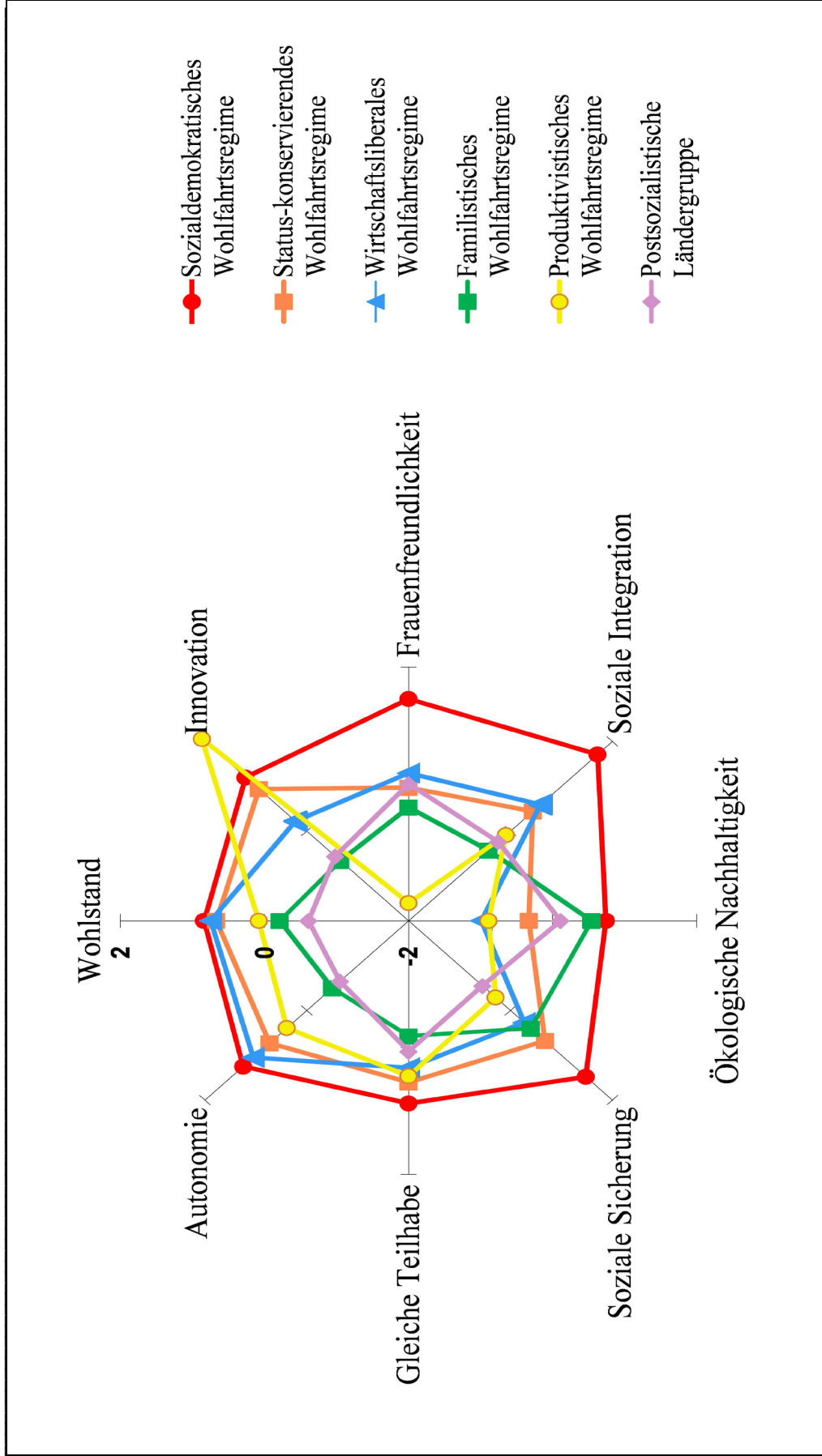
2.3 Performanzprofile der Wohlfahrtsregime

Da Ziele wie Wachstum (z.B. Konsumberge) und ökologische Nachhaltigkeit (z.B. Müllberge) konfliktieren können, werden die Ziele in einem Sterndiagramm dargestellt, wobei die Ziele nach außen weisen (vgl. Abbildung 2-1)³. Im Hinblick auf diese Denkfigur rangiert das *sozialdemokratische Wohlfahrtsregime* Skandinaviens aktuell fast überall außen, fast alle acht Ziele werden von den sozialdemokratischen Ländern im Durchschnitt am besten oder am zweitbesten erfüllt, sodass das Erreichen all dieser – partiell konfliktierenden – Ziele also durchaus möglich ist. Durch die höchsten öffentlichen und die zweithöchsten privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime bei der Internetnutzung vorn und bei den Patenten an 2. Stelle; letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim wirtschaftlichen Wohlstand steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime inzwischen vor dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen Wohlfahrtsregime an der Spitze. Der hohe Wohlstand hat die Kehrseite eines erhöhten ökologischen Belastungsniveaus, aber insbesondere bei den erneuerbaren Energien und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime so weit vorn, dass es auch beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit an der Spitze steht. D.h. hoher Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit konfliktieren zwar partiell, sind aber nicht unvereinbar. – Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall und bei den vorsorgenden Bildungsleistungen sowie bei der sozialen Sicherung insgesamt schneidet das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime am besten ab.

Mit den höchsten Gesamtinvestitionen in Vorsorge und Nachsorge erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime die geringste Armutsgefährdung und die egalitärste Einkommensverteilung sowie den Spitzenplatz beim zusammenfassenden Index für die Gleichheit der Teilhabe. Durch diese Investitionen begünstigt das Wohlfahrtsregime auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten und damit den 2. Platz bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt. – Beim Frauenanteil im Parlament und beim Frauenerwerbsquotienten sowie bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime an der Spitze. Auch bei der ökonomischen Integration, der persönlichen Integration, der Integration in die Zivilgesellschaft und beim Gesamtindex der sozialen Integration erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime jeweils den Spitzenplatz, wobei allerdings zu relativieren ist, dass dies vor allem für die einheimische Bevölkerung gilt und weniger für die Migranten.

³ Die Indikatoren, Teilindices und Indices sind jeweils standardisiert, um sie besser vergleichbar zu machen. (Der Mittelwert ist dann jeweils 0, die Streuung (bzw. die Standardabweichung) jeweils 1.) Negativ heißt dann: unter dem Durchschnitt. Positiv: über dem Durchschnitt. Für alle Kriterien berichte ich auch die standardisierten Versionen, damit Größenordnungen unabhängig vom Thema in der gleichen „Schrittlänge“ gemessen werden.

Abbildung 2-1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime



Modell: Dieter Holtmann

Tabelle 2-4: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime

	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Sozialdemokratisches Wohlfahrtsregime	1,20	0,84	0,74	1,48	0,88	1,25	1,50	-0,40	1,71
	2.	1.	1.	1.	1.	1.	1.	5.	1.
Statuskonservierendes Wohlfahrtsregime	0,94	0,67	-0,33	0,68	0,55	0,73	0,10	-0,09	0,44
	3.	3.*	4.	2.	2.	3.	4.	4.	3.
Wirtschaftsliberales Wohlfahrtsregime	0,22	0,75	-0,99	0,27	0,32	1,05	0,33	1,36	0,59
	4.	2.	6.	4.	4.	2.	2.	1.	2.
Familistisches Wohlfahrtsregime	-0,66	-0,21	0,54	0,40	-0,18	-0,50	-0,21	0,46	-0,43
	6.	5.	2.	3.	6.	5.	5.	2.	6.
Produktivistisches Wohlfahrtsregime	2,06	0,08	-0,89	-0,29	0,45	0,39	-1,72	-1,73	-0,09
	1.	4.	5.	5.	3.	4.	6.	6.	4.
Postsozialistische Ländergruppe	-0,56	-0,61	0,11	-0,55	0,06	-0,65	0,16	-0,01	-0,24
	5.	6.	3.	6.	5.	6.	3.	3.	5.

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und die Rangplätze (untere Zeile) der Wohlfahrtsregime für die untersuchten Performanzkriterien.

* Ohne den Ausreißer Luxemburg.

Bei der Aufnahme von Migranten und bei den Einbürgerungen hat sich das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime jeweils verbessert. Aber bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt es jeweils mit am Schluss; und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit, dies ist ein Schwachpunkt des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes, das ethnisch und kulturell relativ homogen war und noch wenig Lernprozesse sowie Erfahrungen mit Migranten aufweist (vgl. auch Tabelle 2-4).

Das *konservative Wohlfahrtsregime* Kontinentaleuropas liegt bei der Innovationsfähigkeit insgesamt auf dem 3. Platz der Wohlfahrtsregime, dies gilt dann auch für den erreichten Wohlstand (wobei der Stadtstaat Luxemburg als Ausreißer hierbei nicht berücksichtigt wird). Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime weisen ein ähnliches Wohlstandsniveau auf, dies sind die drei wohlhabenden Wohlfahrtsregime. Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegt das konservative Wohlfahrtsregime beim ökologischen Belastungsniveau an vorletzter Stelle. Bei den Entlastungsbemühungen erreicht es aber den 2. Platz und beim Gesamtindex der ökonomischen Nachhaltigkeit den 4. Platz von 6 Wohlfahrtsregimen. – Während das konservative Wohlfahrtsregime bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates hinter

dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle steht, liegt es bei den vorsorgenden öffentlichen und privaten Bildungsausgaben nur an vorletzter Stelle. Der 2. Platz bei der sozialen Sicherung insgesamt ist die Grundlage für jeweils den 2. Platz bei der Armutsgefährdung, der Einkommensungleichheit und beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe. Bei der Befähigung zur Autonomie erreicht das konservative Wohlfahrtsregime den 4. Platz und bei der subjektiven Autonomie den 3. Platz, letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie. – Auf der Basis des 2. Platz beim Frauenanteil im Parlament erreicht das konservative Wohlfahrtsregime auch bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt den 2. Platz. Wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung steht das konservative Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration an 2. Stelle. Dies gilt ebenfalls für die Integration in die Zivilgesellschaft und auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. Allerdings gilt dies stärker für die Einheimischen. Bei der Offenheit für Migranten liegt das wohlhabende konservative Wohlfahrtsregime zwar noch hinter dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle, aber bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert es jeweils nur an 4. Stelle. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Während das *wirtschaftsliberale, angelsächsische Wohlfahrtsregime* bei allen Indikatoren der Innovationsfähigkeit und auch im Gesamtindex den 4. Platz belegt, liegt es beim Wohlstand etwas hinter dem sozialdemokratischen und etwa gleichauf mit dem konservativen Wohlfahrtsregime auf dem 2. Platz. Dies liegt insbesondere an den USA, die ihren Weltmachtstatus und ihr Währungsprivileg in einen hohen durchschnittlichen Wohlstand umsetzen. Als Kehrseite des hohen Wohlstands weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime das höchste Belastungsniveau auf und liegt auch bei den Entlastungsbemühungen an vorletzter Stelle. Die Priorität liegt bei Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum, wobei die ökologische Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. – Während das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei den Ausgaben des Sozialstaates zur unteren Hälfte gehört, erreicht es bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. Dementsprechend liegt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auch bei der Bildungsarmut auf dem 2. Platz. Andererseits ist die Armutsgefährdung am zweithöchsten und die Ungleichheit der Einkommensverteilung am höchsten von allen Wohlfahrtsregimen, da der Staat gemäß der wirtschaftsliberalen Philosophie möglichst wenig in die Märkte eingreift. Der 2. Platz bei den Bildungsinvestitionen macht sich mit dem 2. Platz bei den Befähigungen durch das Bildungssystem bezahlt. Auch die subjektive Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten steht gemäß Gallup (2013) auf dem 2. Platz. Damit erreicht das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie den 1. Platz, ein gutes Ergebnis auf der Basis von Wohlstand und Bildungsinvestitionen. – Im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime liegt die Frauenerwerbsquote hinter dem

sozialdemokratischen an 2. Stelle, aber die Repräsentation von Frauen im Parlament rangiert nur auf dem 4. Platz. Damit erzielt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime den 3. Platz bei der Frauenfreundlichkeit. Sowohl bei der Offenheit für Migranten als auch bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt es jeweils auf dem 1. Platz, die klassischen Einwanderungsländer erreichen damit auch beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den 1. Platz, da sie durch Lernprozesse und Erfahrungen den Umgang mit Migranten am besten entwickelt haben. Da das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in die Zivilgesellschaft jeweils hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime und dem konservativen rangiert, liegt es auch beim Gesamtindex der sozialen Integration hinter diesen beiden Wohlfahrtsregimen auf dem 3. Platz.

Das *familistische Wohlfahrtsregime* Südeuropas liegt sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung an letzter Stelle. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Lebensstandard ist dieses Wohlfahrtsregime mit dem vorletzten Platz etwas besser als Osteuropa, da der Tourismus zum Wohlstand dieser schönen „Urlaubsländer“ beiträgt. Bei den Belastungen durch CO₂-Emissionen und durch die Risikotechnologie Nuklearenergie schneidet der Süden jeweils am besten ab. Die Entlastungsbemühungen liegen nur auf dem 3. Platz, aber mit dem 2. Platz beim Belastungsniveau erreicht Südeuropa beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates liegt das familistische Wohlfahrtsregime an 3. Stelle, wobei die Ausgaben allerdings zu stark auf die Insider des Arbeitsmarktes und die Renten ausgerichtet sind. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als Vorsorge rangiert das familistische Wohlfahrtsregime an 4. Stelle, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Dementsprechend liegen dann auch die Armutgefährdung und die Ungleichheit der Einkommensverteilung an 4. Stelle. Und bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA rangiert das familistische Wohlfahrtsregime ganz am Schluss, das Bildungssystem ist sehr wenig erfolgreich. Deshalb liegt das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas dann auch beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe ganz am Schluss. Bei der objektiven Befähigung zur Autonomie (u.a. durch Lesekompetenz) liegt Südeuropa insgesamt an vorletzter Stelle. Die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten ist etwas höher als in der postsozialistischen Ländergruppe. Beim Gesamtindex für objektive und subjektive Autonomie liegt das familistische Wohlfahrtsregime dann auch an vorletzter Stelle, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss. – Wegen des großen Einflusses der Kirchen in Südeuropa sind die Geschlechterrollen noch relativ traditionell. Beim Frauenerwerbsquotienten und beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert das familistische Wohlfahrtsre-

gime auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei der Offenheit für Migranten sowie bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Südeuropa jeweils auf dem 3. Platz, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit. Bei der Beschäftigungsquote liegen die traditionellen Länder Südeuropas ganz am Schluss, und dies gilt auch für die Arbeitslosenquote der bisher relativ wenig wettbewerbsstarken Länder Südeuropas nach der Weltfinanzkrise. Bei der Integration in die Zivilgesellschaft schneidet der Süden mit dem 3. Platz besser ab als bei der ökonomischen Integration, weshalb es beim Gesamtindex der sozialen Integration an 5. Stelle rangiert, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss.

Die *postsozialistische Ländergruppe* Osteuropas rangiert sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung auf dem vorletzten Platz vor dem familistischen Wohlfahrtsregime. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand liegt die Ländergruppe im Durchschnitt ganz am Schluss, wobei Slowenien, Tschechien und die Slowakei bereits zum Mittelfeld aufgeschlossen haben. Als Kehrseite des geringen Wohlstands weist die Ländergruppe die geringste Müllbelastung und insgesamt das geringste ökologische Belastungsniveau auf. Bei der Nutzung von Energie ist z.B. das rohstoffreiche Russland eher sorglos und wenig effizient, bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz, weshalb sie beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit nur den 3. Platz erreicht. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates rangiert die postsozialistische Ländergruppe an vorletzter Stelle, gefolgt nur vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als Vorsorge aber liegt die Ländergruppe ganz am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Insgesamt hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom Modell der staatlichen Versorgung. Beim Anteil der „Risikoleser“ im Sinne von PISA liegt die Ländergruppe an vorletzter Stelle (vor Südeuropa) und dies gilt dann auch für die Bildungsarmut insgesamt. Bei der Armutgefährdung und der Ungleichheit der Einkommensverteilung schneidet die Ländergruppe jeweils mit dem 3. Platz etwas besser ab, aber beim Gesamtindex für die gleiche Teilhabe rangiert die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor Südeuropa). D.h., auch bezüglich des Werts der Gleichheit hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom „realsozialistischen“ Modell. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt die postsozialistische Ländergruppe ganz am Schluss. Dies gilt ebenfalls für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten sowie schließlich auch für die subjektive und objektive Autonomie insgesamt. – Zwar liegt die postsozialistische Ländergruppe beim Studentinnenanteil vorn, aber bei der Vertretung von Frauen im Parlament nur an vorletzter Stelle (vor Ostasien). Beim Frauenerwerbsquotienten liegt die Ländergruppe an 4. Stelle,

und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Wegen des relativ geringen Wohlstands weist die Ländergruppe nur wenig Migranten auf, nur Ostasien hat anteilig weniger Migranten. Aber bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten auf dem Arbeitsmarkt liegt die Ländergruppe ganz vorn und bei der Partizipation im Bildungssystem auf dem 2. Platz (hinter dem angelsächsischen Wohlfahrtsregime). Insgesamt erreicht die Ländergruppe damit den 2. Platz beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit, dies ist die beste Platzierung der postsozialistischen Ländergruppe bei den neun Performanzkriterien. Bei der ökonomischen Integration liegt die postsozialistische Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor den ökonomischen Krisenländern des Südens). Bei der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert die Ländergruppe ganz am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. In den posttotalitären Gesellschaften hat sich die Zivilgesellschaft noch nicht lange genug entwickeln können.

Die Unternehmen in Japan investieren unter Koordination durch das Technologieministerium im internationalen Vergleich mit Abstand am meisten in Forschung und Entwicklung. Das *produktivistische Wohlfahrtsregime* Ostasiens liegt bei den Gesamtausgaben (öffentlich und privat) an der Spitze. Wegen des Konzepts des ökonomischen Aufstiegs über die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch bei den bedeutsamen Patenten vorn, die die Absicherung der technologischen Entwicklungen gegenüber den Wettbewerbern bezwecken. Damit liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit (etwas vor dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime) an der Spitze. Im Wohlstand liegt es aber noch hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen, dem sozialdemokratischen, dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen. Die Wachstumsrate ist in den produktivistischen Ländern jedoch höher. Japan hat das Vereinigte Königreich bereits überholt so wie Südkorea Neuseeland. Die beiden produktivistischen Länder gehören also schon zu den 19 Ländern mit dem höchsten Wohlstand. Bei den Umweltbelastungen liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime im Mittelfeld, weil etwa die Müllbelastung niedriger ist als im wohlhabenderen wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime. Aber bei den Entlastungsbemühungen liegt es noch hinter dem wirtschaftsliberalen Regime ganz am Schluss, da wegen der einseitigen Fixierung auf das Wirtschaftswachstum die ökologische Nachhaltigkeit bisher stark vernachlässigt wird. – Bei den Prioritäten zwischen Vorsorge und Nachsorge bei der sozialen Sicherung ist das produktivistische Wohlfahrtsregime der extremste Fall. Während es bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Bildung als Vorsorge den 3. Platz erreicht, liegt es bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates mit Abstand an letzter Stelle, da die Absicherung für den Risikofall den Familien überlassen bleibt. Dem entsprechen die Performanzen bei der Gleichheit der Teilhabe. Während das produktivistische Wohlfahrtsregime bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA an der Spitze steht, also wenig Bildungsarmut aufweist, rangiert

es bei der Armutsgefährdung auf dem letzten Platz, da die Absicherung den Familien überlassen bleibt. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime vorn, sowohl bei der Durchschnittskompetenz im Lesen als auch beim Umfang der Leistungsspitze. Relativiert wird dieses gute Ergebnis allerdings durch die subjektive Bewertung der Bevölkerung, deren Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten auf dem vorletzten Platz (vor der postsozialistischen Ländergruppe) rangiert. Bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime dann an 4. Stelle hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen. – Die Geschlechterrollen im produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens sind noch sehr traditionell, deshalb liegt es sowohl beim Frauenanteil im Parlament als auch beim Studentinnenanteil und beim Frauenerwerbsquotienten jeweils auf dem letzten Platz, was dann natürlich auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gilt. Da die Länder des produktivistischen Wohlfahrtsregimes Ostasiens noch stark national orientiert sind, finden sich dort jeweils nur ca. 2 % Migranten. Weitere Informationen zur Teilhabe von Migranten liegen in den üblichen Erhebungen nicht vor. Nach diesem Informationsstand rangiert das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens bei der Migrantenfreundlichkeit auf dem letzten Platz. Gemäß der produktivistischen Wohlfahrtslogik ist die Integration in den Arbeitsmarkt im Regimevergleich am besten gelungen. Die Beschäftigungsquote ist wegen der traditionellen Geschlechterrollen mit dem 4. Platz bereits schlechter. Und bei der persönlichen Integration und der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert es jeweils auf dem letzten Platz. Insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der sozialen Integration an 4. Stelle, aber es handelt sich weitgehend um die soziale Integration der Einheimischen, da es ja kaum Migranten gibt.

3. Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime Skandinaviens

3.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der sozialdemokratischen Länder

Gemeinsamkeiten

Die Wohlfahrtslogik der Länder Skandinaviens ist universalistisch, d.h. alle Staatsbürger haben Anrecht auf Wohlfahrtsleistung, die zudem einheitlich ausgestaltet sind. Als Ergebnis des historischen Kompromisses zwischen Arbeiterbewegung und Mittelschicht haben die Wohlfahrtsleistungen ein hohes Niveau. Die Basis für dieses Modell ist die Solidarität der Staatsbürger.

Die Wirtschaft wird national koordiniert, der Staat verfolgt das Ziel der Vollbeschäftigung, wodurch das hohe Niveau der Wohlfahrtsleistungen einfacher zu finanzieren ist. Die Gewerkschaften sind in Skandinavien relativ stark.

Die Normen für die Geschlechterrollen sind egalitär, sowohl für die Erwerbstätigkeit als auch für die Betreuungsarbeit. Besteuert wird das Individuum, nicht das Individuum im Kontext von Familien. Der Staat unterstützt die Gleichstellung der Geschlechter durch eine gut entwickelte Infrastruktur für Betreuungsarbeit.

Die sozialen Sicherungssysteme auf hohem Niveau werden überwiegend durch Steuern finanziert, weniger durch Beiträge. Die Altersvorsorge und die Gesundheit werden eher als öffentliche Aufgaben gedacht, die Privathaushalte werden im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich belastet. Im Falle von Arbeitslosigkeit ist ein hohes Absicherungsniveau vorgesehen, aber gleichzeitig liegt der Schwerpunkt auf Vorsorge durch Qualifizierung und Weiterbildung. Familien werden durch eine Vielzahl staatlicher Leistungen unterstützt und entlastet.

Im Bildungssystem ist Chancengleichheit ein zentrales Ziel, deshalb gibt es eine späte Selektion im Schulsystem, hohe öffentliche Investitionen in Bildung und relativ geringe private Ausgaben für Bildung.

Besonderheiten

Das **schwedische** „Volksheim“ gilt als Prototyp der sozialdemokratischen Wohlfahrtslogik. Die Etablierung dieses Modells universalistischer und umfassender soziale Sicherung durch den umverteilenden Sozialstaat geht zurück auf lange Phasen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung. Der Wohlfahrtsstaat Schwedens gilt außerdem als besonders „frauenfreundlich“.

Das **dänische** Modell („flexicurity“) weist eine besonders beschäftigungsfreundliche Kombination von wirtschaftsliberalem geringem Kündigungsschutz („flexibility“) und hohem Niveau sozialer Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit („security“) auf. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Job-Rotation sind Bestandteile dieses Modells.

Durch Reformen seit den 1960er Jahren hat **Finnland** ein Schulsystem geschaffen, das mit später primärer Selektion und bewusster sozialer Durchmischung der Schulklassen regelmäßig bei den PISA-Leistungsevaluationen mit an der Spitze steht.

Mit universalistischem Wohlfahrtsstaat und begünstigt durch seinen Ölreichtum liegt **Norwegen** im Lebensstandard mit an der Spitze der betrachteten 43 Länder. Norwegen war bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter in einigen Aspekten der Vorreiter – etwa bei der Quotierung in Aufsichtsräten von Unternehmen.

3.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern

Schweden

Typ und Entwicklungstrend

Schweden weist lange Phasen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf und einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Die Wirtschaft wird national koordiniert zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Das schwedische „Volkshem“ kann als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes angesehen werden. Mit hoher Individualbesteuerung wird ein dichtes öffentliches Netz sozialer Sicherungssysteme finanziert. Die Basis des Leistungsanspruchs ist die Staatsbürgerschaft. Durch ein Bündnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung ist der Wert der Gleichheit in Schweden historisch strukturbildend gewesen. Die Betreuungsinfrastruktur ist sehr gut ausgebaut, sodass die Frauenerwerbstätigkeit unterstützt wird, was auch durch Individualbesteuerung und einen hohen Steuersatz nahegelegt wird. Die universalistische Logik der Wohlfahrtsproduktion zeigt sich in den einheitlichen Sicherungssystemen für alle Staatsbürger und auch in dem einheitlichen Bildungssystem mit später primärer Selektion. Die Reformen in Schweden unter den beiden konservativen Regierungen ab 2006 und 2010 zielten weniger auf einen grundlegenden Umbau, als vielmehr auf die Steigerung der Zielgenauigkeit der Leistungen („Rekalibrierung“ gemäß Pearson 2001) und die Begrenzung der Kosten („cost containment“). Das Leistungsniveau der sozialen Sicherung wurde dadurch insgesamt reduziert. Dennoch wurde die Beschäftigung in sozialstaatlichen Dienstleistungen gemäß Jochem 2010 auch von der bürgerlichen Regierung zur Stabilisierung nach der Weltfinanzkrise genutzt.

Nach den Parlamentswahlen im September 2014 kam es in Schweden zum ersten Mal zu einer rot-grünen (Minderheits-)Regierung, geführt von dem sozialdemokratischen Premier Stefan Löfven. Die rot-grüne Regierung beabsichtigt u.a., die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren, das Kinderbetreuungsgeld abzuschaffen (zugunsten der Betreuungsinfrastruktur) und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen.

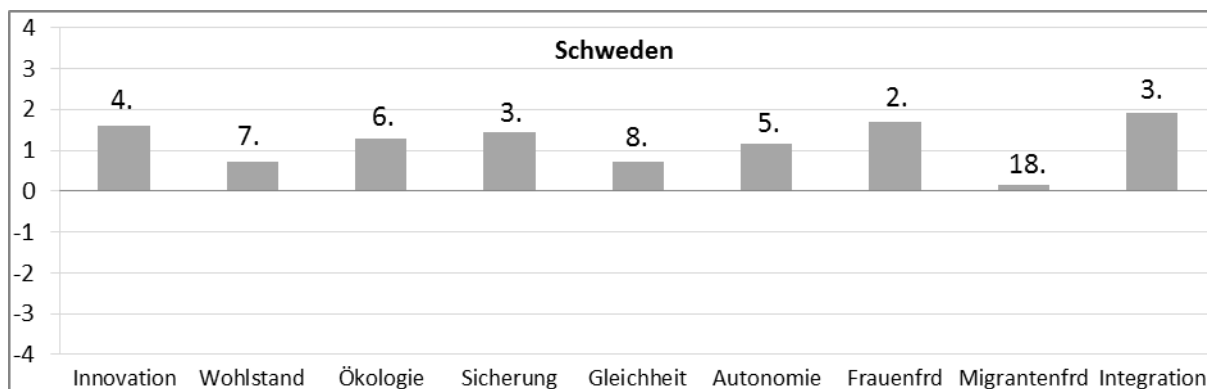
Das Performanzprofil Schwedens

Schweden kann als Prototyp der sozialdemokratischen Wohlfahrtslogik betrachtet werden.

Schweden investiert (neben Südkorea und Japan) am meisten in Forschung und Entwicklung, was sich auch in einem guten Output zeigt, so dass Schweden insgesamt bei der Innovationsfähigkeit den vierten Platz unter den betrachteten 43 Ländern erreicht. Beim Wohlstand hat sich Schweden auf dieser Basis auf den siebten Platz verbessert. Mit seinem hohen Wohlstand belastet Schweden die Umwelt etwa wie der internationale Durchschnitt, liegt aber bei den

Entlastungsbemühungen mit seinem hohen Anteil an regenerativer Energie (hinter Norwegen) an zweiter Stelle und bei der ökologischen Landwirtschaft (hinter Österreich und Estland) an dritter Stelle, weil das Umweltbewusstsein in der schwedischen Gesellschaft gut entwickelt ist.

Abbildung 3-2: Das Performanzprofil Schwedens



Angegeben sind die z-Werte (d.h. in der Skala vergleichbar gemacht und als Effekte oberhalb und unterhalb des Durchschnittes (Null) dargestellt) und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der sozialen Sicherung investiert Schweden ausgewogen in Vorsorge und Nachsorge und erreicht insgesamt den dritten Platz (hinter Dänemark und Finnland). Durch die Umverteilung durch den Sozialstaat wird die Einkommensungleichheit begrenzt (vierter Platz). Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Einkommens- und Bildungschancen insgesamt steht Schweden an achter Stelle. Auf der Basis der relativ hohen gesamten Bildungsausgaben gehört Schweden bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der Spitzenleser zum ersten Drittel der betrachteten Länder. Insgesamt wird die Bevölkerung objektiv gut zur Autonomie befähigt. Wenn man noch die sehr hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann erreicht Schweden beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie Platz 5 unter den betrachteten 43 Ländern.

Bei der Frauenfreundlichkeit ist die schwedische Gesellschaft mit ihrem frauenfreundlichen Wohlfahrtsstaat zusammen mit Dänemark und Norwegen weltweit führend. Sowohl beim Frauenanteil im Parlament als auch beim Frauenanteil unter den Studierenden steht Schweden jeweils an der Spitze der betrachteten 43 Länder. Der Umgang mit Migranten ist einer der Schwachpunkte der sozialdemokratischen Länder Skandinaviens. Schweden nimmt seit einiger Zeit verstärkt Migranten auf und liegt bei der Einbürgerung inzwischen mit vorn, aber bei der Gleichbehandlung von Migranten in Bildung und Erwerbstätigkeit rangiert Schweden nur im letzten Drittel. Schweden nahm in 2015 überproportional viele Flüchtlinge auf, ist also sehr offen. Die Probleme

der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sind damit aber noch nicht gelöst.

Bei der Integration in die Erwerbsbeschäftigung liegt Schweden mit vorn, sodass es bei der ökonomischen Integration zu den besten Zehn gehört. Die Mitarbeit in Politik und Gewerkschaften ist in Schweden unter allen betrachteten 43 Ländern am stärksten ausgeprägt, so dass Schweden als relativ egalitäre Gesellschaft beim Gesamtindex der sozialen Integration zusammen mit Norwegen und Dänemark an der Spitze steht.

Dänemark

Typ und Entwicklungstrend

Dänemark liegt nicht nur geographisch zwischen dem sozialdemokratischen Schweden und dem wirtschaftsliberalen Großbritannien, auch gesellschaftspolitisch weist Dänemark beide Komponenten auf. Sozialdemokratisch geführte Regierungen und konservativ geführte wechseln sich regelmäßig ab. Der Tripartismus zeigt sich im erfolgreichen „Flexicurity-Modell“ der dänischen Beschäftigungspolitik: Die lokale Regierung, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter haben gemeinsam die Aufgabe, zukunftsträchtige Beschäftigungsfelder herauszufinden, damit Beschäftigte, deren Arbeitsplätze sich nicht halten lassen, durch Weiterbildung auf solche Tätigkeiten vorbereitet werden. Die Flexibilität der Arbeitgeber bezüglich der Kündigungsregeln wird für die Arbeitnehmer ausgeglichen durch ein hohes Niveau der Leistungen in Job-Rotations- und Weiterbildungsphasen.

Zu den Reformplänen der Mitte-Links-Regierung (ab September 2011) zählten ein sozial ausgewogenes Steuersystem mit geringerer Belastung der Arbeitseinkommen sowie eine teilweise Liberalisierung der Einwanderungspolitik. Im Juni 2015 aber gewann das „rechte Lager“ mit dem Migrationsthema die Parlamentswahlen, wobei den Sozialdemokraten als relativ stärkster Partei nur die Oppositionsrolle zufiel.

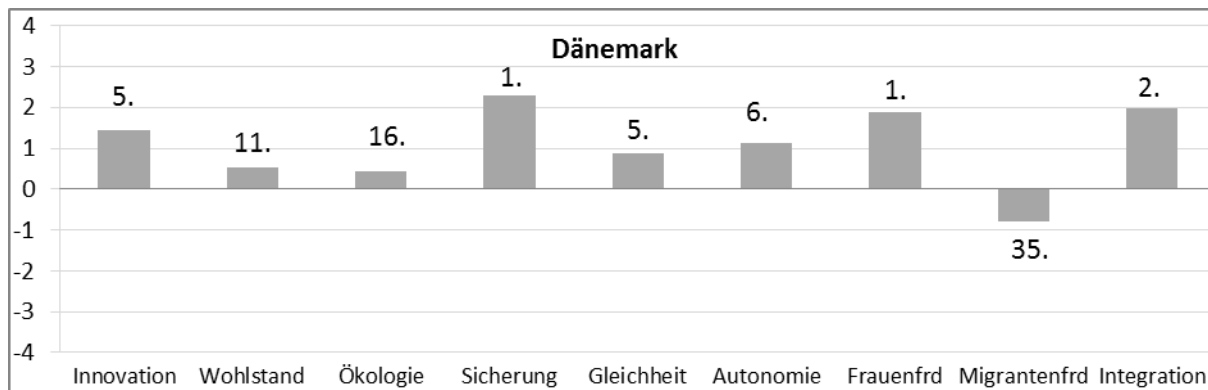
Ein Schwachpunkt Dänemarks ist der Umgang mit Migranten. Unter der konservativen Regierung ab Juni 2015 dürfte sich dies auch nicht so schnell ändern.

Das Performanzprofil Dänemarks

Dänemark investiert stark in Forschung und Entwicklung und gehört bei der Internetnutzung und bei den Patenten sowie bei der Innovationsfähigkeit insgesamt jeweils zu den besten Fünf. Im Wohlstand platziert sich Dänemark im ersten Drittel. Als Kehrseite des hohen Wohlstands belastet Dänemark die Umwelt überdurchschnittlich, bei den Entlastungsbemühungen gehört Däne-

mark allerdings zu den besten Zehn. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit insgesamt liegt Dänemark damit gleich nach dem ersten Drittel.

Abbildung 3-3: Das Performanzprofil Dänemarks



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Dänemark an vierter Stelle und erzielt so eine geringe Einkommensarmut (Platz 4). Bezüglich der Bildungsarmut gehört Dänemark zu den besten Zehn. Dänemark steht bei den gesamten Bildungsausgaben an der Spitze. Beim Anteil tertiärer Abschlüsse liegt Dänemark im vorderen Mittelfeld und bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittel. Insgesamt gehört Dänemark damit bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie zu den besten Zehn.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament, beim Erwerbsquotienten von Frauen und beim Einkommensquotienten steht Dänemark jeweils mit an der Spitze. Damit platziert sich Dänemark beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit insgesamt an der Spitze aller betrachteten Länder. Während die Frauenfreundlichkeit in Dänemark also sehr ausgeprägt ist, gehört Dänemark bei der Offenheit für Migranten zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert es jeweils im unteren Mittelfeld. Damit gehört Dänemark beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit zu den letzten Zehn der 43 betrachteten Länder.

Für die Bürger Dänemarks aber ist die Zivilgesellschaft besonders gut entwickelt und bei der Integration in das System der Erwerbsbeschäftigung gehört Dänemark mit seiner „Flexicurity“-Politik zu den besten Zehn. Die Kombination von wirtschaftsliberalen Kündigungsregeln, einer hohen sozialen Absicherung im Risikofall und einer intensiven Betreuung bei dem Wechsel auf einen zukunftssträchtigeren Arbeitsplatz durch Weiterbildung erweist sich als beschäftigungspolitisch erfolgreich. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft steht Dänemark auf dem zweiten Platz. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex

der sozialen Integration, Dänemark steht dabei zusammen mit Norwegen und Schweden an der Spitze.

Finnland

Typ und Entwicklungstrend

Finnland hat – vor Schweden und Dänemark – den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Dies ist ein Hinweis auf die Stärke der Arbeitnehmerseite sowie auf die starke Verankerung der Werte der Solidarität und Gleichheit. Diese Werte schlagen sich nieder im finnischen Schulsystem, in dem es keine frühe primäre Selektion gibt und die Schulklassen bewusst sozial durchmischt zusammengestellt werden, um Benachteiligten mehr Anregungen zu bieten, was gemäß der Bildungsforschung den privilegiierteren Schülern nicht schadet.

Status-konservierende Elemente finden sich im Beitragsbezug des Rentensystems und des Gesundheitssystems. Auch die Unterstützung der häuslichen Betreuung von Kindern ist eher ein konservatives Element. Ein Schwachpunkt ist der Umgang mit Migrant*innen, der im ethnisch homogenen Finnland in einem Lernprozess verbessert werden könnte.

Insgesamt ist die Wohlfahrtslogik in Finnland universalistisch mit einigen Status-konservierenden Elementen.

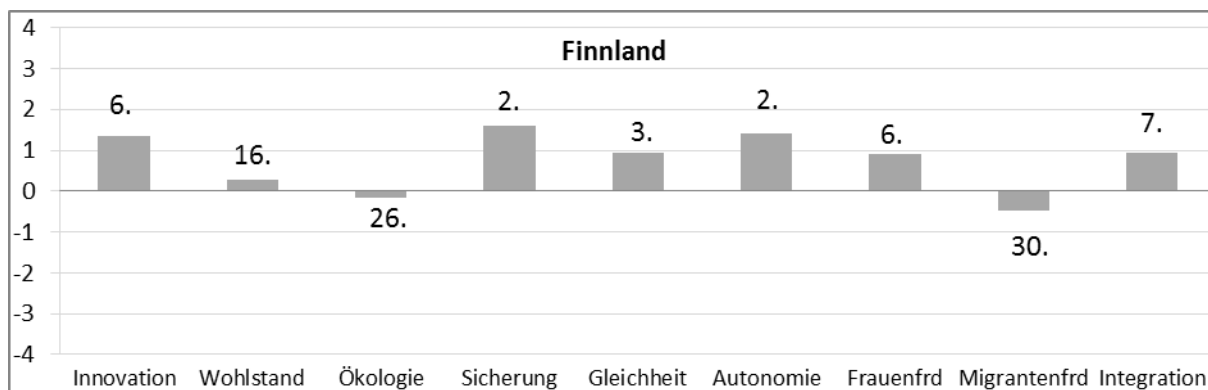
Das Performanzprofil Finnlands

Finnland investiert im internationalen Vergleich (gemeinsam mit Südkorea, Japan und Schweden) am stärksten in Forschung und Entwicklung. Bei der Innovationsfähigkeit insgesamt liegt Finnland auf Platz 6, weil es bei den Patenten etwas nachgelassen hat. In der Arbeitsmarktpolitik ist Finnland weniger erfolgreich und liegt beim durchschnittlichen Wohlstand nur im vorderen Mittelfeld. Als Kehrseite des Wohlstands rangiert Finnland bei den Umweltbelastungen im letzten Drittel, insbesondere wegen der hohen Belastungen durch CO₂ und dem hohen Anteil an Nuklearenergie. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Finnland andererseits u.a. mit einem hohen Anteil regenerativer Energien zu den besten Zehn.

Das finnische Bildungssystem liegt gemäß den Kompetenzmessungen von PISA mit an der Spitze. Die bewusst leistungsmäßig und sozial heterogenen Schulklassen schaden den Privilegierteren nicht und bieten den Benachteiligteren mehr Anregungen, so dass die durchschnittliche Leistung, der Anteil der Spitzenleser und die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt im internationalen Vergleich jeweils auf dem guten zweiten Platz stehen. Auch bei den nachsorgenden Sozialleistungen steht Finnland inzwischen auf dem zweiten Platz und erreicht so eine relativ geringe Einkommensungleichheit sowie Armutsgefährdung. Zusammen mit der Chancengleichheit im

Bildungssystem liegt Finnland bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt auf dem guten 3. Platz aller berücksichtigten 43 Länder.

Abbildung 3-4: Das Performanzprofil Finnlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Insbesondere die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Parlamentsvertretung und in der Erwerbsbeteiligung sind sehr gering, so dass Finnland beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit zusammen mit den anderen sozialdemokratischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen zur Spitzengruppe gehört. Die Integration von Migranten ist ein Schwachpunkt der finnischen Gesellschaft. Bei der Aufnahme von Migranten gehört Finnland zum letzten Drittel, bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem ebenfalls. Im Leistungsdurchschnitt des Bildungssystems macht sich dies nicht stark bemerkbar, da es nur wenige Migranten gibt.

Bei der Integration in die Erwerbstätigkeit liegt Finnland nur im internationalen Durchschnitt. Andererseits ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Finnland von allen betrachteten Ländern am höchsten und bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegt Finnland mit vorn. Damit erreicht Finnland beim Gesamtindex der sozialen Integration den siebten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

Norwegen

Typ und Entwicklungstrend

Als entwickelte soziale Marktwirtschaft und zusätzlich durch Ölreichtum sehr wohlhabendes Land hat Norwegen bei der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt besonders gute Voraussetzungen. Norwegen investiert anteilig von den betrachteten Ländern am meisten in die moderne Internet-Infrastruktur, hat den höchsten Anteil regenerativer Energien und gehört beschäftigungspolitisch zu den erfolgreichsten Ländern. Das soziale Netz ist umfassend ausgebaut.

Bezüglich der Kinderbetreuung hat Norwegen 1998 ein Wahlmodell zwischen häuslicher Betreuung und staatlichen Einrichtungen eingeführt, die beide gefördert werden. Der Trend weist aber in Richtung von Anreizen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, denn das Alter der Kinder, deren Betreuung unterstützt wird, wurde ab August 2012 von ursprünglich Kindesalter bis zu 3 Jahren über Kindesalter 1-2 Jahre auf Kindesalter bis 1 Jahr herabgesetzt.

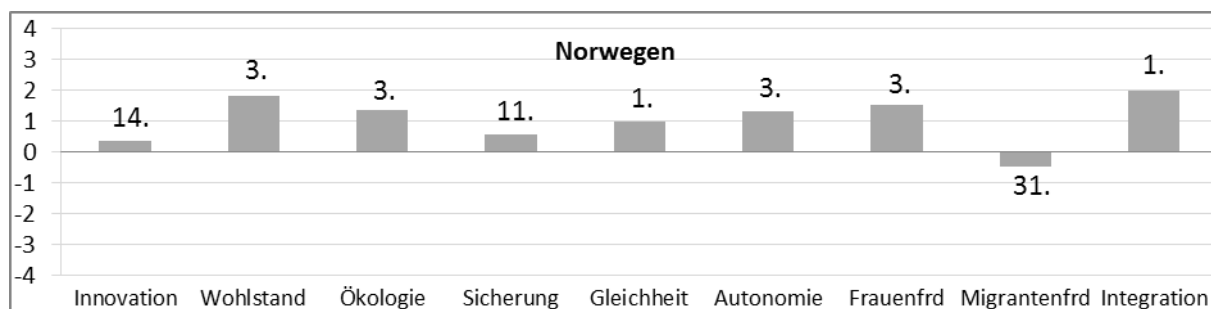
In den Parlamenten sind Frauen in Norwegen im internationalen Vergleich bereits gut repräsentiert und bei der Frauenerwerbstätigkeit liegt Norwegen sogar an der Spitze.

Nach langer sozialdemokratischer Dominanz hat Norwegen seit Oktober 2013 eine konservativ-rechtspopulistische Regierung. Die norwegischen Familien sollen stärker unterstützt werden und die Migrationspolitik wird restriktiver werden. Bei den Wahlen im September 2017 wurde die konservative Regierungskoalition bestätigt, die Steuersenkungen versprochen hatte. Der Wohlfahrtsstaat insgesamt dürfte eher etwas verschlankt werden.

Das Performanzprofil Norwegens

Bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung liegt Norwegen im vorderen Mittelfeld. Bei der Internetnutzung steht Norwegen sogar an der Spitze der betrachteten 43 Länder und beim Output der Investitionen insgesamt im ersten Drittel. Norwegen gehört dann auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit zum ersten Drittel. U. a. wegen seines Ölreichtums liegt Norwegen beim wirtschaftlichen Wohlstand mit an der Spitze. Dem Wohlstand entsprechend belastet Norwegen die Umwelt stark durch CO₂-Emissionen, insbesondere auch wegen der Erdöl- und Erdgasförderung. Bei den Entlastungsbemühungen steht Norwegen allerdings aufgrund von großem Problembewusstsein und entsprechender Umweltpolitik insbesondere wegen des relativ höchsten Anteils regenerativer Energien bei der ökologischen Nachhaltigkeit insgesamt mit an der Spitze.

Abbildung 3-5: Das Performanzprofil Norwegens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Mit seinen etwas überdurchschnittlichen nachsorgenden Sozialausgaben erreicht Norwegen eine sehr geringe Einkommensarmut und sogar insgesamt die niedrigste Einkommensungleichheit aller betrachteten 43 Länder, ein starkes Ergebnis des norwegischen Sozialstaates. Bei der Gleichheit der Teilhabe steht Norwegen inzwischen auch ganz an der Spitze der betrachteten Länder. Norwegen erreicht mit seinem universalistischen Bildungssystem, dass der Anteil tertiärer Abschlüsse zu den ersten Zehn zählt. Bei den Kompetenzmessungen von PISA zu den Bildungssystemen gehört Norwegen inzwischen ebenfalls zu den besten Zehn. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie hat Norwegen sich verbessert auf den vierten Platz. Bei der Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten steht Norwegen inzwischen an der Spitze der betrachteten 43 Länder. Damit erreicht Norwegen beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie den guten dritten Platz.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Norwegen mit vorn, beim Frauenerwerbsquotienten steht Norwegen sogar an der Spitze aller betrachteten 43 Länder. Deshalb steht Norwegen auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit direkt hinter Dänemark und Schweden mit an der Spitze der betrachteten Länder. Bei der Offenheit für Migranten andererseits gehört Norwegen zwar zum ersten Drittel, aber bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert Norwegen insgesamt im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit. Das Ausmaß der Migrantenfreundlichkeit ist bisher noch ein Schwachpunkt der norwegischen Gesellschaft.

Für seine Bürger insgesamt aber ist Norwegen mit dem vierten Platz erfolgreich bei der Integration in das Beschäftigungssystem. Auch bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften liegt Norwegen mit vorn. Bei der sozialen Integration seiner Bürger insgesamt liegt Norwegen damit inzwischen (vor Dänemark und Schweden) an der Spitze aller betrachteten 43 Länder.

3.3 Performanz der sozialdemokratischen Länder Skandinaviens

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Länder mit sozialdemokratischer Wohlfahrtslogik (vgl. Tabelle 3-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen der Länder zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt basiert im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime idealtypisch auf dem Universalismus der gleichen Teilhabe aller Staatsbürger. Dies ist in den Jahrzehnten der Hegemonie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Kooperation mit der Frauenbewegung etabliert worden und unter den folgenden Mitte-Rechts-Regierungen nur mit dem Ziel der Kosteneindämmung effektiviert worden.

Die sozialen Sicherungssysteme sind dementsprechend umfassend („encompassing“), die Priorität liegt auf der Vorsorge durch Bildung und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Vollbeschäftigung zu erreichen, die für die Finanzierung des umfassenden Sozialstaates erforderlich ist. Die Geschlechterrollen sind egalitär, es herrscht das „dual-earner – dual-carer“-Modell vor. Das Bildungssystem strebt die Gleichheit der Chancen dadurch an, dass es ein einheitliches Schulsystem gibt, in dem (überwiegend) die Schulklassen bewusst leistungsmäßig und sozial heterogen zusammengesetzt werden, damit die Benachteiligten genügend Anregungen erhalten, was gemäß der Bildungsforschung den Privilegierteren nicht schadet. Die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen, dass die sozialdemokratischen Bildungssysteme zu den erfolgreichsten gehören.

Tabelle 3-3: Performanzprofile der Länder des sozialdemokratischen Wohlfahrtstyps

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Dänemark	1,46	0,54	0,44	2,31	0,88	1,12	1,88	-0,79	1,98
	5	11	16	1	5	6	1	35	2
Finnland	1,36	0,27	-0,15	1,59	0,95	1,41	0,90	-0,48	0,93
	6	16	26	2	3	2	6	30	7
Norwegen	0,38	1,83	1,36	0,56	0,97	1,32	1,52	-0,48	2,01
	14	3	3	11	1	3	3	31	1
Schweden	1,60	0,72	1,30	1,45	0,72	1,17	1,68	0,14	1,90
	4	7	6	3	8	5	2	18	3

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Schweden, Dänemark und Finnland investieren (nach Japan und Südkorea) am meisten in Forschung und Entwicklung, was sich auch am entsprechenden Output zeigt, so dass Schweden, Dänemark und Finnland beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit (nach Japan, Südkorea und der Schweiz) an der Spitze stehen. Beim Wohlstand liegen die skandinavischen Länder alle deutlich über dem internationalen Durchschnitt, wobei Norwegen wegen seines Ölreichtums sogar mit an der Spitze der betrachteten 43 Länder steht. Während die Länder Skandinaviens als Kehrseite des hohen Wohlstands bei den Umweltbelastungen vergleichsweise schlecht abschneiden, gehören sie bei den Entlastungsbemühungen alle zu den besten Zehn, weil das Umweltbewusstsein in der öffentlichen Diskussion Skandinaviens gut entwickelt ist.

Bei der sozialen Sicherung durch Vorsorge und Nachsorge insgesamt stehen Dänemark, Finnland und Schweden gemeinsam an der Spitze und Norwegen gehört zum besten Drittel. Dänemark steht an der Spitze aller betrachteten 43 Länder, da es sowohl auf hohem Niveau in die Vorsorge durch Bildung investiert als auch auf hohem Niveau durch die Ausgaben des Sozialstaates bei Eintreten des Risikofalles wirkt und ausgleicht. Mit ihrer geringen Einkommensarmut und -ungleichheit gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen steht Norwegen sogar an der Spitze aller betrachteten 43 Länder. Bei der objektiven Befähigung zur Autonomie gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Zehn, wobei Finnlands Schulsystem bei den PISA-Evaluationen (zusammen mit Kanada) an der Spitze aller betrachteten Länder steht. Bei der subjektiv wahrgenommenen Freiheit der Wahl der Lebensweise gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Zehn, das wohlhabende Norwegen mit seiner hohen Gleichheit der Teilhabe steht dabei an der Spitze der betrachteten 43 Länder. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie gehören alle skandinavischen Länder zu den besten Sechs der betrachteten 43 Länder.

Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit stehen Dänemark, Schweden und Norwegen gemeinsam an der Spitze und Finnland auf Platz 6. Dänemark führt bei der Gleichheit der Entlohnung, Schweden steht bei der Beteiligung von Frauen im Parlament an der Spitze, Schweden und Norwegen haben die höchsten Anteile an Studentinnen und bei der Frauenerwerbstätigkeit stehen die vier sozialdemokratischen Länder gemeinsam an der Spitze aller betrachteten 43 Länder.

Beim Anteil der Migranten liegen Dänemark und Finnland unter dem internationalen Durchschnitt, während sich Schweden und Norwegen verbessert haben und inzwischen zum ersten Drittel gehören. Bei der Teilhabe der (relativ wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt gehören die Länder Skandinaviens aber alle unter dem internationalen Durchschnitt, dies ist ein gemeinsamer Schwachpunkt der skandinavischen Länder.

Bei der Integration in der Zivilgesellschaft stehen die skandinavischen Länder gemeinsam an der Spitze. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegen Norwegen, Dänemark und Schweden vorn, da sie auch bei der ökonomischen Integration gut abschneiden.

Insgesamt sind die Länder Skandinaviens also auch in der Performanz sehr homogen, wobei die Leistungen überwiegend zur Spitzengruppe gehören. Nur die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ist ein gemeinsamer Schwachpunkt der skandinavischen Länder.

4. Das konservative Wohlfahrtsregime Kontinentaleuropas

4.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der konservativen Länder

Die Länder des konservativen Wohlfahrtstyps weisen ganz allgemein eine große Spannweite institutioneller Ausprägungen auf, weit mehr als beispielsweise die sozialdemokratischen Länder Skandinaviens. Dies liegt darin begründet, dass sie sich in ihrer geschichtlichen Entwicklung stark voneinander unterscheiden und ihre Staatsgründungen bis zu 650 Jahre auseinander liegen.

Während die Schweiz beispielsweise auf eine mehr als 700-jährige Genese bei der Ausdifferenzierung ihrer Institutionen blicken kann, sind Länder wie Frankreich und Belgien erst seit Ende des 18. bzw. Mitte des 19. Jahrhunderts in ihrer heutigen Staatsform entstanden. Deutschland und Österreich schließlich gehören zu den jüngsten Nationen Europas und bestehen als parlamentarische Demokratien erst seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Gemeinsamkeiten

Obwohl sie auf so verschiedene historische Entwicklungen zurückblicken, sind für die politischen Regime dieser Länder zwei bis drei große Volksparteien charakteristisch, die sich im „Mitte-Links“ bis „Mitte-Rechts“ Spektrum der jeweiligen nationalen Parteienlandschaft befinden. Zusätzlich gibt es – beispielsweise in Abgrenzung zu den Ländern des wirtschaftsliberalen Typs – eine verhältnismäßig große Anzahl kleinerer Parteien, die die Meinungsvielfalt sowie die bewegte jüngere Geschichte (Trennung Europas und Vorhandensein zweier konträrer Ideologien) in diesen Ländern widerspiegelt.

Die betrachteten Länder des konservativen Wohlfahrtstyps weisen alle Sicherungssysteme auf, die nach Berufen und gesellschaftlichen Ständen gegliedert sind und eine Status-konservierende Komponente für den Fall sozialer Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter enthalten. Dieses von dem ehemaligen deutschen Reichskanzler Bismarck eingeführte System der sozialen Sicherung, welches ursprünglich auf eine monarchische und in Stände unterteilte Gesellschaft ausgerichtet war, besteht – vor allem in Form der Sozialversicherung – in verschieden starker Ausprägung bis heute. Die unterschiedlich hohen Anteile Bismarck'scher Elemente in den Sicherungssystemen der konservativen Länder sind hierbei in den Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkrieges begründet, nach dessen Ende hauptsächlich Österreich und Deutschland das System weiter ausgebaut haben, während sich die befreiten Länder Westeuropas stärker an Großbritannien und den USA orientierten.

Die Sozialversicherungen als zentrale Wohlfahrtsinstitutionen werden überwiegend durch einkommensbezogene Beiträge finanziert, die Basis des Anspruchs ist der Bezug zur Erwerbstätigkeit, die Leistungen erfolgen vor allem durch finanzielle Transfers und proportional zu den in der Erwerbsbiografie geleisteten Beiträgen, wobei Familienmitglieder aber mitversichert sind.

Im ökonomischen Bereich ist in allen konservativen Ländern festzustellen, dass soziale Marktwirtschaften existieren, welche zum einen die positiven Impulse des freien Marktes für einen wachsenden Wohlstand in Anspruch nehmen wollen und zum anderen ein relativ dichtes Netz sozialer Sicherungen aufbauen, um ihre Bürger gegen die damit einhergehenden Risiken abzusichern. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die relativ starke gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften, welche oftmals von staatlicher Seite vermittelt wird. Die Schwächung der Arbeitnehmervereinigungen und der Rückzug des Staates aus diesen Verhandlungen bei gleichzeitiger Stärkung der Arbeitgeberseite ist hierbei jedoch ein beobachtbarer Trend in allen analysierten Ländern. Ursachen für diesen gemeinsamen Trend können vor allem in den Krisen am Arbeitsmarkt seit Mitte der 1970er und besonders in den 1990er Jahre gesehen werden.

Die starke Stratifizierung der Gesellschaften und Institutionen wird auch von einem charakteristischen Geschlechterarrangement in den betrachteten Gesellschaften begleitet, welches sich erst langsam und in unterschiedlichem Tempo verändert. So wird die Rolle der Frau in einer Form konstruiert und institutionell gefestigt, die zwar eine egalitärere gesellschaftliche Position als in Ländern des familistischen Typs zum Ergebnis hat, jedoch nicht an jene der Länder mit sozialdemokratischer oder wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik heranreicht. Vergleichsweise geringe Frauenerwerbsquoten und eine auf Heimerziehung seitens der Mutter ausgelegte Infrastruktur für die Kinderbetreuung sind hierbei nur zwei von verschiedenen Indikatoren für diese institutionelle Ausprägung.

Besonderheiten

Für die Status-konservierende Wohlfahrtslogik sind Deutschland und Österreich Prototypen.

Die institutionelle Ausprägung der **Bundesrepublik Deutschland** kommt, nicht nur wegen der maßgeblichen Prägung des Bismarck'schen Sozialversicherungssystems, dem Idealtyp des konservativen Wohlfahrtsregimes besonders nahe. Deshalb kann man Deutschland – neben Österreich – als Prototypen bezeichnen. Für Deutschland ist vor allem das Bildungssystem, als eine der wichtigsten Institutionen Status-konservierender Arrangements, hervorzuheben. So ist die primäre Bildungsselektion nach vier bis sechs gemeinsamen Schuljahren im Ländervergleich eine der frühesten. Das dreigliedrige Schulsystem bestimmt in den meisten Fällen die Erwerbsbiographien der Schüler. Hierbei wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Studien ein Einfluss der sozialen Positionierung der Eltern auf den Bildungsabschluss der Kinder nachgewiesen, was zur Vererbung kulturellen Kapitals und zur Sicherung des elterlichen Status' entscheidend beiträgt. Eine weitere Besonderheit ist im Bereich der sozialen Sicherung die noch relativ junge Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, welche eine Abweichung von der idealtypischen Institutionenausprägung darstellt. Durch die Zahlung von einheitlichen staatlichen Leistun-

gen wird nun der Status während des Leistungsempfangs vom vorherigen Berufsstatus nach dem Zeitraum von einem Jahr entkoppelt, was ein wirtschaftsliberales Element in der dominierenden konservativen Wohlfahrtslogik ist. Ferner wurde durch den groß angelegten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze (ab 2008) eine Entwicklung in Richtung des Doppelverdiener-Familienmodells unterstützt.

Österreich steht dem konservativen Idealtyp ähnlich nah wie Deutschland, weist aber ebenfalls einige Besonderheiten auf. In Österreich gibt es zwar keinen gesetzlichen Mindestlohn, aber bei den Tarifvereinbarungen sind Lohnuntergrenzen von ca. 1500 Euro brutto verbreitet. Dies deutet auf eine stärkere Betonung der sozialen Marktwirtschaft hin. Vergleichbare Vereinbarungen sind vor allem in Ländern des sozialdemokratischen und wirtschaftsliberalen Typs festzustellen, im letztgenannten Typ allerdings auf weit niedrigerem, lediglich existenzsicherndem Niveau. Eine weitere Besonderheit zeichnet sich im Bereich der sozialstaatlichen Unterstützungen ab. So haben die einzelnen Bundesländer bei der Berechnung der Leistungen ein stärkeres Mitspracherecht als beispielsweise in Deutschland, wodurch regional unterschiedliche Regelungen innerhalb des Landes existieren.

Betrachtet man die institutionellen Besonderheiten der **Schweiz**, so fällt zuerst der Blick auf den Wirtschaftsbereich. Hier ist auffallend, dass mit über 50 % ein vergleichsweise großer Teil der Betriebe in so genannten Gesamtarbeitsverträgen organisiert ist. Diese zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelten Verträge garantieren verschiedene Mindeststandards und schließen gleichzeitig eine allgemeine „Friedenspflicht“ ein, was Streiks in der Schweiz sehr selten macht. Das soziale Sicherungssystem der Schweiz ist ein Mischtyp aus Beveridge'schen und Bismarck'schen Komponenten. Dies lässt sich vor allem an der ersten Säule des Rentensystems erkennen, die beitragsfinanzierte, aber dennoch lediglich existenzsichernde universelle Pensionszahlungen beinhaltet.

Bei der institutionellen Ausprägung **Belgiens** ist das System finanzieller Umverteilung zwischen den Regionen von besonderer Bedeutung. So werden vom dienstleistungsorientierten Norden des Landes (Flandern) an den ehemals industriellen Süden (Wallonien) „Solidaritätszahlungen“ geleistet. Dieses von sozioökonomischen Disparitäten innerhalb des Landes geprägte Engagement bildet einen Kern der politischen Auseinandersetzungen.

Bei **Luxemburgs** institutionellen Besonderheiten fällt vor allem auf, dass das Gesundheitssystem die seltene Eigenart des Prinzips der Rückerstattung aufweist: Sämtliche Leistungen und Medikamente müssen im Voraus bezahlt werden und werden zu einem bestimmten Prozentsatz im Nachhinein erstattet. Daher sind private Zusatzversicherungen relativ weit verbreitet, was für Länder des konservativen Typs eher außergewöhnlich ist. Charakteristisch für das Rentensystem ist, dass ein Arbeitnehmer mindestens 10 Jahre gearbeitet haben

muss, um eine Rente zu erhalten. Liegt der Gesamtzeitraum unter dieser Zeit, werden lediglich die eingezahlten Beträge zurückerstattet. Andererseits existiert in Luxemburg eine relativ hohe Mindestrente. Dieses Instrument mindert die Altersarmut. Gleichzeitig kann der universelle Mindestbetrag als Element universalistischer Wohlfahrtseinflüsse gewertet werden.

In **Frankreich** ist der Anspruch sozialer Gleichheit weit verbreitet, was in Teilen den Idealen des konservativen Wohlfahrtstyps widerspricht. Deshalb weist der französische Wohlfahrtsstaat in abgeschwächter Form auch universalistische Elemente auf. So enthält das Rentensystem des Landes, trotz genereller Kopplung der Pensionszahlungen an die vorherige berufliche Position und das damit verbundene Einkommen, eine universelle Komponente, die auch Senioren berücksichtigt, die nicht in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Der Gleichheitsgedanke beeinflusst auch das vorherrschende Geschlechtermodell, welches im Vergleich zu anderen Ländern des konservativen Wohlfahrtstyps als relativ egalitär beschrieben werden kann. So konnte sich auf der Basis einer extensiv ausgebauten Kinderbetreuungsinfrastruktur das „dual-earner model“ durchsetzen. Als Teil der Flexibilisierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt ist inzwischen eine Begrenzung der Zahlung des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre (ab dem Alter von 50 Jahren: drei Jahre) eingeführt worden. Danach gibt es, vergleichbar mit dem ALG II in Deutschland, eine Basiszahlung auf existenzsicherndem Niveau.

Die **Niederlande** weisen die größten institutionellen Abweichungen vom Idealtyp des konservativen Wohlfahrtstyps auf. Im Zuge der Arbeitsmarktkrisen der 1990er Jahre führten die Niederlande als erstes europäisches Land das Konzept der „Flexicurity“ ein, welches sich durch eine weit reichende Flexibilisierung verschiedener Arbeitsverhältnisse auszeichnet und dabei Teilzeit- sowie Zeitarbeit besondere steuerliche und arbeitsrechtliche Vorteile einräumt. Für das System der sozialen Sicherung ist eine Mischung aus Bismarck’schen und Beveridge’schen Elementen charakteristisch, da zuerst eine Orientierung am Nachbarland Deutschland und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neuorientierung an Großbritannien erfolgte. Berufsständische Versicherungen sind seither mit der niederländischen „Volksversicherung“ kombiniert, was sowohl Statuskonservierende als auch universalistische Ausprägungen der sozialen Sicherungssysteme zur Folge hat. Besonders deutlich zeigt sich der Einfluss universalistischer Elemente hierbei im Rentensystem. Dieses orientiert sich, neben der Anzahl der gearbeiteten Jahre, nicht am vorherigen Einkommen, sondern am aktuellen Mindestlohn der Niederlande. Auch aus diesem Grund ist der private Anteil im Rentensystem für ein Land des konservativen Typs außergewöhnlich hoch, wie man es eher in wirtschaftsliberalen Ländern vorfindet. Eine letzte Besonderheit der niederländischen Wohlfahrtsinstitutionen ist die große Spannweite der zur Verfügung stehenden Schulen. Diese repräsentieren die praktizierte Glaubensfreiheit im Land und können, obgleich privat betrieben, mit staatlichen Subventionen finanziert werden. Allerdings gibt es

einheitliche Standards bei Lehrplänen und Abschlussprüfungen, um zu stark differierende Leistungsanforderungen zu vermeiden.

4.2 Fallstudien der einzelnen Länder

Deutschland

Typ und Entwicklungstrend

Deutschland kann am ehesten dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden. Dies zeigt sich besonders an der Organisation der Sozialversicherung, die sich an der Erwerbstätigkeit orientiert und nach dem Bismarck'schen Prinzip durch Beiträge finanziert wird. Zudem zielt sie darauf ab, den sozialen Status der Versicherten auch in Risikosituationen zu erhalten, wie sich unter anderem im Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung zeigt.

Auch die Leitbilder für die Geschlechterrollen entsprechen dem konservativen Bild: Noch immer dominiert das „male-breadwinner model“, Frauen sind überproportional in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen zu finden; die Rolle der Frauen wird, vor allem in den alten Bundesländern, noch immer in der Betreuung der Familie gesehen, sodass staatliche Leistungen für Familien vor allem finanzieller Art sind und das Kinderbetreuungsangebot relativ schlecht ausgebaut ist. Im letzten Jahrzehnt hat aber ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik stattgefunden, die nun verstärkt das „dual-earner model“ unterstützt.

Auch wenn mit den Hartz-Reformen die Statussicherung bei Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt wurde und das Kinderbetreuungsangebot ausgebaut wird, folgt Deutschland bisher am ehesten einem modernisierten Status-konservierenden Entwicklungspfad.

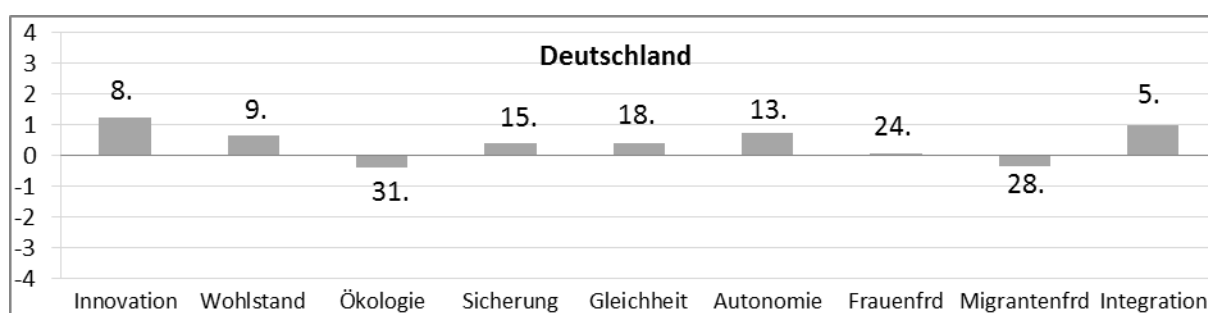
Das Performanzprofil Deutschlands

Deutschland gehört bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zu den besten zehn Ländern, bei den wichtigen Patenten rangiert es sogar auf dem dritten Platz. Damit erzielt Deutschland bei der Innovationsfähigkeit insgesamt einen guten achten Platz. Beim durchschnittlichen Wohlstand hat Deutschland sich in den letzten Jahren wegen seiner Wettbewerbsfähigkeit verbessert und steht nun auf dem neunten Platz. Als Kehrseite des Wohlstands gehört Deutschland bei der ökologischen Belastung zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Andererseits liegt Deutschland mit seinen Entlastungsbemühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit im vorderen Mittelfeld. Deutschland dürfte sich bei der ökologischen Nachhaltigkeit verbessern, da nach der Atomkatastrophe in Japan 2011 der Ausstieg aus der Risikotechnologie Kernkraft bis 2022 eingeleitet wurde und ein starker Ausbau der erneuerbaren Energien geplant ist.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben gehört Deutschland zu den ersten zehn Ländern und erreicht damit, dass die Armutsquote und die Einkommensun-

gleichheit jeweils geringer sind als im internationalen Durchschnitt. Bei den vorsorgenden Bildungsausgaben gehört Deutschland nur zum unteren Mittelfeld. Bei der Bildungsarmut schneidet Deutschland etwas besser ab als der internationale Durchschnitt. Und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe. – Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze gehört Deutschland inzwischen jeweils zu den besten Zehn und hat sich damit von 2000 bis 2015 deutlich verbessert, wozu insbesondere zusätzliche Sprachkurse für Benachteiligte beigetragen haben. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Deutschland insgesamt zum vorderen Mittelfeld. Die subjektive Einschätzung der Wahlfreiheit durch die Bevölkerung fällt im internationalen Vergleich noch etwas besser aus.

Abbildung 4-6: Das Performanzprofil Deutschlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Vertretung der Frauen im Parlament liegt Deutschland im ersten Drittel der betrachteten Länder und beim Erwerbsquotienten im internationalen Durchschnitt. Aber mit dem niedrigen Studentinnenanteil rangiert Deutschland im letzten Drittel der Länder. Deshalb liegt Deutschland beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit nur am Anfang des unteren Mittelfeldes der betrachteten 43 Länder. – Bei der Offenheit für Migranten hat Deutschland sich verbessert auf den internationalen Durchschnitt. Aber bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sowie bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt liegt Deutschland nur im unteren Mittelfeld. Im August 2016 trat aber das Integrationsgesetz in Kraft, das die Zugänglichkeit zu Sprachkursen erhöht und den Zugang zur beruflichen Bildung, sodass sich die Teilhabe der Migranten verbessern dürfte.

Gemäß der ökonomischen Integration, d. h. der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt, gehört Deutschland inzwischen zu den besten Zehn. Auch mit dem Ausmaß der Partizipation in der Zivilgesellschaft liegt Deutschland im ersten Drittel. Bei der sozialen Integration insgesamt gehört Deutschland damit inzwischen auch zu den besten Zehn.

Österreich

Typ und Entwicklungstrend

Österreich lässt sich sowohl institutionell als auch kulturell eindeutig der konservativen Wohlfahrtslogik zuordnen. So folgt beispielsweise das System der sozialen Sicherung dem über Beiträge finanzierten Bismarck'schen Versicherungsprinzip, das bei sozialen Risiken den sozioökonomischen Status des Betroffenen erhalten soll. Lediglich bei erwiesener Bedürftigkeit wird durch die Sozialhilfe eine Grundsicherung gewährt. Bei der Feststellung der Bedürftigkeit werden zudem das gesamte Haushaltseinkommen sowie unterhaltspflichtige Angehörige berücksichtigt. Daran zeigt sich, dass Personen, anders als in Ländern des wirtschaftsliberalen oder sozialdemokratischen Typs, nicht einzeln, sondern im Haushalts- und Familienverband betrachtet werden.

Das gegliederte Schulsystem mit früher primärer Selektion weist gemäß den PISA-Evaluationen eine starke soziale Vererbung auf.

Als Leitbild für die Geschlechterrollen dominiert noch das „starke ErnährermodeLL“ (Lewis/Ostner 1994), die Kinderbetreuungseinrichtungen z.B. sind nicht besonders stark ausgebaut und die Elternzeit ist lang sowie großzügig finanziert. Allerdings finden in den Geschlechterrollen auch Modernisierungsprozesse statt wie z.B. die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und die Angleichung des Renteneintrittsalters.

Insgesamt folgt Österreich einer zum Teil modernisierten Statuskonservierenden Wohlfahrtslogik. Und unter der neuen Regierung (seit Dezember 2017) wird die Politik konservativer werden.

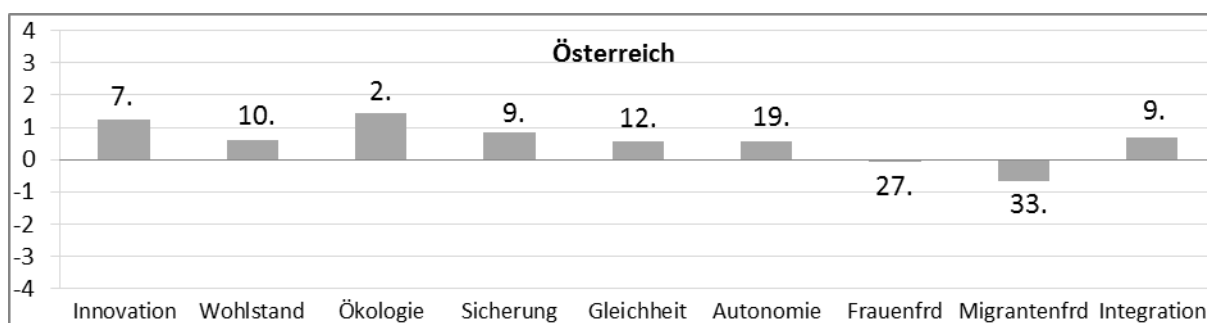
Das Performanzprofil Österreichs

Österreich gehört bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu den besten zehn Ländern, bei den öffentlichen Ausgaben hat es sich sogar auf den ersten Platz verbessert. Beim Output in Form der wichtigen Patente zählt es auch zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit erreicht Österreich damit Platz 7 unter den betrachteten 43 Ländern. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Österreich auf Platz 10. Für seinen hohen Wohlstand ist die ökologische Belastung durch Österreich deutlich unterproportional. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Österreich sogar an der Spitze – dies liegt u. a. an der Verbreitung der ökologischen Landwirtschaft –, sodass es beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den guten zweiten Platz erreicht.

Österreich liegt bei den nachsorgenden Sozialausgaben an sechster Stelle und erreicht damit eine niedrige Armutsquote und eine geringe Einkommensungleichheit. Der konservativen Wohlfahrtslogik entsprechend ist die Vorsorge durch Bildung weniger entwickelt. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Österreich nur im Mittelfeld und rangiert bei dem Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA auch nur im Mittelfeld. Wenn man Einkommensungleichheit,

Einkommens- und Bildungsarmut insgesamt berücksichtigt, liegt Österreich bei der Gleichheit der Teilhabe an Bildung und Einkommen auf Platz 12 unter den betrachteten 43 Ländern. Mit seinen Bildungsausgaben und dem früh selektierenden gegliederten Schulsystem rangiert Österreich gemäß den Kompetenzmessungen von PISA nur im Mittelfeld. Bei dem Anteil der tertiären Abschlüsse und insgesamt bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Österreich etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Wenn man die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Österreich beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie etwas über dem Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 4-7: Das Performanzprofil Österreichs



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Österreich inzwischen zu den besten Zehn. Beim Studentinnenanteil und beim Frauenerwerbsquotienten liegt es nur im Mittelfeld. Damit erreicht Österreich beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit Platz 15 unter den 43 betrachteten Ländern. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Österreich über dem Durchschnitt, bei den Einbürgerungen rangiert Österreich aber im letzten Drittel. Wenn man noch die geringe Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt, dann gehört Österreich beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit ebenfalls zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration der Staatsbürger in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Österreich insgesamt zum ersten Drittel der Länder. Bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften zählt Österreich zu den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration erreicht Österreich damit Platz 9 unter den betrachteten 43 Ländern.

Schweiz

Typ und Entwicklungstrend

Der schweizerische Wohlfahrtsstaat beinhaltet Komponenten von vor allem zwei Regimetypen: dem konservativen und dem liberalen. Dies zeigt sich unter anderem in den Sozialversicherungen und hier vor allem in der ersten Säule der Rentenversicherung, der AHV: Sie stellt einen Kompromiss dar aus den Beveridge'schen und Bismarck'schen Prinzipien, aus der Armutsvermeidung und der Stuserhaltung. Zudem ist sie beitragsfinanziert und dennoch in den Leistungen universalistisch angelegt. Hinzu kommt, dass sowohl in der Rente als auch bei der Gesundheit der private Sektor stark betont wird. So sichert die AHV nur die Existenz des Versicherten, der darüber hinausgehende persönliche Bedarf muss durch private Zusatzversicherungen gedeckt werden. Hier, ebenso wie in den hohen privaten Ausgaben für die Gesundheit, zeigt sich die liberale Orientierung der schweizerischen Wohlfahrt, die sich auch im Wirtschaftssystem widerspiegelt.

Der konservative Charakter zeigt sich vor allem bei kulturellen Aspekten und hier besonders im Leitbild für die Geschlechterrollen: Auch wenn die Frauenerwerbsquote der Schweiz relativ hoch ist, so gehen doch die meisten Frauen, vor allem wenn sie Kinder haben, lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nach. Ursache hierfür ist die noch immer traditionelle Arbeitsteilung in Paaren, in der den Frauen die Aufgabe der Familienfürsorge zukommt. Die Dominanz des Leitbilds traditioneller Geschlechterrollen zeigt sich auch daran, dass es kaum Betreuungseinrichtungen für Kinder unter vier Jahren gibt, genauso wenig wie Ganztagskindergärten oder -schulen (vgl. Bonoli 2006, S. 1387).

Insgesamt war die Schweiz also konservativ mit wirtschaftsliberalen Elementen (vgl. Bonoli 2006), wobei nach 1990 eine Annäherung an das kontinentale Modell stattgefunden hat (vgl. Trampusch 2010).

Die neuesten Entwicklungen lassen sich am besten als „Modernisierung“ charakterisieren (vgl. Häusermann 2010a): Durch die Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen wird die Modernisierung der Geschlechterrollen und die Frauenerwerbstätigkeit unterstützt. Die Benachteiligung der Teilzeitarbeit bei der Rentenberechnung wurde abgebaut. Die Arbeitsmarktpolitik wurde von einer nachsorgenden Bismarck-Politik auf Aktivierung umgestellt.

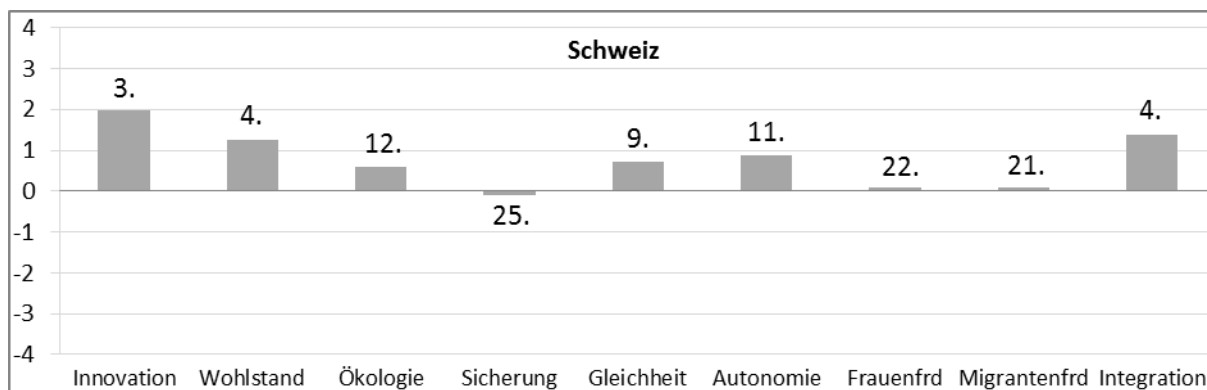
Im Ergebnis ist die Wohlfahrtslogik der Schweiz am ehesten eine modernisierte Variante der Status-konservierenden Logik mit einigen wirtschaftsliberalen Zügen.

Das Performanzprofil der Schweiz

Unter den Ländern Kontinentaleuropas ist neben Deutschland und Österreich auch die Schweiz inzwischen am ehesten der konservativen Wohlfahrtslogik

zuzuordnen (vgl. Trampusch 2010), allerdings mit einigen wirtschaftsliberalen Elementen.

Abbildung 4-8: Das Performanzprofil der Schweiz



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Die Schweiz liegt insbesondere bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung mit vorn. Bei den wichtigen Patenten liegt die Schweiz inzwischen sogar (vor Japan) an der Spitze der betrachteten Länder. Insgesamt erzielt die Schweiz bei der Innovationsfähigkeit einen guten dritten Platz. Dies ist die Basis dafür, dass die Schweiz auch beim durchschnittlichen Wohlstand einen guten vierten Platz erreicht, wobei die Neutralität in allen militärischen Konflikten eine weitere günstige Randbedingung ist. Als Kehrseite des Wohlstands gehört die Schweiz mit den hohen Umweltbelastungen zu den letzten zehn Ländern. Bei den Entlastungsbemühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit erreicht die Schweiz andererseits einen guten dritten Platz, weil sie die Energieeffizienz und die ökologische Landwirtschaft gut berücksichtigt.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall rangiert die Schweiz im unteren Mittelfeld. Bei der Einkommensarmutsquote liegt die wohlhabende Schweiz dennoch im ersten Drittel. Bei den Investitionen in das Bildungssystem gehört die Schweiz zum vorderen Mittelfeld. Damit erreicht die Schweiz einen geringen Anteil früher Schulabgänger und einen durchschnittlichen Anteil von Risikolesern im Sinne von PISA. Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen insgesamt platziert sich die Schweiz damit unter den ersten Zehn. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA hat die Schweiz sich verschlechtert auf den internationalen Durchschnitt, dies dürfte an der erhöhten Migration liegen. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt steht die Schweiz im vorderen Mittelfeld. Wenn man die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten (Rang 2) berücksichtigt, gehört die Schweiz beim Gesamtindex der Autonomie zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten hat sich die Schweiz verbessert und gehört jetzt zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Aber mit ihrem niedrigen Studentinnenanteil rangiert die Schweiz unter den letzten Zehn. Insgesamt hat sich die Schweiz bei der Frauenfreundlichkeit auf den internationalen Durchschnitt verbessert. Mit ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt ist die Schweiz sehr gut zugänglich für Migranten, sie nimmt entsprechend den zweithöchsten Anteil an Migranten auf. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt die Schweiz aber jeweils unter dem internationalen Durchschnitt. Insgesamt rangiert die Schweiz damit bei der Migrantenfreundlichkeit etwa im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem steht die Schweiz an der Spitze der betrachteten 43 Länder und platziert sich bei der Integration in den Arbeitsmarkt an zweiter Stelle. Bei der Partizipation in der Zivilgesellschaft gehört die Schweiz zum ersten Drittel. Bei der sozialen Integration insgesamt erreicht die Schweiz damit den guten vierten Platz.

Belgien

Typ und Entwicklungstrend

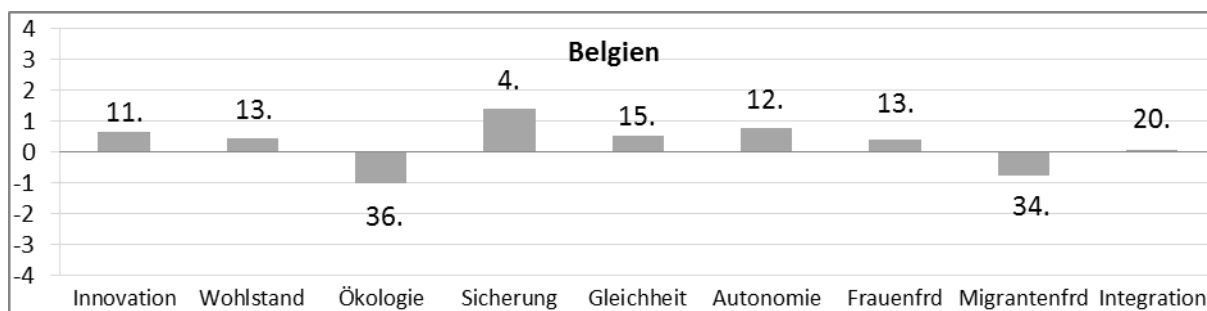
Das belgische System der sozialen Sicherung weist eine Vielzahl konservativer Merkmale auf, sodass es sich eindeutig diesem Wohlfahrtsregimety zuordnen lässt: Es besteht das Versicherungsprinzip, das sich auf die Erwerbsarbeit stützt und dessen Leistungen proportional zum vorherigen Lohn ausfallen, ferner wird bei der Bestimmung der Leistungen der Familienstand stets mit berücksichtigt. Einzig die Sozialhilfe, die einen universalistischen Ansatz verfolgt, sowie die teilweise Finanzierung der Sozialsysteme durch Steuern weichen von diesem Prinzip ab. Das Leitbild für die Geschlechterrollen weist ebenfalls auf die Zugehörigkeit zum konservativen Wohlfahrtsregime hin: Auch wenn durch ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot versucht wird, eine stärkere Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern bei der Erwerbsbeteiligung herzustellen, gibt es eine starke geschlechterspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes.

Das Performanzprofil Belgiens

Belgien gehört bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie bei der Verbreitung der Internetnutzung und den wichtigen Patenten jeweils zum ersten Drittel. Insgesamt erzielt Belgien bei der Innovationsfähigkeit den 11. Platz. Belgien gelang in den 1960er Jahren der Übergang von der Dominanz der Kohle- und Stahlindustrie zur modernen Dienstleistungsgesellschaft, in der über zwei Drittel des BIP im Dienstleistungssektor erwirtschaftet werden. Die Exportquote liegt bei fast 90 %. Auf der Basis der modernisierten

Wirtschaftsstruktur erreicht Belgien beim durchschnittlichen Wohlstand den 13. Platz. Als Kehrseite des Wohlstands gehört Belgien mit seinen hohen Umweltbelastungen – u.a. ein zu hoher Anteil der Risikotechnologie Kernkraft – zu den letzten Zehn der berücksichtigten Länder. Bei den Entlastungsbemühungen rangiert Belgien im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Belgien damit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 4-9: Das Performanzprofil Belgiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall liegt Belgien auf dem dritten Platz und erreicht damit eine geringe Einkommensungleichheit. Beim Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA liegt Belgien im internationalen Durchschnitt. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen insgesamt gehört Belgien noch zum ersten Drittel. Mit seinen gesamten Bildungsausgaben zählt Belgien zu den ersten zehn Ländern. Auf dieser Basis liegt Belgien bei der Lesekompetenz gemäß PISA am Anfang des Mittelfelds. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt steht Belgien dann ebenfalls am Anfang des Mittelfelds. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten der Lebensweise berücksichtigt, gehört Belgien beim Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Belgien zu den besten Zehn. Beim Studentinnenanteil, beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten schneidet Belgien schlechter ab. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Belgien damit im ersten Drittel der betrachteten Länder. Bei der Offenheit für Migranten hat Belgien sich verschlechtert und rangiert jetzt etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört Belgien insgesamt zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert Belgien deshalb ebenfalls im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Belgien insgesamt zum letzten Drittel. Die Partizipation in den Gewerkschaften ist gut und bei der Integration in der Zivilgesellschaft insgesamt zählt Belgien zu den besten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Belgien dann etwa im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Luxemburg

Typ und Entwicklungstrend

Das System der sozialen Sicherung Luxemburgs entspricht dem beitragsfinanzierten Bismarck'schen Versicherungssystem. Allerdings wird es in erheblichem Maße vom Staat bezuschusst, der einen Anteil des Sozialversicherungsbeitrages eines jeden Versicherten übernimmt. Dadurch wird zwar ein umfangreicher Schutz vor Risiken erreicht, allerdings auch ein hohes Kostenniveau, das sich ebenso in den Lohnnebenkosten niederschlägt. Daher soll bei Rente, Arbeitsunfähigkeit und Gesundheitsfürsorge mehr Verantwortung an die Bürger abgegeben werden.

Insgesamt jedoch kann Luxemburg dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden, was sich, neben dem Sozialversicherungssystem, unter anderem auch auf kulturelle Aspekte, vor allem auf das noch immer dominierende „male-breadwinner model“ im katholischen Luxemburg zurückführen lässt.

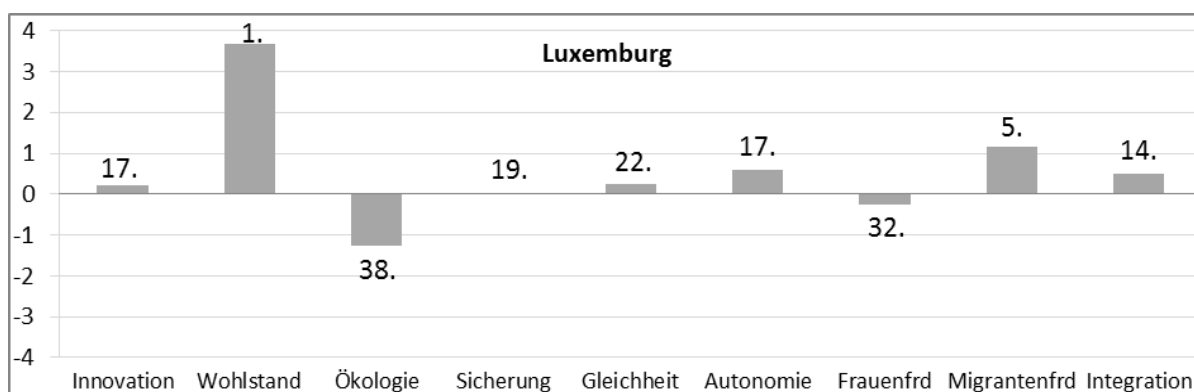
Das Performanzprofil Luxemburgs

Luxemburg weist als Stadtstaat und internationales Finanzdienstleistungszentrum einige Besonderheiten auf. Der durchschnittliche Wohlstand liegt mit Abstand an der Spitze der betrachteten 43 Länder, was weniger als bei den anderen Ländern auf der Innovationsfähigkeit beruht, sondern eher in der besonderen Rolle als Finanzdienstleistungszentrum in der internationalen Arbeitsteilung. Bei den Messungen von Prozentanteilen am BIP muss berücksichtigt werden, dass bei einem absolut sehr hohen BIP auch Ausgaben auf einem guten Niveau als Anteil im Vergleich zu anderen Ländern relativ geringer ausfallen. Dies gilt dann auch für den Anteil öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP, der nur zum letzten Drittel gehört. Beim Anteil der privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Luxemburg im internationalen Durchschnitt. Bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten gehört Luxemburg jeweils zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Luxemburg damit im vorderen Mittelfeld. Der Wohlstand Luxemburgs ist wegen seiner besonderen Rolle in der internationalen Arbeitsteilung deutlich höher, als gemäß der Innovationsfähigkeit zu erwarten. Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangiert Luxemburg mit

seinen hohen Umweltbelastungen an drittletzter Stelle, als Stadtstaat bei den CO₂-Emissionen sogar an letzter Stelle. Auch bei den Entlastungsbemühungen rangiert Luxemburg nur am Ende des Mittelfelds und gehört beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall liegt Luxemburg also am Anfang des Mittelfelds und dies gilt dann auch insgesamt für die vergleichsweise niedrige Quote der Einkommensarmut sowie die relativ geringe Einkommensungleichheit. Mit seinem geringen Anteil an Bildungsausgaben gehört Luxemburg aber beim Anteil der Risikoleser gemäß PISA zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen liegt Luxemburg dann im internationalen Durchschnitt. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA rangiert Luxemburg nur am Ende des Mittelfelds, obwohl es sehr wohlhabend ist. Bei den tertiären Abschlüssen und beim Anteil der Spitzenleser schneidet Luxemburg überdurchschnittlich ab, sodass es bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt liegt. Wenn man die überdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten bzgl. der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Luxemburg beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie im vorderen Mittelfeld.

Abbildung 4-10: Das Performanzprofil Luxemburgs



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Im katholischen Luxemburg dominieren traditionelle Geschlechterrollen. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Luxemburg noch zum vorderen Mittelfeld, aber beim Studentinnenanteil und beim Einkommensquotienten rangiert Luxemburg jeweils im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Luxemburg dann ebenfalls im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Ein Starkpunkt Luxemburgs ist die Offenheit für Migranten. Als kleines Land steht Luxemburg mit seinem sehr hohen Anteil bei der Aufnahme von Migranten an der Spitze von allen berücksichtigten 43 Ländern. Bei der

Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Luxemburg insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreicht Luxemburg damit Platz 5 unter den betrachteten 43 Ländern. – Auch in der Flüchtlingspolitik gehört Luxemburg bei der Aufnahme zur Spitzengruppe und die Regelungen gelten als vorbildlich.

Bei der ökonomischen Integration liegt Luxemburg etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften gehört Luxemburg zu den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Luxemburg dann am Anfang des Mittelfelds der betrachteten 43 Länder.

Frankreich

Typ und Entwicklungstrend

In seiner Grundstruktur, der berufsständisch organisierten Sozialversicherung, entspricht Frankreich dem Typ des Status-konservierenden Wohlfahrtsstaates. Allerdings lassen sich einige Abweichungen von diesem Muster feststellen. So finanziert sich das System der sozialen Sicherung nicht mehr ausschließlich über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, sondern zunehmend über Steuern und Abgaben. Dies deutet auf eine Abkehr vom System der Status-konservierenden Versicherung und auf eine Bewegung zu universalistischen Ansätzen hin. Anhaltspunkt hierfür ist auch die allgemeine Krankenversicherung CMU für Personen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder ähnlichem nicht in der Lage sind, Beiträge zu entrichten.

Das Leitbild für die Geschlechterrollen unterscheidet sich ebenfalls von dem typisch konservativen: Das „dual-earner model“ hat sich in der Gesellschaft weitgehend durchgesetzt, was vor allem durch die umfangreichen Kinderbetreuungsangebote ermöglicht wird.

Insgesamt kann Frankreich daher als konservativer Wohlfahrtsstaat bezeichnet werden, der auch einige universalistische Elemente enthält.

Als Trend diagnostiziert Bruno Palier (2010c) „Dualisierungen“ der französischen Gesellschaft: Auf der einen Seite erhalten die durch die Systeme sozialer Sicherheit versicherten „Insider“ die Leistungen verstärkt proportional zu den vorher gezahlten Beiträgen. Auf der anderen Seite bekommen die „Outsider“ steuerfinanzierte und bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungen, geknüpft an Maßnahmen zur Aktivierung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit für den Arbeitsmarkt.

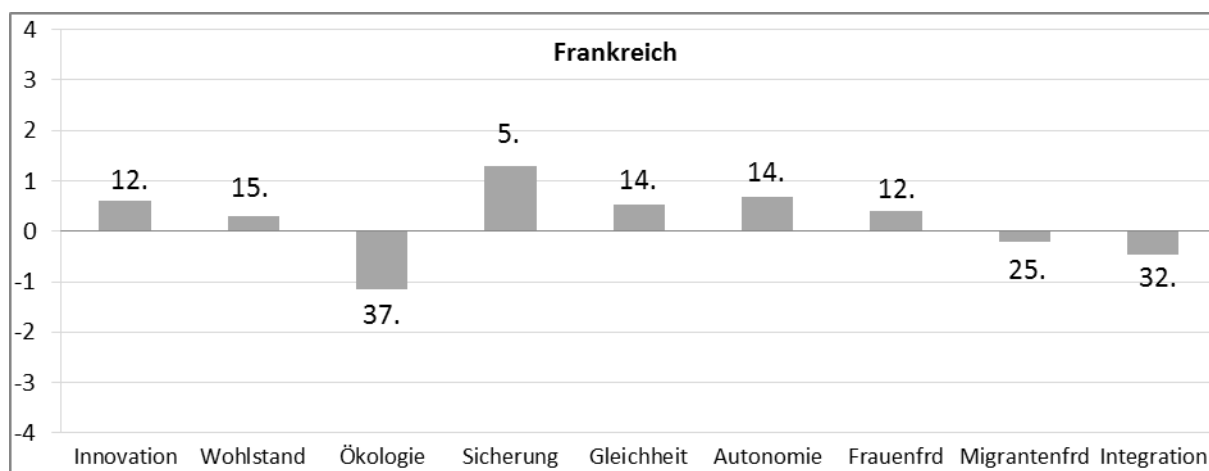
D.h. dass die sozialen Sicherungssysteme in der „proportionalen“ Bismarck'schen Tradition verbleiben, aber die einheitlichen Grundsicherungen von einem wachsenden Anteil an Bedürftigen in Anspruch genommen werden müssen.

Unter dem neuen Präsidenten Emmanuel Macron (seit Mai 2017), der unabhängig und proeuropäisch ist, ist eine „Modernisierung“ der Institutionen zu erwarten. Eine Liberalisierung des Arbeitsrechts wurde bereits eingeleitet, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs zu stärken.

Das Performanzprofil Frankreichs

Bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehört Frankreich jeweils zum ersten Drittel. Dies gilt auch für die wichtigen Patente und dann für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Der durchschnittliche Wohlstand Frankreichs liegt am Ende des ersten Drittels der betrachteten 43 Länder. Mit seinen hohen Umweltbelastungen andererseits rangiert Frankreich mit am Schluss, weil es von allen Ländern am stärksten auf die Risikotechnologie Kernkraft setzt. Diese (Atom-)Machtpolitik ist zwar historisch verständlich, aber dennoch nicht vernünftig. Bei den Entlastungsbemühungen andererseits liegt Frankreich etwa im internationalen Durchschnitt.

Abbildung 4-11: Das Performanzprofil Frankreichs



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall platziert sich Frankreich an der Spitze aller betrachteten 43 Länder und erzielt damit eine geringe Quote relativer Armut (Platz 7). Die relativ geringe Einkommensungleichheit gehört noch zum ersten Drittel der betrachteten Länder. Auch bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge liegt Frankreich im ersten Drittel und erreicht damit insgesamt einen Anteil früher Schulabgänger und einen Anteil von Risikolesern im Sinne von PISA im allgemeinen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen gehört Frankreich damit zum ersten Drittel der Länder. Der hohe Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP schlägt sich in den Ergebnissen des Bildungssystems

nieder. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA liegt Frankreich im vorderen Mittelfeld und beim Anteil der PISA-Spitze auf Platz 5 der betrachteten 43 Länder. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Frankreich zum ersten Drittel, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Frankreich leicht über den internationalen Durchschnitt. Mit der pronatalistischen Infrastrukturpolitik für Mütter erzielt Frankreich eine hohe Frauenerwerbsquote. Beim Fraueneinkommensquotienten gehört Frankreich zum ersten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Aufnahme von Migrant*innen liegt Frankreich etwas über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migrant*innen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert Frankreich insgesamt etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Deshalb liegt Frankreich beim Gesamtindex der Migrant*innenfreundlichkeit etwa im internationalen Durchschnitt.

Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Frankreich im vorderen Mittelfeld. Aber bei der ökonomischen Integration und bei der persönlichen Integration zählt Frankreich jeweils zum letzten Drittel. Deshalb gehört Frankreich auch beim Gesamtindex der sozialen Integration zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Niederlande

Typ und Entwicklungstrend

Der niederländische Wohlfahrtsstaat enthält sowohl konservative als auch universalistische Elemente. Dies zeigt sich deutlich am Aufbau des Sozialversicherungssystems, das die Grundlage der sozialen Sicherung darstellt: Neben den korporatistischen Arbeitnehmersicherungen, die sich an der Bismarck'schen Tradition orientieren, bestehen universalistische Volksversicherungen, die allen Einwohnern der Niederlande offen stehen.

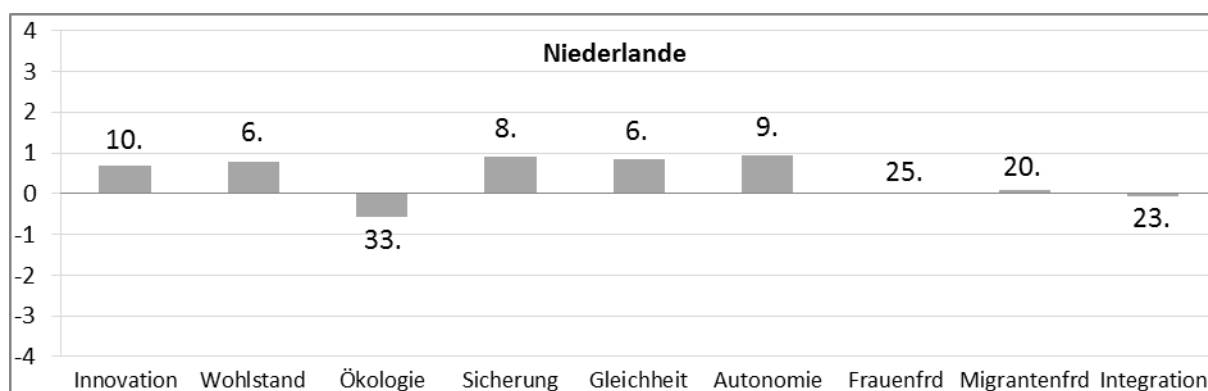
Kulturell sind die Niederlande jedoch aufgrund des trotz aller Offenheit noch immer vorherrschenden „male-breadwinner model“, eher im konservativen Bereich zu verorten. Durch die stark verbreitete Teilzeitarbeit von Frauen sind die Geschlechterrollen inzwischen partiell modernisiert.

Insgesamt können die Niederlande am ehesten dem konservativen Wohlfahrtsregimetypp zugeordnet werden, wenn auch mit einigen sozialdemokratischen und wirtschaftsliberalen Elementen.

Das Performanzprofil der Niederlande

Die Niederlande gehören bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung insgesamt zum ersten Drittel. Bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten stehen sie jeweils unter den ersten Zehn. Bei der Innovationsfähigkeit insgesamt erzielen sie den zehnten Platz unter den 43 betrachteten Ländern. Auf dieser Basis erreichen die Niederlande beim durchschnittlichen Wohlstand ebenfalls einen Platz unter den ersten Zehn. Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegen die Umweltbelastungen insgesamt etwas über dem internationalen Durchschnitt. Bei dem Einsatz regenerativer Energien und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt gehören die Niederlande zum letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 4-12: Das Performanzprofil der Niederlande



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall platzieren sich die Niederlande im ersten Drittel und stehen bei der Einkommensungleichheit sowie bei der relativen Einkommensarmut jeweils unter den besten Zehn. Bei den gesamten Bildungsausgaben gehören die Niederlande auch zum ersten Drittel und erreichen auf dieser Grundlage, dass sie bei der Bildungsarmut im vorderen Mittelfeld stehen. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen erzielen die Niederlande den guten sechsten Platz. Auf der Basis der hohen gesamten Bildungsausgaben liegen die Niederlande bei der Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt zählen die Niederlande zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie gehören die Niederlande auch zum besten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehören die Niederlande zum ersten Drittel. Beim Frauenerwerbsquotienten liegen die Niederlande über dem internationalen Durchschnitt, beim Studentinnenanteil unter dem Durchschnitt.

Deshalb liegen die Niederlande beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Offenheit für Migranten stehen die Niederlande über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangieren die Niederlande insgesamt etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Damit liegen die Niederlande beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit etwas über dem internationalen Durchschnitt.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem stehen die Niederlande mit vorn, dies erreichen sie insbesondere durch die Teilzeiterwerbstätigkeit vieler Frauen. Bei der ökonomischen Integration insgesamt gehören die Niederlande zum besten Drittel, bei der persönlichen Integration andererseits zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegen die Niederlande im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangieren die Niederlande dann auch etwa im internationalen Durchschnitt.

4.3 Performanz der konservativen Länder Kontinentaleuropas

In den Ländern mit konservativer Wohlfahrtslogik herrscht insgesamt ein relativ hoher Lebensstandard, verbunden mit einer recht guten und umfassenden sozialen Absicherung der Bürger (vgl. Tabelle 4-1). Dennoch lassen sich einige Mängel dieses Regimetyps identifizieren, sodass die Performanz der konservativen Länder im internationalen Vergleich hinter den Ländern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime-Typs liegt. Im Folgenden soll nun auf die einzelnen Platzierungen der konservativen Länder hinsichtlich der acht Performanzkriterien näher eingegangen sowie versucht werden, diese zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen der Länder zurückzuführen.

Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie bei der Innovationsfähigkeit insgesamt liegen die Länder Kontinentaleuropas alle über dem internationalen Durchschnitt. Die Schweiz erreicht bei den bedeutsamen Patenten sogar den Spitzenplatz und beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den dritten Platz. Für Deutschland ist der achte Platz bei der Innovationsfähigkeit neben der guten sozialen Integration (Rang 5) die beste Platzierung von allen Performanzkriterien.

Entsprechend liegen die Länder Kontinentaleuropas auch beim durchschnittlichen Lebensstandard alle über dem internationalen Durchschnitt. Luxemburg steht als internationales Finanzdienstleistungszentrum und Stadtstaat sogar an der Spitze von allen betrachteten 43 Ländern und die Schweiz an vierter Stelle. Innovative Wirtschaften und gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme als Stabilisatoren tragen zu diesem hohen Wohlstand bei.

Tabelle 4-1: Performanzprofile der Länder des konservativen Wohlfahrtstyps

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Belgien	0,63	0,44	-1,00	1,42	0,52	0,76	0,40	-0,78	0,06
	11	13	36	4	15	12	13	34	20
Deutschland	1,22	0,63	-0,39	0,40	0,41	0,75	0,07	-0,34	0,97
	8	9	31	15	18	13	24	28	5
Frankreich	0,60	0,30	-1,15	1,29	0,53	0,69	0,41	-0,20	-0,46
	12	15	37	5	14	14	12	25	32
Luxemburg	0,21	3,69	-1,25	0,03	0,25	0,58	-0,26	1,17	0,50
	17	1	38	19	22	17	32	5	14
Niederlande	0,67	0,78	-0,57	0,90	0,85	0,95	0,02	0,10	-0,06
	10	6	33	8	6	9	25	20	23
Österreich	1,23	0,61	1,45	0,86	0,58	0,56	-0,06	-0,65	0,70
	7	10	2	9	12	19	27	33	9
Schweiz	1,99	1,27	0,60	-0,10	0,70	0,86	0,10	0,09	1,37
	3	4	12	25	9	11	22	21	4

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegen – bis auf Österreich – alle Länder Kontinentaleuropas mit hohen Umweltbelastungen über dem internationalen Durchschnitt. Am stärksten gilt dies für den Stadtstaat Luxemburg sowie für Frankreich und Belgien, wobei die beiden letzteren viel zu stark auf die Risikotechnologie Kernkraft setzen. Österreich erreicht mit seinem hohen Anteil nachhaltiger Landwirtschaft den Spitzenplatz unter allen berücksichtigten 43 Ländern und dies gilt dann auch für die Entlastungsbemühungen insgesamt. Das „Bewahren“ auch der Natur wird in der Schweiz ebenfalls überdurchschnittlich berücksichtigt. Die Beneluxstaaten rangieren allerdings auch bei den Entlastungsbemühungen deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht Österreich den guten zweiten Platz und auch die Schweiz liegt noch im ersten Drittel, während Deutschland wegen seiner hohen Umweltbelastungen nur am Anfang des letzten Drittels rangiert. Die Beneluxländer und Frankreich mit seinem Schwerpunkt auf Kernkraft rangieren beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit ebenfalls im letzten Drittel der berücksichtigten 43 Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegen die konservativen Länder – bis auf die Schweiz – deutlich über dem internationalen Durchschnitt, Frankreich erzielt sogar den ersten Platz und Belgien den dritten, auch Deutschland schneidet mit dem neunten Platz gut ab. In der Schweiz dagegen sind die Privatausgaben für die Gesundheit und für die Altersvorsorge überdurchschnittlich hoch, dies ist die wirtschaftsliberale Komponente in der Wohlfahrtslogik der Schweiz. Beim Anteil der gesamten Bildungsausgaben (am BIP) zur Vorsorge liegen fast alle konservativen Länder ebenfalls etwas über dem Durchschnitt, allerdings liegt Deutschland knapp darunter und Luxemburg schneidet noch schlechter ab, wobei allerdings der tertiäre Bereich fehlt und das sehr hohe BIP p. K. zu berücksichtigen ist. Bei der gesamten sozialen Sicherung durch Vorsorge und Nachsorge erreichen Belgien und Frankreich die guten Plätze vier und fünf; alle anderen konservativen Länder Kontinentaleuropas liegen ebenfalls über dem internationalen Durchschnitt. Die konservativen Staaten Kontinentaleuropas haben also insgesamt gut ausgebaute Sozialstaaten.

Mit einer zu hohen Bildungsarmut rangieren Luxemburg, Frankreich und Belgien unter dem internationalen Durchschnitt, Österreich liegt etwa im Durchschnitt sowie die Niederlande und Deutschland ein wenig besser. Die Stärke der konservativen Wohlfahrtsstaaten liegt weniger in der Vorsorge durch Bildung als in der Nachsorge durch den Sozialstaat. Alle kontinentaleuropäischen Länder schneiden wegen der gut ausgebauten Sozialstaaten mit einer niedrigen Einkommensarmutsgefährdung besser ab als der internationale Durchschnitt, die Niederlande stehen sogar auf Platz 3. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen erreichen die Niederlande den guten sechsten Platz. Auch die Schweiz, Österreich, Frankreich und Belgien gehören noch zum ersten Drittel der Länder. Deutschland liegt etwas über dem internationalen Durchschnitt und Luxemburg etwa im internationalen Durchschnitt. Alle kontinentaleuropäischen Länder schneiden also wegen der gut ausgebauten Sozialstaaten bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen insgesamt ordentlich ab.

Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegen alle kontinentaleuropäischen Länder über dem internationalen Durchschnitt. Wenn man den wichtigen Indikator der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA betrachtet, dann erreicht Deutschland Platz 8 und die Niederlande Platz 13. Das österreichische Schulsystem mit seiner frühen primären Selektion schneidet schlechter ab, und dies gilt auch für Luxemburg wegen seines hohen Migrantenanteils. Bei der subjektiven Autonomie liegen alle konservativen Länder Kontinentaleuropas ebenfalls über dem internationalen Durchschnitt. Die Schweiz erreicht bei der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise sogar den guten zweiten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehören Frankreich und Belgien noch zum ersten Drittel, die Schweiz, Deutschland und Österreich liegen etwa

im internationalen Durchschnitt, das katholische Luxemburg mit seinen traditionelleren Geschlechterrollen rangiert dagegen bereits im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Aufnahme von Migranten liegen alle Länder Kontinentaleuropas inzwischen über dem internationalen Durchschnitt, wobei das kleine Luxemburg mit Abstand an der Spitze steht und die vielsprachige Schweiz auf dem zweiten Platz. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt dagegen rangieren alle konservativen Länder Kontinentaleuropas unter dem internationalen Durchschnitt, wobei die Schweiz, Österreich und zuletzt Belgien besonders schlecht abschneiden. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreicht Luxemburg damit den guten fünften Platz, die Niederlande und die Schweiz liegen etwa im internationalen Durchschnitt, Frankreich und Deutschland im unteren Mittelfeld, während Österreich und Belgien zum letzten Drittel der berücksichtigten 43 Länder gehören.

Bei der ökonomischen Integration, d.h. der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt, gehören die Schweiz, Deutschland, die Niederlande und Österreich zum ersten Drittel, die Schweiz steht dabei sogar an der Spitze aller betrachteten 43 Länder. Belgien und Frankreich dagegen rangieren bei der ökonomischen Integration im letzten Drittel. Bei der Partizipation in der Zivilgesellschaft liegen alle Länder Kontinentaleuropas über dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehören die Schweiz, Deutschland und Österreich zu den besten Zehn der betrachteten 43 Länder. Die Beneluxländer liegen im Mittelfeld. Von den konservativen Ländern Kontinentaleuropas liegt nur Frankreich bei der sozialen Integration im letzten Drittel.

Insgesamt sind die sieben konservativen Länder Kontinentaleuropas zwar nicht so homogen wie die vier sozialdemokratischen Länder Skandinaviens, aber sie bilden dennoch auch bzgl. der Performanz eine erkennbare Gruppierung.

5. Das wirtschaftsliberale angelsächsische Wohlfahrtsregime

5.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der wirtschaftsliberalen Länder

Gemeinsamkeiten

Die Länder des wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtstyps – die USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Irland – weisen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf. Sie verfügen über weitgehend liberalisierte Märkte, d.h. diese sind von staatlicher Seite kaum reguliert. Der Glaube an die Balance zwischen Angebot und Nachfrage als natürlichem Regulierungsmechanismus des Wirtschaftssystems ist vorherrschend, der ein Eingreifen von Seiten des Staates überflüssig machen soll. Ausgehend von dieser Logik gilt der Markt

in den genannten Ländern als wichtigste Wohlfahrtsinstitution, der an zweiter Stelle die Familie und zuletzt die staatliche Wohlfahrt in ihrer Relevanz nachgeordnet sind.

Die Autonomie des Individuums ist im residualen Sozialstaat größtmöglich, die persönliche Leistung(sfähigkeit) spielt eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig trägt der Einzelne die Verantwortung für sein Wohlergehen ebenso wie für sozioökonomische Risiken, die nur in geringem Maße vom Staat oder den Arbeitgebern mitgetragen werden. In der Praxis bringt dieses Regelungssystem in der Summe wohlhabende Gesellschaften hervor, die jedoch ausgeprägte soziale und regionale Disparitäten aufweisen. Den betrachteten Ländern ist gemein, dass der Staat erst in Bezug auf die Versorgungslücken aktiv wird, die durch das „freie Spiel der Kräfte“ nicht geschlossen werden können, nachdem verschiedene Bedürftigkeitstests (means-tests) durchgeführt wurden und die Betroffenen ihre Bedürftigkeit nachgewiesen haben.

Der Einfluss von Gewerkschaften ist in diesem Regimetyp traditionell vergleichsweise schwach. In den letzten dreißig Jahren wurde er zum Teil durch staatliche Eingriffe (Großbritannien, Neuseeland) zusätzlich geschwächt. Aus diesem Grund bestehen für Arbeitnehmer nur geringe Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte oder arbeitsplatzsichernder Maßnahmen. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Löhne ausreichend hoch sein sollten, um eine Familie ernähren zu können (male-breadwinner model), sind die Lebenshaltungskosten seit den 1980er Jahren zwar gestiegen, die Durchschnittslöhne jedoch nicht. Gleichzeitig war allgemein eine wachsende sozioökonomische Ungleichheit zu beobachten.

Charakteristisch für diesen Wohlfahrtstyp sind pauschale Leistungen, die auf einem niedrigen Niveau universalistisch gewährt werden und oft nicht die Basisansprüche sichern. Dabei bleiben vorherige Gehälter häufig unberücksichtigt. Private Vorsorgemaßnahmen haben – z.B. in Bezug auf die Altersrente – Vorrang vor staatlichen Leistungen. Diese gelten nicht als selbstverständlich, sondern setzen Bedürftigkeitstests voraus. Auf dem Arbeitsmarkt ging der Trend in den letzten dreißig Jahren in Richtung Aktivierung, d.h. Arbeitssuchende sollten zur Annahme von Arbeitsstellen durch allgemeine Verknappung der Leistungen bzw. durch Einkommenssubventionen ermuntert werden. Diese Entwicklung führte vor allem in den USA zu einer steigenden Zahl der so genannten „Working Poor“.

Ähnlich verhält es sich bei dem Gesundheitssystem der analysierten Länder. Dieses bietet mehrheitlich eine Grundversorgung an und macht weitergehende Leistungen von den individuellen Zahlungen der Betroffenen abhängig. Aus diesem Grund ist der Anteil der privaten Zahlungen im Gesundheitssystem und auch in den anderen Wohlfahrtsbereichen im Vergleich zu anderen OECD-Ländern hoch. Dies führt dazu, dass sich die divergierenden finanziellen Möglichkeiten der Individuen in unterschiedlichen Absicherungen und

Spielräumen bei der Vorsorge sozialer Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) niederschlagen.

Zwar sind die staatlichen Ausgabenanteile am BIP für Bildung hoch. Das Bildungssystem in den Ländern des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps weist jedoch gleichzeitig einen hohen Anteil privater Finanzierung auf. Hieraus ergibt sich eine schichtabhängige Ungleichverteilung der Zugangschancen zu Bildung und der Möglichkeit sozialen Aufstiegs. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert vom aktuellen System und hat Zugang zu hochwertiger bzw. weiterführender Hochschulbildung. Für einen Großteil der Bevölkerung ist der Zugang zum tertiären Bildungssektor aus finanziellen Gründen schwierig.

Was den Aspekt der Geschlechtergleichheit angeht, so herrscht eine relativ hohe Varianz zwischen den betrachteten Ländern, auf die bei den Besonderheiten eingegangen werden wird. Allgemein kann von einer „Gender Neutrality“ gesprochen werden, das heißt, dass der Staat nicht oder nur selten in das Verhältnis zwischen den Geschlechtern eingreift. Zwar besteht keine institutionelle Diskriminierung, jedoch sind Unterschiede in den Chancen zwischen den Geschlechtern auszumachen. Generell ist festzustellen, dass die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko die der alleinerziehenden Mütter ist. Im Unterschied zum konservativen und familistischen Wohlfahrtsregimetyt ist eine allgemein höhere Erwerbsbeteiligung bei Frauen erkennbar, die sich aus der Logik der Eigenverantwortung des Individuums ergibt.

Im Commonwealth, einem freiwilligen Verbund souveräner Staaten, koordinieren sich Großbritannien, Nordirland und ehemalige Kolonien wie Kanada, Australien und Neuseeland zu ausgewählten Themen.

Besonderheiten

Die **Vereinigten Staaten von Amerika** werden hier an erster Stelle genannt, weil sie von den untersuchten Ländern am wenigsten Abweichungen vom Idealtyp des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimes aufweisen. Sie bilden damit den Prototyp dieses Regimetyps.

Allgemein wurde das Leistungsangebot seit 1981 stark eingeschränkt. Der Leistungsumfang wurde herabgesetzt und die Kriterien für die Berechtigung wurden angehoben. Diese Maßnahmen folgen der für die wirtschaftsliberalen Länder typischen Aktivierungslogik: „workfare“ statt „welfare“. Da die Verantwortung für Arbeitslosigkeitsversicherung und Sozialhilfe bei den einzelnen Bundesstaaten liegt, variieren die Leistungen von Staat zu Staat. Sozialhilfe ist nicht in allen Bundesstaaten und nur über einen begrenzten Zeitraum erhältlich. Die Leistungen fallen sehr gering aus, sie betragen rund die Hälfte des vorher bezogenen Einkommens. Geringverdienern werden häufig Einkommenssubventionen über Steuerermäßigungen gewährt. Auf diese Weise soll der Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht werden. Dieses System hatte in den

letzten 15 Jahren einen starken Anstieg der „Working Poor“ zur Folge, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Da der Arbeitnehmerschutz sehr niedrig ist, hat sich zudem die Praxis des „hire and fire“ etabliert, so dass Arbeitsverhältnisse zum Teil nicht nur mit geringer Entlohnung verbunden, sondern auch instabil sind.

Bis 2010 waren die USA das einzige Industrieland ohne staatlich finanziertes Gesundheitssystem: 18 % der Bevölkerung hatten keine Krankenversicherung. Zwar sind die Ausgaben für Gesundheit im OECD-Vergleich relativ hoch, jedoch spielt private Vorsorge eine große Rolle, so dass die Leistungen vom Einkommen ihrer Empfänger abhängen. Dies gilt ebenso für die Rentner. Für sie stellt der Staat nach Bedürftigkeitsprüfungen Unterstützungszahlungen und Lebensmittelmarken zur Verfügung.

Die staatlichen wie privaten Ausgaben für Bildung liegen über dem OECD-Durchschnitt. Diese Tatsache erklärt sich aus der Logik der Präferenz von Vorsorge (Investition in Bildung, d.h. in die Eigenständigkeit des Individuums) vor Nachsorge (durch soziale Leistungen im Bedürftigkeitsfall). Jedoch ist der Zugang zum Bildungssystem selektiv. Ein hoher Anteil davon fließt in den tertiären Bildungssektor. Es sind aber der primäre und der sekundäre Bildungsbereich, in dem bereits die Weichen für die späteren Chancen des Individuums gestellt werden. Zudem spielen auch im Bildungssystem private Ausgaben eine wichtige Rolle, die mit ca. 30 % der Gesamtausgaben für Bildung im OECD-Vergleich relativ hoch sind. Die privaten Zuzahlungen entscheiden über die Qualität der erhaltenen Ausbildung.

Kanada ähnelt den USA in Hinsicht auf die hohen Erwartungen an die Eigenverantwortung des Individuums sowie den geringen Umfang sozialer Absicherung. Der Trend geht von universalistischen hin zu residualen Leistungen. Auch hier wird gering bezahlte Beschäftigung zunehmend über bedürftigkeitsgeprüfte Steuernachlässe subventioniert. Die sozialen Leistungen fallen jedoch insgesamt großzügiger aus als in den USA. Im Gegensatz zu seinem wirtschaftsliberalen Nachbarn sind die Gewerkschaften in Kanada einflussreicher. Umfangreichere Transferleistungen über Steuernachlässe führen dazu, dass die Armutsrate in Kanada niedriger ist als in den USA und die soziale Ungleichheit weniger ausgeprägt.

Insgesamt liegen die kanadischen Bildungsausgaben etwas über dem OECD-Durchschnitt. Dies ist auf den hohen Privatanteil von etwa einem Viertel der Gesamtausgaben zurückzuführen. Stark gestiegene Gebühren erschweren Kindern aus weniger wohlhabenden Familien den Zugang zu Hochschulen. Die kanadische Rente fällt niedrig aus, wird aber universalistisch an alle Rentner gezahlt. Im Gesundheitssystem sind die Leistungen niedrig, jedoch ist dieses im Gegensatz zu den USA universalistisch. Der Staat ist weitgehend „geschlechterneutral“. Z.B. können beide Elternteile Elternzeit in Anspruch nehmen und Leistungen beziehen. Mütter können zusätzlich in Mutterschutz gehen und

relativ lange nicht-bedürftigkeitsgeprüfte, pauschale Unterstützungsleistungen erhalten. Diese staatliche Unterstützung ist untypisch für Länder dieses Wohlfahrtstyps.

Als ehemalige britische Kolonie waren **Australiens** Wohlfahrtspolitik sowie seine Institutionen ursprünglich vom britischen Modell geprägt. Heute ist sein öffentliches Wohlfahrtssystem residual, bedürftigkeitsgeprüft, gezielt und beitragsfrei. Beitragsfreiheit besteht, weil man vermutet, dass eingezahlte Beiträge Ansprüche nach sich ziehen könnten. Der Arbeitsmarkt ist nicht vollständig dereguliert. So haben Arbeitgeber für ihre Angestellten bestimmte soziale Leistungen zu tragen. Eine Ausnahme bildet das Gesundheitssystem, welches mit Anteilen des Arbeitnehmergehalts finanziert wird. Beschränkungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes wurden seit den 1980er Jahren abgebaut. Prekäre und Teilzeitarbeit nahmen zu, so dass um die Jahrtausendwende ein Fünftel der Arbeitnehmer von staatlichen Transferleistungen abhängig waren. Auffällig am australischen Wohlfahrtsstaat ist das Fehlen einer Sozialversicherung als primärer Institution der sozialen Sicherung. Seit den 1980ern werden soziale Leistungen vermehrt von öffentlich-privaten Partnerschaften organisiert. Im Bereich Arbeitsmarktpolitik zeigt sich eine weitere Besonderheit, denn statt staatlicher Arbeitslosenhilfe oder Reaktivierungsmaßnahmen gibt es ausschließlich private Jobcenter, die jedoch staatlich unterstützt und nach Vermittlungserfolg bezahlt werden.

Die Wohlfahrtspolitiken der konservativen bzw. sozialdemokratischen Regierungen unterschieden sich relativ stark; durchgeführte Reformen wurden unter der nachfolgenden Regierung teilweise wieder rückgängig gemacht. Trotzdem bewegte sich die Entwicklung des Landes insgesamt in Richtung des wirtschaftsliberalen Typs. Dies geschah etwa während der liberal-nationalen Regierungskoalition unter Premierminister John Howard ab 1996, deren Programm auf paternalistischer gegenseitiger Verpflichtung basierte und gegenläufig zur gesellschaftlichen Entwicklung die in den 1960er Jahren abgeschaffte gemeinsame Besteuerung von Paaren wieder einführte; ein Schritt, der von der Labor-Regierung ab 2007 revidiert wurde.

Neuseeland ist Australien in Hinsicht auf Eigenschaften und Entwicklungen seines Wohlfahrtssystems ähnlich, was mit den engen Beziehungen zwischen den beiden „Dominions“ Großbritanniens zusammenhängt. Ebenso wie dort wurde ab 1984 eine Bewegung weg von der universalistischen Wohlfahrtslogik in Richtung der wirtschaftsliberalen Logik eingeleitet, wobei soziale Leistungen gekürzt wurden. Ab 1990 wurde diese Politik auf den Arbeitsmarkt ausgedehnt, welcher stark dereguliert wurde. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde eingeschränkt. Folge dieser Umstrukturierungspolitik waren eine höhere Armutsrate und größere Einkommensunterschiede.

Ab 1989 wurden soziale Leistungen partiell aus dem Staat ausgelagert und privaten Akteuren überantwortet. Alle sozialen Leistungen werden aus dem

Steueraufkommen finanziert, was der australischen Logik entspricht, und über Steuervergünstigungen verteilt, was der Aktivierungslogik folgt (Unterstützungsleistungen sind an das Einkommen bzw. eine Arbeitsstelle gebunden). Die Gesamtausgaben für die Altersrente liegen unter dem OECD-Durchschnitt. Die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben sind jeweils höher als der OECD-Durchschnitt.

Anders als in Australien sind in Bezug auf das Geschlechterverhältnis von staatlicher Seite keine paternalistischen Tendenzen zu erkennen; Steuern werden pro Individuum, nicht pro Lebensgemeinschaft erhoben. Zudem hat der Staat das besondere Armutsrisiko von Alleinerziehenden erkannt und stellt diesen spezielle Unterstützungsleistungen zur Verfügung.

In **Großbritannien** wurden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ früh Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer erlassen. Ausgehend vom Beveridge-Bericht von 1942 wurden in einer zweiten Phase umfassende und universalistische soziale Leistungen eingeführt. Dieses universalistische Modell wurde seit der Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren kontinuierlich eingeschränkt. Thatchers Regierung nahm umfassende Kürzungen im Bereich der sozialen Leistungen vor und schwächte die Gewerkschaften. Die Regierung unter Premierminister Tony Blair ab 1997 prägte den Begriff „New Labour“, da sie soziale Sicherung durch eine wachsende Wirtschaft gewährleistet sah, während dem Wohlfahrtsstaat aus ihrer Sicht lediglich eine aktivierende Rolle zukam. Die Kriterien der Bedürftigkeitstests werden seit einigen Jahren verschärft. Einkommensungleichheit und soziale Segregation nehmen zu. Dies wird sich vermutlich in naher Zukunft nicht ändern: Da auch Großbritannien von der Weltfinanzkrise erfasst wurde, ordnete die seit 2010 regierende konservativ-liberale Koalition umgehend weitreichende Einsparungen im Bereich der sozialen Leistungen an, wovon vor allem Familien mit Kindern, Rentner, Studierende und Sozialhilfeempfänger betroffen sind.

Die Leistungen der Sozialhilfe sind niedrig und streng bedürftigkeitsgeprüft. Dies geht zurück auf das Prinzip des „Poor Law“ von 1838, das zwischen „hilflosen“ („deserving“) und „arbeitsfähigen“ Bedürftigen unterschied. Die Sozialhilfe funktioniert zum Teil ergänzend zum Einkommen. Die wichtigsten Bestandteile des britischen Wohlfahrtsstaates sind das Bildungs- und Gesundheitswesen, was wieder dem Prinzip der Präferenz von Vorsorge vor Nachsorge entspricht. Im Zuge der Sparmaßnahmen ab 2010 wurden die Studiengebühren drastisch erhöht, was den sozialen Aufstieg von Kindern aus finanziell schwachen Familien erschweren wird. Das Gesundheitswesen ist das am wenigsten durch Kürzungen angetastete Überbleibsel des früheren Wohlfahrtsystems. Im Gesundheitssektor geht der Staat seit einigen Jahren öffentlich-private Partnerschaften ein. Neben der pauschalisierten, von der Anzahl der Versicherungsjahre abhängigen Grundrente wird eine verdienstbezogene Zusatzrente gezahlt. Es besteht weitgehende Geschlechterneutralität. Mütter haben Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Desweiteren existieren Unterstützungs-

leistungen für Väter. Großbritannien ist heute der wirtschaftsliberalen Logik deutlich näher als der sozialdemokratischen Wohlfahrtslogik.

Irlands Wohlfahrt ist zwar als ehemalige britische Kolonie von diesem Modell beeinflusst. Trotzdem weist das Land mehrere Eigenheiten auf und hat deshalb eine Sonderposition inne. Bis in die 1970er Jahre gehörte es zu den ärmsten Ländern Europas und lebte hauptsächlich von der Landwirtschaft. Erst Ende desselben Jahrzehnts setzte eine Industrialisierung und Tertiarisierung ein. Zu Beginn der 1980er Jahre geriet es in eine schwere Wirtschaftskrise. Eine Besonderheit ist die Reaktion der Politik hierauf: Sie bildete „soziale Partnerschaften“, in deren Rahmen verschiedene gesellschaftliche und politische Akteure – die Regierung, Arbeitgeber, Gewerkschaften sowie Freiwilligen- und Gemeindeverbände – aus einer umfassenden Perspektive (nicht nur Armutsbekämpfung, sondern auch Vermeidung von sozialem Ausschluss) gemeinsam Strategien für die Wohlfahrtspolitik entwickelten. Solche korporatistischen Abmachungen sind untypisch für die wirtschaftsliberalen Staaten. Das daraus entstandene Sozialprogramm war so erfolgreich, dass das Modell in den 1990er Jahren fortgesetzt wurde. In den 1990er Jahren trat Irland in eine Phase beachtlichen Wirtschaftswachstums ein. Die Regierung investierte daraufhin besonders in Gesundheit und Bildung (was dem wirtschaftsliberalen Prinzip der Vorsorge statt Nachsorge entspricht). Von dem Aufschwung profitierten jedoch nicht alle Bevölkerungsteile. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt dereguliert. 2009 wurde Irland in Folge der Banken- und Finanzkrise erneut von einer schweren Rezession erfasst und leitete ein umfangreiches Sparprogramm ein, welches auch Kürzungen im sozialen Bereich beinhaltete.

Eine weitere, für die wirtschaftsliberalen Länder eher untypische Eigenheit ist die Existenz sozialer Solidarität, die sich nicht nur in Bezug auf die gemeinsamen Verhandlungsprozesse zeigt, sondern auch in der Regelung einiger Wohlfahrtsbereiche. So funktioniert etwa die Kinder- und Altenbetreuung zu einem Großteil informell auf der Basis von interfamiliären oder nachbarschaftlichen Vereinbarungen. Die katholische Prägung des Landes (80 % der Bevölkerung sind Katholiken) stellt ebenfalls eine Eigentümlichkeit dar. Die katholische Kirche ist traditionell in die Wohlfahrt involviert und stellt mittels ihrer Organisationen Leistungen bereit. Bis in die 1990er Jahre war das „male-breadwinner model“ vorherrschend, wobei von 1995 bis 2004 die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um fast 60 % stieg. Auf Grund dieser Besonderheiten ist Irland als ein wirtschaftsliberaler Wohlfahrtstyp mit einigen konservativen Komponenten einzuordnen.

Das irische Schulsystem ist völlig gebührenfrei, was ebenso für den Hochschulbereich gilt. Strukturelle Eigenschaften führen jedoch dazu, dass Kinder aus sozioökonomisch bessergestellten Familien trotzdem bevorteilt sind. Demgegenüber ist das öffentliche Gesundheitssystem eher schwächer ausgebildet. Es wird aus Steuermitteln finanziert, jedoch gehört nur die notfallärztliche Behandlung zu den kostenlosen Leistungen ohne Bedürftigkeitstest. Für eine

ausreichende Grundversorgung ist der Abschluss einer privaten Krankenversicherung notwendig.

5.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern

USA

Typ und Entwicklungstrend

In den letzten zwei Jahrzehnten war ein Trend hin zu einer verstärkten Rekommodifizierung zu verzeichnen. Präsident Obama hat mit seiner Gesundheitsreform den Willen zu einer Umstrukturierung der Vereinigten Staaten in Hinblick auf eine Verminderung sozialer Ungleichheit gezeigt. Die USA sind auf Grund der im Kern weiterhin residualen Prägung der staatlichen Wohlfahrt noch immer als wirtschaftsliberaler Wohlfahrtsstaat einzuordnen. Eine Änderung dieses Zustands ist nicht abzusehen, da aus Richtung der in Europa traditionell für Arbeitnehmerrechte einstehenden Gewerkschaften in den USA kaum Druck ausgeht, liberale Werte und die Wertschätzung der Verantwortung des Individuums für das eigene Schicksal jedoch stark in der Bevölkerung verankert sind und diese sich traditionell mit den Interessen der Unternehmer verbunden fühlt.

Auch auf föderaler Ebene wird es voraussichtlich keine großen Veränderungen zugunsten des Sozialstaates geben. Die Dezentralisierung der Strukturen und Verantwortungsebenen (z.B. bei Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung) macht die Veränderung der Sozialpolitik generell schwierig. Auf Grund niedriger Steuereinnahmen und einer hohen Verschuldung, die auf den Wettbewerb der einzelnen Staaten um niedrige Unternehmenssteuern zurückzuführen sind, bleibt kaum Spielraum für Sozialprogramme.

Die Gesundheitsreform, die Präsident Obama ab 2009 vorantrieb, war ein Meilenstein für das Sozialsystem der USA. Deshalb muss man diese Reform auch mit der weitestgehenden Formulierung von Pierson als „*recalibration*“ (Neuausrichtung der Ziele) und als „*updating*“ charakterisieren, da für große Probleme ein ganz neues Programm geschaffen wurde. Schon um die Unterstützungsbasis zu erweitern, wurde auch versucht, die Effizienz zu steigern (*Rationalisierung*) und die Kosten zu begrenzen (*cost containment*). Die Reform wurde pfadabhängig ausgestaltet, da keine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt wurde wie im konservativen Modell Kontinentaleuropas, sondern den Nichtversicherten der Zugang zu den Gesundheitsmärkten geebnet werden sollte. Deshalb ist dies in der Terminologie von Hall auch kein „Wandel 3. Ordnung“, weil die grundlegende Logik des Wohlfahrtsregimes nicht angetastet wurde. Durch die starke Erhöhung der Anzahl der Krankenversicherten ist dies natürlich ein quantitativer Wandel (d.h. „1. Ordnung“) und durch die Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht eine Änderung in der Hierarchie der politischen Ziele (d.h. „Wandel 2. Ordnung“). Die Marktorientierung der

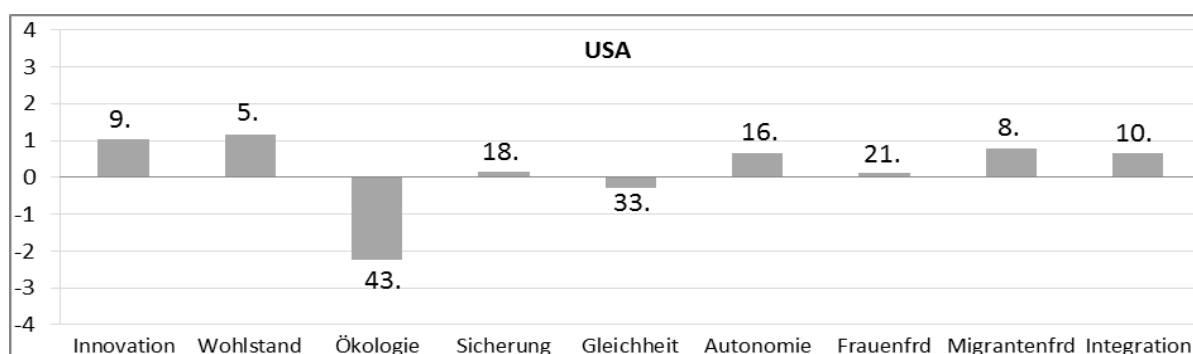
wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik wurde durch diese relevante Reform also dennoch nicht in Frage gestellt.

Die Präsidentschaftswahl im November 2016 gewann der Republikaner Donald Trump mit einem Programm, dessen Schwerpunkte die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Terrorismusbekämpfung und innere Sicherheit sind. „Obamacare“ sollte durch ein neues System ersetzt werden, bei dem ohne Versicherungspflicht und mit Anreizen statt mit Bußgeldern gearbeitet würde, was natürlich populärer ist. Es wäre aber mit einer Kürzung der Mittel zu rechnen, sodass der soziale Erfolg von „Obamacare“ unter der neuen Präsidentschaft zum Teil rückgängig gemacht würde. Während Trump für die Rückabwicklung von Obamas Gesundheitsreform bisher keine Mehrheit im Parlament fand, wurde im Dezember 2017 Trumps Steuerreform beschlossen, gemäß der die Unternehmenssteuern von 35 auf 21 Prozent gesenkt werden.

Das Performanzprofil der USA

In den USA liegen die privaten und die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Ländervergleich insgesamt unter den ersten Zehn. Damit erzielen die USA auch bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den bedeutsamen Patenten sowie bei der Innovationsfähigkeit insgesamt jeweils einen Platz unter den ersten Zehn. Im durchschnittlichen Wohlstand rangieren die USA sogar auf dem fünften Platz, was insbesondere an den Vorteilen des Weltmachtstatus und der Leitwährung liegt. Die dezidierte Orientierung der USA auf quantitatives Wirtschaftswachstum zeigt sich in der Kehrseite der höchsten Belastung für die Umwelt unter den betrachteten 43 Ländern. Bei den CO₂-Emissionen und bei der Müllbelastung z.B. rangieren sie mit am Schluss. Auch bei den Entlastungsbemühungen für die ökologische Nachhaltigkeit gehören die USA zu den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangieren die USA dann an letzter Stelle von allen betrachteten 43 Ländern.

Abbildung 5-1: Das Performanzprofil der USA



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Entsprechend der wirtschaftsliberalen Logik der Eigenverantwortung der Individuen liegen die USA bei den Investitionen in die nachsorgende soziale Sicherung im unteren Mittelfeld, bei der Einkommensarmut sowie bei der Einkommensungleichheit rangieren sie sogar jeweils unter den letzten Zehn. Bei der Bildungsarmut liegen die USA aber im vorderen Mittelfeld. Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen gehören die USA damit insgesamt zum letzten Drittel. Andererseits setzen die USA dezidiert auf Vorsorge durch Bildung und platzieren sich bei den gesamten Bildungsausgaben im ersten Drittel. Ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung erzielt einen tertiären Abschluss. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA gehören die USA insgesamt zum vorderen Mittelfeld. Die USA liegen bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie im ersten Drittel. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegen die USA beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie im vorderen Mittelfeld. Als Prototyp der wirtschaftsliberalen Logik rangieren die USA bei der Nachsorge durch den Sozialstaat unter dem internationalen Durchschnitt und bei der Vorsorge durch Bildung im ersten Drittel.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangieren die USA im unteren Mittelfeld, aber bei dem Studentinnenanteil, beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten liegen die USA insgesamt im vorderen Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Integration von Migranten schneiden die USA noch besser ab. Als klassisches Einwanderungsland gehören sie bei der Aufnahme und Einbürgerung von Migranten jeweils zum ersten Drittel und bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zu den besten Zehn der Länder. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreichen die USA damit den achten Platz unter den 43 betrachteten Ländern.

Bei der ökonomischen Integration gehören die USA zum vorderen Mittelfeld. Bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft liegen sie andererseits unter dem Durchschnitt. U. a. wegen der ethnischen Heterogenität und der Orientierung auf das Individuum ist die Arbeiterbewegung historisch relativ schwach geblieben. Die Partizipation in Vereinen, Gemeinschaften, Parteien etc. ist aber gut entwickelt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehören die USA deshalb zum vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegen die USA im ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Kanada

Typ und Entwicklungstrend

Kanada ist, wie die USA, als wirtschaftsliberaler Staat einzuordnen, obwohl es diesen Weg erst etwas später als sein Nachbarland – seit Beginn der 1990er Jahre – eingeschlagen hat. Die Gewerkschaften sind präsenter und aktiver als in

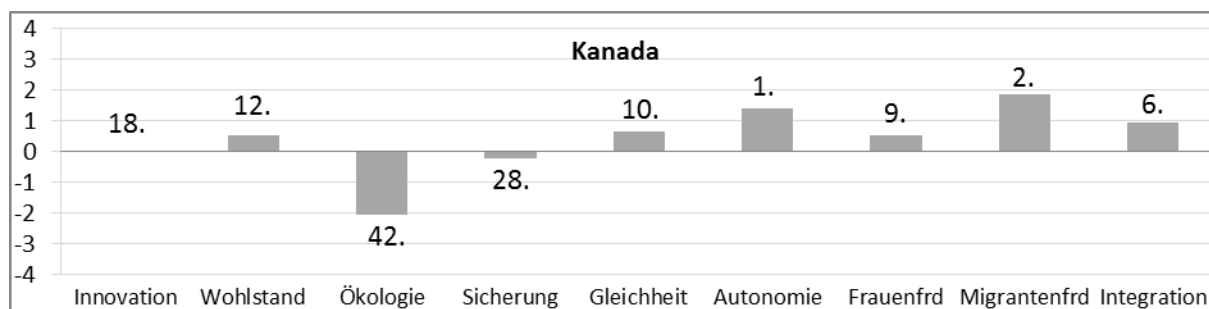
den Vereinigten Staaten. Trotzdem ist Kanada ein Wohlfahrtsstaat residualer Prägung.

Das Klimaschutzabkommen von Kyoto wurde von der konservativen Regierung unter Premierminister Stephen Harper gekündigt. Nach zehn Jahren unter einer konservativen Regierung votierten die Wähler im Oktober 2015 aber für den Wechsel zu einer Regierung der Liberalen unter dem Premierminister Justin Trudeau. Zum Programm der neuen Regierung gehören einerseits der Ausbau der staatlichen Investitionen und andererseits die stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes. Auch in der Flüchtlingspolitik gibt es einen Politikwechsel zu einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen. Der Wandel zeigt sich auch in der Frauenquote von 50 Prozent im neuen Kabinett.

Das Performanzprofil Kanadas

Kanada gehört sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Investitionen in die Innovationsfähigkeit sowie insgesamt beim Output jeweils zum vorderen Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand steht Kanada auf Platz 12, mit seinem gut regulierten Bankensektor ist es relativ unbeschadet durch die Finanzkrise gekommen. Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegt Kanada beim ökologischen Belastungslevel auf dem drittletzten Platz, bei den Entlastungsbemühungen auch nur unter den letzten Zehn. Damit rangiert Kanada beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit auf dem vorletzten Platz (gefolgt nur noch von den USA). Das Klimaschutzabkommen von Kyoto wurde von der konservativen Regierung unter Premierminister Stephen Harper gekündigt. Nach zehn Jahren unter einer konservativen Regierung votierten die Wähler im Oktober 2015 aber für den Wechsel zu einer Regierung der Liberalen, zu deren Programm u.a. die stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes gehört.

Abbildung 5-2: Das Performanzprofil Kanadas



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Gemäß der wirtschaftsliberalen Logik gehört Kanada bei den nachsorgenden Sozialausgaben zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei der Einkommensarmutsgefährdung rangiert Kanada im unteren Mittelfeld. Andererseits liegt Kanada bei den vorsorgenden Bildungsausgaben im vorderen Mittelfeld. Dementsprechend hat es wenig Risikoleser im Sinne von PISA. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen erreicht Kanada damit Platz 10 unter den 43 betrachteten Ländern. Kanada weist mit den höchsten Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen auf und hat sich bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA sowie beim Anteil der PISA-Spitze jeweils auf den ersten Platz verbessert. Deshalb steht Kanada jetzt bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie ebenfalls an der Spitze aller betrachteten 43 Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie.

Beim Frauenerwerbsquotienten gehört Kanada zu den besten Fünf und beim Fraueneinkommensquotienten zum ersten Drittel. Damit steht Kanada beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit auf Platz 9. Unter der neuen Regierung der Liberalen wurde im Kabinett eine Frauenquote von 50 Prozent realisiert, es ist also eine weitere Verbesserung der Frauenfreundlichkeit zu erwarten.

Besonders vorbildlich ist Kanada bei der Integration von Migranten. Bei der Offenheit für Migranten gehört es zu den besten Drei und bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zu den besten Vier. Damit steht Kanada beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit auf dem zweiten Platz, hinter Australien und vor Neuseeland, den beiden anderen traditionellen Einwanderungsländern.

Bei der ökonomischen Integration und bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft gehört Kanada jeweils zum ersten Drittel der Länder. Da Kanada bei der persönlichen Integration zu den ersten Zehn zählt, erreicht es auch beim Gesamtindex der sozialen Integration einen Platz unter den besten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Australien

Typ und Entwicklungstrend

Die ab 2007 regierende Labor-Regierung zeigte sich auf dem Gebiet des Umweltschutzes engagierter als ihre Vorgängerregierungen. So unterzeichnete Premierminister Rudd 2007 das Kyoto-Protokoll. Zuwanderung förderte diese Regierung stärker als die vorherigen und versuchte auch der Flüchtlingspolitik ein humaneres Gesicht zu geben. Bei der Integration von Migranten über die Bildung erweist sich das Land als besonders erfolgreich. Die Labor-Partei wurde u.a. wegen interner Machtkämpfe bei den Parlamentswahlen im September 2013 durch eine konservative Regierung unter Tony Abbott abgelöst, der mit einer

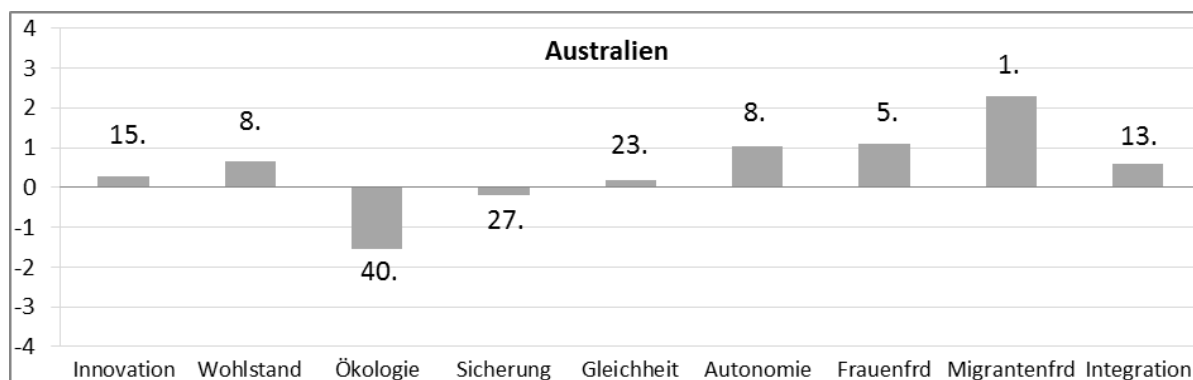
rigiden Sparpolitik den Haushalt sanieren wollte, im September 2015 aber als Parteivorsitzender und dadurch auch als Premierminister durch Malcolm Turnbull abgelöst wurde, der Innovation inklusive dem Ausbau erneuerbarer Energien zu einem seiner Schwerpunkte erklärte. Bei den Wahlen im Juli 2016 wurde die liberal-konservative Regierung bestätigt.

Trotz eines relativen Schutzes der Arbeitnehmer durch Gesetze und verschiedener ihnen zustehenden Leistungen sowie protektionistischer Maßnahmen in Bezug auf den eigenen Arbeitsmarkt und die Binnenproduktion folgt Australien weiterhin überwiegend der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik.

Das Performanzprofil Australiens

Australien gehört bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung jeweils zum ersten Drittel, bei der Internetnutzung und den Patenten liegt es etwas dahinter, aber bei der Innovationsfähigkeit insgesamt am Ende des ersten Drittels. Insbesondere aufgrund seines umfangreichen Handels mit China liegt es beim Wohlstand sogar auf dem achten Platz. Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangiert es bei den Umweltbelastungen unter den letzten Fünf. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Australien zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Australien damit auf Platz 40 unter den betrachteten 43 Ländern.

Abbildung 5-3: Das Performanzprofil Australiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Australien liegt bei den nachsorgenden Sozialausgaben am Ende des Mittelfelds. Als Folge der wirtschaftsliberalen Logik rangiert Australien mit seiner großen Einkommensarmut auch am Ende des Mittelfelds. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge liegt Australien etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen. Gemäß den PISA-Messungen ist das Bildungssystem Australiens erfolgreich. Es gibt unterdurchschnittlich viele Risikoleser und bei

der Lesekompetenz der Schüler gehört Australien zum ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Australien am Ende des ersten Drittels. Wenn man noch die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann erreicht Australien beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie Platz 8 unter den betrachteten 43 Ländern.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil gehört Australien zum oberen Mittelfeld. Beim Frauenerwerbsquotienten liegt es im ersten Drittel und beim Fraueneinkommensquotienten auf Platz 2. Damit erreicht Australien beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit Platz 5 unter den betrachteten 43 Ländern. Bei der Migrantenfreundlichkeit schneidet Australien sogar von allen Ländern am besten ab. Australien nimmt zusammen mit Luxemburg und der Schweiz den höchsten Anteil an Migranten auf und liegt im Unterschied zu den anderen beiden Ländern bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt mit vorn, weshalb es beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit mit etwas Abstand vor Neuseeland und Kanada an der Spitze der betrachteten 43 Länder steht.

Bei der Integration der Bevölkerung in das Beschäftigungssystem und in die Erwerbstätigkeit gehört Australien jeweils zum ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Australien im unteren Mittelfeld, bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke aber mit vorn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Australien damit zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Neuseeland

Typ und Entwicklungstrend

Neuseeland ist als wirtschaftsliberaler Wohlfahrtsstaat zu charakterisieren. Während das Land vor 1984 ein international vorbildlich funktionierendes Wohlfahrtssystem vorweisen konnte, änderte sich dies mit den Reformen der 1980er und 1990er Jahre grundlegend. Diese Kursänderung, die als Reaktion auf eine Rezession und hohe öffentliche Ausgaben vorgenommen wurde, sorgte für eine wachsende soziale Ungleichheit, die auch durch die Rücknahme einiger Maßnahmen durch die Labour-Regierung (1999-2008) nicht deutlich verringert wurde. Sie lässt sich als Pfadwechsel von einem umfassenden zu einem wirtschaftsliberalen Sozialsystem bezeichnen.

Von der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 war Neuseeland wegen seiner Exportabhängigkeit stark betroffen. Das schwere Erdbeben in Christchurch 2011 traf das Land ebenfalls hart; für den Wiederaufbau und die Ausgleichszahlungen für Betroffene waren Milliarden Mehrausgaben nötig.

Während Neuseeland in Zeiten der Vollbeschäftigung kaum Probleme mit Armut und Arbeitslosigkeit hatte, sieht das heute anders aus. Zwar ist die

Arbeitslosigkeit seit den 1990ern wieder gesunken, Arbeit wurde jedoch seit den 1980ern durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes prekärer bzw. erlaubt es zum Teil nicht mehr, ohne Zuzahlung von ihr zu leben, was zum Phänomen der „Working Poor“ geführt hat.

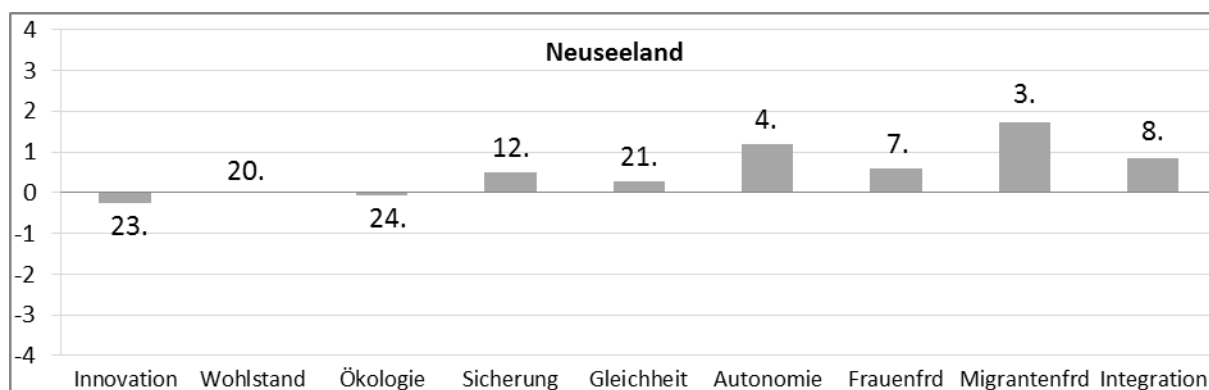
Während Arbeiterrechte beschnitten wurden, ist Neuseeland Migranten gegenüber aufgeschlossen, jedoch gilt dies bei genauerem Hinsehen insbesondere für die gut qualifizierten. Diese selektive Migrantenfreundlichkeit folgt derselben Marktlogik, mit der sich das Zurücktreten des Konzepts des „Staatsbürgers“ hinter dem der „Arbeitskraft“ erklären lässt, gemäß dem die Menschen hauptsächlich definiert werden. Bildungs- und Kooperationsprogramme mit der Wirtschaft sollen dazu beitragen, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Unter der neuen Labour-Regierung (ab Oktober 2017) ist aber ein anderer Kurs zu erwarten: Der Mindestlohn soll angehoben werden und die Kinderarmut soll reduziert werden.

Das Performanzprofil Neuseelands

Neuseeland liegt bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils im unteren Mittelfeld, die Verbreitung des Internets ist überdurchschnittlich und gemäß den wichtigen Patenten liegt Neuseeland etwa im Durchschnitt. Letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand liegt Neuseeland ebenfalls ungefähr im internationalen Durchschnitt. Bei den Belastungen der Umwelt liegt Neuseeland etwa im internationalen Durchschnitt, wobei es auf die Risikotechnologie Kernkraft verzichtet. Bei seinen Entlastungsbemühungen liegt Neuseeland etwas über dem internationalen Durchschnitt, wobei Neuseeland bei der Nutzung regenerativer Energien Platz 6 erreicht. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Neuseeland damit etwa im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 5-4: Das Performanzprofil Neuseelands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Neuseeland etwa im internationalen Durchschnitt, was dann auch jeweils für die Einkommensarmutsquote und die Einkommensungleichheit gilt. Andererseits investiert Neuseeland stark in die Vorsorge durch Bildung und weist vergleichsweise wenig Risikoleser im Sinne von PISA auf. Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen liegt Neuseeland damit etwa im internationalen Durchschnitt. Mit der Priorität auf Vorsorge vor Nachsorge entspricht Neuseeland der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik. Auf der Basis der hohen Bildungsinvestitionen erzielt Neuseeland einen überdurchschnittlichen Anteil tertiärer Abschlüsse sowie bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA Platz 8,5 und beim Anteil der Spitzenleser Platz 3. Insgesamt steht Neuseeland damit bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie an fünfter Stelle. Wenn man die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann erreicht Neuseeland beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie den guten vierten Platz.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Neuseeland im ersten Drittel sowie beim Studentinnenanteil und beim Erwerbsquotienten jeweils auf Platz 6. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit erreicht Neuseeland damit den siebten Platz unter den 43 betrachteten Ländern. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Neuseeland mit vorn sowie bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt jeweils unter den ersten Fünf. Damit erreicht Neuseeland beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den guten dritten Platz (hinter Australien und Kanada).

Bei der ökonomischen Integration liegt Neuseeland unter den ersten Zehn, bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft etwa im internationalen Durchschnitt. Da die persönlichen Beziehungsnetzwerke gut entwickelt sind, erreicht Neuseeland beim Gesamtindex der sozialen Integration den achten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

Großbritannien

Typ und Entwicklungstrend

In Großbritannien waren im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungstendenzen zu erkennen: Auf der einen Seite existierten ein starker Glaube an die Eigenverantwortung des Individuums, ein residualer Wohlfahrtsstaat und bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen, die nur das Nötigste abdecken. Auf der anderen Seite bestanden universalistische, umfassende und beitragsfreie Leistungen, wobei insbesondere der Gesundheitsbereich und die Schulbildung gefördert wurden, was der Idee der Präferenz von Vorsorge vor Nachsorge entsprach. Auf Grund dieses heterogenen Spektrums bildete Großbritannien einen gemischten Wohlfahrtsstaat, der sowohl sozialdemokratische als auch wirtschaftsliberale Elemente enthält.

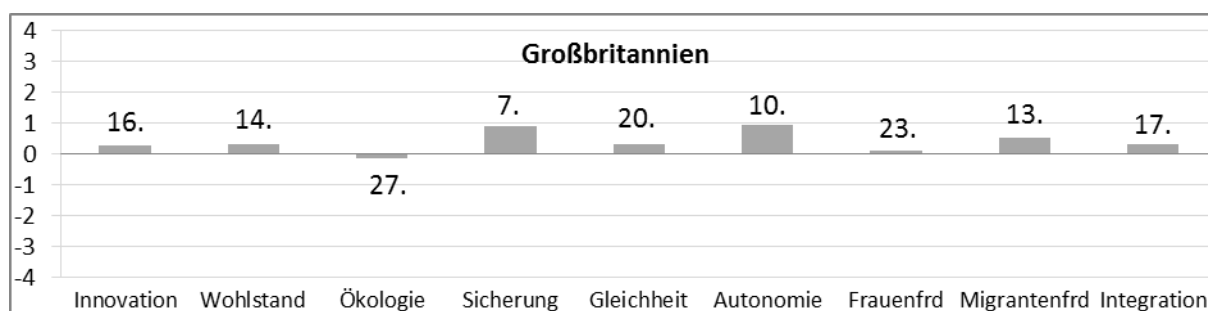
Ab den 1980er Jahren setzte sich jedoch die wirtschaftsliberale Strömung durch. Leistungen wurden gekürzt, Institutionen vom Staat ausgelagert, teilprivatisiert und dem Markt überantwortet. Der Zugang zur Leistungsvergabe an Bedürftige wurde erschwert, zentrale Idee ist die der „Aktivierung“. Diese Entwicklung setzte sich auch mit dem „Third Way“ der Labour-Regierung 1997-2010 fort, obwohl vereinzelt Initiativen im Sinne ihrer sozialdemokratischen Tradition unternommen wurden (wie z.B. Kinderbetreuungsangebote). Die Situation der Bedürftigen hat sich mit den von der konservativ-liberalen Regierung beschlossenen Einsparungen 2010 erneut verschärft. Auch der Bildungssektor ist hiervon betroffen; die Erhöhung der Studiengebühren wird den sozialen Aufstieg für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien hemmen.

Der beginnende Wirtschaftsaufschwung ab 2014 ließ die Arbeitslosigkeit sinken und trug auf diese Weise zur Entschärfung der sozialen Probleme bei. Die seit Juli 2016 amtierende neue Premierministerin Theresa May versprach eine Abmilderung der Politik der Haushaltskonsolidierung, eine Trendwende in der Wohlfahrtspolitik ist aber noch nicht abzusehen. Zudem dürften die Verhandlungen mit der EU über die Modalitäten des „Brexit“ viel Energie absorbieren.

Das Performanzprofil von Großbritannien

Großbritannien liegt bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung insgesamt im vorderen Mittelfeld. Bei der Internetnutzung und den wichtigen Patenten gehört Großbritannien jeweils zum ersten Drittel. Bei der Innovationsfähigkeit insgesamt führt Großbritannien damit das vordere Mittelfeld an. Dies gilt dann auch für den erzielten durchschnittlichen Wohlstand. Als Kehrseite des Wohlstandsniveaus gehört Großbritannien bei den ökologischen Belastungen zum unteren Mittelfeld. Großbritannien verwendet wenig erneuerbare Energie und liegt bei den Entlastungsbemühungen sowie beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit auch im unteren Mittelfeld.

Abbildung 5-5: Das Performanzprofil von Großbritannien



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Großbritannien im vorderen Mittelfeld, dies gilt dann auch für die Armutsquote und die Einkommensungleichheit. Bei den Bildungsausgaben zur Vorsorge gehört Großbritannien zu den ersten Zehn. Mit dem unterdurchschnittlichen Anteil an Risikolesern gemäß PISA liegt Großbritannien im vorderen Mittelfeld, dies gilt dann auch insgesamt für die Gleichheit der Teilhabe bzgl. Einkommen und Bildung. Bei der Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten gehört Großbritannien zum ersten Drittel. Zusammen mit der guten objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Großbritannien beim Gesamtindex der Autonomie auch im ersten Drittel.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten liegt Großbritannien etwas über dem Durchschnitt, beim Einkommensquotienten unter dem Durchschnitt. Damit rangiert Großbritannien beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Offenheit für Migranten liegt Großbritannien im vorderen Mittelfeld. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zählt Großbritannien jeweils zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Bei der ökonomischen Integration gehört Großbritannien inzwischen zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Großbritannien im vorderen Mittelfeld, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

Irland

Typ und Entwicklungstrend

Die Politik wird in Irland von zwei konservativen Parteien dominiert. Die sozialdemokratische Partei hat keinen nennenswerten Einfluss. Politik wird von korporatistischen Partnerschaften gestaltet. Obwohl der Anteil der erwerbstätigen Frauen seit 1995 stark gestiegen ist, werden Betreuungs- und Pflegeaufgaben weiterhin zu einem großen Teil als informelle Abmachungen von Frauen innerhalb von bzw. zwischen Familien übernommen. Soziale Dienstleistungen sind zum Teil vom Staat auf private Anbieter ausgelagert, der lediglich deren Finanzierung übernimmt. Das Subsidiaritätsprinzip spielt eine große Rolle.

Bis zu den Kürzungen im sozialen Bereich in den 1980er Jahren hatten die Sozialleistungen einen umverteilenden Effekt. Von dem Wirtschaftsboom, der die irische Wirtschaft in den 1990ern erfasste, profitierten nicht alle Bevölkerungsteile. Die sozialen Unterschiede wuchsen weiter. Die irische Wirtschaft wird heute von einer wirtschaftsliberalen Logik dominiert. Zwar wurden nicht so umfassende Veränderungen am Wohlfahrtsstaat wie in Großbritannien vorgenommen. Ausgehend von der Entwicklung der letzten 20 Jahre scheint sich das irische Modell jedoch vom konservativ-liberalen Typ in Richtung eines

noch stärker wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaates zu verschieben. Dies zeigt sich daran, dass er in den letzten Jahren zunehmend auf Aktivierung ausgerichtet wurde, häufiger Bedürftigkeitsprüfungen eingesetzt wurden und die Leistungen insgesamt auf einem niedrigen Niveau liegen.

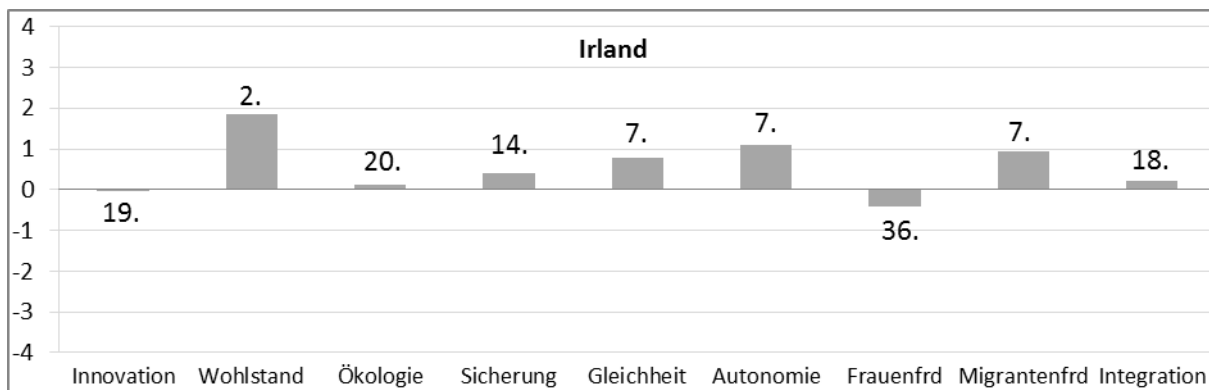
Die Koalitionsregierung der konservativen Fine Gael mit der Labour-Partei ab 2011 führte die Politik der Haushaltskonsolidierung fort. Bei der Parlamentswahl im Februar 2016 verlor die Koalition des konservativen Premierministers Enda Kenny (Fine Gael) wegen der unpopulären Sparpolitik die Regierungsmehrheit. Ab Mai 2016 bildete Enda Kenny eine Minderheitsregierung in Absprache mit sieben unabhängigen Abgeordneten. Im Juni 2017 übergab Kenny die Regierungsführung an den Parteikollegen Leo Varadkar, der neuer Ministerpräsident wurde und als Halbinder auch die Offenheit Irlands für Migration symbolisiert. Schwerpunkte der Regierung sind weiterhin die Stärkung der Wirtschaft, die bereits hohe Wachstumsraten aufweist, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Abbau der Staatsverschuldung.

Kulturell ist Irland also eher konservativ, wie sich insbesondere bei den Geschlechterrollen zeigt. Aber insgesamt dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik, wobei die Spekulationen der Privatbanken in die Krise führten. Die öffentlichen Schulden aufgrund der Bankenrettungen mussten die Bürger tragen.

Das Performanzprofil Irlands

Irland liegt bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung im oberen Mittelfeld, dies gilt auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für die wichtigen Patente sowie schließlich für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Beim Wohlstand gehörte Irland als „keltischer Tiger“ zu den Aufsteigern des letzten Jahrzehnts, durch eine sehr niedrige Unternehmensbesteuerung von 12,5 %, was große Unternehmen anlockte und dadurch das Wachstum förderte. Durch die missglückten überdimensionierten Spekulationen der Privatbanken war der Staat gezwungen, die systemrelevanten Banken zu retten, wodurch sich der Staat selbst stark verschuldete. Mit der Unterstützung vom IMF und der EU hat Irland es geschafft, sich aus der Krise wieder herauszuarbeiten. Beim durchschnittlichen Wohlstand steht Irland wegen der Beiträge der multinationalen Unternehmen inzwischen sogar auf dem zweiten Platz der betrachteten 43 Länder. Als Kehrseite des Wohlstands liegt Irland andererseits bei den Umweltbelastungen nur im internationalen Durchschnitt, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 5-6: Das Performanzprofil Irlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Irland etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Armutsgefährdung und beim Ausmaß der Einkommensungleichheit liegt Irland insgesamt im vorderen Mittelfeld. Bei den Bildungsausgaben zur Vorsorge schneidet Irland besser ab, dabei liegt es im ersten Drittel. Im Ergebnis führt dies dann zu einer geringen Bildungsarmut (Platz 3), weshalb Irland bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen den siebten Platz unter den betrachteten 43 Ländern erreicht. Durch den hohen Anteil tertiärer Abschlüsse und die guten Resultate bei der Lesekompetenz gemäß PISA zählt Irland bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie zu den besten Zehn. Dies gilt auch für die subjektive Einschätzung der Wahlfreiheit durch die Bevölkerung. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie erreicht Irland damit den siebten Platz unter den betrachteten 43 Ländern. Die Priorität liegt also der wirtschaftsliberalen Logik entsprechend bei der Vorsorge und Befähigung.

Als katholisches Land dominieren in Irland noch traditionelle Geschlechterrollen, während das liberale Wirtschaftssystem modern ist, was Änderungsdruck erzeugt. Bei der Vertretung der Frauen im Parlament, beim Studentinnenanteil und beim Fraueneinkommensquotienten rangiert Irland jeweils im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Offenheit für Migranten dagegen gehört Irland zu den besten Zehn. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zählt Irland jeweils zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreicht Irland damit den siebten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Irland jeweils zum unteren Mittelfeld, bei der Partizipation in Politik und Gewerkschaften aber zum besten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Irland damit im vorderen Mittelfeld.

5.3 Performanz der wirtschaftsliberalen angelsächsischen Länder

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Länder des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps (vgl. Tabelle 5-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt basiert im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime idealtypisch auf den Leitvorstellungen der Eigenverantwortung des Individuums und der Effektivität von Wettbewerb und Märkten. Dieses „raue Klima“ begünstigt die Arbeitsmarktintegration der ganzen Bevölkerung, da es dazu ja keine Alternative gibt, und durch den Wettbewerb auch einen relativ hohen durchschnittlichen Wohlstand, der allerdings sehr ungleich verteilt ist, da der Staat nach der wirtschaftsliberalen Leitvorstellung idealtypisch möglichst wenig in die Märkte eingreifen sollte. In der Realität sind z.B. die US-Regierungen aber pragmatisch genug, eine forcierte Wachstumspolitik zu betreiben, um die Arbeitslosigkeit der potentiellen Wähler in Grenzen zu halten. Im Bildungssystem setzt der Wirtschaftsliberalismus idealtypisch auf den Universalismus der Chancengleichheit und auf Wettbewerb, wobei die ungleichen Startvoraussetzungen allerdings zu wenig berücksichtigt werden. Der Universalismus der wirtschaftsliberalen Bildungssysteme erweist sich im Ergebnis gemäß den PISA-Messungen als eher erfolgreicher als die Logik der „begabungsangemessenen“ Bildungsprogramme des Status-konservierenden Wohlfahrtsregimes. Die „gender neutrality“ der wirtschaftsliberalen Logik führt im Hinblick auf die Chancengleichheit der Geschlechter zu besseren Ergebnissen als die Logik der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung des konservativen und familistischen Wohlfahrtsregimes. Ein Starkpunkt der wirtschaftsliberalen Logik ist die Offenheit für Migration, da der Wettbewerb idealtypisch möglichst wenig eingeschränkt werden soll und die Vorteile der Vielfalt für Innovationsfähigkeit und Wachstum gesehen werden. Die Migration wird allerdings inzwischen reguliert im Hinblick auf die für die einheimische Wirtschaft benötigten Qualifikationen und Arbeitskräfte, insofern herrscht also keine reine Marktlogik vor. Aber bei der Aufnahme und der Teilhabe der aufgenommenen Migranten liegen die wirtschaftsliberalen Länder an der Spitze.

Bei der Innovationsfähigkeit liegen die Länder mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik überwiegend im vorderen Mittelfeld; Neuseeland liegt allerdings nur im internationalen Durchschnitt, während die USA mit dem neunten Platz am besten abschneiden. Beim durchschnittlichen Wohlstand schneiden einige der wirtschaftsliberalen Länder noch besser ab: Die USA erreichen mit ihrem Weltmachtstatus und ihrer Leitwährung des Welthandels den guten fünften Platz. Australien auf dem achten Platz ist insbesondere wegen des Handels mit Asien gut durch die Weltfinanzkrise gekommen. Kanada ist mit seinem gut regulierten Bankensystem ohne Rettungsprogramm unbeschadet durch die Weltfinanzkrise gekommen und erreicht den zwölften Platz. Wegen

der Rückverlagerung multinationaler Unternehmen nach Irland verbessert sich Irland als Sonderfall gemäß den Daten des IMF im Wohlstand auf den zweiten Platz, hinter Luxemburg und knapp vor Norwegen. Großbritannien steht beim Wohlstand wie auch bei der Innovationsfähigkeit im vorderen Mittelfeld. Neuseeland liegt beim Wohlstand wie auch bei der Innovationsfähigkeit im internationalen Durchschnitt. Insgesamt schneiden die Länder mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik beim durchschnittlichen Wohlstand also gut ab, es gibt allerdings eine große Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstands.

Tabelle 5-2: Performanzprofile der Länder des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtstyps

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Australien	0,28	0,67	-1,55	-0,19	0,19	1,02	1,08	2,29	0,58
	15	8	40	27	23	8	5	1	13
GB/NI (UK)	0,28	0,31	-0,16	0,91	0,31	0,94	0,09	0,54	0,32
	16	14	27	7	20	10	23	13	17
Irland	0,00	1,84	0,11	0,42	0,77	1,09	-0,43	0,93	0,21
	19	2	20	14	7	7	36	7	18
Kanada	0,01	0,52	-2,07	-0,21	0,66	1,42	0,53	1,87	0,95
	18	12	42	28	10	1	9	2	6
Neuseeland	-0,27	0,00	-0,05	0,51	0,29	1,20	0,61	1,71	0,84
	23	20	24	12	21	4	7	3	8
USA	1,02	1,15	-2,24	0,16	-0,28	0,64	0,11	0,79	0,65
	9	5	43	18	33	16	21	8	10

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Als Kehrseite des hohen Wohlstands rangieren die USA mit ihren großen Umweltbelastungen an letzter Stelle und Kanada an zweitletzter, Australien an fünftletzter. Bei den Entlastungsbemühungen gehören die USA, Kanada und Australien zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Beim Gesamtindex ökologischer Nachhaltigkeit liegen von den wirtschaftsliberalen Ländern nur Neuseeland und Irland etwa im internationalen Durchschnitt, während die USA auf dem letzten Platz von allen betrachteten 43 Ländern rangieren, Kanada an zweitletzter und Australien an viertletzter Stelle. Die Priorität auf Wirtschafts-

wachstum ohne große Rücksicht auf die Umwelt ist bei diesen wirtschaftsliberalen Ländern also eindeutig.

Bei der sozialen Sicherung weisen die wirtschaftsliberalen Länder alle eine Priorität für Vorsorge durch Investitionen in Bildung und Ausbildung auf statt der Nachsorge durch den Sozialstaat. Die USA, Kanada, Großbritannien und Neuseeland schneiden alle bei der Vorsorge durch Bildung um ca. 15 Rangplätze besser ab als bei der Nachsorge. Die stärksten Investitionen in Bildung finden sich in Großbritannien (Rang 4), Neuseeland (9), Irland (12) und in den USA (13). Bei der Nachsorge durch den Sozialstaat rangieren die USA, Kanada und Australien deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. In allen Ländern mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik zeigt sich also eine Präferenz für Vorsorge durch Bildung statt Nachsorge durch den Sozialstaat.

Entsprechend findet man in den wirtschaftsliberalen Ländern eher weniger Bildungsarmut als Einkommensarmut. Der prägnanteste Fall ist Kanada, das mit seiner hohen Einkommensarmut deutlich über dem internationalen Durchschnitt rangiert, aber bei der Bildungsarmut mit wenigen Risikolesern im Sinne von PISA den guten dritten Platz erreicht. Ein ähnliches Muster gilt für die USA und Australien. In Großbritannien und Irland zeigt sich der europäische Einfluss, die Einkommensarmut ist dort auch unterdurchschnittlich. Die objektive Befähigung zur Autonomie und die subjektive Bewertung der Freiheit der Wahl der Lebensweise sind Starkpunkte der wirtschaftsliberalen Länder. Bei der objektiven Befähigung zur Autonomie liegen alle wirtschaftsliberalen Länder im ersten Drittel, Kanada steht sogar an der Spitze von allen betrachteten 43 Ländern. Kanada steht z.B. bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze jeweils an der Spitze der betrachteten Länder. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie gehören Kanada, Neuseeland, Irland, Australien und Großbritannien zu den besten Zehn und die USA zum oberen Mittelfeld. Die Autonomie ist also in allen wirtschaftsliberalen Ländern stark ausgeprägt.

Gemäß der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik ist der Staat neutral bzgl. der Geschlechterrollen, der Staat soll nicht intervenieren. Im Ergebnis liegen Australien, Kanada und Neuseeland bei der Frauenfreundlichkeit unter den ersten Zehn sowie die USA und Großbritannien etwa im internationalen Durchschnitt; nur das katholische Irland ist ein Ausreißer nach unten und liegt im letzten Drittel, da die katholische Konfession noch wichtiger für das Leitbild der Geschlechterrollen ist als die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

Ein Starkpunkt der wirtschaftsliberalen Länder ist die Migrantenfrendlichkeit. Als Einwanderungsländer haben die angelsächsischen Nationen in langjährigen Lernprozessen die Aufnahme und den Umgang mit Migranten entwickelt, wobei das Englische als wichtigste internationale Kommunikationssprache sicher hilfreich war. Australien, Kanada und Neuseeland erreichen beim Gesamtindex der Migrantenfrendlichkeit die drei Spitzenplätze unter allen betrachteten 43

Ländern. Sie liegen bei der Offenheit für Migranten mit vorn und schneiden auch bei der Teilhabe der aufgenommenen Migranten gut ab. Auch Irland, die USA und Großbritannien gehören bei der Migrantenfreundlichkeit insgesamt zum besten Drittel der betrachteten Länder.

Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegen die angelsächsischen Länder alle über dem internationalen Durchschnitt. Irland schneidet wegen der Wirtschaftskrise bei der ökonomischen Integration schlechter ab, die anderen wirtschaftsliberalen Länder liegen dabei alle deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Bei der persönlichen Integration in Beziehungsnetzwerke liegen Neuseeland, Australien und Kanada mit vorn.

Insgesamt bilden die Länder mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik auch in der Performanz eine deutlich erkennbare Gruppierung: Der hohe Wohlstand geht einher mit hohen Umweltbelastungen. Die Bevölkerung wird gut befähigt zur Autonomie und ist zufrieden mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise. Nicht zuletzt sind die angelsächsischen Länder überdurchschnittlich offen für die Welt, was sich bei der Aufnahme von Migranten zeigt.

6. Das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas

6.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der familistischen Länder

Gemeinsamkeiten

Viele Gemeinsamkeiten der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps lassen sich durch eine ähnliche geschichtliche Entwicklung der Länder erklären. Alle südeuropäischen Länder haben gemein, dass sie im Vergleich mit anderen europäischen Staaten noch sehr junge Staaten sind, die sich entweder nach einer Diktatur bildeten oder nach einer Zeit der Kolonialisierung unabhängig wurden. Die Diktatur behinderte die Entwicklung einer rationalen Verwaltung. Als einer der Ursachen für die erschwerte Entwicklung und Durchsetzung eines Wohlfahrtssystems wird die fehlende bürokratische Organisation angesehen, welche ein Herausbilden einer „welfare patronage“ begünstigt (vgl. Ferrera 1996, S.10).

Neben dem politischen Regime hat die Kirche als weitere Institution einen großen Einfluss auf die Wertebildung und politischen Aktivitäten dieser Nationen, dabei hat sie einen stabileren und weitaus längeren Bestand als die Politik. In allen südlichen Ländern hat die Kirche eine große Durchsetzungskraft bezüglich des Familienmodells und der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sowie auf politische Entscheidungen. Dieser Einfluss wird allerdings aktuell immer mehr zurückgedrängt.

In der Wirtschaft zeichnet sich überwiegend ein Trend zum Wirtschaftsliberalismus ab, wobei bei allen Ländern des familistischen Wohlfahrtstyps ähnliche Probleme auftreten. Die Exportschwäche und die große Schattenwirtschaft in diesen Ländern konnten bis dato nicht beseitigt werden. Auch stellen hohe

Ausgaben für die Sozialversicherungssysteme ein großes Problem dar. Sie können nur zu Teilen durch die Beiträge abgedeckt werden und müssen somit durch staatliche Subventionen mitfinanziert werden, was in vielen südeuropäischen Staaten zu einer hohen Verschuldung führt.

Weitere Gemeinsamkeiten lassen sich vor allem in dem Familienbild und der Rollenzuweisung erkennen. In allen Nationen Südeuropas herrscht das „male-breadwinner model“, welches durch niedrige Frauenerwerbsquote (bis auf Portugal, wo wegen der Armut im Allgemeinen das „dual-earner model“ erforderlich ist) sowie fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung gekennzeichnet ist. Obwohl den Familien viele Aufgaben in der Betreuung und Pflege zugeordnet sind, liegen die staatlichen Leistungen für Familien unter dem internationalen Durchschnitt. Dies hat die im internationalen Vergleich stärksten Rückgänge bei den Geburtenraten seit etwa 1960 zur Folge.

Im Sozialversicherungssystem der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps herrscht eine starke Diskrepanz zwischen den Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, und denen, die außerhalb des regulären Arbeitsmarktes stehen, was auf eine dualistische Prägung verweist. Dies zeigt sich vor allem bei einem Vergleich der großzügigen Renten und der nur rudimentären Absicherung von erwerbslosen Personen. Diese schlechte Absicherung schlägt sich in den vergleichsweise hohen Armutsraten in diesen Nationen nieder. Um einen Ausgleich zum dualistischen Sicherungssystem zu erlangen, kommt der Familie eine sehr starke Rolle im Wohlfahrtssektor der Länder des Südens zu, was durch die von Kirche und Staat geförderten Werte unterstützt wird.

Die Gemeinsamkeiten im Aufbau des Sozialversicherungssystems können in vier Punkten beschrieben werden: Erstens kann bei der Einkommenssicherung von einem stark fragmentierten und korporatistischen System gesprochen werden, wobei eine Unterscheidung in verschiedene Berufsgruppen vorgenommen wird. Das zweite Merkmal beinhaltet die Bemühungen, das Gesundheitssystem universalistisch zu gestalten, welches aber aufgrund der fehlenden Finanzierung durch private Sicherung ergänzt wird. Eine dritte Gemeinsamkeit der familistischen Länder ist die relativ schwache Rolle der staatlichen Interventionen in die sozialen Sicherungssysteme und die Heterogenität der involvierten Akteure, insbesondere im Gesundheitssystem. Der vierte Punkt bezieht sich auf die anhaltenden klientelistischen Strukturen und die Patronage-Systeme, die in den Ländern des familistischen Wohlfahrtstyps in ihrer Stärke unterschiedlich ausgeprägt sind, aber in allen vorhanden sind (vgl. Ferrera 1996). Dies führt zu Differenzen in der Höhe des Transfers bei den unterschiedlichen Gruppen von Versicherten, die Sozialsysteme sind also wenig universalistisch.

Im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime liegen die privaten Ausgaben für Bildung unter dem Durchschnitt der verglichenen Länder. Die

öffentlichen Ausgaben für Bildung liegen in beiden Wohlfahrtsregimen unter dem internationalen Durchschnitt.

Besonderheiten

Italien zeichnet sich unter allen europäischen Nationen durch seine sehr instabile Politik aus. In den letzten sechzig Jahren gab es mehr als fünfzig Parlamente sowie wechselnde und instabile Koalitionen. Die Regierungsbündnisse sind i.a. frühzeitig aufgelöst worden. Solche Umstände erschweren eine kontinuierliche Politik, weshalb auch die Ausrichtung der Sozialpolitik permanent wechselt. Italien muss die regionalen Disparitäten zwischen dem entwickelten Norden und dem weniger entwickelten Süden reduzieren. Ein weiteres Problem sind die starken klientelistischen Strukturen und die weit reichenden Patronage-Systeme.

Eine Besonderheit des **spanischen** Wohlfahrtssystems ist seine starke Dezentralisierung, bei der einige Kompetenzen der nationalen an die regionalen Regierungen abgegeben worden sind. Dies lässt sich auf die starken Autonomiebestrebungen der einzelnen Regionen wie Katalonien, dem Baskenland und Andalusien zurückführen. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Autonomie-rechte Kataloniens zeigt, dass die Kompetenzverteilung noch nicht gut genug ausgehandelt ist.

Portugal nimmt hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit eine Ausnahmestellung innerhalb der südeuropäischen Staaten ein. Das Ausmaß und die Kontinuität der Frauenerwerbstätigkeit unterscheiden sich deutlich von denen der anderen Staaten. Die hohen Anteile erwerbstätiger Frauen resultieren aus der ökonomischen Notwendigkeit im relativ armen Portugal.

In keinem anderen südeuropäischen Land hat die Kirche einen solch großen Einfluss auf die Politik wie in **Griechenland**. Die Diskrepanz zwischen den Rechten der Frauen und Männer ist in Griechenland besonders groß. Ein Festhalten an dem „male-breadwinner model“ seitens der Kirche verhinderte bis dato eine eigenständige Sicherung des einzelnen Individuums und stärkte die Abhängigkeit der Familienmitglieder vom Einkommensbezieher. Durch die finanziellen Anstrengungen zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien für die europäische Währungsunion verblieben wenig Mittel für den Ausbau der öffentlichen Sozialleistungen, dies wurde nur durch EU-Programme etwas ausgeglichen. Die soziale Sicherung ist außerdem zu stark auf die Nachsorge von Risiken ausgerichtet statt auf Vorsorge durch Bildungsinvestitionen. Das tatsächliche Ausmaß der Überschuldung Griechenlands ist erst im Laufe der Zeit publik geworden. Die Finanzhilfen von EU und IWF wurden mit umfassenden Sanierungsaufgaben verknüpft.

Die Zweiteilung **Zyperns** und die daraus resultierende besondere politische Situation hinderten Zyperns Regierungen an einer einheitlichen Sozialpolitik.

(In unserer Analyse wird nur der griechische Teil Zyperns berücksichtigt.) Die Auseinandersetzungen über die nationale Frage ließen die Sozialpolitik in den Hintergrund treten.

Maltas Wohlfahrtssystem ist einerseits stark geprägt durch die britische Kolonialzeit. Vor allem das Gesundheitssystem ist nach dem britischen National Health Service gestaltet. Andererseits ist Malta stark beeinflusst von der katholischen Kirche und weist die niedrigste Frauenerwerbsquote unter den familistischen Ländern auf.

6.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern

Italien

Typ und Entwicklungstrend

Im Italien wird die Betreuungsarbeit und Pflege den Frauen in den Familien als Aufgabe zugeordnet („familistisch“), gleichzeitig gibt es aber nur eine sehr geringe staatliche Unterstützung für Familien. Dies trägt bei zu einer geringen Frauenerwerbsquote und zu einer niedrigen Geburtenrate.

Im Bereich der Erwerbstätigkeit gibt es ein starkes Insider/Outsider-Problem. Die sozialen Sicherungssysteme sind Status-konservierend auf rudimentärem Niveau. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt bei den Renten, die Befähigung durch Bildung wird vergleichsweise weniger unterstützt. Die Verwaltungen sind eher schwach, Klientelismus und Patronage sind verbreitet.

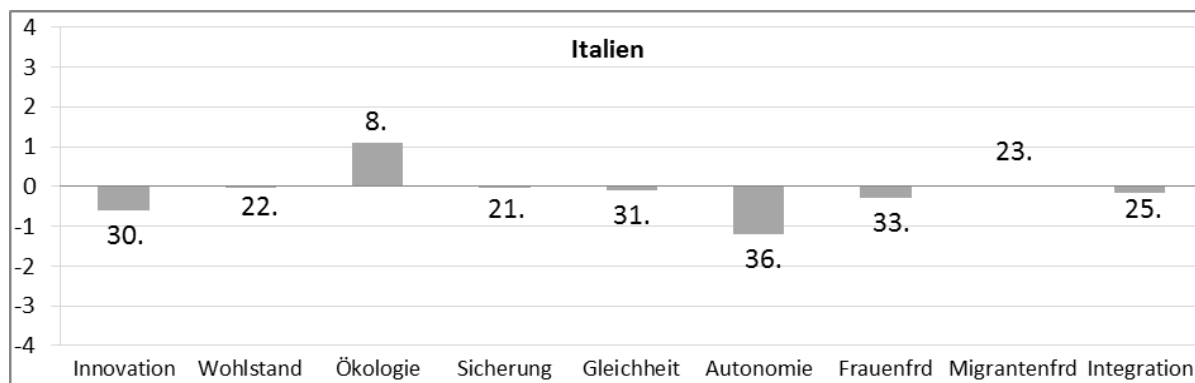
Nach den Neuwahlen im Februar 2013 kam es zur ersten großen Koalition in Italien, zunächst geführt von dem Sozialdemokraten Enrico Letta, dann ab Februar 2014 von dem Sozialdemokraten Matteo Renzi. Die neue Regierung setzte sich zu je 50% aus Ministerinnen und Ministern zusammen und strebte u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen an sowie die Verschlinkung des aufgeblähten Politik- und Verwaltungssystems. Auch die Systeme sozialer Sicherung gehörten zu dem umfassenden Modernisierungsprogramm der neuen Regierung. Seit Dezember 2016 wird dieses Programm von Renzis Parteifreund Paolo Gentiloni als Ministerpräsident fortgeführt. Im März 2018 werden die nächsten Parlamentswahlen stattfinden.

Das Performanzprofil Italiens

Italien gehört bei den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zum unteren Mittelfeld. Beim Output aber in Form der Verbreitung der Internetnutzung rangiert Italien im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Dies gilt dann auch für die Innovationsfähigkeit insgesamt. Mit seinem durchschnittlichen Wohlstand platziert sich Italien u.a. wegen des Tourismus besser, nämlich etwa im internationalen Durchschnitt, wobei der

Norden deutlich wohlhabender ist als der Süden. Italien verzichtet auf Kernenergie und gehört bei den Umweltbelastungen insgesamt zum besten Drittel. Bei den Entlastungsbemühungen hat sich Italien auf den siebten Platz verbessert. Damit erreicht Italien beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den achten Platz unter den betrachteten 43 Ländern.

Abbildung 6-7: Das Performanzprofil Italiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall gehört Italien zu den ersten Zehn, aber die Ausgaben konzentrieren sich zu stark auf die Renten. Deshalb schneidet Italien mit seiner hohen Armutsquote und großen Einkommensungleichheit etwas schlechter ab als der internationale Durchschnitt. Bei den gesamten Bildungsausgaben gehört Italien zum letzten Drittel. Als Resultat liegt Italien mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA und seinem hohen Anteil an frühen Schulabgängern bei der Bildungsarmut insgesamt im letzten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt rangiert Italien dann auch nur im letzten Drittel. Die geringen Bildungsausgaben führen auch zu einem geringen Anteil an tertiären Abschlüssen. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt zählt Italien dann auch nur zum letzten Drittel. Die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten ist noch etwas schlechter, sodass Italien beim Gesamtindex der Autonomie zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder gehört.

Bei der Vertretung der Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil liegt Italien über dem internationalen Durchschnitt. Aber mit seinem niedrigen Frauenerwerbsquotienten und Fraueneinkommensquotienten rangiert Italien jeweils unter den letzten Fünf. Bei der Frauenfreundlichkeit gehört das von der katholischen Konfession geprägte Italien mit seinen traditionellen Geschlechterrollen deshalb insgesamt zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Offenheit für Migranten hat sich Italien verbessert auf den internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem

Arbeitsmarkt liegt Italien ebenfalls etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört Italien wegen seiner traditionellen Geschlechterrollen zum letzten Drittel. Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt und die ökonomische Integration insgesamt. Die Partizipation in Politik und in Gewerkschaften ist besser entwickelt, bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört Italien zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Italien deshalb etwa im internationalen Durchschnitt.

Spanien

Typ und Entwicklungstrend

Durch die Mitgliedschaft in der EU und in der Währungsunion hat Spanien nach 40 Jahren Diktatur einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Durch Immobilienspekulationen sind die spanischen Banken aber in die Krise geraten, wodurch auch der spanische Staatshaushalt unter Druck steht. Die Status-konservierenden sozialen Sicherungssysteme in Bismarck'scher Tradition, aber auf rudimentärem Niveau, werden zunehmend durch private Leistungen ergänzt.

Das Gesundheitssystem ist seit dem Gesetz von 1986 durch die damalige sozialistische Regierung eher universalistisch ausgestaltet. Die Finanzierung des spanischen Sozialstaates verlagert sich von Beiträgen auf Steuern.

Den Frauen in den Familien wird die Verantwortung für Betreuung und Pflege zugedacht („familistisch“), gleichzeitig sind die finanziellen Leistungen des Staates für die Familien sehr gering. Eine sozialdemokratische Regierung setzte aber 2007 ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter durch, das den Modernisierungsprozess bei den Geschlechterrollen förderte.

Insgesamt gehört Spanien zum familistischen Wohlfahrtsregime, wobei die Leistungen des Sozialstaates zunehmend durch private Leistungen ergänzt werden. In der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Ungleichheit in Spanien im internationalen Vergleich besonders stark gestiegen.

Seit November 2011 versuchen die konservativen Regierungen unter Ministerpräsident Mariano Rajoy, die Wirtschaftskrise mit Leistungskürzungen und Steuererhöhungen zu überwinden. Dank des Tourismus und der international verbesserten Randbedingungen verzeichnete Spanien in 2015 und 2016 einen wirtschaftlichen Aufschwung.

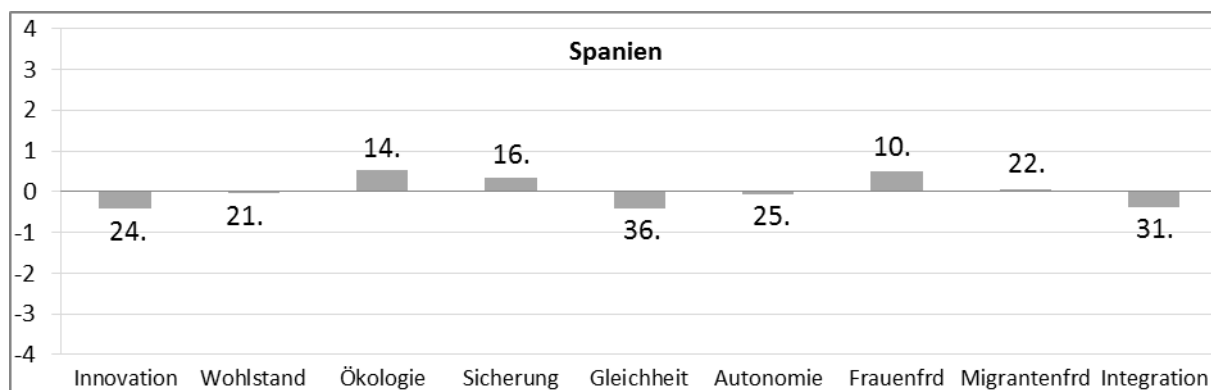
Das Performanzprofil Spaniens

Spanien liegt mit den privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen

Patente. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Spanien dann auch im internationalen Durchschnitt. Mit seinem Wohlstand steht Spanien dann wegen des Tourismus etwas über dem internationalen Durchschnitt. Die Umweltbelastungen Spaniens sind etwas geringer als im internationalen Durchschnitt und damit auch geringer, als aufgrund des Wohlstands zu erwarten. Bei den Entlastungsbemühungen zur ökologischen Nachhaltigkeit zählt Spanien zum besten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Spanien dann auch zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Spanien liegt mit seinen nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall im ersten Drittel, aber die sozialen Sicherungssysteme sind so wenig effektiv, dass Spanien mit seiner großen Einkommensungleichheit und mit seiner hohen Armutsquote insgesamt zum letzten Drittel der betrachteten Länder gehört. Dies gilt auch für den hohen Anteil früher Schulabgänger. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen gehört Spanien dann auch zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Spanien etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Beim Anteil der tertiären Abschlüsse und bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA liegt Spanien jeweils etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie sowie für den Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie.

Abbildung 6-8: Das Performanzprofil Spaniens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Spanien zu den besten Zehn der betrachteten Länder. Beim Frauenerwerbsquotienten liegt das katholische Spanien nur im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Spanien dann zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Offenheit für Migranten liegt Spanien etwa im internationalen Durchschnitt, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem

Arbeitsmarkt insgesamt ebenfalls. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit platziert sich Spanien deshalb auch im internationalen Durchschnitt.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der ökonomischen Integration insgesamt gehört Spanien zu den letzten Fünf. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Spanien etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert Spanien dann im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Portugal

Typ und Entwicklungstrend

Nach 40 Jahren Diktatur hat Portugal ab 1974 einen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess begonnen, der durch die EU-Mitgliedschaft ab 1986 gefördert wurde. Trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten blieb Portugal aber bis etwa 2011 das ärmste Altmitglied der EU (Griechenland fiel dann hinter Portugal zurück).

Die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung folgen der beitragsgebundenen, Status-konservierenden Wohlfahrtslogik. Das rudimentäre Gesundheitssystem ist universalistisch ausgestaltet.

Die Frauenerwerbstätigkeit ist insbesondere aus ökonomischer Notwendigkeit die höchste in den familistischen Ländern Südeuropas. Dennoch bleibt die Zuständigkeit für Betreuung und Pflege den Frauen in den Familien zugeordnet. Insgesamt gehört Portugal zu den Ländern mit familistischer Wohlfahrtslogik (vgl. auch Tavora 2012).

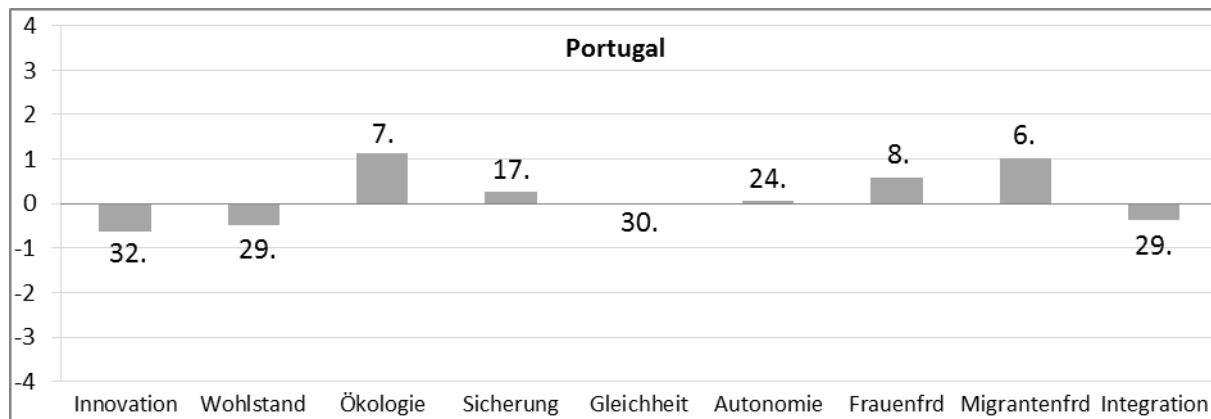
Unter dem Druck des Rückbaus der hohen öffentlichen Schulden gibt es wenig Spielraum für den Ausbau des residualen Wohlfahrtsstaates. Im November 2015 übernahm aber eine Minderheitsregierung der sozialistischen Partei unter Premierminister António Costa die Regierung. Mit dem kommunistischen Linksblock und einer grün-kommunistischen Listenverbindung hatte António Costa vorher eine Tolerierung ausgehandelt, für die er eine Reihe von gemeinsam geteilten sozialen Verbesserungen umsetzen muss, wozu insbesondere die Anhebung des Mindestlohnes und eine Erhöhung der Renten gehören.

Das Performanzprofil Portugals

Portugal liegt bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Verbreitung der Internetnutzung rangiert es aber unter dem Durchschnitt und bei den wichtigen Patenten im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Portugal dann ebenfalls im letzten Drittel. Portugal ist das zweitärmste Land der alten Mitglieder der EU (es hat Griechenland etwa in 2011 im Lebensstandard überholt) und rangiert beim durchschnittlichen Wohlstand

am Ende des Mittelfelds der betrachteten 43 Länder. Als Kehrseite des geringen Wohlstands belastet Portugal die Umwelt relativ wenig. Bei den Entlastungsmaßnahmen gehört Portugal insgesamt zu den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht Portugal Platz 7 unter den betrachteten 43 Ländern.

Abbildung 6-9: Das Performanzprofil Portugals



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben liegt Portugal zwar im ersten Drittel, aber das soziale Sicherungssystem ist so wenig effektiv, dass Portugal mit seiner hohen Armutsgefährdung und seiner großen Einkommensungleichheit jeweils zum unteren Mittelfeld der Länder gehört. Beim Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP rangiert Portugal im unteren Mittelfeld. Dies gilt dann auch für den hohen Anteil früher Schulabgänger. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen rangiert Portugal dann am Anfang des letzten Drittels der betrachteten 43 Länder. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der Spitzenleser liegt Portugal etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie liegt Portugal dann auch etwa im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Portugal im ersten Drittel, beim Studentinnenanteil schneidet es schlechter ab, aber beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten gehört es zu den ersten Zehn. Damit erreicht Portugal beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit den achten Platz der betrachteten 43 Länder. Ähnliches gilt für die Migrantenfreundlichkeit. Bei der Offenheit für Migranten gehört Portugal insgesamt zu den ersten Zehn, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt ebenfalls. Damit erreicht Portugal beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den sechsten Platz der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der ökonomischen Integration insgesamt gehört Portugal jeweils zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegt es im unteren Mittelfeld. Damit rangiert Portugal beim Gesamtindex der sozialen Integration am Ende des Mittelfelds.

Griechenland

Typ und Entwicklungstrend

Nach einer Militärdiktatur ist Griechenland seit 1974 wieder eine Demokratie, die durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft ab 1981 gefestigt wurde.

Die Sozialversicherungen sind auf Beitragsbasis Status-konservierend und auf einem rudimentären Niveau, wobei die Verwaltung relativ intransparent ist.

Der Einfluss der griechisch-orthodoxen Kirche ist hoch. Die Geschlechterrollen sind sehr traditionell, bei der Frauenerwerbsquote liegt Griechenland mit am Schluss der betrachteten Länder.

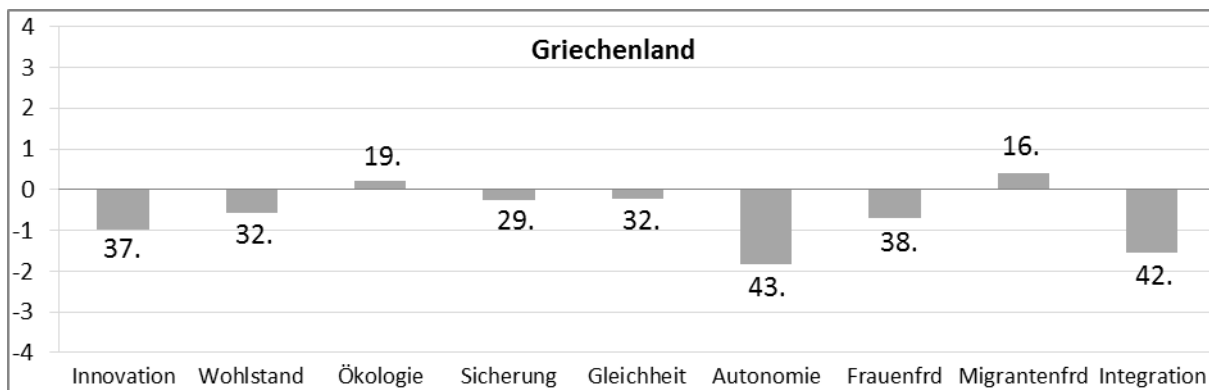
Die staatliche Verwaltung und die Wirtschaft sind sehr ineffizient, u.a. weil Ämter und Positionen häufig politisch vergeben werden. Im Härtestest der Finanzkrise stellte sich 2009 heraus, dass der griechische Staat viel höher verschuldet war, als frühere offizielle Berichte glauben machten. Die Hauptursachen der hohen Defizite lagen gemäß IMF in dem zu hohen Anstieg der Löhne und insbesondere der Renten im Kontext der Eurozone. Die Steuerbehörde ist ein weiteres Problem. Viele Wohlhabende können sich der Besteuerung entziehen.

Nur mit internationaler Finanzhilfe konnte Griechenland vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Im September 2017 konnte die EU schließlich ihr Defizitverfahren gegen Griechenland wegen seiner verbesserten Finanzlage einstellen.

Das Performanzprofil Griechenlands

Griechenland gehört bei den öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten jeweils zum letzten Drittel. Dementsprechend rangiert Griechenland auch bei der Innovationsfähigkeit insgesamt im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. U.a. wegen der Tourismusbranche fällt der durchschnittliche Wohlstand etwas besser aus, aber auch im durchschnittlichen Lebensstandard gehört Griechenland zum letzten Drittel. – Griechenland verzichtet auf die Risikotechnologie Kernkraft und gehört bei den Umweltbelastungen noch zum besten Drittel der Länder. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Griechenland im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit steht Griechenland damit im vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 6-10: Das Performanzprofil Griechenlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Sozialausgaben für den Risikofall liegt Griechenland im ersten Drittel, aber das soziale Sicherungssystem ist so wenig effektiv, dass Griechenland mit seiner Armutsquote zum letzten Drittel gehört. Bei den gesamten Bildungsausgaben rangiert Griechenland im letzten Drittel. Dementsprechend gehört Griechenland mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA ebenfalls zum letzten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt gehört Griechenland damit auch zum letzten Drittel. Mit seinen geringen gesamten Bildungsausgaben erreicht Griechenland nur einen unterdurchschnittlichen Anteil an tertiären Abschlüssen und gehört bei der durchschnittlichen Lesekompetenz sowie beim Anteil der Spitzenleser gemäß PISA jeweils zum letzten Drittel. Auch bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehört Griechenland zum letzten Drittel der betrachteten Länder. Wenn man noch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, welche von allen Ländern am geringsten ausfällt, dann rangiert Griechenland beim Gesamtindex der Autonomie ganz am Schluss der betrachteten 43 Länder.

Aufgrund der Prägung durch die orthodoxe Kirche weist Griechenland sehr traditionelle Geschlechterrollen auf. Beim Studentinnenanteil und beim Einkommensquotienten zählt Griechenland jeweils zum letzten Drittel, beim Erwerbsquotienten zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Griechenland damit auch zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei der Migrantenfreundlichkeit schneidet Griechenland besser ab. Bei der Offenheit für Migranten steht Griechenland im ersten Drittel, seitdem die neue Regierung die Einbürgerung in 2015 erleichtert hat. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Griechenland jeweils im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört Griechenland damit auch zum vorderen Mittelfeld der betrachteten Länder.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört Griechenland aufgrund der traditionellen Geschlechterrollen zu den letzten Fünf, dies gilt auch für die Integration in den Arbeitsmarkt und für die ökonomische Integration insgesamt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Griechenland unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert Griechenland damit auf dem vorletzten Platz der betrachteten 43 Länder.

Zypern

Typ und Entwicklungstrend

Als frühere britische Kolonie wurde Zypern 1960 unabhängig. Nach missglücktem griechischem Militärputsch 1974 intervenierte die Türkei, worauf es zu einer Teilung in einen griechischen südlichen Teil und einen türkischen nördlichen Teil kam. Die Republik Zypern (d.h. der griechische Teil) trat 2004 der EU bei. Aus dieser komplizierten Vorgeschichte erklären sich ein Teil der Besonderheiten der Institutionen.

Wie in Griechenland sind in der Republik Zypern die Sozialversicherungen beitragsgebunden und Status-konservierend. Die Betreuung und Pflege wird den Frauen in den Familien zugedacht, die Geschlechterrollen sind noch sehr traditionell.

Das Bildungssystem weist eine späte primäre Selektion und einen nennenswerten Anteil an Privatschulen auf.

Die Präsidentialrepublik wurde ab 2008 von einem gemäßigten kommunistischen Präsidenten geführt, der im Dezember 2011 Zypern mit einem russischen Kredit zunächst vor den Auflagen des europäischen Rettungsschirms bewahrte. Im Juni 2012 musste Zypern aber einen Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der EU und dem IMF stellen. Im Februar 2013 gewann der konservative Kandidat Nicos Anastasiades die Präsidentschaftswahl. Im April 2013 gewährten Eurogruppe und IMF einen Kredit über 10 Milliarden Euro mit der Auflage eines umfassenden Konsolidierungsprogramms. Ende März 2016 konnte Zypern das Hilfsprogramm erfolgreich beenden.

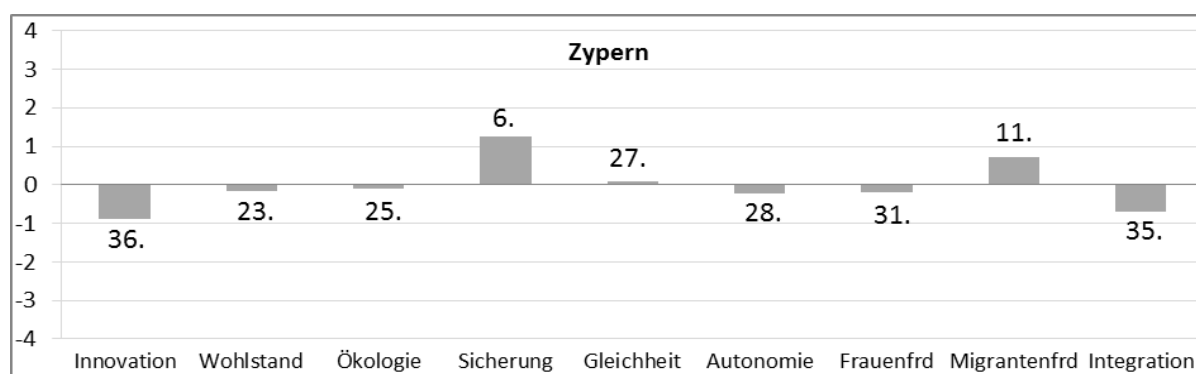
Hinter die ungelöste nationale Frage müssen andere politische und gesellschaftliche Diskussionen – insbesondere zum Wohlfahrtssystem – nur allzu häufig zurücktreten. Da Zypern seit 2011 zu den ökonomischen Krisenstaaten Südeuropas gehört, ist in nächster Zeit kein Ausbau des Sozialstaates zu erwarten. Die familistische Wohlfahrtslogik dürfte dominierend bleiben.

Das Performanzprofil Zyperns

Zypern gehört bei den privaten und bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung rangiert Zypern am

Ende des Mittelfelds. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit zählt Zypern damit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. U.a. wegen des Geschäftsmodells der „Steuroase“ und der Tourismusbranche schneidet Zypern beim durchschnittlichen Wohlstand besser ab, dabei liegt Zypern etwa im internationalen Durchschnitt. Als Kehrseite des Wohlstands liegen die Umweltbelastungen Zyperns auch etwa im internationalen Durchschnitt. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Zypern ebenfalls etwa im internationalen Durchschnitt. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 6-11: Das Performanzprofil Zyperns



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegt Zypern im vorderen Mittelfeld. Bei der Einkommensarmutsgefährdung gehört Zypern dann zum ersten Drittel. Aber u.a. wegen des Programms „Land für Staatsbürgerschaft“ für reiche Antragsteller insbesondere aus Russland und China rangiert die hohe Einkommensungleichheit Zyperns im letzten Drittel der Länder. Gemäß dem Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA liegt Zypern ebenfalls im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen gehört Zypern dann auch zum letzten Drittel der Länder. Beim Anteil der Bildungsausgaben am BIP liegt Zypern andererseits mit vorn. Der Anteil tertiärer Abschlüsse gehört zum ersten Drittel, aber bei der Evaluation der Lesekompetenz gemäß PISA rangiert Zypern nur im letzten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Zypern damit noch etwa im internationalen Durchschnitt. Wenn man aber die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann rangiert Zypern beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie am Ende des Mittelfeldes der betrachteten 43 Länder.

Die Prägung durch die orthodoxe Konfession unterstützt die Verbreitung traditioneller Geschlechterrollen. Bei der Vertretung der Frauen im Parlament gehört Zypern zu den letzten Fünf. Beim Studentinnenanteil schneidet Zypern

besser ab, aber beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten rangiert Zypern im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Zypern damit zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Migrantenfremdlichkeit schneidet Zypern gut ab, wohl u.a. deshalb, weil es viele Migranten aus Griechenland gibt. Bei der Aufnahme von Migranten erreicht Zypern Platz 7, bei den Einbürgerungen liegt es etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört Zypern jeweils zu den ersten Zehn. Damit erreicht Zypern beim Gesamtindex der Migrantenfremdlichkeit Platz 11 unter den betrachteten 43 Ländern.

Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Zypern über dem internationalen Durchschnitt. Aber bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke rangiert Zypern unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Zypern dann auch zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Malta

Typ und Entwicklungstrend

Durch den Einfluss der katholischen Kirche dominiert in Malta das Leitbild des „male-breadwinner model“. Betreuung und Pflege sind den Frauen in den Familien zugeordnet. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Malta zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Änderungen sind am ehesten von dem EU-Kontext zu erwarten. Bei der Frauenerwerbstätigkeit ist Malta Drittlletzter der betrachteten 43 Länder.

Als ehemalige britische Kolonie gibt es im Schulsystem neben einem Anteil von Schulen in katholischer Trägerschaft auch einen Anteil in privater Trägerschaft, wobei diese beiden Schultypen insgesamt von ca. einem Drittel der Schüler besucht werden. Der Fokus der sozialen Sicherung liegt in Malta eindeutig auf vorsorgenden Investitionen in Bildung statt auf nachsorgenden Sozialausgaben.

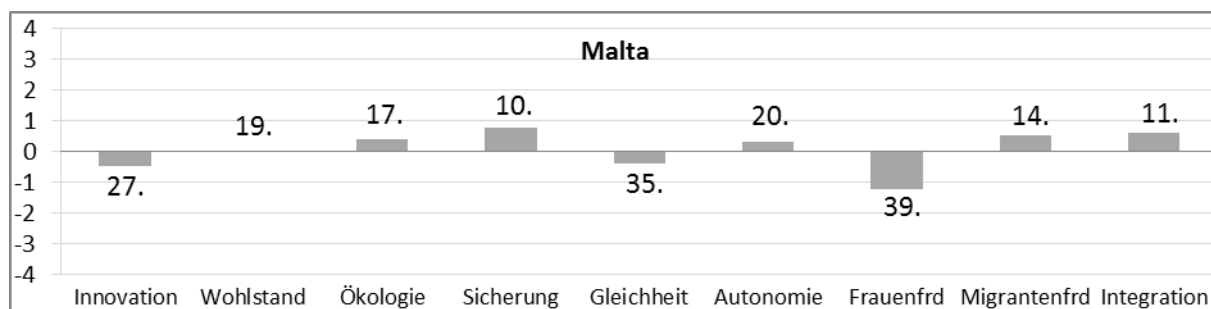
Insgesamt ist das katholische Malta also tendenziell eine familistische Gesellschaft des Südens, die in Kontinuität zum britischen Einfluss auch einige wirtschaftsliberale Komponenten aufweist.

Nach den Parlamentswahlen im März 2013 übernahm die Malta Labour Party unter Premierminister Joseph Muscat die Regierung, die vor allem neue Arbeitsplätze schaffen wollte. Wegen Korruptionsvorwürfen setzte Premierminister Muscat für Juni 2017 vorgezogene Parlamentswahlen an, die er mit Hinweis auf das hohe Wirtschaftswachstum und die niedrige Arbeitslosenquote Maltas gewann.

Das Performanzprofil Maltas

Malta gehört bei Investitionen in Forschung und Entwicklung zum letzten Drittel und bei der Verbreitung der Internetnutzung als Output zum unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Malta dann auch im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder. Beim durchschnittlichen Wohlstand schneidet Malta u.a. wegen der Tourismusbranche besser ab und liegt etwas über dem internationalen Durchschnitt. Bei den Umweltbelastungen Maltas gehört Malta zum oberen Mittelfeld, es verzichtet z.B. auf die Kernkraft-technologie und hat nicht so hohe CO₂-Emissionen. Allerdings wird andererseits wenig erneuerbare Energie verwendet. Die verwendete Energie wird aber effizient eingesetzt. Damit liegt Malta beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit im oberen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 6-12: Das Performanzprofil Maltas



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert Malta am Anfang des letzten Drittels. Wegen der starken Gewerkschaften liegen die Einkommensarmutsgefährdung und die Einkommensungleichheit aber insgesamt im oberen Mittelfeld. Beim Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP liegt Malta mit vorn. Die Bildungschancen sind aber sehr ungleich verteilt, es gibt einen sehr hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen rangiert Malta damit unter den letzten Zehn. Bei der Lesekompetenz gemäß PISA rangiert Malta insgesamt am Anfang des letzten Drittels. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt es am Ende des Mittelfelds. Wenn man noch die überdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Malta beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie etwa im internationalen Durchschnitt.

Aufgrund der Prägung durch die katholische Kirche weist Malta sehr traditionelle Geschlechterrollen auf. Bei der Repräsentation von Frauen im Parlament, beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten rangiert

Malta jeweils unter den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Malta dann auch zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Bei der Aufnahme von Migranten und bei den Einbürgerungen liegt Malta jeweils etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem liegt Malta ganz vorn und bei der Partizipation auf den Arbeitsmarkt im ersten Drittel. Damit erreicht Malta beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit Platz 14 unter den betrachteten 43 Ländern.

Wegen des hohen Wirtschaftswachstums hat Malta sich bei der ökonomischen Integration verbessert und liegt jetzt über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in persönliche Unterstützungsnetzwerke und bei der Integration in der Zivilgesellschaft zählt Malta jeweils zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration erreicht Malta damit Platz 11 unter den betrachteten 43 Ländern.

6.3 Performanz der familistischen Länder Südeuropas

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der familistischen Länder Südeuropas (vgl. Tabelle 6-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

In den familistischen südeuropäischen Ländern dominieren eher traditionelle Leitvorstellungen. Entsprechend ist die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eher gering. U.a. aufgrund der Touristikbranche ist dann der Wohlstand etwas höher, als die Innovationsfähigkeit erwarten ließe. Als Kehrseite des niedrigen Wohlstandes sind die Umweltbelastungen eher gering, die Entlastungsbemühungen für die ökologische Nachhaltigkeit allerdings auch. Die sozialen Sicherungssysteme des europäischen Südens sind eher residual, der Familie wird die Aufgabe der Betreuungsarbeit zugedacht, aber Familien werden gleichzeitig vom Staat besonders wenig unterstützt. Der Begriff „familistisch“ ist also ein Euphemismus, die sehr geringen Geburtenraten sind ein Hinweis auf die Überforderung der Frauen in den Familien, denen viele Aufgaben zugedacht werden, ohne dass sie unterstützt werden. Die Schwäche der Verwaltungen beeinträchtigt auch die nachsorgenden Sicherungssysteme. Die vorsorgenden Bildungssysteme sind ebenfalls relativ schwach ausgebaut, sodass die Chancengleichheit eher gering und die Armutsquoten sowie Einkommensungleichheit eher hoch sind. Aufgrund der Prägung durch die katholische bzw. orthodoxe Kirche sind die Geschlechterrollen traditionell und die Frauenfreundlichkeit gering. Wegen der traditionellen Geschlechterrollen ist die Integration in das Beschäftigungssystem überwiegend vergleichsweise schwach. Die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt auch nicht gut, wobei wegen des starken Schutzes der „Insider“ die Jugendarbeitslosigkeit überproportional hoch ist und wiederum zum Teil von den Familien aufgefangen werden

muss. Die schönen Urlaubsländer des europäischen Südens ließen sich also gesellschaftspolitisch noch deutlich besser gestalten.

Tabelle 6-1: Performanzprofile der Länder des familistischen Wohlfahrtstyps

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Griechenland	-0,97	-0,58	0,21	-0,25	-0,21	-1,84	-0,68	0,40	-1,56
	37	32	19	29	32	43	38	16	42
Italien	-0,60	-0,04	1,09	-0,03	-0,11	-1,21	-0,28	0,03	-0,16
	30	22	8	21	31	36	33	23	25
Malta	-0,47	0,05	0,42	0,79	-0,41	0,30	-1,21	0,53	0,60
	27	19	17	10	35	20	39	14	11
Portugal	-0,62	-0,49	1,12	0,27	-0,03	0,06	0,58	1,01	-0,38
	32	29	7	17	30	24	8	6	29
Spanien	-0,41	-0,04	0,52	0,35	-0,42	-0,08	0,51	0,05	-0,39
	24	21	14	16	36	25	10	22	31
Zypern	-0,87	-0,15	-0,10	1,26	0,08	-0,23	-0,18	0,72	-0,70
	36	23	25	6	27	28	31	11	35

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Innovationsfähigkeit liegen Spanien und Malta im unteren Mittelfeld, die übrigen familistischen Länder rangieren im letzten Drittel, Griechenland und Zypern gehören sogar zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Beim Wohlstand platzieren sich Malta, Spanien, Italien und Zypern etwa im internationalen Durchschnitt, Portugal rangiert im unteren Mittelfeld und Griechenland im letzten Drittel. Wegen des Tourismus ist der Wohlstand in allen Ländern Südeuropas höher, als gemäß der Innovationsfähigkeit zu erwarten.

Bis auf Spanien verzichten alle familistischen Länder Südeuropas auf die Risikotechnologie Kernkraft. Beim Belastungsniveau liegen alle familistischen Länder besser als der internationale Durchschnitt oder im Durchschnitt, wobei Portugal die geringsten Belastungen aufweist (Platz 11). Bei den Entlastungsbemühungen setzen Malta und Zypern viel zu wenig auf erneuerbare Energien. Aber bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegen alle familistischen Länder besser als der internationale Durchschnitt oder etwa im Durchschnitt. Italien (mit einem relativ hohen Anteil ökologischer Landwirtschaft) und Portugal (mit einer starken Verwendung erneuerbarer Energien) schneiden bei

den gesamten Entlastungsbemühungen am besten ab (Plätze 7 und 8). Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Zypern etwas unter dem internationalen Durchschnitt, aber die übrigen Länder Südeuropas liegen alle über dem internationalen Durchschnitt, wobei Portugal am besten abschneidet (Platz 7).

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates gehören Italien, Spanien, Portugal und Griechenland zum ersten Drittel, die Mittel werden allerdings überproportional für Renten verwendet. Bei den vorsorgenden Bildungsausgaben rangieren Italien und Griechenland unter den letzten Zehn, Spanien und Portugal liegen im unteren Mittelfeld. Italien, Spanien, Portugal und Griechenland setzten ihre Priorität ganz eindeutig auf die Nachsorge, bei der Nachsorge durch den Sozialstaat stehen sie um mindestens 16 Rangplätze besser als bei der Vorsorge durch Bildungsinvestitionen. Malta und Zypern dagegen setzen eher auf Finanzdienstleistungen und Investitionen in Bildung. Die Prioritätensetzung in Malta und Zypern ist also bei der sozialen Sicherung ähnlich zu den wirtschaftsliberalen angelsächsischen Ländern.

Die Sozialversicherungen sind aber so wenig effektiv, dass Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern bei der Einkommensungleichheit im unteren Mittelfeld rangieren. Bei der Einkommensarmut gehören Spanien und Griechenland zum letzten Drittel. Bei der Bildungsarmut rangieren Italien, Spanien, Zypern und Malta im letzten Drittel. In der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen liegen fünf der südeuropäischen Länder im letzten Drittel, Zypern im unteren Mittelfeld. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie (insbesondere durch die Bildungssysteme) rangieren alle südeuropäischen Länder im unteren Mittelfeld oder im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegen Spanien und Portugal im ersten Drittel, Zypern und Malta aber gehören zu den letzten Zehn. Bei der Frauenerwerbstätigkeit rangieren Italien, Malta und Griechenland unter den letzten Zehn, das arme Portugal hat eine deutlich höhere Frauenerwerbstätigkeit. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit zählen Griechenland und Malta zu den letzten Sechs der betrachteten 43 Länder. Italien und Zypern rangieren im letzten Drittel. Portugal und Spanien dagegen gehören beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Offenheit für Migranten gehören Portugal und Griechenland zum ersten Drittel. Bei der Teilhabe der aufgenommenen Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen die Länder Südeuropas alle mindestens im internationalen Durchschnitt. Im Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit erreicht Portugal den guten sechsten Platz. Zypern ist insofern ein Sonderfall, als viele der Migranten aus Griechenland stammen und die Integrationsprobleme deshalb geringer sind. Daher zählt Zypern bei der Migrantenfreundlichkeit

insgesamt zum ersten Drittel. Alle Länder Südeuropas liegen beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit mindestens im internationalen Durchschnitt.

Bei der ökonomischen Integration rangieren Griechenland, Spanien, Italien, Zypern und Portugal unter den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder, nur Malta liegt mit seiner geringen realen Unternehmensbesteuerung über dem internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft liegen die südeuropäischen Länder mindestens etwa im internationalen Durchschnitt, nur Griechenland rangiert im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Malta zum ersten Drittel, Italien und Portugal rangieren im unteren Mittelfeld sowie Spanien im letzten Drittel. Zypern gehört bei der sozialen Integration insgesamt zu den letzten Zehn und Griechenland ist Vorletzter (nur noch gefolgt von Indien). In Südeuropa hat also Griechenland nach der Weltfinanzkrise und der Eurokrise die größten Integrationsprobleme.

7. Die Ausdifferenzierung des postsozialistischen Wohlfahrtsregimes Osteuropas

7.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der postsozialistischen Länder

Die größte Gemeinsamkeit der osteuropäischen Länder besteht darin, dass sie alle vor 1989/90 staatssozialistische Gesellschaften waren. Doch selbst in dieser Gemeinsamkeit sind graduelle Unterschiede zu verzeichnen.

Die Entwicklungen der 1920er Jahre in der Sowjetunion und nach dem Zweiten Weltkrieg in den übrigen ost- und mittelosteuropäischen Staaten in Richtung Staatssozialismus gingen einher mit der Herausbildung eines Wohlfahrtsystems, das sich in seinen Grundzügen von den Systemen westlicher Gesellschaften unterschied (vgl. Zimmermann 2001). Das staatssozialistische oder auch „staatspaternalistisch“ genannte Wohlfahrtsregime hatte den Anspruch, die materielle Sicherung und eine allumfassende Versorgung für seine Bürger zu garantieren.

Das staatssozialistische Wohlfahrtssystem stützte sich in seinen Grundzügen auf drei Säulen – erstens die Umsetzung eines „Rechts auf Arbeit“, meistens in Verbindung mit Vollbeschäftigung, zweitens eine darauf aufbauende weit verzweigte staatliche Sozialversicherung mit einer Vielzahl von Unterstützungsprogrammen sowie drittens informellen staatlich gelenkten wirtschaftlichen Maßnahmen (u.a. ein sehr detailliert entwickeltes Preissubventionssystem). Grundsätzlich galt, dass soziale Leistungen nicht an den Bürgerstatus, sondern an den Status einer (meist Voll-)Beschäftigung geknüpft waren – neben dem Recht auf Arbeit bestand eine Pflicht zur Arbeit, die auch in den jeweiligen Verfassungen verankert war.

Das in den Verfassungen der jeweiligen Länder niedergelegte Recht auf Arbeit, verbunden mit einer – ebenfalls fixierten – „Pflicht zur Arbeit“ bildete das Fundament des staatssozialistischen Wohlfahrtssystems und garantierte ein

regelmäßiges Einkommen. Offene Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Risiken, z.B. die Frage nach der Existenzsicherung, spielten keine Rolle. Folge dieser Besonderheiten des sozialistischen Systems waren deutlich höhere Erwerbsquoten als in den westlichen Industriestaaten und eine weit verbreitete Erwerbstätigkeit von Frauen.

In Verbindung mit der Beschäftigung großer Teile der Bevölkerung spielten die Betriebe eine besondere Rolle bei der sozialen Absicherung ihrer Arbeiter und Angestellten. Ihnen kamen neben allgemeinen staatlichen Funktionen wie der kostenlosen Gesundheitsfürsorge, der Altersversorgung, dem Bildungswesen und dem Wohnungsbau weitere wichtige sozialpolitische Funktionen zu: Zusätzlich zur bereits genannten garantierten Arbeitsplatzsicherheit waren die Betriebe für Maßnahmen des Arbeitsschutzes, für verschiedene Lohnersatzleistungen, aber auch die gesonderte Bereitstellung von Wohnungen sowie die Unterhaltung von Kinder- oder Erholungseinrichtungen verantwortlich (vgl. Götting 1998, S. 70 f.). Betrachtet man die Vielzahl dieser betrieblichen Sozialleistungen, wird eine weitere Besonderheit des sozialistischen Wohlfahrtsystems deutlich, der überwiegende Teil der Unterstützungen war mit dem Beschäftigungsstatus verknüpft, die Staatsbürgerschaft allein reichte nicht aus.

Das Preissubventionssystem diente als weiteres sozialpolitisches Instrument. Die Subventionierung der Güter des täglichen Bedarfs (v.a. Grundnahrungsmittel, Medikamente, Energie, Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel) stellte sicher, dass auch die Haushalte mit niedrigen Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. „Luxusgüter“ hingegen wurden hoch besteuert und waren so für viele unerschwinglich.

Götting (1998) stellt das „staatspaternalistische Wohlfahrtsregime“ den drei von Esping-Andersen (1990) entwickelten Regimetypen gegenüber und kommt wie andere Autoren (z.B. Ferge 1992) zu dem Schluss, dass sich das Muster der sozialen Sicherung in den mittel- und osteuropäischen Ländern keinem der drei Regimetypen zuordnen lässt. Sie schlägt deshalb vor, den Wohlfahrtstypus der mittel- und osteuropäischen Staaten als eigenständig zu betrachten und die Typologie von Esping-Andersen um diesen vierten Typ zu erweitern, der gekennzeichnet ist durch (1) die Einlagerung sozialpolitischer Funktionen direkt in das Beschäftigungssystem, was zu einer fast vollständigen Suspendierung des Marktmechanismus führt; (2) die autoritäre Beschränkung der sozialen Sicherung auf die „Werkstätigen“; (3) der allumfassende Versorgungsanspruch des Staates (vgl. Götting 1998, S. 83).

Einige Ähnlichkeiten des staatssozialistischen zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime fallen ins Auge: die Werte bzw. Ideale bezüglich der Arbeit – Solidarität, Gleichheit durch Umverteilung – spielen in beiden Regimen eine gewichtige Rolle. Als Leitbild für die Geschlechterrollen dient das „dual-earner model“, obgleich vermutlich eher die relativ niedrigen Löhne und der Wunsch, durch doppeltes Einkommen den Lebensstandard zu erhöhen, die wichtigsten

Beweggründe für die Beschäftigten waren. Die fast durchgängig heute noch in den untersuchten osteuropäischen Ländern festzustellende hohe Frauenerwerbstätigkeit ist auf diese Entwicklungen zurückzuführen. Dominierend bezüglich der sozialen Sicherheit war der (Wohlfahrts)Staat, der Umfang der sozialen Leistungen war, sofern man beschäftigt war, umfassend. Bei der Finanzierung der Leistungen allerdings wurde nicht nur auf den Wohlfahrtsstaat zurückgegriffen, sondern auch auf gezahlte Beiträge in die Sozialversicherungen, so dass man hier auch einige Züge des berufsständischen Idealtyps findet. Bedürftigkeit und Beitragszahlung berechtigten zur Inanspruchnahme von Leistungen.

Ähnlichkeiten zum familistischen Idealtyp finden sich durch die staatliche Koordination der Wirtschaft sowie die Fürsorge durch die Familie (nicht aber durch die Kirche, wobei das katholische Polen eine Ausnahme bildet).

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit 1985 in der UdSSR und seit 1989 auch in den übrigen Staaten erfassten neben der Wirtschaft auch die bestehenden sozialpolitischen Strukturen. Die Anpassung der Institutionen an neue Aufgaben und Anforderungen war unumgänglich, oberste Priorität hatten die Veränderungen der juristischen und der wirtschaftlichen Gegebenheiten, nicht jedoch die Transformation des Sozialsystems. Man ging davon aus, dass das neue Wirtschaftssystem ein funktionierendes Sozialversicherungssystem übernehmen könne (vgl. Wagener 2001, S. 7).

Die Grundprobleme nach dem Zusammenbruch bestanden jedoch darin, dass das bestehende System mit neuen, bisher unbekanntem Risiken wie Arbeitslosigkeit sowie Armut konfrontiert wurde und dass eine Neuorientierung des sozialen Schutzes erfolgen musste, die auf die Unterstützung der Bedürftigen ausgerichtet war. Dazu war es erforderlich, Finanzierung, Organisation und Management den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die wichtigsten Reformpunkte waren – auch das eine Gemeinsamkeit – (1) die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, (2) die Reform des bestehenden Pensionssystems, (3) die Gewährleistung von Unterstützungen für Familien, (4) die Festlegung eines Existenzminimums sowie (5) die Umstrukturierung des Gesundheitswesens (vgl. Götting 1993, S. 2).

Im Folgenden soll versucht werden, die Gruppe der postsozialistischen Länder Osteuropas entsprechend den dominierenden Wohlfahrtslogiken in Untergruppen zu unterteilen und die Besonderheiten der jeweiligen Länderteilgruppe herauszustellen.

Slowenien

Slowenien rückte im Laufe der Entwicklungen der vergangenen Jahre eher in die Richtung eines universalistischen Wohlfahrtsregimes. Die Entwicklung im Land war gekennzeichnet durch eine Beibehaltung des sozialen Zusammenhalts sowie durch Reformen, die im Konsens der wichtigsten politischen Kräfte und in tripartistischer Koordination im Land eingeleitet und umgesetzt wurden. Das

großzügige Wohlfahrtssystem wird im Wesentlichen durch den Staat reguliert, alle haben einen gleichberechtigten Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In dieser Kombination steht Slowenien allein in der postsozialistischen Ländergruppe, durch die aktuelle Bankenkrise ist allerdings auch Slowenien unter Druck geraten.

Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen

Die Wohlfahrtssysteme in diesen Ländern tendieren eher in Richtung Wirtschaftsliberalismus, in einzelnen Bereichen sind aber auch sozialdemokratische und korporatistische Elemente in der Wohlfahrtslogik zu beobachten. Obwohl die Leistungen des Sozialstaates im Vergleich zu sozialistischen Zeiten erheblich reduziert wurden, ist das Ausmaß an sozialen Unterstützungsleistungen im Vergleich zu „reinen“ wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimen sehr umfassend. Ein Großteil der Sozialleistungen wird über Steuern finanziert. Gemessen an den ökonomischen Indikatoren sind diese Länder eher einem wirtschaftsliberalen „Lager“ zuzuordnen. Kennzeichnend für diese Ländergruppe sind häufig wechselnde Regierungen, die unterschiedlichen politischen Lagern angehör(t)en. Dadurch und auch bedingt durch das Fehlen einer gemeinsamen Strategie ist es auch in der Sozialpolitik schwierig, eine einheitliche Entwicklungsrichtung festzustellen.

Im Vergleich zu den eher wirtschaftsliberalen baltischen Staaten bieten die Länder der Visegrád-Gruppe (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen) ihren Bewohnern mehr sozialen Schutz und ein besser ausgebautes Wohlfahrtssystem.

Estland, Lettland, Litauen

Die baltischen Staaten tendieren deutlicher als die Visegrád-Gruppe in Richtung Wirtschaftsliberalismus. Gleichzeitig sind diese Länder aber Beispiele für das Nebeneinander von Elementen im sozialen Sicherungssystem, die sich in ihrer Ausgestaltung verschiedenen Wohlfahrtslogiken zuordnen lassen.

Betrachtet man die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, ist diese eindeutig einer liberalen Richtung zuzuordnen. Die liberalen Marktstrukturen gehen einher mit einem reduzierten Wohlfahrtsstaat, der aber im Vergleich z.B. zu den USA oder Großbritannien in einzelnen Bereichen fast noch sozialdemokratische Züge aufweist. Das ist im Wesentlichen auf die Übernahme von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen aus der sozialistischen Vergangenheit zurückzuführen, aber auch auf die Orientierung an den sozialdemokratischen skandinavischen Nachbarländern.

Bulgarien, Rumänien

Bulgarien und Rumänien weisen einen niedrigeren ökonomischen Entwicklungsstand, gemessen am BIP pro Kopf, auf als die übrigen EU-Mitglieder aus

Mittel- und Osteuropa. Die damit zusammenhängenden Bedingungen sind auch die wichtigste Ursache, weshalb Bulgarien und Rumänien Nachzügler bezüglich der Mitgliedschaft in der EU sind. Die späten Reformen in diesen beiden Ländern fanden durch den EU-Beitritt stärkere Unterstützung.

Kroatien, Serbien

Kroatien und Serbien sind durch die postjugoslawischen Nachfolgekriege in der sozioökonomischen Entwicklung stark zurückgeworfen worden. Die EU-Mitgliedschaft Kroatiens seit Juli 2013 unterstützt den wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess. Auch Serbien wird bereits seit 2007 durch Heranführungshilfen und seit Januar 2014 im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen durch die EU im sozioökonomischen Entwicklungsprozess unterstützt.

Russland

Russland wird außerhalb der dreigliedrigen Typisierung von Esping-Andersen eher einem staatskapitalistischen Wohlfahrtstyp zugeordnet – einer Mischung aus kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Resten eines sozialistischen Wohlfahrtssystems, das aber immer rudimentärer wird. All dies befindet sich immer noch im Umbruch – es ist aber zu erwarten, dass sich das Wohlfahrtsregime eher in die derzeitige Richtung weiterentwickeln wird. Charakteristika dieses staatskapitalistischen Regimetyps sind eine eher liberale Wirtschaftspolitik, bei der aber gleichzeitig der Staat versucht, seine dominierende Rolle zu erhalten bzw. zu festigen.

Im Folgenden werden die zunächst nur überblicksartig dargestellten Länder ausführlich charakterisiert.

7.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern

Slowenien

Typ und Entwicklungstrend

Seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991 beschriftet die Republik Slowenien einen eigenständigen Entwicklungsweg, so dass es heute als eines der erfolgreichsten postsozialistischen Staaten in der Europäischen Union eingeschätzt wird (vgl. Buchen 2007, S. 65 ff.).

Der Wohlfahrtsstaat beruht zu großen Teilen noch auf dem gemeinsamen Entwicklungspfad von Jugoslawien mit den entsprechenden Grundprinzipien. So wird das Sozialsystem aus Beiträgen finanziert und ist damit einkommensabhängig. Daneben existieren jedoch viele Leistungsarten, die allen gleichermaßen zugesichert werden, sowie das Konzept einer universalistischen und damit allen zugänglichen Grundversorgung. Um den Staatshaushalt nach der Weltfinanz-

und Bankenkrise zu entlasten, wird in den letzten Jahren mit Reformen in unterschiedlichen Bereichen der sozialen Sicherung vermehrt das Subsidiaritätsprinzip betont. Deshalb kommt der Familie eine wichtige Rolle bei der allgemeinen Absicherung zu (vgl. Kolarič/Kopač/Rakar 2008, S. 569 ff.).

Formal sind Frauen gleichgestellt, jedoch herrscht in der slowenischen Gesellschaft immer noch eine patriarchalische Rollenaufteilung, wobei den Frauen die Aufgaben des Haushalts und der Erziehung zugedacht werden.

Obwohl Slowenien der EU zugeneigt ist, liegt der politische Fokus auf der Innenpolitik. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben zentrale Mitwirkungsmöglichkeiten. Im europäischen Angleichungsprozess kann Slowenien auf vielen Gebieten mit dem EU-Durchschnitt mithalten oder ihn sogar übertreffen wie beispielsweise bei der geringen Einkommensungleichheit und -armut.

Die Verschuldung der Banken führte aber in der Weltfinanzkrise zu einer steigenden Staatsverschuldung, welche die Mitte-Rechts Regierung (seit Januar 2012) mit Sparprogrammen zu reduzieren suchte. Als Reaktion auf die beiden ökonomischen Krisen wurden Einsparungen bei den Renten und bei den Familien vorgenommen. Wegen dieser unpopulären Sparprogramme wechselte die Regierung im März 2013 nach Mitte-Links und nach den Wahlen im Juli 2014 zu einer neuen Mitte-Links-Regierung unter dem Juraprofessor Miro Cerar.

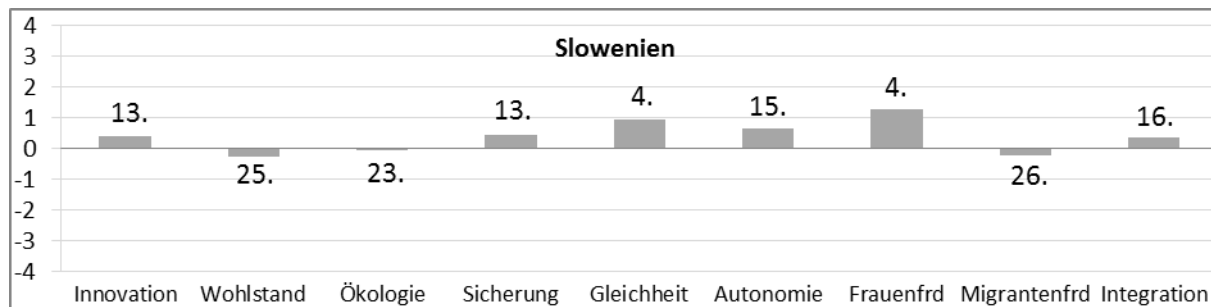
Das Performanzprofil Sloweniens

Slowenien liegt bei den öffentlichen und bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie beim Input insgesamt jeweils im ersten Drittel der betrachteten 43 Länder, beim Output etwa in Form von Patenten allerdings nur im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit gehört Slowenien damit zum ersten Drittel. Als Folge der Bankenkrise liegt der durchschnittliche Wohlstand Sloweniens aktuell nur im internationalen Durchschnitt. Die Umweltbelastungen rangieren insbesondere wegen der Ausrichtung auf die Risikotechnologie Kernkraft etwa im unteren Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Slowenien andererseits u.a. wegen des Anteils an regenerativer Energie noch zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Slowenien damit im internationalen Durchschnitt.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Slowenien im ersten Drittel und erreicht damit, dass die niedrige Armutsquote zum ersten Drittel gehört und die geringe Einkommensungleichheit sogar an zweiter Stelle unter den betrachteten 43 Ländern steht, ein Hinweis auf die relativ solidarische Ausrichtung der Entlohnungsstruktur. Bei den gesamten Bildungsausgaben gehört Slowenien auch zum ersten Drittel und erreicht damit einen sehr geringen Anteil früher Schulabgänger sowie einen geringen Anteil an Risikolesern. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und

Einkommen insgesamt erreicht Slowenien damit den guten vierten Platz. Die Evaluationen der PISA-Untersuchungen zeigen, dass sich das slowenische Bildungssystem verbessert hat. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gehört Slowenien nun zum ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie liegt Slowenien dann im vorderen Mittelfeld. Die subjektive Einschätzung der Wahlmöglichkeiten durch die Bevölkerung gehört zum besten Drittel. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie.

Abbildung 7-13: Das Performanzprofil Sloweniens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Slowenien ist mehrheitlich katholisch. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Frauenerwerbsquotienten liegt es aber trotzdem jeweils unter den ersten Zehn. Beim Studentinnenanteil und beim Fraueneinkommensquotienten gehört Slowenien sogar jeweils zu den besten Fünf, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Bei der Offenheit für Migranten liegt Slowenien im unteren Mittelfeld, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt Slowenien damit im unteren Mittelfeld.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt liegt Slowenien etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert Slowenien etwa im unteren Mittelfeld. Bei den persönlichen Unterstützungsnetzwerken im Fall von Krankheit oder Depression, d. h. auf der Mikroebene der sozialen Integration, schneidet Slowenien am besten ab von allen betrachteten 43 Ländern. Insgesamt liegt Slowenien damit beim Gesamtindex der sozialen Integration im vorderen Mittelfeld.

Tschechien

Typ und Entwicklungstrend

Tschechien knüpft in der Wohlfahrtslogik an die konservative Bismarck'sche Tradition der Vorkriegsphase an. In der Familienpolitik z.B. lassen sich z.T. auch heute noch konservative Elemente erkennen. Tschechien ist zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen Modell anzusiedeln. Als kommunistisches Erbe hat es Erwartungshaltungen vieler Menschen an einen funktionierenden Sozialstaat übernommen, was sich in dem Schutz der Arbeitnehmerrechte und einer starken Rolle der Gewerkschaften widerspiegelt. Die Vertreter des Wirtschaftsliberalismus verfolgen seit dem Systemwandel einen Kurs hin zu einer stärkeren Öffnung des Marktes, zu mehr Privatisierung und zum Aufbrechen der alten Monopolstellung des Staates. Deren Bemühungen haben, insbesondere im Rahmen der Aufnahme in die Europäische Union, zu einer Entwicklung hin zu einem „europäischen Kapitalismus“ geführt. Insgesamt wird stetig versucht, eine Brücke zwischen (effizientem) Sozialstaat und Wirtschaftsliberalisierung zu schlagen. Es gibt eine leichte Tendenz vom universalistischen Erbe hin zur wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik.

Das Performanzprofil Tschechiens

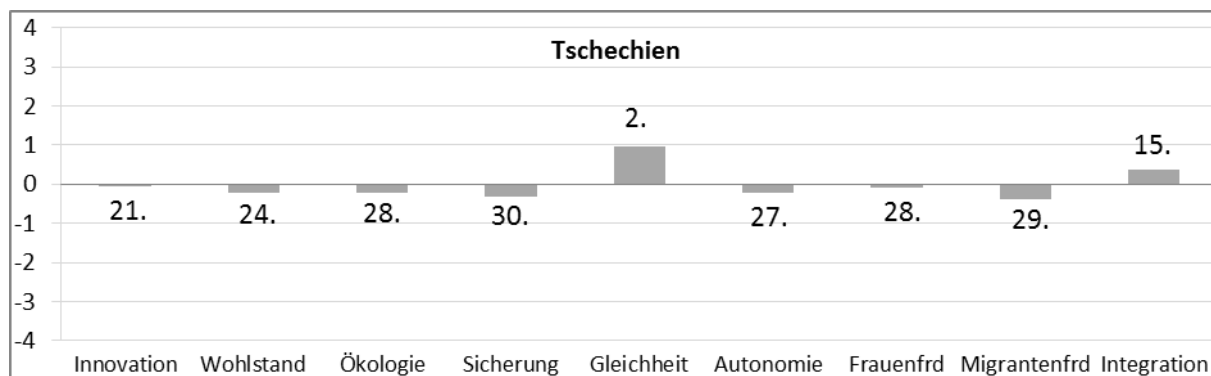
Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen kommen einem universalistischen Wohlfahrtsregime weniger nahe als Slowenien.

Tschechien liegt bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung jeweils im vorderen Mittelfeld, bei den Ergebnissen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit gehört Tschechien damit zum vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder. Auf dieser Basis liegt der Wohlstand etwa im internationalen Durchschnitt. Bei den Umweltbelastungen schneidet Tschechien insbesondere wegen der zu starken Verwendung der Risikotechnologie Kernkraft und den hohen CO₂-Emissionen schlechter ab und rangiert im unteren Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Tschechien wegen des gestiegenen Anteils an erneuerbaren Energien etwas besser, nämlich im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Tschechien aber im unteren Mittelfeld.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Tschechien etwa im internationalen Durchschnitt. Das solidarische Erbe Tschechiens zeigt sich darin, dass es bei der Einkommensungleichheit zu den besten Fünf gehört und mit seiner geringen Quote relativer Armut an der Spitze aller betrachteten Länder steht. Bei der Bildungsarmut liegt Tschechien im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildungschancen und Einkommen erreicht Tschechien damit den zweiten Platz

(hinter Norwegen und vor Finnland sowie Slowenien). Bei den gesamten Investitionen in das Bildungssystem gehört Tschechien zum letzten Drittel der betrachteten Länder, Tschechien setzt also seine Priorität weniger auf Vorsorge als auf Nachsorge. Bei den Evaluationen des Bildungssystems durch die PISA-Studien liegt Tschechien bei der durchschnittlichen Lesekompetenz und beim Anteil der Spitzenleser insgesamt etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie rangiert Tschechien dann im unteren Mittelfeld.

Abbildung 7-14: Das Performanzprofil Tschechiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Einkommensquotienten liegt Tschechien jeweils im unteren Mittelfeld. Beim Erwerbsquotienten schneidet Tschechien etwas schlechter ab. Tschechien weist als Land mit einer katholischen Tradition relativ traditionelle Geschlechterrollen auf und rangiert beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder. Bei der Offenheit für Migranten gehört Tschechien zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt platziert sich Tschechien allerdings jeweils im vorderen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert Tschechien dann am Ende des Mittelfelds.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt hat sich Tschechien verbessert und gehört jetzt bei der ökonomischen Integration zu den besten Zehn. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Tschechien unter dem internationalen Durchschnitt und bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke über dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Tschechien damit am Ende des ersten Drittels.

Slowakei

Typ und Entwicklungstrend

Mit Beginn der 1990er Jahre wurde in der Slowakei ein doppelter Transformationsprozess eingeleitet. 1989 verlor die UdSSR ihren politischen sowie wirtschaftlichen Einfluss auf die damalige Tschechoslowakei weitgehend und eine Neuorientierung in Richtung Europäische Gemeinschaft wurde in Gang gesetzt. 1993 – mit der Teilung des Landes in die Tschechische und die Slowakische Republik – treten weitere Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und steigende Langzeitarbeitslosenquoten auf, die unter anderem aus der ungleichen Verteilung der Industrie in der ehemaligen Tschechoslowakei resultieren. Aus diesen Prozessen resultiert ein Umbau des Wohlfahrtsstaats von einem universalistischen Modell hin zu einem residualen, welches vor allem die Senkung der öffentlichen Ausgaben forciert und damit die vom Staat getragene Finanzlast reduziert.

Auch die Aufnahme in die EU ist nicht nur unter dem Aspekt der gemeinsamen Entwicklungs- und Angleichungsbestrebungen zu betrachten, von verschiedenen Seiten wird kritisiert, dass dabei die Sozialpolitik den ökonomischen Zielen untergeordnet wurde. Die Slowakei gilt bereits als in der Marktwirtschaft angekommen. Sie hat sich wegbewegt von einem Regime des kollektiv-egalitären Typs. Fehlende staatliche Leistungen müssen durch private Netzwerke ergänzt werden, wobei die Eigenverantwortung der Bürger gestärkt werden soll.

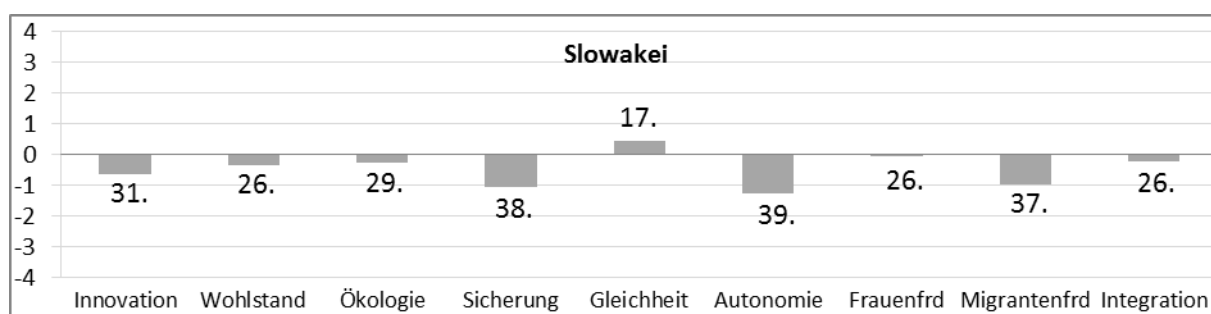
Das Performanzprofil der Slowakei

Die Slowakei gehört bei den öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung insgesamt zum letzten Drittel. Beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente liegt die Slowakei insgesamt im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert die Slowakei damit im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Wegen der ausländischen Direktinvestitionen auf Basis einer geringen Unternehmensbesteuerung liegt der durchschnittliche Wohlstand etwas besser, nämlich im unteren Mittelfeld. Die Umweltbelastungen gehören insbesondere wegen der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft zum letzten Drittel. Die Entlastungsbemühungen andererseits liegen etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert die Slowakei dann im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt die Slowakei im letzten Drittel. Dennoch erreicht die Einkommenspolitik, dass die Einkommensungleichheit gering und die Armutsquote niedrig ausfallen. Auch bei den gesamten Bildungsausgaben gehört die Slowakei zum letzten Drittel, schafft es aber, möglichst wenige ohne Schulabschluss in die Wissensgesell-

schaft zu entlassen. Die strengeren Evaluationen der PISA-Studien zeigen aber die Schwachpunkte des slowakischen Bildungssystems auf: Den geringen gesamten Bildungsausgaben entsprechend gehört die Slowakei bei der Lesekompetenz gemäß PISA ebenfalls zum letzten Drittel. Auch der geringe Anteil tertiärer Abschlüsse gehört zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört die Slowakei dann zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Das slowakische Bildungssystem ist zu einseitig ausgerichtet: Zwar haben fast alle einen Schulabschluss, aber das durchschnittliche Kompetenzniveau gemäß PISA gehört zum letzten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 7-15: Das Performanzprofil der Slowakei



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Die Geschlechterrollen sind eher traditionell. Beim Einkommensquotienten rangiert die Slowakei im unteren Mittelfeld. Beim Studentinnenanteil schneidet sie besser ab, bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten schlechter (jeweils letztes Drittel der Länder). Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört die Slowakei dann zum unteren Mittelfeld. Bei der Offenheit für Migranten rangiert die Slowakei im letzten Drittel, bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt die Slowakei insgesamt im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert die Slowakei damit im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört die Slowakei jeweils zum letzten Drittel. Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke aber liegt die Slowakei im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert die Slowakei damit im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Ungarn

Typ und Entwicklungstrend

Tausz (2007) stellt fest, dass gemäß der Typologie der Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen in Ungarn eine Hybridform zwischen wirtschaftsliberalem, konservativem und sozialdemokratischem Regimetyp vorliegt (vgl. Tausz 2007, S. 329; Ferge-Eotvos 2006, S. 616), denn die verschiedenen Maßnahmen und Arrangements, die hier vorgestellt wurden, sind Ausdruck der Ideologien und Interessen verschiedener Regierungen. Und diese sind der Hauptgrund für Ungarns Hybridcharakter.

Für Ungarn ist ein häufiger Wechsel der Richtungen charakteristisch, in die sich das Wohlfahrtssystem entwickelte, der vor allem bedingt ist durch die Wechsel der Mehrheiten zwischen den verschiedenen Parteien. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass „[...] the conservative right-wing forces have weakened the bases of the newly won freedoms and democratic institutions“ (Ferge/Tausz 2002, S. 198).

Die Wahlen im April 2010 brachten die rechtspopulistische Regierung Orbán an die Macht, die in den Wahlen im April 2014 bestätigt wurde. Die beträchtliche Staatsverschuldung bietet in nächster Zeit wenig Spielraum für einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Die Wohlfahrtslogik ist inzwischen überwiegend konservativ mit einigen wirtschaftsliberalen Elementen wie z.B. dem hohen Privatanteil an den Gesundheitsausgaben.

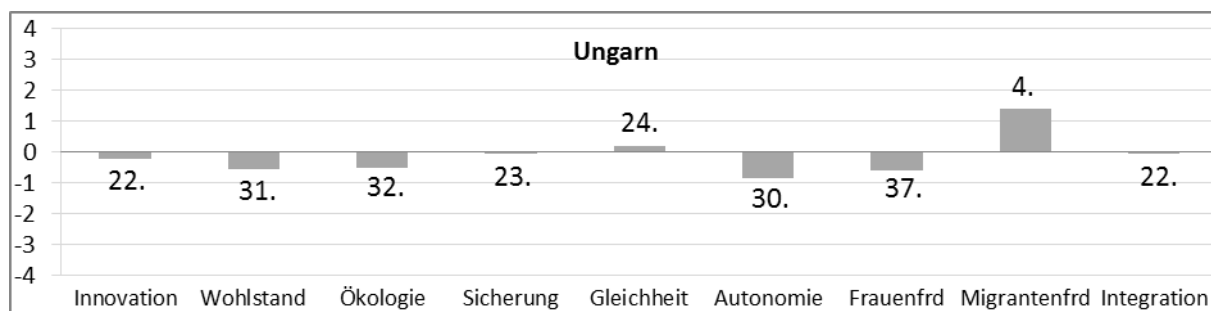
Das Performanzprofil Ungarns

Ungarn hat sich bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP insgesamt verbessert auf den internationalen Durchschnitt. Beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente liegt Polen etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit hat sich Ungarn damit vom letzten Drittel zum internationalen Durchschnitt verbessert. Der durchschnittliche Wohlstand liegt am Anfang des letzten Drittels, dürfte sich den Wachstumsraten entsprechend noch verbessern. Bei den Umweltbelastungen gehört Ungarn zum unteren Mittelfeld, weil es insbesondere zu stark auf die Risikotechnologie Kernkraft setzt. Bei den Entlastungsbemühungen rangiert Ungarn im letzten Drittel, weil es wenig regenerative Energien verwendet. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Ungarn damit im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall platziert sich Ungarn im vorderen Mittelfeld und erreicht damit, dass Ungarn mit der geringen Einkommensungleichheit und der niedrigen Armutsquote jeweils zum ersten Drittel gehört. Bei der Versorgung mit Einkommen ist Ungarn also eine egalitäre Gesellschaft. Bei den Bildungschancen sieht es deutlich schlechter aus.

Die gesamten Bildungsausgaben Ungarns liegen nur im unteren Mittelfeld der betrachteten Länder. Ungarn rangiert mit seinem Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen liegt Ungarn damit etwa im internationalen Durchschnitt. Den geringen Bildungsausgaben entsprechend rangiert Ungarn beim Anteil tertiärer Abschlüsse sowie bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der Spitzenleser jeweils im letzten Drittel. Dies gilt dann auch insgesamt für die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie. Auch bei der subjektiven Einschätzung der Freiheit der Wahl der Lebensweise durch die Bevölkerung gehört Ungarn ebenfalls zum letzten Drittel der berücksichtigten 43 Länder.

Abbildung 7-16: Das Performanzprofil Ungarns



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Es dürfte u.a. am katholischen Einfluss liegen, dass die Geschlechterrollen in Ungarn noch relativ traditionell sind. Beim Frauenanteil im Parlament ist Ungarn Drittlezter. Beim Erwerbsquotienten gehört Ungarn zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Ungarn dann unter den letzten Zehn. Beim Anteil der Migranten liegt Ungarn im letzten Drittel, die Informationsbasis aus den internationalen Erhebungen ist für Aussagen zur Migrantenfreundlichkeit zu gering. – In der aktuellen Flüchtlingsdiskussion agiert Ministerpräsident Viktor Orbán besonders restriktiv.

Bei der ökonomischen Integration hat Ungarn sich wegen des verbesserten Arbeitsmarktes vom letzten Drittel auf den internationalen Durchschnitt verbessert. Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke gehört Ungarn zum ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert Ungarn im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Ungarn dann im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Polen

Typ und Entwicklungstrend

Der Schwerpunkt bei der Unterstützung der bedürftigen Bevölkerung wird in Polen auf finanzielle Unterstützungsleistungen anstelle sozialer Dienstleistungen gelegt. Die Unterstützung der Armen sowie von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist unzureichend und es fehlen langfristig erfolgreiche Konzepte zur Lösung drängender Probleme sowie eine effiziente aktive Arbeitsmarktpolitik. Die bereitgestellten finanziellen Unterstützungsleistungen sind aufgrund des knappen Budgets auf einem rudimentären Niveau. Von Armut besonders betroffen sind junge Frauen (bis 40 Jahre). Eine Ursache des geringen Budgets für Wohlfahrtsleistungen stellen die zu geringen Steuereinnahmen dar. Ein zu niedriger Anteil der Bevölkerung zahlt überhaupt Steuern. Von der Besteuerung befreit sind beispielsweise gut organisierte und einflussreiche Interessenverbände wie die Landwirte oder Bergarbeiter (vgl. Siemienicka/Domaradzka 2007, S. 522 f.).

Im Rahmen der Reformen des Wohlfahrtsstaates seit der Wende wurden der Eigenverantwortung der Bürger eine wichtigere Bedeutung zugesprochen und Umverteilungselemente abgebaut. Die Nähe zum Wirtschaftsliberalismus ist anhand der Einführung einer kapitalgedeckten Säule in das Rentenversicherungssystem, durch die alleinige Finanzierung der Gesundheitsbeiträge durch die Arbeitnehmer sowie durch die residualen finanziellen Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Ebenso ist der Anteil der privaten Einrichtungen im Bereich der tertiären Bildung relativ hoch. Es handelt sich bei dem polnischen Sozialsystem um eine Mischung aus einem Statuskonservierenden beitragsfinanzierten Versicherungssystem und aus wirtschaftsliberalen Elementen. Insgesamt weist Polen also eine konservativ-wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik auf.

Die wichtigsten Bereitsteller der Wohlfahrtsleistungen sind die Zentralregierung sowie die regionalen und lokalen Verwaltungseinheiten. Private Anbieter sind lediglich in den Bereichen der Kinderbetreuung und Altenpflege aktiv sowie seit der Rentenreform auch bei der Alterssicherung. Für die Hilfe der Armen und Obdachlosen übernehmen die Kirchen in Polen traditionell eine wichtige Aufgabe (vgl. Siemienicka/Domaradzka 2007, S. 506 f.).

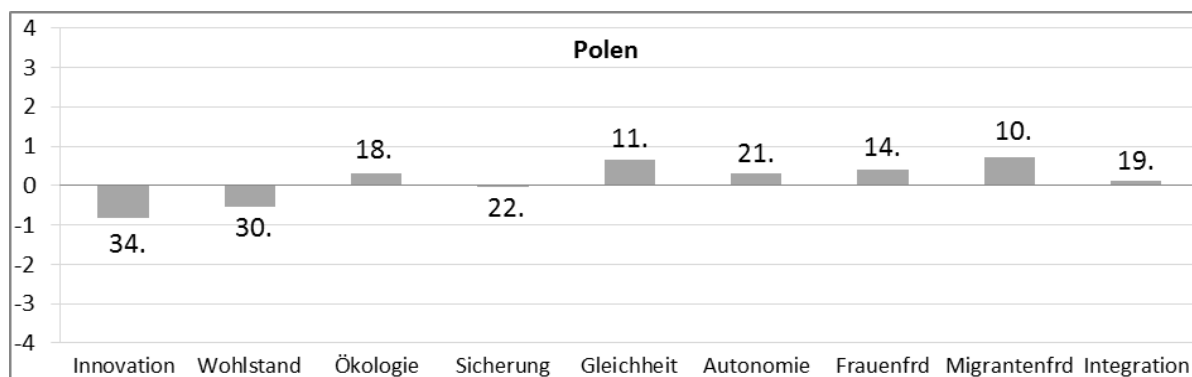
Seit den Wahlen in 2007 und im Oktober 2011 regierte eine konservativ-wirtschaftsliberale Koalition, zunächst unter der Leitung von Donald Tusk und wegen seines Wechsels an die Spitze des Europäischen Rates seit September 2014 unter der Ministerpräsidentin Ewa Kopacz. Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2015 regiert die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit absoluter Mehrheit, zuerst unter Ministerpräsidentin Beata Szydło. Im Dezember 2017 wurde Szydło durch den bisherigen Wirtschafts- und Finanzminister Mateusz Morawiecki als neuem Premierminister ersetzt, der mit

umfassenden Investitionen in Technologie und Innovation die Wirtschaft Polens stärken will.

Das Performanzprofil Polens

Polen gehört bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung jeweils zum letzten Drittel. Beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patenten rangiert es insgesamt ebenfalls im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Polen dann auch im letzten Drittel der betrachteten Länder. Dementsprechend gehört Polen auch beim Wohlstand zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Parallel zum relativ geringen Wohlstand sind die Umweltbelastungen Polens mit Platz 10 auch relativ niedrig. Bei den Entlastungsbemühungen rangiert Polen im unteren Mittelfeld. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Polen damit im vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 7-17: Das Performanzprofil Polens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Polen etwa im Durchschnitt der betrachteten Länder. Dies gilt dann auch für die resultierende Einkommensungleichheit und die Armutsquote. Die Performanz des Bildungssystems ist ein Starkpunkt Polens. Mit dem geringen Anteil an frühen Schulabgängern und dem niedrigen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA gehört Polen jeweils zu den besten Zehn. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen insgesamt erreicht Polen damit Platz 11 der betrachteten 43 Länder. Polen liegt bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA im ersten Drittel und beim Anteil der PISA-Spitze im vorderen Mittelfeld. Der Anteil tertiärer Abschlüsse rangiert allerdings unter dem Durchschnitt. Insgesamt liegt Polen damit bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie und beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie jeweils im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Polen weist aufgrund seiner katholischen Prägung eher traditionelle Geschlechterrollen auf. Gleichzeitig investiert Polen verstärkt in Bildung, was zu einer Modernisierung führen dürfte. Beim Erwerbsquotienten rangiert Polen am Ende des Mittelfelds. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Fraueneinkommensquotienten liegt Polen im vorderen Mittelfeld. Beim Studentinnenanteil schneidet Polen mit Platz 5 gut ab. Damit liegt Polen beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit im ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Beim Anteil der Migranten rangiert Polen unter den letzten Zehn, bei der Einbürgerung der (wenigen) Migranten schneidet es dann besonders gut ab (über 40 % der Migranten kommen aus der Ukraine). Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten auf dem Arbeitsmarkt liegt Polen im internationalen Durchschnitt. Obwohl Polen an den PISA-Evaluationen teilgenommen hat, gibt es zur Differenz von Migranten und Einheimischen keine Informationen. – In der aktuellen Flüchtlingskrise agiert die neue nationalkonservative Regierung besonders restriktiv.

Bei der ökonomischen Integration rangiert Polen im unteren Mittelfeld. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört es zum letzten Drittel. Aber bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke schneidet Polen gut ab, weshalb es beim Gesamtindex der sozialen Integration im vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder liegt.

Insgesamt weisen Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Polen also Merkmale auf, die sich aus der Kombination der konservativen Bismarck'schen Sozialversicherungstradition, der universalistischen, sozialistischen Phase und den wirtschaftsliberalen Reformen erklären lassen.

Estland

Typ und Entwicklungstrend

Das estnische Wohlfahrtssystem nach dem Umbau gemäß westlichem Vorbild ist von verschiedenen Einflüssen geprägt und zeigt sowohl wirtschaftsliberale als auch postsozialistische Elemente.

Die wirtschaftsliberale Politik der rechten Parteien seit 1992 resultierte in Estland in einem Trend zum Minimalstaat, in dem ein starkes Vertrauen in die Marktmechanismen besteht und einer aktiven Sozialpolitik nur geringe Bedeutung beigemessen wird. Dies zeigt sich deutlich an dem geringen Anteil der Arbeitslosen, der von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt wird, der unzureichenden Arbeitslosenunterstützung und den geringen finanziellen Mitteln, die für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt werden (vgl. Saar/Lindemann 2008, S. 151 ff.). Zudem sind die Rentenzahlungen vergleichsweise gering. Andererseits blieben von dem alten System umfassender sozialer Sicherung während der Zeit der Sowjetunion zum einen die Einstellung der Bürger gegenüber der staatlichen Aufgabe der Existenzsicherung und

Gleichstellung der Bevölkerung. Und zum anderen blieben einige Elemente im heutigen System erhalten. Dazu können die hohen Arbeitgeberbeiträge bei der Sozialversicherung sowie das Kinderbetreuungssystem gezählt werden, welches im Vergleich zu anderen Staaten gut ausgebaut ist. Als weitere systemprägende Faktoren können die Nähe zu den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sowie die Vorgaben der Europäischen Union und weiterer supranationaler Organisationen genannt werden (vgl. Trumm/Ainsaar 2007, S. 187 f.).

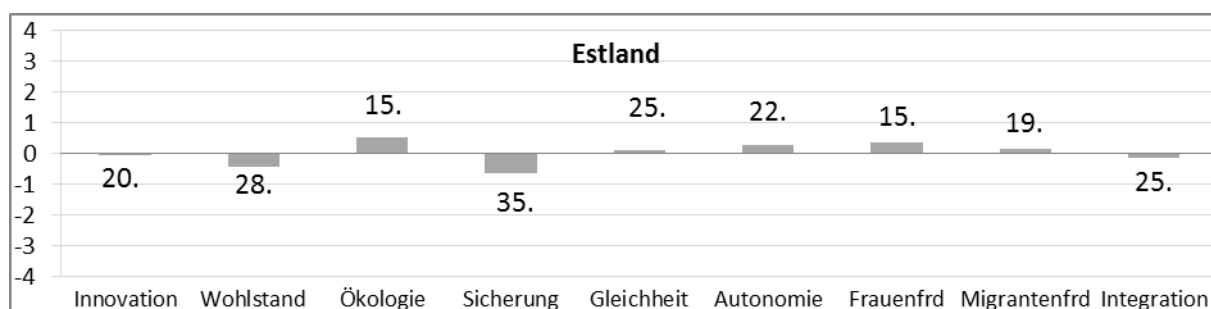
Berücksichtigt man den niedrigen Deckungsgrad und das geringe Niveau der Leistungen zusammen mit der zunehmenden Bedeutung privat organisierter Leistungen, dann haben die Reformen in Estland bisher zu einer Entwicklung des vormals staatssozialistischen Systems sozialer Sicherung in Richtung der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik geführt.

Das Performanzprofil Estlands

Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind bisher einer Entwicklung eher in Richtung einer wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik gefolgt.

Estland liegt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt etwas über dem internationalen Durchschnitt, beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit platziert sich Estland damit auch etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Wohlstand rangiert Estland in Folge des realsozialistischen Erbes nur am Ende des Mittelfelds, es befindet sich aber im Aufstieg. Als Kehrseite des relativ geringen Wohlstands liegt Estland bei den Umweltbelastungen im vorderen Mittelfeld. Bei den Entlastungsbemühungen gehört Estland sogar zu den ersten Zehn. Damit liegt Estland beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit am Ende des ersten Drittels der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 7-18: Das Performanzprofil Estlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Lettland dem wirtschaftsliberalen Kurs entsprechend zum letzten Drittel der

betrachteten 43 Länder. Bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. des Einkommens liegt es auch im letzten Drittel. Der wirtschaftsliberalen Logik entsprechend wird etwas stärker in die gesamten Bildungsausgaben investiert. Im Ergebnis ist der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA sehr gering. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen liegt Estland damit etwa im internationalen Durchschnitt. Mit seinen Investitionen in Bildung erreicht Estland einen hohen Anteil tertiärer Abschlüsse und nach der Lesekompetenz gemäß PISA insgesamt einen Platz im ersten Drittel. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Estland dann auch zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Wenn man die unterdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Estland beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie im internationalen Durchschnitt.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt Estland im internationalen Durchschnitt. Beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten aber liegt Estland jeweils am Anfang des Mittelfelds. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit platziert sich Estland damit auch am Anfang des Mittelfelds der betrachteten 43 Länder. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Estland im ersten Drittel. Aber bei den Einbürgerungen rangiert Estland nur am Ende des Mittelfelds. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt liegt es jeweils am Anfang des Mittelfelds. Das spezifische Problem Estlands besteht aber in der russischsprachigen Minderheit, die ca. 25 % der Bevölkerung umfasst. Im Jahr 2014 waren 7 % der Bürger eingebürgerte ethnische Russen, 8 % immer noch staatenlos und 9 % hatten einen russischen Paß (vgl. Auswärtiges Amt). Die Politik gegenüber ethnischen Russen ist bisher zu restriktiv. Dies könnte sich mit der neuen Regierung ändern.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehört Estland jeweils zum ersten Drittel. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert es aber im letzten Drittel. Damit liegt Estland beim Gesamtindex der sozialen Integration etwa im Durchschnitt der betrachteten 43 Länder.

Lettland

Typ und Entwicklungstrend

Die Einführung eines neuen Systems der sozialen Sicherung zu Beginn der Unabhängigkeit Lettlands war aus verschiedenen Gründen notwendig. Zum einen sollte das Wohlfahrtssystem sich dem neuen marktorientierten Wirtschaftssystem anpassen und zum anderen war aufgrund der gesunkenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Lettlands im Rahmen der Transformationsprozesse eine Absicherung bestimmter Bevölkerungsgruppen erforderlich. Zudem dominierten zu dieser Zeit bei politischen Entscheidungen

wirtschaftsliberale Prinzipien, weshalb Marktlösungen und eine stärkere Bedeutung privater Anbieter politisch erwünscht waren. Die schwach organisierten Interessenvertretungen der Arbeitnehmer stellten in Lettland kein ausreichendes Gegengewicht dar. Das Rentenmodell wurde ohne öffentliche Debatten unter Beratung der Weltbank von Vertretern des Wohlfahrtsministeriums und Experten aus Schweden erarbeitet (vgl. Rajevska 2007, S. 435).

Die vollständige Umstellung des Systems sozialer Sicherung kann gemessen an seinen Zielen als gelungen beurteilt werden. Das Rentensystem scheint in seiner Form auch langfristig finanzierbar, der Anteil an Schattenwirtschaft ist gesunken und die Beteiligung an Steuerzahlungen gestiegen. Die Rentenreform stellt jedoch trotz ihrer langfristig gerechteren Ausgestaltung in der Übergangsphase eine Belastung der älteren Generationen dar. So beträgt der Anteil der Rentenbezieher, deren Rente unter dem Existenzminimum liegt, 80 % (vgl. Rajevska 2007, S. 439 f.).

Im Rahmen der Beitrittsvorbereitungen zur Europäischen Union verpflichtete sich Lettland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der Arbeitsbereich der Sozialarbeit gewann an Aufmerksamkeit und die personelle Ausstattung ist gestiegen. Auch wenn in der Hauptstadt Riga rund die Hälfte der Leistungen von kommunalen Einrichtungen bereitgestellt werden, ist die Zusammenarbeit mit NGOs, die immerhin rund 44 % der Leistungen bereitstellen, und privaten Einrichtungen sehr gut (vgl. Rajevska 2007, S. 435 ff.). Die Ungleichverteilung des Einkommens ist in Lettland sehr groß. Relativ viele Menschen sind von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Der Anteil der Personen, die trotz Erwerbstätigkeit als arm gelten, ist überdurchschnittlich hoch. Inzwischen wird Armut in der lettischen Gesellschaft als strukturelles Problem angesehen und die herrschende Ungerechtigkeit im eigenen Land dafür verantwortlich gemacht (vgl. Rajevska 2007, S. 437 ff.).

Neben der globalen beitragsfinanzierten Sozialversicherung besteht das lettische System sozialer Sicherung zusätzlich aus steuerfinanzierten Elementen. Das Gesundheitssystem wird zum Großteil über Steuern finanziert und besitzt im Grunde einen universellen Anspruch, dem es jedoch aufgrund der hohen privaten Zuzahlungen nicht gerecht wird. Das über Beiträge finanzierte Umlageverfahren der Rentenversicherung wurde zur stärkeren Betonung der individuellen Eigenverantwortung durch ein wirtschaftsliberales kapitalfinanziertes Element ergänzt. Die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung ist zwar nach dem Bismarck'schen Modell konstruiert, doch fehlt der Status-konservierende Charakter aufgrund des niedrigen Niveaus finanzieller Leistungen und der geringen Bezugsdauer (vgl. Baum-Ceisig et al. 2008, S. 193).

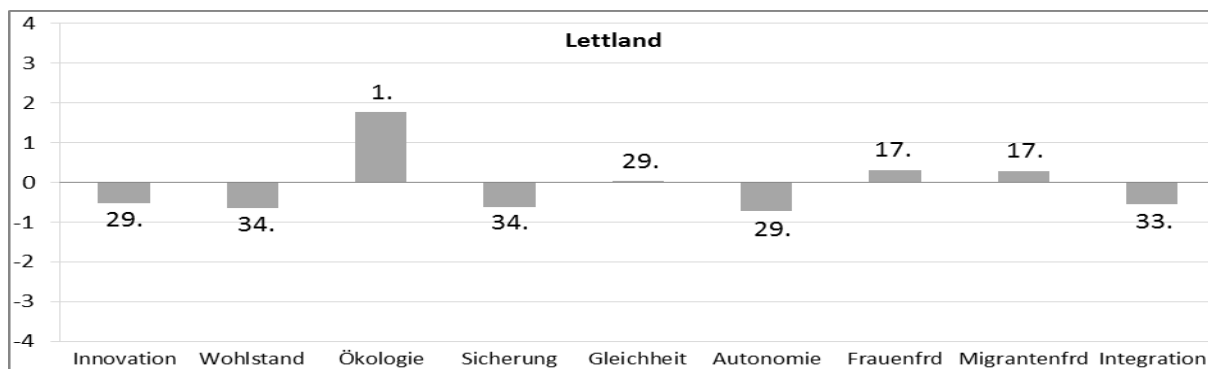
Im Rentensystem soll der Schwerpunkt in den kommenden Jahren von der ersten umlagefinanzierten Säule zu der zweiten kapitalfinanzierten verschoben

werden, wodurch die Privatisierung in diesem Bereich weiter voranschreiten wird. Auch in anderen Bereichen der Wohlfahrtsleistungen wie dem Gesundheitswesen und dem Wohnungsmarkt wird dem privaten Sektor in den kommenden Jahren eine größere Bedeutung in der Bereitstellung, Finanzierung und Leistungskontrolle zukommen. Die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik nimmt in Lettland also insgesamt an Bedeutung zu.

Das Performanzprofil Lettlands

Lettland gehört bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt zu den letzten Zehn. Beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung liegt es im unteren Mittelfeld. Damit rangiert Lettland beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit am Ende des Mittelfelds. Beim Wohlstand liegt Lettland im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder, aber nach dem tiefen Einbruch im Krisenjahr 2009 befindet sich Lettland wieder auf einem guten Wachstumskurs. Die Umweltbelastungen Lettlands sind sehr niedrig. Auch bei den Entlastungsbemühungen liegt es mit an der Spitze, weil es u.a. stark auf erneuerbare Energie setzt. Deshalb erreicht Lettland beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit sogar den Spitzenplatz unter allen 43 berücksichtigten Länder.

Abbildung 7-19: Das Performanzprofil Lettlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Dem wirtschaftsliberalen Kurs entsprechend rangiert Lettland bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall im letzten Drittel. Dies gilt dann auch für die resultierende hohe Einkommensungleichheit. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Lettland im internationalen Durchschnitt. Lettland liegt dann beim Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA und beim Anteil früher Schulabgänger insgesamt auch im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen rangiert Lettland damit am Ende des Mittelfelds. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Lettland zum unteren Mittelfeld. Wenn man die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der

Freiheit der Wahl der Lensweise berücksichtigt, dann rangiert Lettland beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie am Ende des Mittelfelds der betrachteten 43 Länder.

Im Parlament sind die Frauen in Lettland nicht gut vrrtreten. Aber beim Studentinnenanteil, beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten liegt Lettland jeweils über dem internationalen Durchschnitt. Damit gehört Lettland beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit zum oberen Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten liegt Lettland im oberen Mittelfeld, aber bei den Einbürgerungen nur im letzten Drittel. Da die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zum ersten Drittel gehört, liegt Lettleand beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit im oberen Mittelfeld. Doch das spezifische Problem Lettlands ist die ethnisch russische Minorität, die ca. 25 % der Bevölkerung umfasst. Nur etwa die Hälfte dieser russischen Minderheit hat die lettische Staatsbürgerschaft angenommen, die anderen haben als „Nicht-Bürger“ z.B. kein Wahlrecht (vgl. Auswärtiges Amt 2017). Diese noch nicht überwundene Spaltung ist ein Schwachpunkt der lettischen Gesellschaft.

Bei der ökonomischen Integration liegt Lettland etwa im internationalen Durchschnitt. Aber sowohl bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke als auch bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert Lettland im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Lettland dann auch letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Litauen

Typ und Entwicklungstrend

Die Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit ist in Litauen in sozialistischer Tradition gut entwickelt. Auch im tertiären Bildungsbereich sind Frauen gut vertreten.

Ein Problem Litauens besteht darin, dass viele junge Menschen wegen der niedrigen Löhne ins Ausland ziehen, etwa die Hälfte davon nach Großbritannien.

In der politischen Landschaft dominierten bisher Mitte-Rechts-Regierungen, von 2012 bis 2016 gab es allerdings zwischenzeitlich eine sozialdemokratische Koalitionsregierung.

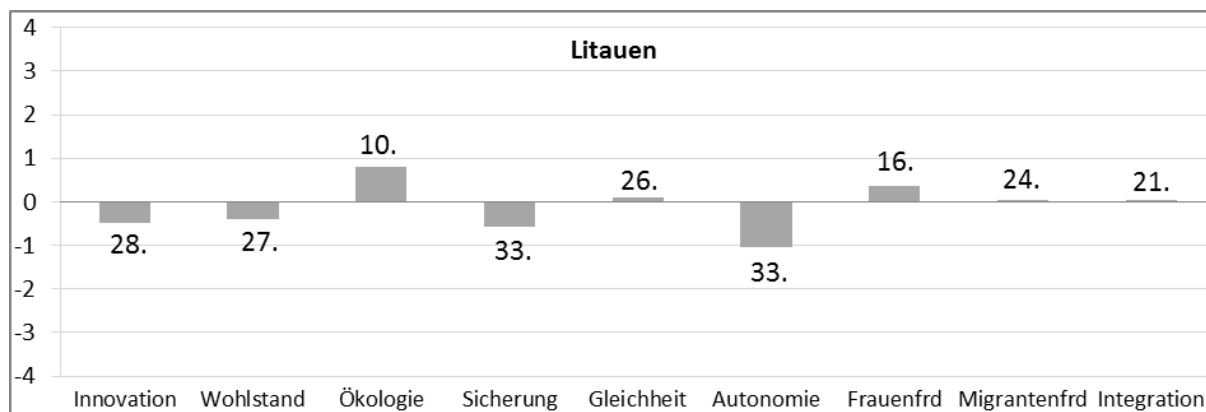
Das Wirtschaftssystem kann zweifellos als liberal bezeichnet werden, das Sozialversicherungssystem aber wird trotz der durchgeführten Reformen in sozialistischer Tradition im Wesentlichen durch den Staat gewährleistet. Gleichzeitig aber unterliegen einzelne Bereiche (z.B. das Gesundheitssystem)

zunehmend stärker der Verantwortung des Einzelnen. Insgesamt hat die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik in Litauen an Bedeutung zugenommen.

Das Performanzprofil Litauens

Litauen liegt bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung jeweils am Ende des Mittelfelds. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand schneidet Litauen dementsprechend ab und rangiert im unteren Mittelfeld. Als Kehrseite seines niedrigen durchschnittlichen Wohlstands gehört Litauen mit seinen geringen Umweltbelastungen zu den besten Zehn der betrachteten Länder. Es verzichtet z.B. auf Kernkraft und hat relativ geringe CO₂-Emissionen. Die Entlastungsbemühungen zählen auch noch zum besten Drittel. Damit erreicht Litauen beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit Platz 10 unter den betrachteten 43 Ländern.

Abbildung 7-20: Das Performanzprofil Litauens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Litauen zum letzten Drittel. Bei der Einkommensungleichheit und der Einkommensarmutsgefährdung liegt es insgesamt im unteren Mittelfeld. Der Anteil der Risikoleser im Sinne von PISA rangiert am Ende des Mittelfelds. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen zählt Litauen damit zum unteren Mittelfeld. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge gehört Litauen zum unteren Mittelfeld. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze liegt Litauen jeweils am Anfang des letzten Drittels. Wenn man die sehr geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann rangiert Litauen beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie auch im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Zwar rangiert Litauen bei der Vertretung von Frauen im Parlament nur etwa im internationalen Durchschnitt, aber beim Studentinnenanteil und beim Einkom-

mensquotienten liegt es jeweils im oberen Mittelfeld. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Litauen dann auch zum oberen Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Litauen im letzten Drittel, bei den Einbürgerungen am Ende des Mittelfelds. Aber bei der Teilhabe der (relativ wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gehört Litauen jeweils zu den ersten Zehn. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt Litauen damit noch etwa im internationalen Durchschnitt. Das spezifische Problem der baltischen Staaten ist die russischsprachige Minderheit. Während Lettland 25-29 % ethnische Russen aufweist und Estland 23-25 %, sind es in Litauen nur 6-9 %. Die Staatsbürgerschaftspolitik der drei baltischen Länder spiegelt die Größenordnung der Probleme wider: Lettland hat restriktive Aufnahmetests eingeführt und entsprechend sind noch fast die Hälfte der ethnischen Russen staatenlos. Estland hat entsprechende Tests etwas gelockert und weist deshalb einen etwas geringeren Anteil an Staatenlosen unter den ethnischen Russen auf. Litauen dagegen mit seinem geringeren Anteil an ethnischen Russen hat bereits am 3.11.1989 ein Bürgerschaftsgesetz beschlossen, das ein Recht auf Staatsbürgerschaft regelt. Entsprechend gibt es keinen nennenswerten Anteil von Staatenlosen unter den ethnischen Russen. Die Gesellschaft Litauens hat diese Herausforderung also bereits weitgehend bearbeitet.

Bei der ökonomischen Integration hat Litauen sich verbessert auf den internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört Litauen zum letzten Drittel der betrachteten Länder, bei der Integration in die persönlichen Unterstützungsnetzwerke aber zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Litauen damit etwa im internationalen Durchschnitt.

Im Folgenden sollen noch die postsozialistischen Länder **Bulgarien** und **Rumänien**, **Kroatien** und **Serbien** sowie **Russland** betrachtet werden. Russland tendiert eher in Richtung eines staatskapitalistischen Regimetyps, während Bulgarien und Rumänien sowie Kroatien und Serbien Nachzügler in der EU-Mitgliedschaft sind und durch die EU in ihrem sozioökonomischen Aufholprozess unterstützt werden.

Bulgarien

Typ und Entwicklungstrend

Im Rahmen des EU-Beitritts fand ein Wandel der bulgarischen Sozialpolitik statt. Von der passiven Politik wurde zu Gunsten einer aktiven abgerückt. Im Fokus des Interesses steht nun die Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit und Armut anstelle der Bereitstellung finanzieller Mittel im Falle einer existenzgefährdenden Situation. Zudem sollen die sozialpolitischen Institutionen die hilfsbedürftige Bevölkerung dabei unterstützen, zu einem

eigenständigen Leben zurückzufinden (vgl. Groot/Pavlova 2006, S. 82). Die Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion wird nach Einschätzung von Groot und Pavlova auch in Zukunft ein zentrales Thema der Sozialpolitik in Bulgarien bleiben. Langfristige Strategien zur Bekämpfung von Armut müssen jedoch auch mit einem Ausbau der sozialen Sicherungsleistungen und insbesondere mit einer tragfähigen Umgestaltung der Rentenversicherung verbunden sein, wenn die Zahl der von Armut betroffenen Rentner reduziert werden soll. Zur Reduktion der Armut bedarf Bulgarien als ärmstes Land der EU auch der finanziellen Unterstützung durch die EU.

Das Wohlfahrtssystem des „Nachzüglers“ Bulgarien weist, geprägt durch die postsozialistische Vergangenheit, noch immer universalistische Elemente auf, die jedoch zunehmend durch wirtschaftsliberale Elemente ergänzt werden. Dieser Trend ist z.B. im Bereich der Gesundheitsversorgung gut zu erkennen, wo der Privatanteil bei der Finanzierung stark gestiegen ist. Die Einführung der an das Einkommen gekoppelten Versicherungsbeiträge und Leistungen verleiht dem Wohlfahrtssystem Bulgariens zudem einen Status-konservierenden Charakter. Die konservativen Elemente sind mit Leistungen auf niedrigem Niveau verbunden, anders als beim familistischen Regime auch bei den Renten.

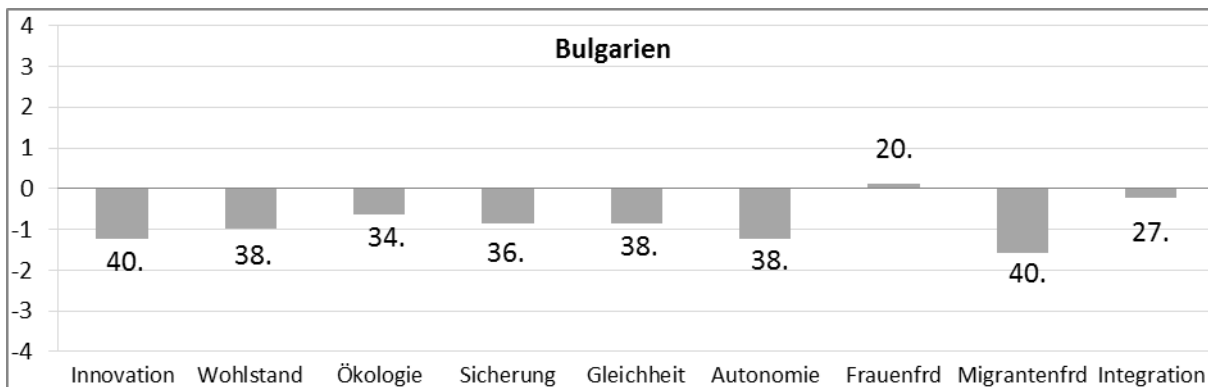
Das Performanzprofil Bulgariens

Bulgarien gehört sowohl bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung als auch beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Der durchschnittliche Wohlstand rangiert dementsprechend auf Platz 38 und ist in der EU am niedrigsten (Rumänien liegt etwas davor auf Platz 36 der betrachteten 43 Länder). Die Umweltbelastungen sind höher, als gemäß dem niedrigen Wohlstandsniveau zu erwarten. Bulgarien setzt z.B. zu stark auf die Risikotechnologie Kernkraft. Bei den Entlastungsbemühungen zählt es zu den letzten Zehn, insbesondere wegen der sehr geringen Energieeffizienz. Damit gehört Bulgarien auch beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Bulgarien zum letzten Drittel. Dies gilt dann auch jeweils für die resultierende große Einkommensungleichheit und hohe Einkommensarmutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Bulgarien unter den letzten Zehn. Auf dieser Basis zählt Bulgarien mit seinem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA auch zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen gehört Bulgarien dann ebenfalls zu den letzten Zehn. Auf der Grundlage seiner geringen gesamten Bildungsausgaben liegt Bulgarien bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA unter den letzten Zehn. Sowohl bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie als auch bei der subjektiven Einschätzung der

Freiheit der Wahl der Lebensweise durch die Bevölkerung rangiert Bulgarien unter den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. In der Entwicklung von Wohlstand und sozialer Sicherung ist Bulgarien also ein Nachzügler in der EU.

Abbildung 7-21: Das Performanzprofil Bulgariens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil liegt Bulgarien jeweils etwas unter dem internationalen Durchschnitt, beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten jeweils über dem internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Bulgarien dann etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Aufnahme von Migranten gehört Bulgarien zu den letzten Fünf, bei den Einbürgerungen etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem zählt es zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert Bulgarien damit auf dem drittletzten Platz der betrachteten 43 Länder.

Bei der ökonomischen Integration gehört Bulgarien zum unteren Mittelfeld. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft zählt es auch zum unteren Mittelfeld. Bulgarien rangiert dann beim Gesamtindex der sozialen Integration ebenfalls im unteren Mittelfeld.

Rumänien

Typ und Entwicklungstrend

Bei Rumänien ist es schwierig, dessen Institutionen einem der bekannten Wohlfahrtstypen zuzuordnen. Nach der Überwindung der durch den Zusammenbruch des Ostblocks und dessen Institutionen ausgelösten Krise und anschließender Orientierungslosigkeit Anfang der 1990er Jahre hat das Land in der Europäischen Union und deren Wohlfahrtsinstitutionen ein neues Leitbild gefunden. Erste Schritte in Richtung einer sozialen Minimalabsicherung der

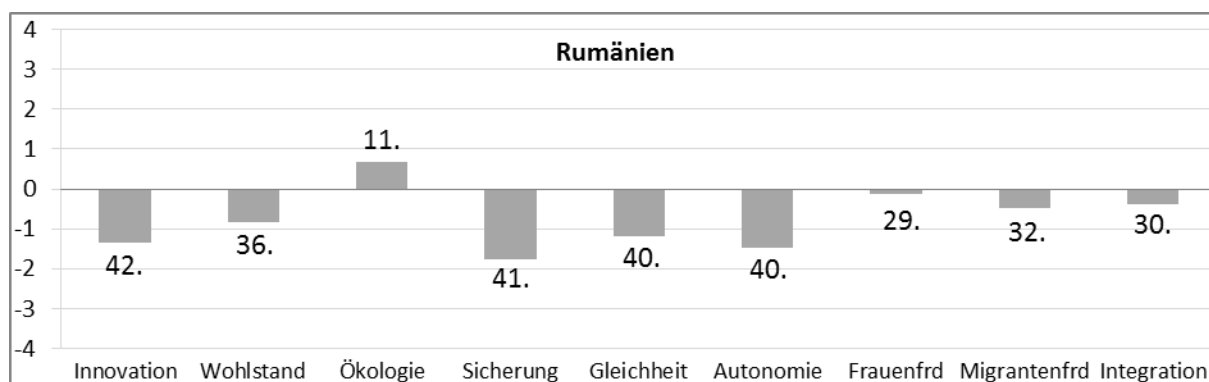
Bevölkerung sind im Rahmen des EU-Beitritts bereits unternommen worden, allerdings bewegen sich die finanziellen Beträge auf einem so niedrigen Niveau, dass dies mit nord- und westeuropäischen Ländern nicht vergleichbar ist.

Rumänien ist noch heute institutionell als postsozialistischer Wohlfahrtsstaat geprägt. Es sind auch Elemente der familistischen Wohlfahrtslogik erkennbar, die soziale Sicherung wäre ohne familiäre Unterstützung nicht möglich. Im Unterschied zum familistischen Wohlfahrtsregime liegen in Rumänien aber auch die Ausgaben für Renten unter dem internationalen Durchschnitt. Die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere auch die Vorsorge durch Investitionen in Bildung, sind in Rumänien insgesamt nur rudimentär entwickelt.

Das Performanzprofil Rumäniens

Rumänien liegt bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung auf dem vorletzten und bei den öffentlichen Investitionen auf dem letzten Platz der betrachteten 43 Länder. Beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente gehört es jeweils zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert Bulgarien damit auf dem vorletzten Platz der Länder. Insbesondere wegen seines Rohstoffreichtums schneidet Rumänien beim durchschnittlichen Wohlstand mit Platz 36 etwas besser ab. Dem niedrigen Wohlstand entsprechend sind die Umweltbelastungen durch Rumänien eher gering, allerdings setzt es zu stark auf die Risikotechnologie Kernkraft. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Rumänien im internationalen Durchschnitt. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Rumänien damit noch zum ersten Drittel.

Abbildung 7-22: Das Performanzprofil Rumäniens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Rumänien unter den letzten Zehn. Dies gilt dann entsprechend für die resultierende hohe Einkommensarmutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Rumänien ganz am Schluss. Mit seinem hohen

Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA zählt Bulgarien zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen rangiert Rumänien dann auf dem viertletzten Platz, nur noch gefolgt von der Türkei, Brasilien und Südafrika. Wegen der sehr niedrigen Bildungsausgaben liegen die durchschnittliche Lesekompetenz gemäß PISA und der Anteil der PISA-Spitze auf den Plätzen 37 und 38 der betrachteten 43 Länder. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie rangiert Rumänien damit auf dem drittletzten Platz, nur noch gefolgt von Indien und China.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament gehört Rumänien zu den letzten Zehn, aber beim Anteil der Studentinnen und beim Einkommensquotienten liegt es jeweils über dem Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Rumänien dann am Ende des Mittelfeldes. Bei der Aufnahme von Migrantinnen liegt Rumänien auf dem viertletzten Platz, nur noch gefolgt von Indien, Brasilien und China. Genauere Aussagen lassen sich zu diesem Problemfeld erst machen, wenn mehr verlässliche Informationen vorliegen als bisher.

Rumänien rangiert bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in der Zivilgesellschaft jeweils im unteren Mittelfeld. Bei der Integration in die persönlichen Unterstützungsnetzwerke gehört es zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

Kroatien

Typ und Entwicklungstrend

Die sozialen Sicherungssysteme Kroatiens sind historisch in Bismarck'scher Tradition entstanden und dann in der kommunistischen Phase gemäß dem sowjetischen Modell überformt worden.

Kroatien gehört gemäß Bartlett (2007) zur Gruppe der frühen Reformer im westlichen Balkan, die Privatisierungen begannen unmittelbar nach der Wende, und zwar überwiegend mittels regierungsnaher Manager.

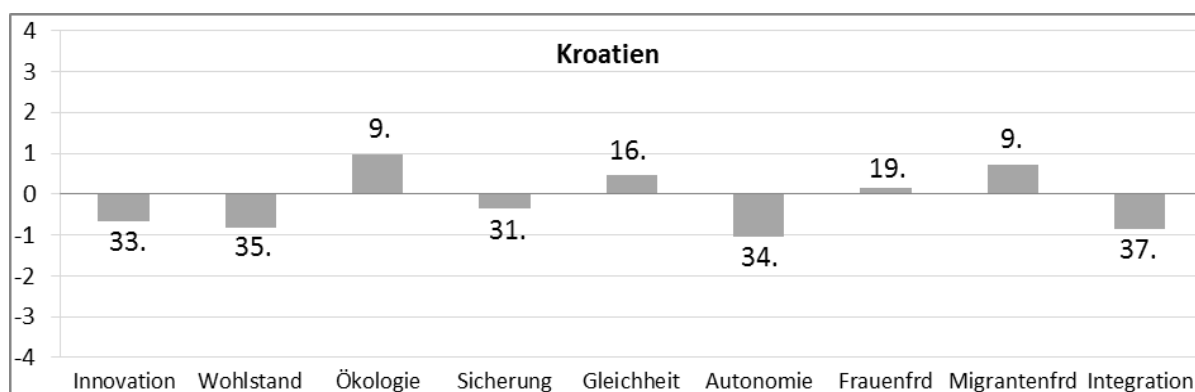
Nach der Wende orientierten sich die Reformen des Rentensystems und des Gesundheitssystems am Drei-Säulen-Modell der Weltbank, wodurch private Anbieter eine zunehmende Bedeutung gewannen.

Auf Basis des geringen Wohlstandes und wegen der Belastungen durch die Bearbeitung der Kriegsfolgen gehört Kroatien in der sozioökonomischen Entwicklung zu den Nachzüglern in der EU. Auch das Wohlfahrtssystem Kroatiens ist deshalb noch nicht hinreichend ausgestattet.

Das Performanzprofil Kroatiens

Kroatien zählt bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt zum letzten Drittel. Beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung gilt dies ebenfalls. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit gehört Kroatien dann auch zum letzten Drittel. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Kroatien am Anfang der letzten Zehn. Als Kehrseite des geringen Wohlstands sind die Umweltbelastungen Kroatiens auch niedrig, dabei gehört Kroatien zu den besten Zehn. Bei den regenerativen Energien und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt hat Kroatien sich verbessert und steht jetzt jeweils im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Kroatien damit zu den ersten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 7-23: Das Performanzprofil Kroatiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert Kroatien etwa im internationalen Durchschnitt, bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich des Einkommens ebenfalls. In Kroatien gibt es den geringsten Anteil früher Schulabgänger, aber bei dem international besser vergleichbaren Anteil der Risikoleser liegt Kroatien nur im internationalen Durchschnitt. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung gehört Kroatien zu den besten Zehn. Damit steht Kroatien beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen am Anfang des Mittelfelds. Beim Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP gehört Kroatien zu den letzten Zehn. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der Spitzenleser liegt Kroatien jeweils im unteren Mittelfeld. Der Anteil der tertiären Abschlüsse und die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie insgesamt gehören zum letzten Drittel. Bei der subjektiven Bewertung der Wahlmöglichkeiten durch die Bevölkerung ist Kroatien Fünftletzter und beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie Zehntletzter.

Bei der Vertretung der Frauen im Parlament und beim Erwerbsquotienten liegt Kroatien unter dem Durchschnitt der betrachteten Länder, beim Studentinnenanteil und beim Einkommensquotienten deutlich besser als der Durchschnitt. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Kroatien damit etwas über dem Durchschnitt der betrachteten 43 Länder. Beim Anteil der Migranten gehört Kroatien zum ersten Drittel, bei der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt ebenfalls. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit liegt Kroatien unter den ersten Zehn. Die Staatsbürgerschaft ist aber ethnonational konzipiert.

Bei der ökonomischen Integration zählt Kroatien zu den letzten Zehn. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt Kroatien etwa im Durchschnitt der Länder. Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke rangiert Kroatien im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Kroatien damit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Serbien

Typ und Entwicklungstrend

Die Wohlfahrtslogik Serbiens ist von seinen unterschiedlichen Entwicklungsphasen geprägt. Das erste Gesetz zur Sozialversicherung wurde 1922 im Kontext des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in der Bismarck'schen Tradition eingeführt. In der sozialistischen Phase übernahmen die Betriebe eine zentrale Rolle für die soziale Sicherung, die sie aber nach der Wende wieder abgaben.

Gemäß Bartlett (2007) gehörte Serbien nach der Wende zur Gruppe der späten Reformer im westlichen Balkan, die den geringsten Anteil privatwirtschaftlicher Aktivitäten aufweisen. Der informelle Sektor ist groß und im formellen Sektor werden die Insider des Arbeitsmarktes stark geschützt. Das Gesundheits- und das Bildungssystem sind wegen der Probleme der öffentlichen Haushalte unterfinanziert.

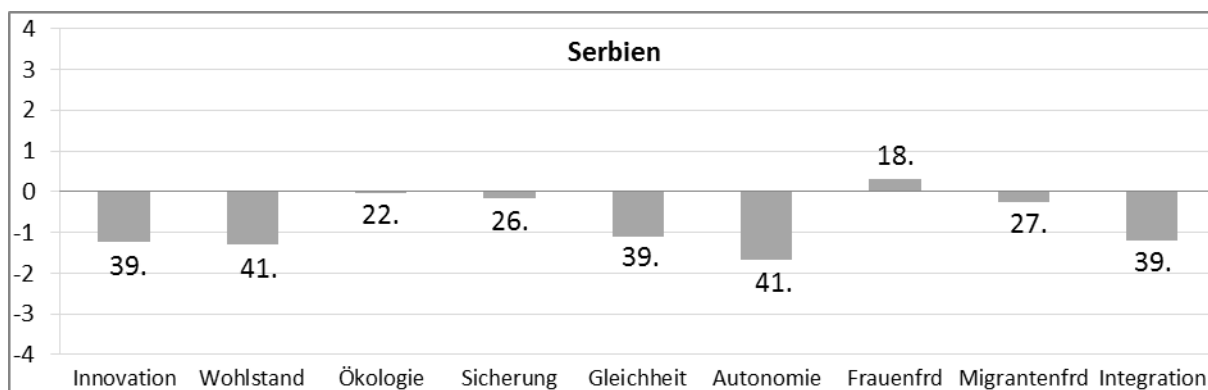
Wegen der gravierenden Kriegsfolgen gibt es viele zu bearbeitende Probleme, aber wenig finanzielle Mittel. Seit 2007 wird Serbien bereits mit Heranführungsbeihilfen von der EU unterstützt. Seit Januar 2014 führt Serbien Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die Unterstützung der EU dürfte dazu beitragen, die noch unterfinanzierten sozialen Sicherungssysteme des – verglichen mit den Altmitgliedern der EU – sozioökonomischen Nachzüglers Serbien zu verbessern.

Das Performanzprofil Serbiens

Serbien gehört bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie bei dem Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung jeweils zu den letzten Fünf. Dies gilt dann auch für den

Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim durchschnittlichen Wohlstand rangiert Serbien auf dem drittletzten Platz der betrachteten 43 Länder (nur noch gefolgt von China und Indien). Als Kehrseite des sehr geringen Wohlstands sind die Umweltbelastungen Serbiens auch niedrig. Aber bei den Entlastungsbemühungen rangiert es unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Serbien damit etwa im internationalen Durchschnitt.

Abbildung 7-24: Das Performanzprofil Serbiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Serbien im vorderen Mittelfeld. Die Einkommensungleichheit aber hat stark zugenommen und rangiert inzwischen unter den letzten Zehn, dies gilt auch für die hohe Einkommensarmutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Serbien im letzten Drittel, mit dem hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA ebenfalls. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen rangiert Serbien damit unter den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Den geringen Bildungsausgaben entsprechend gehört Serbien bei den tertiären Bildungsabschlüssen sowie bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der Spitzenleser jeweils zu den letzten Zehn. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie rangiert Serbien auf dem sechstletzten Platz. Wenn man die sehr geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten bzgl. der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Serbien beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie an drittletzter Stelle der betrachteten 43 Länder, nur noch gefolgt von der Türkei und Griechenland.

Zwar gehört Serbien bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Einkommensquotienten zum ersten Drittel, aber beim Erwerbsquotienten rangiert es unter den letzten Zehn. Beim Anteil der Studentinnen und beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Serbien etwa im internationalen Durchschnitt. Beim Anteil der Migranten rangiert Serbien im unteren Mittelfeld.

Die Informationsbasis ist insgesamt noch zu gering für weitergehende Aussagen zur Migrantenfreundlichkeit.

Bei der Integration in der Zivilgesellschaft und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke liegt Serbien etwa im internationalen Durchschnitt. Aber bei der Integration in die Erwerbsbeschäftigung rangiert Serbien ganz am Schluss, bei der Integration in den Arbeitsmarkt an fünftletzter Stelle. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Serbien dann auf dem fünftletzten Platz (gefolgt nur noch von China, der Türkei, Griechenland und ganz am Schluss Indien).

Russland

Typ und Entwicklungstrend

Noch immer ist Russland kein vollkommen demokratischer Staat. Die Machtstrukturen sind zu einem großen Teil informell statt durch rechtsstaatliche Institutionen geprägt. Die politische Führung basiert nicht auf Parteienwettbewerb, sondern auf führenden Kräften aus Wirtschaft und Bürokratie.

Auch nach dem Ende des Staatssozialismus dominiert der Staat in Russland bei der Verteilung der sozialen Leistungen. Im neuen russischen Sozialmodell kommt dem Markt eine zunehmende Bedeutung zu. Gemäß Davidova/Manning (2009, S. 207) führt die Interaktion zwischen diesen beiden Wohlfahrtssystemen zu Spannungen.

Das politische System Russlands ist momentan stark an die Personen Medwedjew und insbesondere Putin gebunden. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den Nationalstolz – basierend auf den Exporten von Öl und Gas zu hohen Preisen – sowie durch die Unterstützung der Medien erhielten sie in Russland große Zustimmung. Dieses Wirtschaftsmodell führt jedoch zugleich zu einer hohen Verletzlichkeit Russlands gegenüber dem Weltmarkt.

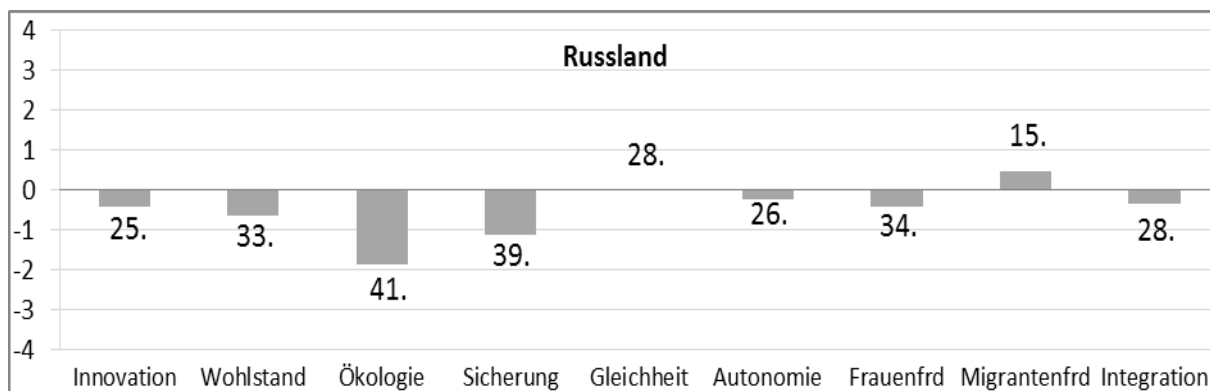
Medwedjews Zusammentreffen mit Kritikern des russischen Regimes wiesen auf eine verstärkte Liberalisierung seiner Politik hin. Indikatoren für eine Entwicklungstendenz in Richtung des Konstitutionalismus waren eine gesetzliche Erleichterung zur Gründung von Parteien sowie die Veränderung ihrer Bedeutung im politischen System und das Streben nach einer unabhängigen Justiz (vgl. Mommsen 2010, S. 473 f.). Seit der erneuten Präsidentschaft von Wladimir Putin ab Mai 2012 nehmen die autoritären Tendenzen aber wieder zu (vgl. Auswärtiges Amt 2017).

Russlands Wohlfahrtsregime wird auch als Staatskapitalismus bezeichnet. Gemeint ist mit diesem Begriff die Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln, das staatliche Interventionen in die Eigentumsrechte jedoch nicht ausschließt.

Das Performanzprofil Russlands

Russland liegt bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt im internationalen Durchschnitt. Beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente gehört es aber insgesamt zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Russland dann im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder. Der durchschnittliche Wohlstand rangiert im letzten Drittel. Die Umweltbelastungen sind höher, als gemäß dem niedrigen Wohlstand zu erwarten. Der CO₂-Ausstoß und auch das Belastungsniveau insgesamt rangieren unter den letzten Zehn. Bei den Entlastungsbemühungen schneidet Russland am schlechtesten ab von allen betrachteten 43 Ländern. Die Energie wird am wenigsten effizient eingesetzt – wohl, weil sie so reichlich verfügbar ist. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Russland an drittletzter Stelle (nur noch gefolgt von Kanada und ganz zum Schluss den USA).

Abbildung 7-25: Das Performanzprofil Russlands



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Russland unter den letzten Zehn, und dies gilt dann auch für die große Einkommensungleichheit. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert Russland im letzten Drittel, aber beim Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA hat Russland sich verbessert und liegt jetzt im ersten Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen gehört Russland damit insgesamt zum unteren Mittelfeld. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze hat Russland sich jeweils verbessert auf den internationalen Durchschnitt. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie und beim Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie hat Russland sich damit auch jeweils verbessert auf den internationalen Durchschnitt.

Beim Frauenerwerbsquotienten liegt Russland noch im internationalen Durchschnitt, aber bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim

Fraueneinkommensquotienten rangiert es im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Russland dann auch zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der Aufnahme von Migranten (insbesondere aus den früheren Sowjetrepubliken) zählt Russland zum unteren Mittelfeld. Die Teilhabe der Migranten im Bildungssystem liegt im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört Russland damit auch zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt liegt Russland insgesamt im unteren Mittelfeld. Neben der Arbeitslosigkeit ist auch die ineffektive Beschäftigung ein Problem in Russland. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft gehört es zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration rangiert Russland dann im unteren Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

7.3 Performanz der postsozialistischen Länder Osteuropas

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der postsozialistischen Länder (vgl. Tabelle 7-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik des Regimetyps, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt ist in Osteuropa geprägt durch das staatssozialistische Erbe: Die mangelnde Effektivität der kommunistischen Planwirtschaft mit zu geringer Verwendung von Marktmechanismen z.B. durch Marktpreise zeigt sich in der Ausgangslage, dass die postsozialistischen Länder mit dem durchschnittlich geringsten Wohlstand starten. Da aber einige der osteuropäischen Länder innovativer sind als einige Länder des Südens, findet bereits ein Prozess des Aufholens und Überholens im Wohlstand statt. Weil die Priorität auf das Wirtschaftswachstum gelegt wird, sind die nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall überwiegend schwach entwickelt. Bei den Investitionen in das Bildungssystem agieren Polen und die baltischen Länder eher vorausschauender. Die Gleichheit der Teilhabe ist in Slowenien und den Visegrád-Staaten stärker ausgeprägt, da die Entwicklung nicht von der wirtschaftsliberalen Richtung dominiert wurde, sondern die Machtverhältnisse eher ausgewogener sind. Bei der Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie auf Basis eines hohen Bildungsstandes liegen die postsozialistischen Länder i. a. zurück, da die Priorität zu einseitig auf Wirtschaftswachstum gesetzt wird. Bei der Frauenfreundlichkeit entsprechen die baltischen Staaten am ehesten dem egalitären Erbe, während in den Ländern Mitteleuropas traditionelle Geschlechterrollen aufgrund konfessioneller Traditionen wieder stärker zum Vorschein kommen, wobei der allgemeine Modernisierungstrend aber für alle Länder gilt. Osteuropa nimmt kaum Migranten auf, weil es durch die eigenen Probleme absorbiert ist und wenig offen für „Fremdes“.

Bei der Innovationsfähigkeit führt der tripartistisch koordinierte Entwicklungspfad Sloweniens bisher zum insgesamt besten Ergebnis unter den postsozialistischen Ländern (Platz 13 der betrachteten 43 Länder). Estland und Tschechien liegen etwa im internationalen Durchschnitt sowie die Nachzügler Serbien, Bulgarien und Rumänien mit am Schluss. Beim Lebensstandard haben Slowenien, Tschechien und die Slowakei sich verbessert auf den internationalen Durchschnitt, während die Nachzügler Serbien, Bulgarien und Rumänien wieder mit am Schluss rangieren.

Tabelle 7-1: Performanzprofile der postsozialistischen Länder

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Bulgarien	-1,25	-0,97	-0,63	-0,84	-0,84	-1,24	0,12	-1,58	-0,22
	40	38	34	36	38	38	20	40	27
Estland	-0,03	-0,43	0,52	-0,62	0,10	0,29	0,38	0,14	-0,13
	20	28	15	35	25	22	15	19	24
Kroatien	-0,67	-0,83	0,96	-0,36	0,48	-1,06	0,15	0,73	-0,87
	33	35	9	31	16	34	19	9	37
Lettland	-0,53	-0,65	1,78	-0,62	0,01	-0,72	0,31	0,27	-0,55
	29	34	1	34	29	29	17	17	33
Litauen	-0,49	-0,41	0,81	-0,58	0,10	-1,05	0,37	0,02	0,01
	28	27	10	33	26	33	16	24	21
Polen	-0,83	-0,53	0,31	-0,04	0,65	0,30	0,39	0,72	0,12
	34	30	18	22	11	21	14	10	19
Rumänien	-1,34	-0,84	0,67	-1,75	-1,18	-1,46	-0,12	-0,49	-0,38
	42	36	11	41	40	40	29	32	30
Russland	-0,43	-0,62	-1,85	-1,13	0,03	-0,21	-0,40	0,47	-0,34
	25	33	41	39	28	26	34	15	28
Serbien	-1,22	-1,30	-0,02	-0,17	-1,09	-1,68	0,31	-0,25	-1,21
	39	41	22	26	39	41	18	27	39
Slowakei	-0,62	-0,34	-0,29	-1,05	0,46	-1,26	-0,01	-0,97	-0,21
	31	26	29	38	17	39	26	37	26
Slowenien	0,39	-0,29	-0,03	0,45	0,94	0,67	1,29	-0,21	0,36
	13	25	23	13	4	15	4	26	16
Tschechien	-0,06	-0,22	-0,22	-0,33	0,96	-0,22	-0,08	-0,38	0,38
	21	24	28	30	2	27	28	29	15
Ungarn	-0,23	-0,56	-0,53	-0,05	0,19	-0,83	-0,59	1,40	-0,03
	22	31	32	23	24	30	37	4	22

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Mit seinen sehr geringen Umweltbelastungen und seinen großen Entlastungsbemühungen erreicht Lettland beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den Spitzenplatz unter allen betrachteten 43 Ländern. Litauen und Estland gehören beim Gesamtindex auch noch zum ersten Drittel. Russland ist bei der Ökologie der Ausreißer nach unten, bei den Umweltbelastungen gehört es zu den letzten Zehn und – wohl wegen des Ressourcenreichtums – bei der Energieeffizienz sowie bei den Entlastungsbemühungen insgesamt an letzter Stelle. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Russland damit an drittletzter Stelle, nur noch gefolgt von Kanada und den USA.

Von den postsozialistischen Staaten liegt nur Slowenien sowohl bei der Vorsorge durch Bildung als auch bei der Nachsorge durch den Sozialstaat im ersten Drittel (insgesamt Platz 13 bei der sozialen Sicherung). Die Visegrád-Staaten legen – wie die kontinentaleuropäischen Länder – den Schwerpunkt eher auf den nachsorgenden Sozialstaat als auf die Vorsorge durch Bildung, wobei Polen bereits relativ mehr in die Bildung investiert. Die baltischen Staaten setzen – wie wirtschaftsliberale Länder – die Priorität eher auf die Vorsorge durch Bildung als auf Nachsorge durch den Sozialstaat. Die Nachzügler Rumänien und Bulgarien sowie Kroatien und Serbien gehören bei der Vorsorge durch Bildung zu den letzten Elf der betrachteten 43 Länder.

Bei der Gleichheit der Teilhabe liegen Tschechien und Slowenien insgesamt auf den Plätzen 2 und 4, Tschechien hat die niedrigste Einkommensarmutsquote und Slowenien die zweitniedrigste Einkommensungleichheit. Die Visegrád-Staaten weisen weniger Einkommensarmut auf als vielmehr Bildungsarmut, wobei Polen bereits stärker in die Vorsorge investiert und dort auch relativ besser abschneidet. Die baltischen Länder weisen relativ weniger Bildungsarmut auf als Einkommensarmut – wie wirtschaftsliberale Länder –, da der Ausbau des Sozialstaates keine Priorität hat. Die Nachzügler Rumänien und Bulgarien sowie Serbien gehören bei der Gleichheit der Teilhabe bzgl. Bildung und Einkommen zu den letzten Sechs. Russland zählt sowohl bei den Ausgaben des Sozialstaates als auch bei der Einkommensarmut zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie und bei der subjektiven Bewertung der Freiheit der Wahl der Lebensweise durch die Bevölkerung schneidet Slowenien von den postsozialistischen Ländern insgesamt wiederum am besten ab (Platz 15). Es folgen die Visegrád-Staaten und die baltischen Länder. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie gehören die Nachzügler Serbien, Rumänien und Bulgarien sowie Kroatien zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit schneidet Slowenien von den postsozialistischen Ländern wiederum am besten ab (Platz 4). Es folgen die baltischen Staaten, in denen Frauen im Bildungsbereich und in der Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich gut teilhaben. Mit traditionelleren Geschlechterrol-

len liegen die Visegrád-Länder Tschechien, Slowakei und Ungarn bei der Frauenfreundlichkeit hinter den baltischen Ländern.

In Osteuropa gibt es nur wenig Migranten im engeren Sinne. Aufgrund der politischen Umbrüche gibt es vielmehr das Problem russischsprachige Minderheiten in den baltischen Ländern, das bisher in Litauen am besten bearbeitet wurde durch offenere Einbürgerungsregeln, wobei die Minderheit in Litauen unter 10% liegt, in Estland und Lettland andererseits bei ca. 25-30%. Ferner gibt es das Problem der Umsiedlung infolge vergangener kriegerischer Auseinandersetzungen insbesondere in Serbien und Kroatien. Bei der aktuellen Aufnahme von Flüchtlingen agieren die osteuropäischen Länder sehr restriktiv.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt gehören die Nachzügler Serbien und Kroatien insgesamt zu den letzten Sechs der betrachteten 43 Länder. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft zählen die drei baltischen Staaten – neben Russland, der Slowakei und Ungarn – zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegen nur Tschechien und Slowenien am Ende des ersten Drittels, die übrigen Länder schneiden alle schlechter ab. Die Nachzügler Kroatien und Serbien gehören zu den letzten Sieben der betrachteten 43 Länder. Insbesondere die Zivilgesellschaft ist in den postsozialistischen Ländern noch wenig entwickelt.

Als Teilgruppen bzw. Entwicklungspfade kristallisieren sich also heraus: Der tripartistisch koordinierte Entwicklungspfad Sloweniens, der zu ausgewogenen Investitionen in Vorsorge und Nachsorge führte sowie zu einer hohen Gleichheit der Teilhabe an Bildung und Einkommen. Die Visegrád-Länder Tschechien, Slowakei und Ungarn investieren relativ stärker in die Nachsorge durch den Sozialstaat statt in die Vorsorge durch Bildung und erreichen damit relativ weniger Einkommensarmut als Bildungsarmut. Bei Polen verhält es sich dagegen wie bei den baltischen Staaten, die – wie wirtschaftsliberale Länder – stärker in die Vorsorge durch Bildung investieren und dadurch relativ weniger Bildungsarmut als Einkommensarmut erreichen. Die Visegrád-Länder Tschechien, Slowakei und Ungarn rangieren beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit unter dem Durchschnitt, Polen dagegen – wie die baltischen Länder – über dem Durchschnitt. Russland sowie die sozioökonomischen Nachzügler Rumänien und Bulgarien sowie Kroatien und Serbien gehören bei den Investitionen in die Vorsorge durch Bildung zu den letzten Elf der betrachteten 43 Länder. Zu den politischen Randbedingungen dieser Entwicklungen gehören die tripartistische Koordination in Slowenien, die Dominanz von wirtschaftsliberalen Parteien in den baltischen Ländern sowie die häufigen politischen Richtungswechsel in den Visegrád-Staaten.

8. Einzelfallstudie zur Türkei

Typ und Entwicklungstrend

Die Türkei kann traditionellen und patriarchalen Wohlfahrtslogiken zugeordnet werden, wobei die soziale Sicherung nicht nur von der Zugehörigkeit zu einem Familienverbund abhängig ist. Da den traditionellen Werten und dem türkischen Nationalismus moderne, westliche und demokratische Elemente gegenüberstehen, kann die Türkei nicht als Prototyp der patriarchalen Wohlfahrtsregime gesehen werden. Es sind Parallelen mit dem familistischen Typ vorhanden. Im Rahmen der Bemühungen um einen EU-Beitritt ist ebenfalls ein fortschreitender Trend zum Wirtschaftsliberalismus erkennbar.

Die Familie bleibt für viele die zentrale Instanz der sozialen Sicherung, auch wenn diese nicht mehr im gleichen Maße wie früher für die Absicherung der Familienangehörigen sorgen kann. Das Armutsrisiko ist bei Großfamilien besonders hoch und führte bereits zu einer Dominanz der Kernfamilien in städtischen Regionen. Eine zukünftige Herausforderung für die soziale Sicherung wird wie in den meisten westlichen Staaten der demographische Wandel sein, auch wenn die Türkei im europäischen Vergleich bisher die jüngste Bevölkerung aufweist (vgl. Grütjen 2008, S. 3 ff.).

Mittelfristig ist eine allmähliche Modernisierung des patriarchalischen Wohlfahrtsregimes zu erwarten, im Moment dominieren allerdings Rückschläge.

Das Performanzprofil der Türkei

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der Türkei (vgl. Tabelle 8-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Logik der Produktion und Verteilung der Wohlfahrt ist in der Türkei geprägt durch traditionale Wertvorstellungen. Der Nationalstaat und die patriarchalen Familienverbände sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen. Das Spannungsverhältnis zwischen säkularem Staat und religiösen Traditionen birgt noch immer Konflikte. Bisher waren die politischen Prioritäten auf das Wirtschaftswachstum ausgerichtet, der Sozialstaat blieb rudimentär. Die Bereitstellung von Betreuungsarbeit bleibt dadurch zu einem hohen Anteil die Aufgabe der Familienverbände.

Die Türkei gehört bei den privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung insgesamt zu den letzten Zehn der betrachteten Länder. Auch beim Output in Form der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten liegt sie insgesamt unter den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit rangiert die Türkei dann ebenfalls unter den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Dies gilt dann auch für den durchschnittlichen

Wohlstand. Als Kehrseite des geringen Wohlstands sind die Umweltbelastungen mit Platz 6 ebenfalls niedrig. Bei den Entlastungsbemühungen liegt die Türkei etwas unter dem internationalen Durchschnitt, aber beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört die Türkei wegen der geringen Umweltbelastungen zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Tabelle 8-2: Das Performanzprofil der Türkei

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Türkei	-1,17	-0,91	0,55	-1,28	-2,08	-1,74	-2,48	0,66	-1,43
	38	37	13	40	41	42	42	12	41

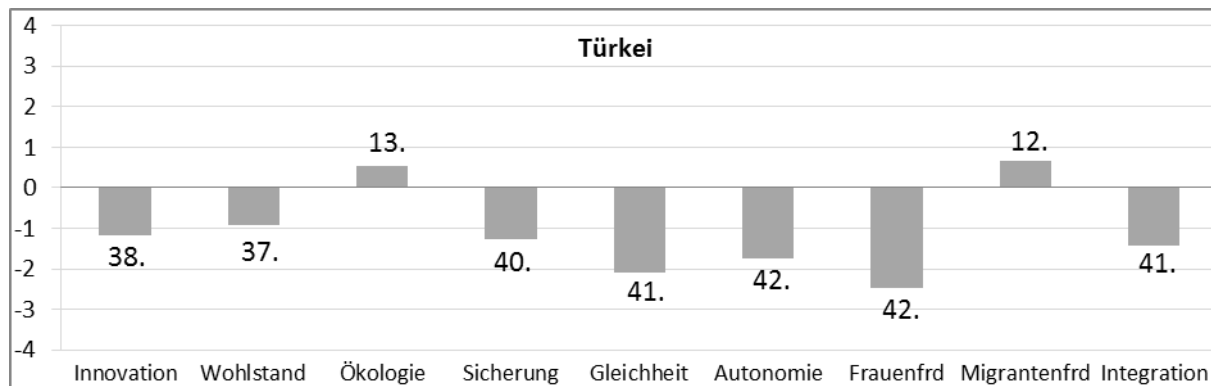
Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört die Türkei zu den letzten Zehn, und dies gilt dann jeweils auch für die große Einkommensungleichheit und die hohe Einkommensarmutsgefährdung. Bei den gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge rangiert die Türkei ebenfalls unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den hohen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildungschancen und Einkommen liegt die Türkei auf dem drittletzten Platz, nur noch gefolgt von Brasilien und ganz am Schluss Südafrika. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze gehört die Türkei jeweils zu den letzten Fünf. Dies gilt dann auch insgesamt für die objektive Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie. Wenn man die sehr geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt die Türkei beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie an vorletzter Stelle der betrachteten 43 Länder (nur noch gefolgt von Griechenland).

Der traditionellen konfessionellen Prägung entsprechend liegt die Türkei beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten jeweils an vorletzter Stelle und beim Studentinnenanteil unter den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert die Türkei dann auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt von Indien. Beim Anteil der Migranten rangiert die Türkei nur im letzten Drittel, aber bei den Einbürgerungen sowie bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt die Türkei jeweils im ersten Drittel. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit gehört die Türkei damit zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. – Als Leistung ist auch anzuerkennen, dass die Türkei

ca. 2,9 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hat, was in den internationalen Statistiken zum Teil noch nicht berücksichtigt ist.

Abbildung 8-26: Das Performanzprofil der Türkei



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem gehört die Türkei wegen der traditionellen Geschlechterrollen zu den letzten Fünf, bei der Integration in der Zivilgesellschaft ebenfalls. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt die Türkei dann an drittletzter Stelle der betrachteten 43 Länder (gefolgt nur von Griechenland und Indien).

9. Das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens

9.1 Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der produktivistischen Länder

Das besondere Kennzeichen produktivistischer Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt beschreibt Ian Gough (2004) in Anlehnung an Holliday (2000) als Organisation der Sozialpolitik, in der diese keinen eigenständigen Bereich der Politik darstellt, sondern den Wachstumszielen der Wirtschaftspolitik untergeordnet ist (vgl. Gough 2004, S. 183). Die Sozialpolitik dient hauptsächlich der Sicherung der Arbeitsfähigkeit, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die staatlichen Sozialausgaben und somit auch das Niveau der staatlichen sozialen Sicherung sind sehr gering, stattdessen wird versucht, den gemeinschaftlichen Zusammenhalt beizubehalten, um die soziale Absicherung in familiären Netzwerken aufrecht zu erhalten. Der Staat beschränkt sich überwiegend auf eine regulierende Rolle, anstatt selbst alle benötigten Wohlfahrtsleistungen bereitzustellen und treuhänderisch tätig zu sein (vgl. Gough 2004, S. 182 ff.).

Amable (2003) und Lane (2007) sehen eine zusätzliche Besonderheit des ostasiatischen Raums in der Abhängigkeit des Wohlfahrtssystems von den großen Unternehmen und der Privatisierung des tertiären Bildungsbereichs. Die

staatlichen Ausgaben für Hochschulbildung sind relativ gering, obwohl Bildung einen wichtigen Stellenwert im ostasiatischen Raum einnimmt. Private Universitäten mit hohen Studiengebühren machen den Großteil des Hochschulangebots aus (vgl. Amable 2003, S. 174; Lane et al. 2007, S. 19 ff.).

Zu den produktivistischen Wohlfahrtsregimen werden üblicherweise die ostasiatischen Staaten gezählt. Im Folgenden werden Japan und Südkorea genauer betrachtet.

Die ostasiatischen Staaten verfügen über eine wachstums- und innovationsorientierte Wirtschaft und haben eine dynamische Entwicklung zu kapitalistischen Marktwirtschaften erlebt. Das Finanzsystem ist zentralisiert. Große Unternehmen dominieren in Zusammenarbeit mit der Regierung den heimischen Markt, der i.d.R. vor ausländischen Investoren geschützt wird. Stark ausgeprägte Arbeitsdisziplin und eine Identifikation mit den Unternehmen sind besonders in Japan und Südkorea weit verbreitet.

Schnell steigende Einkommen erlauben eine hohe Sparquote und eine schnell steigende private Finanzierung der Wohlfahrt. Eine geringe steuerliche Belastung und wenig staatliche Wohlfahrtsleistungen verstärken dies. Unternehmen übernehmen bei der sozialen Sicherung eine entscheidende Funktion (vgl. Gough 2004, S. 184). Besonders größere Unternehmen bieten ihren Arbeitnehmern spezielle Versicherungen an. Diese wurden anfänglich von der Regierung unterstützt, um die öffentlichen Ausgaben langfristig zu senken. In Japan übernehmen Unternehmen traditionell eine noch wichtigere Rolle in der sozialen Sicherung als in Südkorea. Zahlreiche große japanische Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern nicht nur lebenslange Anstellung, sondern auch betriebliche Krankenversicherung und Altersversorgung. Wobei viele Unternehmen aufgrund des wirtschaftlichen Drucks inzwischen von dem Modell der lebenslangen Beschäftigung abkehren und auch zukünftig weniger Aufgaben der sozialen Sicherung übernehmen wollen. Südkorea, das dieses Modell einst von Japan übernommen hat, stellte dieses bereits während der Finanzkrise 1997 aufgrund mangelnder Flexibilität und finanzieller Belastung der Unternehmen wieder ein.

Das „male-breadwinner model“ ist weit verbreitet, gestützt wird es durch die Politik der Unternehmen. Der Lohn der arbeitenden Männer ist für die gesamte Familie gedacht, wodurch die alten Strukturen konserviert werden. Das Einkommen bezieht zwar üblicherweise der Ehemann, doch wird die Ungleichverteilung des Einkommens durch die Verteilung des Einkommens innerhalb der Familie auf die Ehefrau und die Eltern reduziert. Verstärkt wird dieses Familiensystem aufgrund der mangelnden Einbindung von Frauen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt (vgl. Gough 2004, S. 184). Dennoch wird die aus dem Konfuzianismus hervorgehende traditionelle Rolle der Frau langsam zurückgedrängt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt kontinuierlich. Die

Rolle der Familie als soziales Netzwerk wechselseitiger Hilfe zum Ausgleich fehlender staatlicher Leistungen ist stark rückläufig.

Die Familienstrukturen haben sich, besonders in Japan, verändert. Kleinere Familien und andere alternative Familienformen verdrängten die angestammte Familienform. Zwar leben noch immer viele ältere Menschen mit ihren Kindern unter einem Dach, doch ist der Anteil der Drei-Generationen-Familien rückläufig (vgl. Gough 2004, S. 184).

Der wirtschaftliche Erfolg der ostasiatischen Staaten führte u.a. zu einer Ausweitung der staatlichen Sozialpolitik, welche allerdings noch immer relativ rudimentär ist. Die Sozialpolitik konzentriert sich auf die Bereiche Bildung und Grundsicherung im Gesundheitsbereich. Aufgrund der rudimentären staatlichen Absicherung besteht die Notwendigkeit der Bürger, sich zusätzlich über familiäre Netzwerke und den Markt abzusichern (vgl. Gough 2004, S. 190 f.).

Die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen sind relativ gering. Zwar werden häufig Krankenhäuser und Gesundheitszentren vom Staat zur Verfügung gestellt, doch ein Großteil der Kosten muss von den Patienten übernommen werden. Die Abdeckung der staatlichen Krankenversicherung ist nur unzureichend.

Auch die staatlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherungen decken mit ihrem geringen Leistungsniveau nur unzureichend vor den entsprechenden Risiken ab. Die Versicherungen bezüglich Alter, Krankheit und Unfall werden durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie den Staat finanziert.

Dem Bildungsbereich wird mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit speziell gegenüber anderen asiatischen Staaten große Bedeutung beigemessen. Besonders im Grundschulbereich ist universelle Bildung ein wichtiges Gut. Die Bildungssysteme sind relativ gut ausgebaut, sehr leistungs- und wettbewerbsorientiert sowie von strenger Autorität geprägt. Eine Selektion findet erst nach neun gemeinsamen Schuljahren statt. Lebenslanges Lernen spielt auch außerhalb der Unternehmen eine wichtige Rolle.

9.2 Fallstudien zu den einzelnen Ländern

Japan

Typ und Entwicklungstrend

Japan zählt zu dem produktivistischen Wohlfahrtsregimetypp mit Statuskonservierenden Elementen und mit privatisierter tertiärer Bildung.

Angesichts der dominierenden konservativen politischen Ausrichtung ist in nächster Zeit keine Richtungsänderung zu erwarten. Die bestehenden Schwierigkeiten werden erhalten bleiben. Durch zu geringes Agieren während der

asiatischen Finanzkrise 1997 hat Japan in der Region, insbesondere verglichen mit China, an Ausstrahlungskraft verloren.

Nach fünfzig Jahren Regierungszeit wurde im Jahr 2009 die liberaldemokratische Partei abgewählt. Der Wahlsieg der demokratischen Partei wird z.T. mit der an Wirtschaftsinteressen orientierten Politik der Vorgängerregierung und der seit Jahren andauernden wirtschaftlichen Stagnation erklärt. Die Orientierung an den USA sollte zugunsten einer stärkeren Zusammenarbeit mit den asiatischen Nachbarstaaten China und Südkorea abgebaut werden.

Weitere Ziele waren eine Erhöhung des Kindergeldes, die Reduzierung der zuvor gestiegenen Krankenkassenbeiträge, ein Mindesteinkommen für Landwirte sowie die Einführung einer Mindestrente. Die Umsetzung dieser Ziele verlief jedoch angesichts des hohen Verschuldungsstandes und der hinhaltenden Umsetzung durch die Bürokratie schleppend.

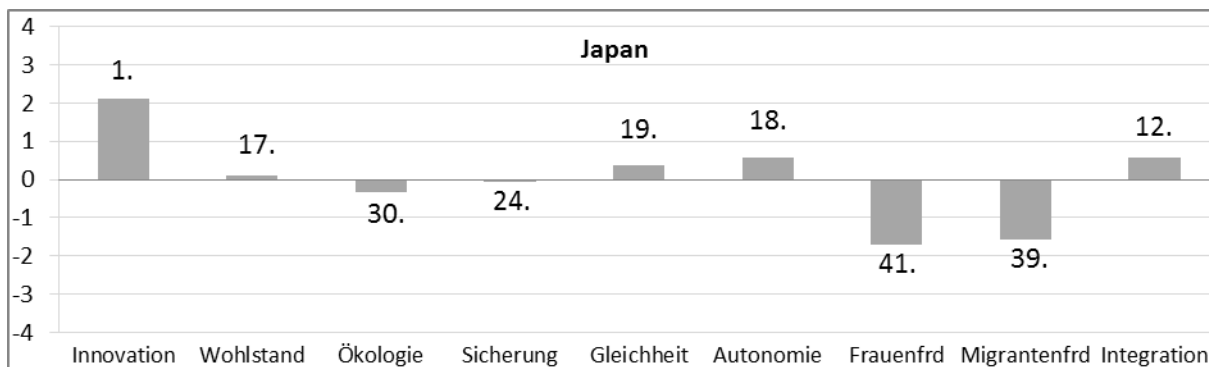
Seit der Erdbeben- und Atomkatastrophe von März 2011 musste Japan seine politischen Prioritäten ändern. Vorrang hat nun der Wiederaufbau des Landes. Die Staatsverschuldung, die schon vor der Atomkatastrophe bei über 200 % des BIP lag, muss zurückgebaut werden, was erschwerte Rahmenbedingungen sind.

Seit der Regierungsübernahme durch die Liberaldemokraten im Dezember 2012 und der jüngsten Bestätigung in den Wahlen im Oktober 2017 wird mit Konjunkturprogrammen und der Exportförderung durch Yen-Abwertung zentral auf das Wirtschaftswachstum fokussiert. Die produktivistische Orientierung auf den Weltmarkt bleibt weiter dominierend.

Das Performanzprofil Japans

Japan liegt der produktivistischen Wohlfahrtslogik entsprechend, die auf Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und Exporteffizienz setzt, bei der Innovationsfähigkeit ganz vorn. Bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung platziert Japan sich (hinter Südkorea) auf der zweiten Stelle. Bei der Verbreitung der Internetnutzung steht Japan auf Platz 8. Die wirtschaftliche Verwertung ist das Ziel, entsprechend erreicht Japan bei den wichtigen Patenten den zweiten Rang und beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit den Spitzenplatz. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Japan im vorderen Mittelfeld, da seit dem Platzen der Immobilienblase das Wirtschaftswachstum in Japan mit seiner alternden Bevölkerung und äußerst geringen Einwanderung nur noch mäßig ausfällt. Die Staatsverschuldung, die auf die Sanierungs- und Konjunkturprogramme zurückzuführen ist, lag schon vor der Erdbebenkatastrophe vom März 2011 bei 200 % des BIP. Bei der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft rangierte Japan vor der Atomkatastrophe von 2011 im letzten Drittel, hat die Kernkraftwerke zwischenzeitlich heruntergefahren, plant aber den Wiedereinstieg. Bei den Entlastungsbemühungen rangiert Japan im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Japan dann auch zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Abbildung 9-27: Das Performanzprofil Japans



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Japan im vorderen Mittelfeld. Durch die starke Segmentierung in Kernbelegschaften, Randbelegschaften und Zulieferern hat Japan eine zu hohe relative Armut, dabei gehört Japan zum letzten Drittel der betrachteten 43 Länder. Auf der anderen Seite orientiert sich die Bevölkerung ebenfalls an der produktivistischen Logik, indem sie privat stark in die Bildung ihrer Kinder investiert. Mit seinem geringen Anteil an Risikolesern liegt Japan mit vorn. Während die Einkommensarmut hoch ist, fällt die Bildungsarmut gering aus, sodass Japan beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen etwas über dem internationalen Durchschnitt steht. Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Japan unter dem internationalen Durchschnitt. Aber Bildung hat in der japanischen Tradition einen so hohen Stellenwert, dass die Familien bei Bedarf die Nachhilfe finanzieren, die den Schulerfolg fördern. Im Ergebnis ist das japanische Bildungssystem, das mit hohem Wettbewerbsdruck arbeitet – wobei die Nebenkosten hier nicht erfasst werden können –, sehr erfolgreich. Die Investitionen in die Bildung der Kinder schlagen sich nieder in einem guten Platz sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze. Wenn man neben der guten objektiven Befähigung zur Autonomie noch die nur durchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Japan beim Gesamtindex der Autonomie im vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert Japan mit seinen sehr traditionellen Geschlechterrollen ganz am Schluss. Beim Studentinnenanteil, beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten zählt Japan jeweils zu den letzten Zehn. In der japanischen Kultur erfuhren die Frauen zunächst die ambivalente Wertschätzung als „Blume am Arbeitsplatz“. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Japan an drittletzter Stelle (gefolgt nur noch von der Türkei und Indien). Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Japan mit einem Anteil von 1,6 % unter den letzten Zehn. Bei der Teilhabe der (wenigen)

Migranten im Bildungssystem gehört Japan gemäß der Differenz der Lesekompetenz zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und den übrigen Schülern zum letzten Drittel. Damit gehört Japan beim Gesamtindex der Migrantenfremdlichkeit zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder.

Bei der ökonomischen Integration hat sich Japan in den letzten Jahren im Zuge der Wiederaufbaumaßnahmen verbessert auf den dritten Platz. Die Integration in der Zivilgesellschaft liegt etwas unter dem internationalen Durchschnitt und die Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke zählt zum ersten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört Japan dann zum ersten Drittel der betrachteten Länder. Die gute Integration der Einheimischen in den Familien, in den Unternehmen und in der Nation ist ein wichtiges Charakteristikum der japanischen Gesellschaft.

Südkorea

Typ und Entwicklungstrend

Vor der Wirtschaftskrise 1997/98 sprachen drei Merkmale für eine Nähe zum konservativen Wohlfahrtsregime. Zum einen die Wohlfahrtsstruktur, ein Pflichtversicherungssystem mit öffentlicher Unterstützung der Armen, und zum anderen die bedeutende Rolle der Familie als Wohlfahrtsorganisator. Sowohl die katholische Kirche als auch die konfuzianische Tradition messen der Familie eine zentrale Bedeutung bei der sozialen Wohlfahrtssicherung bei. Als drittes Kennzeichen kann die Tendenz zur Beibehaltung der aktuellen Situation statt einer Veränderung gesehen werden.

Trotz der Gemeinsamkeiten mit dem konservativen System hat das südkoreanische Wohlfahrtssystem spezifische Eigenheiten. So hatten die politischen Spannungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, im Gegensatz zu den europäischen konservativen Staaten, kaum Einfluss auf die Sozialpolitik. Stattdessen haben die autoritären Regierungen eine Entwicklung hervorgerufen, die in einem fragmentierten Wohlfahrtssystem endete, welches die Staatselite und die industriellen Arbeiter bevorzugte. Die Umverteilungselemente verstärkten bestehende Ungleichheiten und gerade der gefährdete Teil der Bevölkerung wurde nicht im gleichen Umfang geschützt wie die Arbeiter.

Mit seinen wichtigsten Charakteristika gehört Korea zum produktivistischen „East Asian Welfare Model“. Ein dynamisches Wirtschaftswachstum und geringe Sozialausgaben bei gleichzeitiger Beibehaltung des sozialen Zusammenhalts sind für die ostasiatischen Staaten charakteristisch (vgl. Kwon 2006, S. 733 f.).

Da in Südkorea der Sozialpolitik neben der reinen sozialen Sicherung noch immer die Aufgabe der Produktivitätssicherung zukommt und die soziale Sicherung zu einem großen Teil über den Markt organisiert wird, kann Südkorea dem produktivistischen Wohlfahrtsregime zugeordnet werden. Dazu passt auch

die extreme Leistungsorientierung im Bildungssystem, die zu Spitzenplätzen bei den PISA-Evaluationen führte.

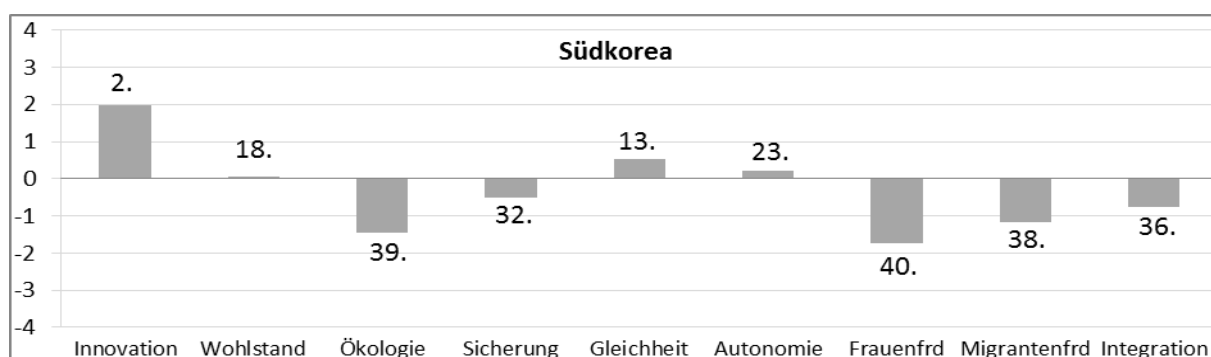
Obwohl unter der Kim-Regierung bereits viele Reformen zu einer umfassenderen Sozialpolitik geführt haben, sind noch weitere Schritte hin zu einem Wohlfahrtsstaat nötig. Die staatlichen Ausgaben zur sozialen Sicherung sind noch immer auf keinem ausreichenden Niveau und die hohen Selbstbeteiligungsanteile bei der Krankenversicherung eine zu große Belastung für die Bürger. Im internationalen Vergleich weist Südkorea relativ geringe Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt auf, hingegen überdurchschnittlich hohe Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung.

Der seit Mai 2017 amtierende neue sozialliberal orientierte Präsident Moon strebt eine Entspannung mit Nordkorea an.

Das Performanzprofil Südkoreas

Südkorea erreicht bei den Investitionen der Privatwirtschaft in Forschung und Entwicklung den Spitzenplatz von allen betrachteten 43 Ländern. Bei den öffentlichen Investitionen liegt es an zweiter Stelle und unter Berücksichtigung des Outputs beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit auch auf dem zweiten Platz. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Südkorea noch am Anfang des Mittelfelds, aber es befindet sich im Aufstieg. Südkorea setzt seine Priorität so eindeutig auf Wirtschaftswachstum, dass es bei den Umweltbelastungen zum letzten Drittel zählt. Bei den Entlastungsbemühungen gehört es zu den letzten Fünf, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit.

Abbildung 9-28: Das Performanzprofil Südkoreas



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall gehört Südkorea wegen des produktivistischen Kurses zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Ein Starkpunkt in Südkorea sind andererseits die hohen Investitionen in das Bildungssystem, um das Humankapital zu fördern, das für

das exportorientierte Wachstumsmodell benötigt wird. Dementsprechend rangiert Südkorea zwar bei der Einkommensarmutsquote nur im unteren Mittelfeld, mit seinem geringen Anteil an Risikolesern im Sinne von PISA gehört Südkorea aber mit zur Spitze. Beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen liegt Südkorea damit im ersten Drittel der Länder. Mit seinen hohen Bildungsinvestitionen gehört Südkorea sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze mit zur Spitze. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie erreicht Südkorea den dritten Platz, d.h. die Bildungssysteme der produktivistischen Länder sind sehr leistungsstark. Auf der anderen Seite wird der hohe Leistungsdruck begleitet von einer geringen Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten, dabei gehört Südkorea zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder, Südkorea hat also ein sehr prägnantes produktivistisches Profil. Beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie liegt Südkorea damit im internationalen Durchschnitt.

Die Geschlechterrollen sind noch sehr traditionell. Beim Studentinnenanteil liegt Südkorea an drittletzter Stelle, beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten jeweils unter den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert Südkorea dann auf dem viertletzten Platz, nur noch gefolgt von Japan, der Türkei sowie ganz am Schluss Indien. Bei der Offenheit für Migranten gehört Südkorea zu den letzten Zehn. Zur Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen in den internationalen Erhebungen keine Informationen zu Südkorea vor.

Bei der ökonomischen Integration liegt Südkorea im vorderen Mittelfeld. Aber bei der Integration in der Zivilgesellschaft rangiert Südkorea im letzten Drittel und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke unter den letzten Zehn. Damit gehört Südkorea beim Gesamtindex der sozialen Integration auch zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

9.3 Performanz der produktivistischen Länder Ostasiens

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz der produktivistischen Länder zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Wohlfahrtslogik Ostasiens ist von Japan geprägt worden, sie setzt auf Erfolg auf dem Weltmarkt und ist deshalb als „produktivistisch“ (Holliday 2000) bezeichnet worden. Durch systematische und koordinierte Technologieentwicklung soll die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gesteigert werden. Fragen der sozialen Sicherung werden diesem Ziel untergeordnet, die soziale Sicherung wird den großen Unternehmen überlassen und die Pflegearbeit den Frauen in den Familien zugeordnet. D.h. in Japan dominiert noch das starke

Ernährermodell als Leitvorstellung, wobei aber wie in allen Ländern ein Modernisierungsprozess in den Geschlechterrollen stattfindet.

Japan und Südkorea liegen der produktivistischen Wohlfahrtslogik entsprechend, die auf Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und Exporteffizienz setzt, bei der Innovationsfähigkeit gemeinsam an der Spitze. Bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung erzielen Japan und Südkorea die ersten beiden Plätze. Die wirtschaftliche Verwertung ist das Ziel, dementsprechend erreicht Japan bei den wichtigen Patenten den zweiten Rang (hinter der Schweiz). Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit hat Japan sich verbessert und erreicht den Spitzenplatz. Südkorea liegt bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung vor Japan und hat sich beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit auf den zweiten Platz (hinter Japan) verbessert. U.a. wegen der besseren Patentbilanz liegt Japan im Wohlstand vor Südkorea im vorderen Mittelfeld.

Tabelle 9-3: Performanzprofile der produktivistischen Länder Ostasiens

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Japan	2,13	0,10	-0,34	-0,07	0,36	0,57	-1,72	-1,57	0,59
	1	17	30	24	19	18	41	39	12
Südkorea	1,99	0,05	-1,45	-0,51	0,54	0,21	-1,72	-1,18	-0,76
	2	18	39	32	13	23	40	38	36

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der starken Nutzung der Risikotechnologie Kernkraft rangierte Japan vor der Atomkatastrophe von 2011 im letzten Drittel, lag zwischenzeitlich im internationalen Durchschnitt, plant aber den Wiedereinstieg. Südkorea setzt seine Priorität ebenfalls so eindeutig auf Wirtschaftswachstum, dass es bei den Umweltbelastungen zum letzten Drittel zählt. Bei den Entlastungsbemühungen rangierte Japan vor der Atomkatastrophe unter den letzten Fünf, inzwischen wegen der Abschaltung von Kernkraftwerken im letzten Drittel. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Japan wegen der geringen Entlastungsbemühungen am Anfang des letzten Drittels. Südkorea engagiert sich noch weniger bei den Umweltentlastungen, es gehört dabei zu den letzten Drei. Bei der Nutzung regenerativer Energien z. B. rangiert Japan auf Platz 41 und Südkorea sogar auf dem letzten Platz. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit gehört Südkorea damit zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder.

Bei der sozialen Sicherung setzen Japan und Südkorea ihre Priorität eindeutig auf Befähigung durch Bildung statt auf Nachsorge durch den Sozialstaat, wobei Südkorea noch extremer ist, das bei den Bildungsinvestitionen Platz 11 erzielt, bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall aber auf Platz 40 rangiert. Dementsprechend erreichen Südkorea Platz 1 und Japan Platz 2 durch geringe Bildungsarmut, während beide bei der Einkommensarmut unter dem Durchschnitt liegen. Die Bevölkerung orientiert sich ebenfalls an der produktivistischen Logik, indem sie privat stark in die Bildung ihrer Kinder investiert. Im Ergebnis sind die produktivistischen Bildungssysteme, die mit hohem Wettbewerbsdruck arbeiten – wobei die Nebenkosten hier nicht erfasst werden können –, sehr leistungsstark. Die Investitionen in die Bildung der Kinder schlagen sich nieder in Spitzenplätzen sowohl bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA als auch beim Anteil der PISA-Spitze. Wenn man neben der objektiven Befähigung zur Autonomie noch die unterdurchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten berücksichtigt, dann liegt Japan beim Gesamtindex der Autonomie im vorderen Mittelfeld, weil es bei der objektiven Befähigung zur Autonomie zum ersten Drittel gehört und bei der subjektiven Autonomie im internationalen Durchschnitt liegt. Südkorea rangiert beim Gesamtindex der Autonomie etwa im internationalen Durchschnitt, weil es bei der objektiven Befähigung zur Autonomie zu den besten Fünf gehört, aber bei der subjektiven Autonomie im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder rangiert.

Die Geschlechterrollen in Japan und Südkorea sind noch sehr traditionell. Beim Erwerbsquotienten liegen beide Länder unter den letzten Zehn. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament rangiert Japan sogar auf dem allerletzten Platz. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegen Südkorea und Japan dann auf den Plätzen 40 und 41, nur noch gefolgt von der Türkei sowie ganz am Schluss von Indien.

Bei der Offenheit für Migranten gehören Japan und Südkorea zum letzten Drittel. Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem rangiert Japan im letzten Drittel (in den üblichen Erhebungen liegen keine Informationen zu Südkorea vor). Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangieren Südkorea und Japan auf den Plätzen 38 und 39 der betrachteten 43 Länder.

Bei der ökonomischen Integration hat Japan sich im Rahmen der Wiederaufbaumaßnahmen auf den dritten Platz verbessert. Bei Südkorea gilt dies nur für die geringe Arbeitslosenquote, während die Beschäftigungsquote nur im internationalen Durchschnitt liegt. Die Integration in der Zivilgesellschaft liegt in Japan etwas unter dem internationalen Durchschnitt. Die Integration in persönliche Unterstützungsnetzwerke ist in Japan gut entwickelt, sodass Japan beim Gesamtindex der sozialen Integration zum ersten Drittel gehört. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft zählt Südkorea zum letzten Drittel. Die Integration in persönliche Unterstützungsnetzwerke ist in Südkorea weniger gut

entwickelt. Südkorea gehört damit beim Gesamtindex der sozialen Integration zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

10. Wohlfahrtsregime in Lateinamerika

10.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Wohlfahrtssysteme der lateinamerikanischen Staaten werden in der Literatur vor allem nach dem Zeitpunkt ihrer Herausbildung unterschieden. Mesa-Lago (1978) identifiziert die Pionierländer (Argentinien, Chile, Uruguay, Brasilien), deren Sozialversicherungssysteme sich zwischen 1920 und 1930 herausbildeten, stratifiziert sind und auf Initiative des Staates oder von Interessengruppen zurückgehen. Eine zweite Gruppe von Ländern (Mexiko, Costa Rica, Ecuador, Paraguay, Peru, Venezuela und Kolumbien) führten soziale Sicherung zwischen 1940 und 1950 ein. Obwohl ihre Sozialversicherungssysteme die ganze Bevölkerung erfassen sollten, profitierten in der Praxis meist nur die einflussreichsten Bevölkerungsgruppen. Die letzte Ländergruppe (Nicaragua, El Salvador und die englischsprachigen Länder der Karibik) führten soziale Sicherungssysteme erst in den 1950er Jahren ein. Hier ist die Reichweite meist noch geringer und die Leistungen sind residual (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 6). Der Grad der Stratifizierung nimmt von den Pionierländern zu der dritten Ländergruppe hin deutlich ab. In den meisten Ländern kamen jedoch Militärangehörige in den Genuss eines eigenen Sozialversicherungssystems mit hohen Leistungen (Ausnahme sind Costa Rica und Panama), vielfach gab es auch eigene Systeme für Staatsangestellte (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 9 und S. 15).

Ursache für die versetzte Entwicklung des Wohlfahrtsstaates ist der unterschiedliche Grad an Industrialisierung und Verstädterung, die Größe des formellen Sektors und das Alter des Versicherungssystems. So haben die Länder der Pioniergruppe das höchste Maß an Industrialisierung, Verstädterung, formell beschäftigter Arbeitskraft und das älteste System, wohingegen die dritte Ländergruppe über die geringste Industrialisierung, geringe Stadtbevölkerung, einen großen informellen Sektor und ein sehr junges Sozialsystem verfügen (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 7).

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Wirtschaftspolitik ist ähnlich in vielen Ländern Lateinamerikas, auch wenn sie sich im Wohlstandsniveau unterscheiden. So begannen viele in den 1950er Jahren, den Ausbau der eigenen Industrie zu fördern und den Außenhandel stärker zu kontrollieren. Diese Import-Substitutions-Politik wurde bis in die 1970er Jahre betrieben (vgl. Uribe Gómez 2007, S. 434). Meist ging sie einher mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates (vgl. Dion 2008, S. 434). Doch rasch wurden die Grenzen dieser Politik deutlich. So gelang es beispielsweise nicht, die arme ländliche Bevölkerung zu integrieren, Vollbeschäftigung zu gewähr-

leisten oder die Ungleichheit zu reduzieren. Die wirtschaftsliberale Kritik gab dem staatlichen Interventionismus die Schuld für die Schuldenprobleme, die zu Beginn der 1970er Jahre auftraten. Es kam zu einer Abkehr von der Import-Substitutions-Politik und zu einer allmählichen Öffnung der Märkte. Obwohl es zunächst noch nicht zu einer bedeutsamen Reduktion der sozialen Sicherung kam, verlor der Staat seine zentrale Position bei der Steuerung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens (vgl. Ulribe Gómez 2007, S. 437-439).

In den 1980er Jahren gerieten viele lateinamerikanische Länder in eine Schuldenkrise. Strukturelle Veränderungen wurden gefordert, um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln und die Inflation zu senken. Mit Hilfe der Weltbank und des IMF wurden neoklassische Konzepte ausgearbeitet, die unter anderem auf Privatisierung, Entmonopolisierung und Deregulierung setzten. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft hin wurden diese Reformen mit Nachdruck durchgesetzt. Vor dem Hintergrund autoritärer Regime und starker Interessenverbände in vielen Ländern kam es zu Klientelismus, Stratifizierung der Sozialleistungen, Exklusion großer Bevölkerungsanteile und Fragmentierung der Sozialleistungen (vgl. Ulribe Gómez, S. 442 f.).

Eine zweite Welle der Reformen erfolgte zu Beginn der 1990er Jahre. Im Zentrum stand die Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie die Steigerung der Effizienz und Rentabilität im Öffentlichen Dienst (vgl. Ulribe Gómez 2007, S. 444).

Die Reformprogramme der 1990er Jahre in den Bereichen Arbeitsrecht, Bildung, Gesundheit und Rente fielen je nach nationalem Kontext recht unterschiedlich aus. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass einige Länder noch autoritär regiert wurden, während andere eine demokratische Regierungsform etabliert hatten (vgl. Ulribe Gómez 2007, S. 445).

Ziel der Reformen war es, die sozialen Sicherungssysteme an die alternde Gesellschaft anzupassen und die steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung einzudämmen. Dazu wurden häufig die Geldleistungen strikt an die Beiträge gekoppelt, ein privater Versicherungsmarkt eröffnet und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Versicherungsanbietern hergestellt. Gelang es bei den Renten, eine gleiche Berechnungsgrundlage in den privaten und gesetzlichen Systemen herzustellen, so zeichnen sich die Gesundheitssysteme durch eine große Ungleichheit in Bezug auf gewährte Leistungen aus. Von der Basisabsicherung abgesehen existiert eine Vielzahl von verschiedenen Versicherungsprogrammen. Mehr Geschlechter-Gerechtigkeit wurde nicht hergestellt (vgl. Mesa-Lago 2008, S. VI-VII und S. 10).

Die Reformen der 1990er Jahre hatten eine Reduzierung der Arbeitnehmerrechte und eine größere Fragmentierung der organisierten Gruppen aufgrund der Dezentralisierung zur Folge (vgl. Ulribe Gómez 2007, S. 444). De facto existieren in vielen Ländern drei Versicherungsmodelle nebeneinander: Ein privates, ein gesetzliches und eines für Staatsangestellte. Das Solidaritätsprinzip

wird in vielen Ländern nicht eingehalten. In den Pionierländern widerspricht die hohe Stratifizierung dem Solidaritätsprinzip, in der dritten Ländergruppe steht dem vor allem die geringe Reichweite entgegen. Der informelle Sektor ist von fast allen Sozialversicherungsleistungen ausgeschlossen (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 11 f.).

Geschlechterrollen

Die Bevölkerung Lateinamerikas ist stark katholisch geprägt. Die weite Verbreitung christlicher Werte und Rollenbilder hat großen Einfluss auf die Lebenssituationen und vor allem auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Machismus ist weit verbreitet, d.h. ein Weltbild mit Dominanz des Mannes. Vielfach unterliegen Frauen Einschränkungen durch ihre Familie und erfüllen die Doppelrolle von Beruf und Hausfrau (vgl. Del Campo 2005, S. 1719). Insgesamt spielt die Familie in ganz Lateinamerika eine wichtige Rolle, sowohl als soziales Netz als auch als primäre Bezugsgruppe. Dies gilt besonders für die Kinder, die in einem Netz von Verwandtschaftsbeziehungen groß werden und dort auch in der Regel betreut werden (vgl. Kuznesof 2005).

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist fast überall geringer als die der Männer. Dies ist vor allem den Auszeiten geschuldet, die Frauen sich für die Schwangerschaft und die Erziehung der Kinder nehmen. Das bedeutet jedoch, dass Frauen während ihres Arbeitslebens weniger Beitragsjahre erreichen. Unter Umständen bedeuten das, dass es ihnen nicht gelingt, die Mindestbeitragsjahre für einen Rentenanspruch zu erreichen. Gerade in den Rentensystemen, die sich auf individuelle Kapitalakkumulation stützen, sind Frauen deshalb vermehrt von Altersarmut bedroht. Auch ist Frauenarbeit vor allem in einigen wenigen (meist schlechter bezahlten) Bereichen konzentriert. Darüber hinaus sind sie häufiger halbtags beschäftigt, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Dies bedeutet aber wiederum geringere Beiträge und damit eine geringere Rente (vgl. Bertanou 2006, S. 9 f.).

In den meisten lateinamerikanischen Gesundheitssystemen werden Frauen diskriminiert. Zunächst ist ihr Zugang beschränkter, da sie häufiger als Männer im informellen Sektor tätig sind und häufiger aus dem Beruf ausscheiden. Private Anbieter schließen Frauen im reproduktiven Alter aus, da sie höhere Kosten infolge von Schwangerschaften befürchten. In fast allen Ländern sind mehr Frauen als Männer nicht krankenversichert (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 211).

Die Beteiligung von Frauen in der Regierung bleibt deutlich hinter der der Männer zurück, Frauenquoten existieren nur in sehr wenigen Ländern.

Programme zur Förderung von Frauen gibt es hingegen in fast allen Ländern Lateinamerikas. Die meisten davon wurden nach der „World Conference of Women“ ins Leben gerufen (vgl. Del Campo 2005, S. 1716).

Bildung

Die Bildungssysteme in Lateinamerika sind relativ ähnlich. Sie beginnen meist mit einer (fakultativen) Vorschule. Es schließt sich die Grundschule an (meist sechs Jahre), worauf eine weiterführende Schule folgt. Diese berechtigt dann, teilweise nach dem weiteren Besuch einer vorbereitenden Schule, zum Studium. Eine Selektion nach Leistung findet nicht statt.

Wichtiger ist hier der ökonomische Faktor. So ist die ärmere Bevölkerung meist nicht in der Lage, einen langen Schulbesuch zu finanzieren, ihre Kinder scheiden also früher aus dem Schulsystem aus.

Zu beachten ist auch die große Bedeutung privater Bildungsinstitutionen. Sie stehen nur Besserverdienenden offen und können aufgrund der besseren Finanzierung meist bessere Bildungsergebnisse erzielen.

10.2 Wohlfahrtslogik und Institutionen Brasiliens

Typ und Entwicklungstrend

Brasilien gehörte in Lateinamerika zu den Pionierländern der Sozialstaatlichkeit. Bereits in den 1920er Jahren gab es erste Ansätze sozialer Sicherung. Die Orientierung an dem Bismarck-System hat sich, zumindest im Rentensystem, bis heute gehalten. Die Höhe der Rente orientiert sich am vorherigen Einkommen, ist also vor allem Status-konservierend. Das Rentensystem unterliegt einer leichten Stratifizierung nach Berufsgruppen. Hinzu kommt eine Basisabsicherung auf geringem Niveau, die an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden ist. Im Gegensatz zu dem argentinischen oder chilenischen Rentensystem ist das brasilianische Rentensystem staatlich koordiniert und nicht nur durch den Marktmechanismus.

Das staatliche Gesundheitssystem wird, ebenso wie das Rentensystem, von Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. Es sieht gleiche Leistungen für alle bei einkommensabhängigen Beiträgen vor. Sowohl Rentensystem als auch Gesundheitssystem sind an die formale Erwerbstätigkeit gebunden. Ergänzt wird der staatliche Wohlfahrtssektor durch einen stark ausgebauten privaten Bereich.

In den letzten Jahren wurde besonders in die Basisabsicherung derjenigen investiert, die nicht formal beschäftigt waren und damit keinen Zugang zum Wohlfahrtssystem hatten. Diese Leistungen sind jedoch im Sinne des wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimes residual und an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden.

Brasilien ist katholisch geprägt und dementsprechend sind die Geschlechterrollen noch eher christlich traditionell. Insgesamt ist Brasilien also ein Mischtyp aus dem konservativen und dem wirtschaftsliberalen Modell. Unter der neuen Regierung (ab 2016) dürften die wirtschaftsliberalen Tendenzen verstärkt werden.

10.3 Das Performanzprofil Brasiliens

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz Brasiliens zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Brasilien gehörte zu den Pionierländern der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Lateinamerika, da es schon in den 1920er Jahren ein Sozialversicherungssystem Bismarck'scher Prägung einführte. Trotz Wechsel zur Diktatur und wieder zur Demokratie wurden die Sozialversicherungen allmählich ausgebaut, da sie als Instrument verstanden wurden, die Loyalität der Bevölkerung zu sichern.

Gemäß Barrientos (2004) entwickelte sich Brasilien nach der Militärdiktatur (1964-1985) unter der Regierung Cardoso (1995-2003) von einem konservativ-informellen Wohlfahrtsregime zu einem liberal-informellen Wohlfahrtsregime. Unter der Regierung Lula da Silva (2003-2010) und anschließend unter seiner Nachfolgerin Dilma Rouseff entwickelte sich Brasilien tendenziell zu einem liberal-sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime (vgl. Fischer/Leubolt 2012): Die Regierung Lula da Silva erhöhte die Mindestlöhne und reduzierte die Armutsquote deutlich durch Sozialtransfers an bedürftige Familien.

Tabelle 40-1: Das Performanzprofil Brasiliens

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Brasilien	-0,85	-1,24	1,36	0,02	-2,74	-0,85	-0,42	-2,12	-0,60
	35	40	4	20	42	31	35	43	34

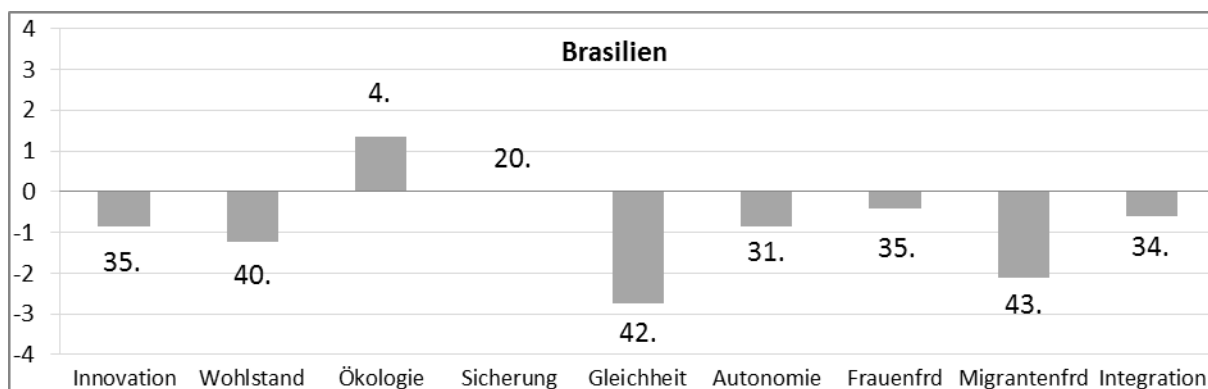
Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Brasilien liegt bei der Verbreitung der Internetnutzung und bei den wichtigen Patenten jeweils unter den letzten Zehn. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim durchschnittlichen Wohlstand hat Brasilien sich durch die Wirtschaftskrise 2014-2016 verschlechtert auf Platz 40 der betrachteten 43 Länder. Mit seinen sehr geringen Umweltbelastungen pro Einwohner liegt Brasilien auf dem dritten Platz (hinter Indien und China). Es hat z. B. sehr niedrige CO₂-Emissionen. Auch bei den Entlastungsbemühungen liegt Brasilien mit seinem sehr hohen Anteil regenerativer Energien mit vorn. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht Brasilien damit den guten vierten Platz.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates als Anteil des BIP liegt Brasilien etwa im internationalen Durchschnitt. Brasilien weist aber zusammen mit Südafrika die größte Einkommensungleichheit der betrachteten 43 Länder

auf. Die ungleiche Land- und Einkommensverteilung haben auch die Mitte-Links-Regierungen (seit 2003) noch nicht deutlich reduzieren können. Da Brasilien auch mit seinem hohen Anteil an Risikolesern zu den letzten Fünf gehört, rangiert es beim Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe bezüglich Bildung und Einkommen auf dem vorletzten Platz (nur noch gefolgt von Südafrika). Bei den gesamten Bildungsausgaben liegt Brasilien etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der durchschnittlichen Lesekompetenz gemäß PISA und beim Anteil der PISA-Spitze rangiert Brasilien jeweils unter den letzten Fünf. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie gehört Brasilien dann ebenfalls zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Wenn man die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Freiheit der Wahl der Lebensweise berücksichtigt, dann liegt Brasilien beim Gesamtindex der objektiven und subjektiven Autonomie im letzten Drittel der betrachteten Länder.

Abbildung 10-29: Das Performanzprofil Brasiliens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Brasilien ist katholisch geprägt, über zwei Drittel der Bevölkerung sind katholisch. Die Geschlechterrollen sind entsprechend traditionell und Frauen, insbesondere im Parlament (Rangplatz 42 von 43 Ländern), sehr schwach repräsentiert. Beim Studentinnenanteil zeichnet sich eine Verbesserung ab. Beim Frauenerwerbsquotienten und auch beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gehört Brasilien aber zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder.

Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Brasilien auf Platz 42 der betrachteten 43 Länder, nur noch gefolgt von China. Bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten im Bildungssystem gehört Brasilien zu den letzten Zehn. Beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit rangiert Brasilien damit ganz am Schluss der betrachteten 43 Länder.

Bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke liegt Brasilien etwa im internationalen Durchschnitt. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft

rangiert es im letzten Drittel. Durch die Wirtschaftskrise 2014-2016 hat Brasilien sich bei der ökonomischen Integration verschlechtert und gehört jetzt zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der sozialen Integration liegt Brasilien damit auch im letzten Drittel der betrachteten 43 Länder.

11. Einzelfallstudie zu Südafrika

Typ und Entwicklungstrend

Wegen des dünnen sozialen Netzes spielen die informellen Netzwerke bei der sozialen Absicherung eine große Rolle („informal security regime“) und auch in der Ökonomie gibt es einen großen informellen Sektor.

Südafrika hat sich zur Aufgabe gestellt, bestimmte sozial benachteiligte Gruppen bei der Wohlfahrt speziell zu berücksichtigen und zeigt so einen guten Ansatz in Hinblick auf eine soziale Umverteilung und größere soziale Gleichheit. Besonders die Altersrenten und das Kindergeld (CSG) stellen einen großen Anteil des Einkommens armer Haushalte dar. Trotzdem werden 30 % der sehr armen und 40 % der armen Haushalte von den Maßnahmen nicht erreicht, wenn es nämlich keine Kinder oder Rentner in den Haushalten gibt.

Im Bildungs- und Gesundheitsbereich gibt es große Qualitätsunterschiede zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor. Da mehr als 10 % der Bevölkerung HIV-positiv sind, hat eine unzureichende Gesundheitsfürsorge hier besonders fatale Implikationen.

Trotz der Umverteilungsbemühungen seitens der Regierung seit dem Ende der Apartheid sind immer noch sehr große soziale Unterschiede in der Bevölkerung vorhanden. Das dünne Netz sozialer Leistungen seitens des Staates hat es bisher nicht geschafft, diese zu überbrücken. Die Einkommensungleichheit ist immer noch die höchste unter allen betrachteten 43 Ländern, Armut und Kriminalität sind verbreitet.

Das Performanzprofil Südafrikas

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Performanz Südafrikas (vgl. Tabelle 11-1) zum Teil auf die Wohlfahrtslogik, die Leitvorstellungen der Politiken und die entsprechend ausgestalteten Institutionen zurückzuführen.

Die Wohlfahrtslogik Südafrikas ist dominiert von dem Ziel, die sozialen Unterschiede als Erbe der Apartheid mit der größten Einkommensungleichheit aller betrachteten 43 Länder und mit einem großen Bevölkerungsanteil in absoluter Armut – insbesondere auf dem Land – zu überwinden. Da die sozialen Sicherungssysteme aber noch nicht hinreichend mit Mitteln ausgestattet sind, ist die Mehrheit der Bevölkerung darauf verwiesen, ihre soziale Sicherung durch persönliche Beziehungsnetzwerke zu erreichen („informal security regime“).

Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung rangiert Südafrika insgesamt unter den letzten Fünf, beim Output dieser Investitionen in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der wichtigen Patente insgesamt ebenfalls. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt Südafrika damit auf dem drittletzten Platz (Indien liegt auf dem letzten Platz). Dementsprechend rangiert es beim durchschnittlichen Wohlstand an vorletzter Stelle, nur noch gefolgt von Indien. Die Umweltbelastungen liegen im internationalen Durchschnitt, aber bei den Entlastungsbemühungen rangiert Südafrika auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt von Russland, beide liegen bei der Energieeffizienz gemeinsam am Schluss, wohl weil die Rohstoffe so reichlich vorhanden sind. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit rangiert Südafrika dann unter den letzten Zehn.

Tabelle 11-5: Das Performanzprofil Südafrikas

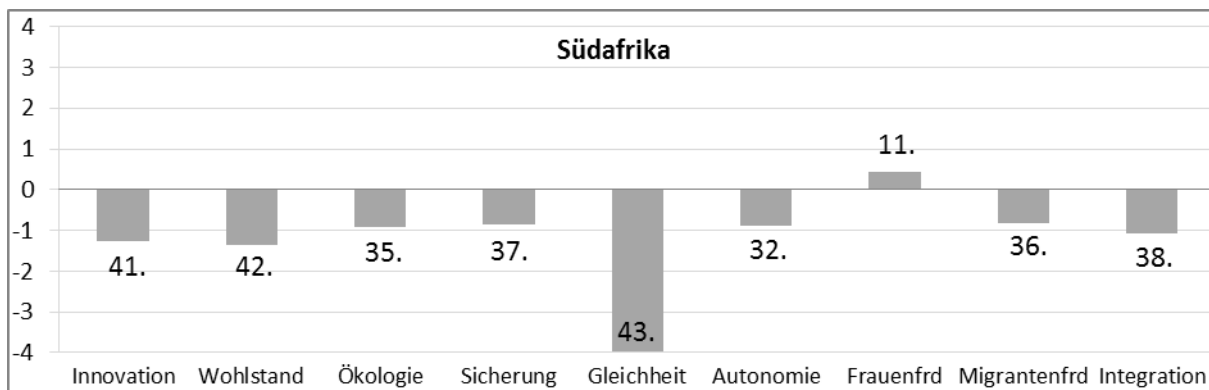
Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
Südafrika	-1,25	-1,36	-0,91	-0,86	-3,98	-0,89	0,45	-0,82	-1,08
	41	42	35	37	43	32	11	36	38

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall ist Südafrika Drittlletzter (vor China und Indien). Entsprechend weist Südafrika (gemeinsam mit Brasilien) die größte Einkommensungleichheit von allen betrachteten 43 Ländern auf. Die gesamten Bildungsausgaben zur Vorsorge liegen ungefähr im Durchschnitt. Beim gehobenen Niveau des Anteils tertiärer Abschlüsse rangiert Südafrika auf Platz 41 von 42 Ländern (nur noch gefolgt von China).

Frauen sind im Parlament und bei den Studierenden gut vertreten, aber beim Frauenerwerbsquotienten und beim Fraueneinkommensquotienten gehört Südafrika jeweils zum letzten Drittel. Bzgl. der Frauenfreundlichkeit ergibt sich für Südafrika also ein heterogenes Bild. Bei der Offenheit für Migranten zählt Südafrika zum letzten Drittel, bzgl. der Teilhabe der Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegen bei den einschlägigen Erhebungen keine Informationen vor. Die Informationsbasis zu diesem Problembereich ist zu begrenzt für weitergehende Aussagen. – Die Feindseligkeiten gegenüber Zuwanderern aus dem übrigen Afrika sind aber in dem Kontext großer Ungleichheit, Armut und Kriminalität schon mehrfach eskaliert.

Abbildung 11-30: Das Performanzprofil Südafrikas



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem und in den Arbeitsmarkt rangiert Südafrika insgesamt auf dem letzten Platz der betrachteten 43 Länder. Bei der Integration in der Zivilgesellschaft liegt es über dem Durchschnitt. Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke gehört Südafrika zum letzten Drittel; und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration.

12. Einzelfallstudien zu Asien: China und Indien

Mit je über einer Milliarde Menschen sind China und Indien die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde. Beide Länder gehören mit ihren hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten inzwischen zu den Aufsteigern im Weltwirtschaftssystem. Aber ihr Entwicklungsweg unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht.

China hat den Charakter einer Entwicklungsdiktatur, in der die Kommunistische Partei mit Fünfjahresplänen eine geordnete Modernisierung des Landes in Richtung hoher Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorantreibt, die zunächst auf niedrigen Lohnkosten beruhte. Durch eine bewusste Unterbewertung der eigenen Währung fördert China seine Exporte und ist inzwischen Exportweltmeister vor den USA und Deutschland. China ist seit 2010 hinter den USA und vor Japan die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Trotz kommunistisch-egalitärer Ideologie ist die soziale Ungleichheit in China enorm gewachsen. Die regionalen Disparitäten zwischen prosperierenden Industriestädten und rückständiger Landwirtschaft sind noch nicht bearbeitet. Die Systeme sozialer Sicherung sind rudimentär und bleiben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Aber der ökonomische Erfolg der dynamischen chinesischen Industrieunternehmen könnte die Basis bilden für einen weiteren Ausbau der sozialen Sicherungssysteme.

Indien liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter China zurück. Während China gemäß dem durchschnittlichen Wohlstand inzwischen bereits zum

Mittelfeld der Länder der Welt gehört, zählt Indien noch zu den letzten 30 %. Etwa 58 % der indischen Bevölkerung müssen von weniger als 3,10 US-Dollar pro Tag leben. Die sozialen Sicherungssysteme sind nur rudimentär vorhanden und vielfach nur Programm. Andererseits ist Indien die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt und weist eine freie Presse auf. Die Mechanismen der freien politischen Wahlen und der kritischen Berichterstattung bieten die Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme einzufordern. Der ökonomische Erfolg der indischen High-Tech-Dienstleistungsunternehmen könnte eine solche Entwicklung erleichtern.

12.1 Fallstudie zu China

Typ und Entwicklungstrend

Die Rolle des Staates ist bei der Wohlfahrtsproduktion außerhalb des abgesicherten städtischen Staatssektors residual. Traditionell ist die Schaffung sozialer Gerechtigkeit kein Ziel der chinesischen Sozialpolitik. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, politische Stabilität zu sichern. Die ökonomische Ungleichheit wurde als notwendig für steigende Effektivität angesehen. In den letzten Jahren erfolgte ein Umdenken bezüglich der sozialen Sicherungssysteme. Aber z.B. im Gesundheitsbereich ist der Anteil der Privatausgaben im internationalen Vergleich deutlich überdurchschnittlich.

Da die wirtschaftliche Dynamik eine stark steigende Ungleichheit, insbesondere zwischen Stadt und Land, zur Folge hat, führt dieses Gefälle in der ökonomischen und sozialen Versorgung angesichts der kommunistisch-egalitären Ideologie zu einem Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land. Der Ausbau der Sozialpolitik ist der nahe liegende Weg, diese Spannungen zu bearbeiten.

In der aktuellen Phase sollen gemäß den Regierungsplänen die Harmonie zwischen den sozialen Gruppen, die Harmonie mit der natürlichen Umwelt sowie zwischen ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen stärker berücksichtigt werden (vgl. Lin 2009).

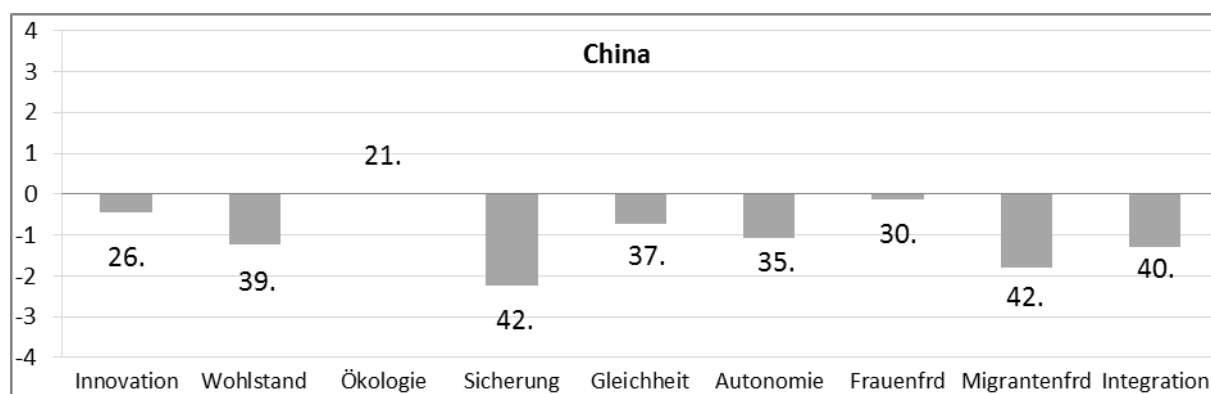
Die aktuelle Regierung unter Xi Jinping nennt als zentrale Herausforderungen die verbreitete Korruption und die wachsende soziale Ungleichheit zwischen den Wohlhabenden in den Großstädten und den Wanderarbeitern sowie der Landbevölkerung allgemein, ferner die Luftverschmutzung und die Umweltbelastungen generell.

Das Performanzprofil Chinas

China hat sich bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung verbessert und gehört jetzt zum ersten Drittel der Länder. China rangiert aber beim Output dieser Investitionen unter den letzten Zehn, weil die Internetnutzung auf dem Land noch wenig verbreitet ist, während China bei den wichtigen Patenten zum unteren Mittelfeld gehört. Damit liegt China beim Gesamtindex der Innovations-

fähigkeit auch im unteren Mittelfeld. Beim durchschnittlichen Wohlstand hat sich China verbessert auf Platz 39 der betrachteten 43 Länder, mit der höchsten Wachstumsrate von allen 43 Ländern befindet sich China in einem markanten ökonomischen Aufstieg. Mit seiner riesigen Bevölkerung erzielt China nach den USA und vor Japan das größte Bruttoinlandsprodukt. D. h. China ist eine wirtschaftliche Großmacht. Ferner hält China die größten Finanzreserven, was in der aktuellen Staatsschuldenkrise ein großer Machtfaktor ist. Als Kehrseite des relativ geringen Wohlstands sind auch die Umweltbelastungen *im Durchschnitt* relativ niedrig (*insbesondere wegen der großen Landbevölkerung*). Die Luftverschmutzung in den Großstädten und die Schadstoffbelastung in der Umgebung der Produktionsstätten sind allerdings sehr hoch. Die Entlastungsbemühungen rangieren nur unter den letzten Fünf. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt China damit etwa im internationalen Durchschnitt. Bei dieser Betrachtung pro Kopf muss man bedenken, dass angesichts der Bevölkerungsgröße jede Verbesserung des Niveaus natürlich von großer Bedeutung ist.

Abbildung 12-31: Das Performanzprofil Chinas



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall rangiert China an vorletzter Stelle (vor Indien). Mit seiner hohen Einkommensungleichheit zählt China zu den letzten Fünf. Angesichts der kommunistisch-egalitären Ideologie birgt dies eigentlich ein großes Spannungspotential. Aber ein hoher Anteil der Ungleichheit geht auf die räumlichen Disparitäten zwischen wohlhabenden Städten und armen Landregionen zurück. Für diesen Verteilungskonflikt kann also nicht so einfach mobilisiert werden. Dennoch würde ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme die wirtschaftliche und soziale Stabilität erhöhen. Zum Bildungssystem liegen zu wenige Informationen vor. Die anteiligen Bildungsausgaben sind insgesamt sehr gering. Der Anteil tertiärer Abschlüsse ist ebenfalls sehr niedrig. Aber bei den PISA-Untersuchungen zur durchschnittlichen Lesekompetenz in 2015 schneidet die frühere britische

Kolonie Hong Kong sehr gut ab, die frühere portugiesische Kolonie Macao liegt auch über dem Durchschnitt der Länder der PISA-Studie. Für den gesamten Flächenstaat liegen allerdings keine PISA-Evaluationen vor.

Bei der Vertretung von Frauen im Parlament liegt China im unteren Mittelfeld, beim Studentinnenanteil schlechter, beim Erwerbsquotienten sowie beim Einkommensquotienten besser. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert China damit etwa im unteren Mittelfeld. Bei der Aufnahme von Migranten rangiert China für das ganze Land mit am Schluss. Aber bei den PISA-Untersuchungen zur durchschnittlichen Lesekompetenz in 2015 schneidet die frühere britische Kolonie Hong Kong sehr gut ab, die frühere portugiesische Kolonie Macao liegt auch über dem Durchschnitt der Länder der PISA-Studie. Für die genauere Untersuchung dieses Problemfeldes wäre eine bessere Berichterstattung Chinas für das ganze Land erforderlich.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt gehört China zu den besten Fünf. Aber bei der Integration in der Zivilgesellschaft und bei der Integration in die persönlichen Beziehungsnetzwerke rangiert China jeweils unter den letzten Fünf. Auch beim Gesamtindex der sozialen Integration gehört China damit zu den letzten Fünf.

12.2 Fallstudie zu Indien

Typ und Entwicklungstrend

In Indien leben 21 % der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar (USD) pro Tag in strenger absoluter Armut und etwa 58 % der Bevölkerung in absoluter Armut mit weniger als 3,10 USD pro Tag (vgl. World Bank 2017 für 2011). Gleichzeitig gibt es in Indien weltweit die meisten Milliardäre und Millionäre.

Die Regierung hat in den vergangenen zehn Jahren die drängenden Probleme bei der sozialen Sicherung erkannt und mit einigen Maßnahmen versucht, dagegen zu steuern. Es ist jedoch klar ersichtlich, dass die bisherigen Versuche nicht ausreichen und eine umfassende Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme notwendig ist. Angesichts der schnell voran schreitenden Privatisierung der Wirtschaft stellt sich die Frage, wann die Privatisierung auch auf den Bereich der sozialen Sicherung übergreift und die Institutionen des indischen Wohlfahrtsstaats durch ein privates Versicherungssystem abgelöst werden. Die Entscheidung, in welche Richtung sich die soziale Sicherung in Indien bewegen soll, ist noch nicht getroffen.

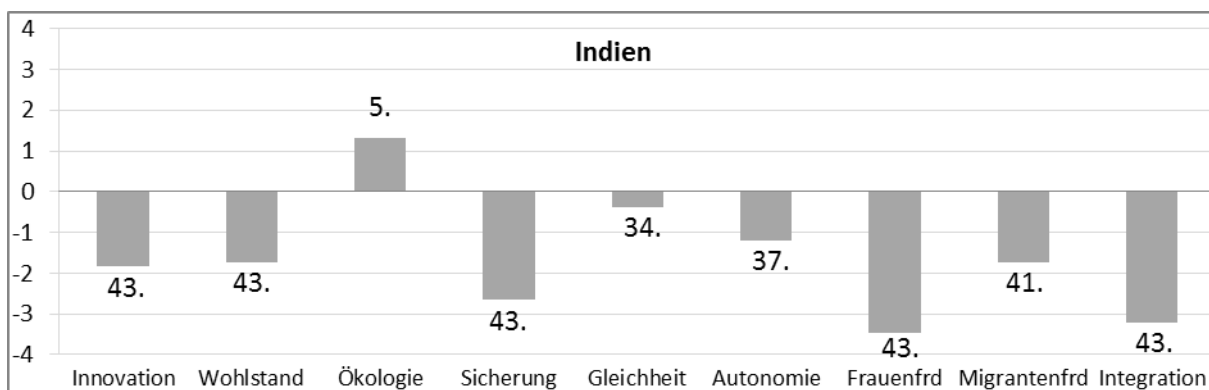
Insgesamt ist Indien dem Typ „informal security regime“ zuzuordnen, d. h. die privaten Netzwerke spielen noch eine zentrale Rolle für die soziale Sicherung. Die tatsächliche Umsetzung der Programme zur sozialen Sicherung und die

Erfolge müssen noch gesteigert werden. Die neue hindunationalistische Regierung (ab 2014) setzt ihre Priorität zunächst auf das Wirtschaftswachstum.

Das Performanzprofil Indiens

Indien rangiert bei den privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung unter den letzten Fünf sowie bei der Verbreitung der Internetnutzung und schließlich auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit auf dem letzten Platz der betrachteten Länder. Beim durchschnittlichen Wohlstand liegt Indien dann auch an letzter Stelle von allen 43 betrachteten Ländern und gehört im durchschnittlichen Lebensstandard zu den letzten 30 % der Staaten der Welt. Mit seiner Bevölkerung von über eine Milliarde Menschen erzielt Indien aber nach den USA, China, Japan, Deutschland, Großbritannien und Frankreich das siebtgrößte Sozialprodukt von allen Ländern der Welt (vgl. IMF für 2016). Ferner weist Indien nach China die zweithöchste Wachstumsrate unter den betrachteten 43 Ländern auf und hat u. a. starke Unternehmen in der Informationstechnologie. Insgesamt ist Indien trotz des niedrigen Lebensstandards eine aufstrebende Wirtschaftsmacht. Dem niedrigsten Wohlstand entsprechend belastet Indien die Umwelt von allen betrachteten Ländern mit Abstand am wenigsten. Bei den Entlastungsbemühungen liegt Indien am Anfang des letzten Drittels. Damit erreicht Indien beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den fünften Platz.

Abbildung 12-32: Das Performanzprofil Indiens



Angegeben sind die z-Werte und die Rangplätze bezogen auf die 43 betrachteten Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates für den Risikofall liegt Indien an letzter Stelle (hinter China). Mit seiner großen Einkommensungleichheit rangiert Indien unter den letzten Zehn. Dies ist insbesondere durch Stadt-Land-Disparitäten sowie Unterschiede nach Kasten und Schichten strukturiert. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben liegt Indien mit am Schluss. Insgesamt hat Indien einen hohen Reformbedarf im Bildungswesen und in den Systemen sozialer Sicherung.

Indien weist äußerst traditionelle Geschlechterrollen auf. Bei der Vertretung von Frauen im Parlament und beim Studentinnenanteil gehört Indien zu den letzten Fünf. Beim Erwerbsquotienten und beim Einkommensquotienten rangiert Indien jeweils auf dem letzten Platz. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Auf diesem Gebiet hat Indien dringenden Reformbedarf. Bei der Aufnahme von Migranten rangiert Indien mit am Schluss. Ansonsten liegen zur Migrantenfreundlichkeit zu wenige offizielle Informationen vor.

Bei der Integration in eine Erwerbsbeschäftigung gehört Indien zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder. Die Integration in der Zivilgesellschaft ist etwa durchschnittlich entwickelt. Bei der Integration in persönliche Beziehungsnetzwerke rangiert Indien mit am Schluss. Gemäß der sehr begrenzten Informationsbasis liegt Indien beim Gesamtindex der sozialen Integration damit ganz am Schluss.

Das positive Potential Indiens liegt neben seinen erfolgreichen High-Tech-Unternehmen in den Mechanismen der freien Presse und den politischen Wahlen in der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt. Dadurch könnten die erforderlichen Reformen im Bildungswesen und in den Systemen sozialer Sicherung im Laufe der Zeit schrittweise eingefordert werden.

12.3 Performanz von China und Indien

Beim Anteil der privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung gehört China inzwischen insgesamt zum ersten Drittel, bei den Ergebnissen aber insgesamt zum letzten Drittel. Beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit liegt China damit im unteren Mittelfeld. Indien rangiert bei den wichtigen Patenten hinter China und bei der Verbreitung der Internetnutzung sogar an letzter Stelle von allen betrachteten 43 Ländern. Letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Im durchschnittlichen Lebensstandard liegt China weltweit inzwischen im Mittelfeld, während Indien zu den letzten 30 % der Länder der Welt gehört. China liegt beim durchschnittlichen Wohlstand wegen seines starken Wachstums inzwischen vor Brasilien, Serbien, Südafrika und (ganz am Schluss) Indien. Indien erreicht dabei weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Wohlstands Chinas.

Dem relativ niedrigen Wohlstand entsprechend liegen Indien und China mit ihrer niedrigen Müllbelastung gemeinsam an der Spitze und bei den Umweltbelastungen insgesamt auf dem ersten bzw. zweiten Platz. Bei den erneuerbaren Energien liegt Indien im besten Drittel, während China bei den Entlastungsmaßnahmen insgesamt zehn Plätze hinter Indien rangiert. Beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit liegt Indien damit auf dem fünften Platz, während China beim Gesamtindex nur im Durchschnitt rangiert.

Bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates liegen China und Indien gemeinsam am Schluss der betrachteten 43 Länder. China weist eine etwas größere Einkommensungleichheit auf als Indien, beide gehören mit ihrer großen

Ungleichheit zu den letzten Zehn der betrachteten 43 Länder. Bei der Vorsorge durch öffentliche und private Bildungsausgaben rangieren China und Indien gemeinsam unter den letzten Fünf, die objektive Befähigung zur Autonomie wird also wenig gefördert.

Tabelle 12-6: Performanzprofile Chinas und Indiens

Land	Innovation	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Sicherung	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Frauenfreundlichkeit	Migrantenfreundlichkeit	Soziale Integration
China	-0,43	-1,23	0,04	-2,25	-0,72	-1,08	-0,13	-1,79	-1,30
	26	39	21	42	37	35	30	42	40
Indien	-1,84	-1,73	1,33	-2,65	-0,38	-1,21	-3,48	-1,73	-3,20
	43	43	5	43	34	37	43	41	43

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Bei der Teilhabe von Frauen an Bildung rangiert China im letzten Drittel, bei der Teilhabe an der Erwerbstätigkeit im ersten Drittel. Damit liegt China beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit etwa im unteren Mittelfeld. Indien gehört bei der Teilhabe von Frauen im Parlament und an Bildung jeweils zu den letzten Fünf, bei der Teilhabe an der Erwerbstätigkeit und am Erwerbseinkommen rangiert Indien jeweils auf dem letzten Platz. Beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit liegt Indien dann auch am Schluss von allen betrachteten 43 Ländern.

Bei der Aufnahme von Migranten gehört Indien zu den letzten Fünf und China rangiert ganz am Schluss der betrachteten 43 Länder. Für Aussagen zur Teilhabe der (wenigen) Migranten wäre eine bessere Berichterstattung Chinas und Indiens erforderlich.

Die Integration in den offiziellen Arbeitsmarkt gelingt in China deutlich besser als in Indien. Bei der Teilhabe in der Zivilgesellschaft rangiert China andererseits an letzter Stelle der betrachteten Länder. Beim Gesamtindex der sozialen Integration gehören China und Indien zu den letzten Fünf der betrachteten 43 Länder.

Insgesamt zeigt sich, dass China und Indien zwar aufstrebende ökonomische Großmächte sind, aber gemäß den gesellschaftlich wünschenswerten Zielen noch weit hinter den Modellen guten Lebens in den entwickelten Wohlfahrtsregimen Skandinaviens, Mitteleuropas und der angelsächsischen Länder zurückliegen.

13. Ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen

Nach meiner Einschätzung ist der Ansatz der Wohlfahrtsregime, bei dem die Logiken der Institutionen zur Produktion und Verteilung von Wohlfahrt untersucht werden, besonders geeignet, um die Performanz bzgl. Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen partiell zu erklären. Andererseits weisen die einzelnen Länder natürlich gleichzeitig, wie gerade dargestellt, Unterschiede und eigenständige Profile bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele und der Qualität der Lebensbedingungen in den untersuchten Zieldimensionen auf.

Das beste Reformprogramm bestände darin, die gesellschaftliche Entwicklung als Lernprozess zu organisieren. In Erweiterung des Human Development Report der UN, der zwar möglichst viele Nationen berücksichtigt, sich dafür aber auf – für stärker entwickelte Länder – relativ grobe Indikatoren beschränkt, sollte die Messung und der Vergleich der Wohlfahrt der Nationen auf eine solch breite Liste von gesellschaftlich wünschenswerten Zielen und Qualitätskriterien erweitert werden, wie ich sie hier für ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung vorgeschlagen habe, das in einem Lernprozess selbst natürlich auch kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte.

Literaturverzeichnis

Abrahamson, Peter: The end of the Scandinavian model? Welfare reforms in the Nordic countries. Paper presented at the ESA-conference in Murcia. 2003.

Adler, Frank: Der DDR-Realsozialismus und sein Ende (Strukturen – Erosion – Zusammenbruch). In: Dieter Holtmann (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991: Schallwig, S. 30-53.

Aidukaite, Jolanta: Die Entwicklung in der post-sowjetischen Ära: Das litauische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 403-422.

Aidukaite, Jolanta: The Transformation of Welfare Systems in the Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania. In: Cerami, Alfio/ Vanhuysse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 96-111.

Alber, Florian: Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 25. Potsdam 2006.

Alber, Jens: Sozialstaat und Arbeitsmarkt. In: Leviathan 28, 2000, S. 535-569.

Alber, Jens: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? In: Berliner Journal für Soziologie 12, 2002, S. 5-35.

Allardt, Erik: Having, loving, being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York/ Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.

Allmendinger, Jutta: Educational Systems and Labor Market Outcomes. In: European Sociological Review 5, 1989, S. 231-250.

Allmendinger, Jutta: Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 50, 1999, S. 35-50.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the Welfare State: the four Worlds of Competence Production. In: Journal of European Social Policy 13, 2003, S. 63-81.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Bildungsarmut. Zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Bildung. In: Opielka, Michael (Hg.): Bildungsreform als Sozialreform. Wiesbaden 2005: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45-60.

Allmendinger, Jutta/ Nicolai, Rita.: Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt 61, 2010, S. 105-119.

Amable, Bruno: *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford 2003: Oxford University Press.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten: *Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States*. In: *European Sociological Review* 17, 2001, S. 337-356.

Arts, Will/ Gelissen, John: *Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter?* In: *Acta Sociologica* 44, 2001, S. 283-299.

Aspalter, Christian/ Jinsoo, Kim, Sojeung, Park: *Analysing the Welfare State in Poland, the Czech Republic, Hungary and Slovenia: An ideal-typical Perspective*. In: *Social Policy and Administration* 43, No. 2. 2009, S. 170-185.

Aust, Andreas: *Irland. "Angebotskorporatistische" Modernisierung*. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hg.): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich*. Opladen 1997: Leske & Budrich, S. 247-279.

Autengruber, Christian: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre*. Stuttgart 2006.

Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*, Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baranowska, Anna: *Poland*. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 269-294.

Barr, Nicholas: *Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe*. Washington D.C. 2005: The World Bank.

Barreto, Mauricio L./ Aquino, Rosana: *Recent Positive Developments in the Brazilian Health System*. In: *American Journal of Public Health*, Vol. 99 Issue 1. 2009.

Barrientos, Armando: *Latin America: Towards a liberal-informal Welfare Regime*. In: Gough, Ian et al. (Hg.): *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts*. Cambridge 2004: Cambridge University Press.

Bartlett, Will: *The Western Balkans*. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 201-218.

Bauman, Zygmunt: *Moderne und Ambivalenz: Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg 1992: Junius.

Baum-Ceisig, Alexandra/ Busch, Klaus/ Hacker, Björn/ Nospickel, Claudia: *Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und*

Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden 2008: Nomos.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baumol, William: Macroeconomics of unbalanced Growth. In: American Economic Review 57, 1967, S. 415-426.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten. Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne. Frankfurt a. M. 1994: Suhrkamp.

Beckmann-Dierkes, Norbert/ Fuhrmann, Johann C.: Einwanderungsland Norwegen. Demografische Trends und politische Konzepte. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsinformationen. Ausgabe 2/ 2011, S. 39-51.

Béland, Daniel/ Howard, Christopher/ Morgan, Kimberly J. (Hg.): The Oxford Handbook of U.S. Social Policy. Oxford 2014: Oxford University Press.

Berger, Johannes: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan 24, 1996, S. 51-62.

Berger, Manuel: Neuseelands Wirtschaftsreform seit 1984. Darstellung und Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes. Sinzheim 2000: Pro Universitate Verlag.

Berger, Peter A.: Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel. Opladen 1986: Westdeutscher Verlag.

Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M. 2006: Campus.

Berger, Peter A./ Vester, Michael (Hg.): Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Berger, Tanja/ Dorsch, Pamela: Geschlechterpolitische Situation in Estland. Europäische Geschlechterpolitiken – EU-Ländervergleich. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung, 2007.

Bertanou, Fabio M.: Pensions and gender in Latin America. Where do we stand in the Southern Cone? In: Gender Issues, Volume 23. 2006, S. 6-31.

Beyer, Jürgen: Vom Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft - Systemtransformation als Governance-Problem. In: Benz, A./ Lütz., S. Schimank, U./ Simonis, G. (Hg.): Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus. Wiesbaden 2006: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-165.

- Blome, Agnes: Das Werden einer Wende. Einstellungen, Parteienwettbewerb und Familienpolitik im Wandel (1990-2008). In: WZB-Mitteilungen Nr. 143, März 2014, S. 6-9.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. (Diverse Jahre).
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Sozial-Kompass Europa. Soziale Sicherheit in Europa im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank (diverse Jahre).
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung): Berufsbildungsbericht. (Diverse Jahre).
- Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: Neoliberalism, embedded neoliberalism and neocorporatism: Towards transnational Capitalism in Central-Eastern Europe. In: *West European Politics*, 2007a, S. 443-466.
- Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: The State, Internationalization and Capitalist Diversity in Eastern Europe. In: *Competition and Change*, 11(2), 2007b.
- Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*. Ithaca/ London 2012: Cornell University Press.
- Boje, Thomas P./ Almqvist, Anna-Lena: Citizenship, family policy and women's patterns. In: Boje, Thomas P./ Leira, Arnlaug (Hg.): *Gender, welfare state and the market. Towards a new division of labour*. London 2000: Routledge, S. 41-70.
- Bonoli, Giuliano: Classifying Welfare States: A Two-dimensional Approach. In: *Journal of Social Policy* 26, 1997, S. 351-372.
- Bonoli, Giuliano: Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Europe. In: *European Societies* 2 (4), 2000, S. 431-452.
- Bonoli, Giuliano: Switzerland. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1385-1388.
- Bonoli, Giuliano/ Natali, David (Hg.): *The New Welfare State in Europe*. Oxford 2012: Oxford University Press.
- Bornschiefer, Volker: *Western Society in Transition*. New Brunswick (USA) und London (UK) 1996: Transaction Publishers.
- Bornschiefer, Volker: *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*. Frankfurt a. M. 1998: Campus.
- Bornschiefer, Volker: *Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen*. Zürich 2002: Loreto.
- Bosch, Gerhard: Auf dem Weg zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis? – Veränderung von Erwerbsverläufen und ihre sozialstaatliche Absicherung. In:

- Gottschall, Karin/ Pfau-Effinger, Birgit (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Opladen 2002: Leske und Budrich, S. 107-134.
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M. 1982: Suhrkamp.
- Bozalek, Vivienne: South Africa. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 1329 – 1333.
- Bozkurt, Emine: Bericht über die Rolle der Frauen in der Türkei im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments. Brüssel 2005.
- Brook, Anne-Marie/ Whitehouse, Edward: The Turkish Pension System: Further Reforms to Help Solve the Informality Problem. OECD: Social, Employment and Migration Working Papers No. 44, Paris 2006.
- Brooks, Clem/ Nieuwbeerta, Paul/ Manza, Jeff: Cleavage-based voting behavior in cross-national perspective: Evidence from six postwar democracies. In: Social Science Research 35, 2006, S. 88-128.
- Buchen, Clemens: Estonia and Slovenia as Antipodes. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Bukodi, Erzsébet/ Róbert, Péter: Hungary. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 183-212.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland u.a. (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Bonn 2008: Fischer Verlag.
- Busemeyer, Marius R./ Nicolai, Rita: Education. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford handbook of the welfare state. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 494 – 508.
- Cantillon, Bea/ Marx, Ive: Auf der Suche nach einem Weg aus der 'Wohlfahrt ohne Arbeit': Das belgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-87.
- Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot.
- Castles, Francis G.: Needs-Based Strategies of Social Protection in Australia and New Zealand. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.), Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies. Sage: London 1996, S. 88-115.
- Castles, Francis G.: Comparative Public Policy. Patterns of post-war Transformation. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.

- Castles, Francis G.: The English-Speaking Countries. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 630-642.
- Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press.
- Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.
- Castles, Francis G./ Uhr, John: The Australian Welfare State: Has Federalism Made a Difference? In: Australian Journal of Politics and History 53, 2007, S. 96-117.
- Cerami, Alfio: Welfare State Developments in the Russian Federation: Oil-Led Social Policy and the 'Russian Miracle'. In: Social Policy and Administration 43, No. 2, 2009, S. 105-120.
- Cerami, Alfio: The Politics of Social Security Reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 233-253.
- Cerami, Alfio/ Stanescu, Simona: Welfare State Transformations in Bulgaria and Romania. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 112-126.
- Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.
- Cerami, Alfio/ Wagué, Aïchetou: Africa. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 252-259.
- Chlon, Agnieszka/ Góra, Marek/ Lubyova, Martina/ Thompson, Lawrence H.: Pension Reform in the Slovak Republic. Background and Options: Can lessons be drawn from other transition countries? Labour Market and Social Policy, Occasional Papers N° 54, OECD Paris 2001.
- Cho, Hyekyung: Vom langen Marsch zum großen Sprung? China zwischen Rekordwachstum und Massenarmut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1. 2006.
- Choi, Young Jun: End of the Era of Productivist Welfare Capitalism? Diverging Welfare Regimes in East Asia. In: Asian Journal of Social Science 40, 2012, S. 275-294.

Choluj, Bozena: Zum Stand der Gleichstellungspolitik in Polen, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 2009.

Clark, Terry N./ Lipset, Seymour M.: Are social classes dying? In: *International Sociology* 8, 1991, S. 397-410.

Clegg, Daniel: Central European Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 161-170.

Connell, Robert W.: *Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics*. Cambridge 1987: Polity Press.

Cook, Linda: *Postcommunist Welfare States: Reform Politics in Russia and Eastern Europe*. Ithaca, NY 2007a: Cornell University Press.

Cook, Linda: Negotiating Welfare in Postcommunist States. In: *Comparative Politics* 40, 2007b, S. 41-62.

Cook, Linda J.: Eastern Europe and Russia. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010, S. 671 – 686.

Costa, Sérgio: Das politische System Brasiliens. In: Stüwe, Klaus/ Rinke, Stefan (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden 2008: VS, S. 114-137.

Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a Gender friendly Approach. In: Sainsbury, Diane (Hg.): *Gendering Welfare States*. London 1994: Sage, S. 101-117.

Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): *Welfare and work in the open economy*. Oxford 2000a: Oxford University Press, Band II, S. 467-510.

Daly, Mary: *The Gender Division of Welfare*. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.

Daly, Mary: Ireland. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 689-694.

Daly, Mary/ Lewis, Jane: The Concept of Social Care and the Analysis of Contemporary Welfare States. In: *British Journal of Sociology* 51, 2000, S. 281-298.

Davidova, Nadia: Poverty in Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): *Poverty and Social Exclusion in the New Russia*. 2004: Aldershot, S. 63-94.

Davidova, Nadia: Russian Federation. In: Fitzpatrick, Tony et al. et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1163-1167.

- Davidova, Nadia/ Manning, Nick: Russia: State Socialism to Marketized Welfare. In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 190-209.
- Davidova, Nadia/ Tikhonova, Nataliya: Gender, poverty and social exclusion in contemporary Russia. In: Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot, S. 174-196.
- Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare. London 1997: Sage.
- Deacon, Bob: Global Social Policy and Governance. London 2007: Sage.
- Debiel, Tobias/ Wulf, Herbert: Indiens BRICS-Politik: Unentschlossen im Club. In: APuZ 50-51/ 2013, S. 30-35.
- Del Campo, Esther: Women and Politics in Latin America: Perspectives and Limits of the Institutional Aspects of Women's Political Representation. In: Social Forces, Vol. 83. 2005, S. 1697-1725.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin): 25 Jahre Mauerfall. In: DIW Wochenbericht Nr. 40. Berlin 2014.
- Dieringer, Jürgen: Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29-30, Bundeszentrale für politische Bildung. 2009, S. 6-11.
- Diefenbach, Heike: Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden 2007: VS.
- Dingeldey, Irene: Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“. Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. In: Berliner Journal für Soziologie 17, 2007, S. 189-209.
- Dingeldey, Irene: Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik. In: APuZ 48, 2010, S. 18-25.
- Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): Die Bildungssysteme Europas. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren.
- Dohrmann, Jona Aravind: Frauen und Recht in Indien. In: Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Draguhn, Werner (Hg.) Institut für Asienkunde. Hamburg 2002, S. 97-122.
- Döhrn, Roland/ Heilemann, Ulrich/ Schäfer, Günter: Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? Zum dänischen „Beschäftigungswunder“. In: Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 269-290.

- Drahokoupil, Jan: *Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment*. London 2008: Routledge.
- Drahokoupil, Jan/ Myant, Martin: *Varieties of Capitalism, Varieties of Vulnerabilities: Financial Crises and its Impact on Welfare States in Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States*. In: *Historical Social Research* 35, No. 2, 2010, S. 266-295.
- Dullien, Sebastian/ Schwarzer, Daniela: *Die Zukunft der Eurozone nach der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Schutzschirm*. In: *Leviathan* 38, 2010, S. 509 – 532.
- Ebbinghaus, Bernhard/ Manow, Philip (Hg.): *Comparing Welfare Capitalism: Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA*. London 2001: Routledge.
- Eckert, Florian: *Systemtransformation in Osteuropa*. In: Eckert, Florian (Hg.): *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*, Wiesbaden 2008: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ellingsæter, Anne Lise: *Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Internationale Politikanalyse*, April 2012.
- Ellingsæter, Anne Lise/ Leira, Arnlaug: *Familienpolitische Reformen in Skandinavien: Gleichberechtigung der Geschlechter und Wahlfreiheit der Eltern*. In: *WSI-Mitteilungen* 60, 2007, S. 546-553.
- Enderlein, Henrik: *Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick*. In: *APuZ* 43, 2010, S. 7 – 12.
- Ernst, Angelika: *A Segmented Welfare State: The Japanese Approach*. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Heft 138. 1982, S. 546-564.
- Esping-Andersen, Gøsta: *The three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge 1990: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta: *Three post-industrial Employment Regimes*. In: *International Journal of Sociology* 21, 1991, S. 149-188.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Changing classes. Stratification and Mobility in post-industrial Societies*. London, 1993: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London 1996: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta: *Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.
- Esping-Andersen, Gøsta: *Social Foundations of post-industrial Economies*. Oxford 1999a: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Politics without class? Postindustrial cleavages in Europe and America. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 293-316.

Esping-Andersen, Gøsta: *The incomplete revolution*. New York 2009: Wiley.

Esping-Andersen, Gøsta: Welfare regimes and social stratification. In: *Journal of European Social Policy* 25, 2015. S. 124-134.

Esping-Andersen, Gøsta et al.: *Why we need a new Welfare State*. Oxford 2002: Oxford University Press.

Esterházy, Yvonne: Großbritannien und die Folgen der Finanzkrise. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49, 2010. S. 40-46.

Europäische Gemeinschaften (Hg.): Eurostat. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

European Commission: *Innovation Union Scoreboard*. (Diverse Jahre).

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: *European Quality of Life Survey (EQLS)*. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat: *Datenbank* (diverse Jahre).

Eurostat: *Statistics by Themes: Population and Social Conditions*. (Diverse Jahre).

EU-SILC: *European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)*. (Diverse Jahre).

Fagnani, Jeanne: France. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 498-503.

Farnsworth, Kevin/ Irving, Zoë: Fiscal crisis, financial crisis, and the great recession. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S.307-318.

Faust, Jörg/ Lauth, Hans Joachim/ Muno, Wolfgang: *Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien*. In: Croissant, Aurel/ Erdmann, Gero/ Rüb, Friedbert W. (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien*. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Feiguine, Grigory: *Rentenreform in Russland – heutiger Stand und Entwicklungsperspektiven im internationalen Vergleich*. Frankfurt/ Main 2006: Johann Wolfgang Goethe-Universität Working Papers Series: Finance & Accounting.

Ferge, Zsuzsa: Hungary. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 615-618.

- Ferge, Zsuzsa/ Tausz, Katalin: Social Security in Hungary: A Balance Sheet after twelve Years. In: *Social Policy and Administration* 36, No. 2. 2002, S. 176-199.
- Ferner, Anthony/ Hyman, Richard: *Changing Industrial Relations in Europe*. Malden (Massachusetts) 1998: Blackwell Publishers.
- Ferrera, Maurizio: The "Southern Model" of Welfare in Social Europe. In: *Journal of European Social Policy* 6, 1996, S. 17-37.
- Ferrera, Maurizio (Hg.): *Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece*. London 2005: Routledge.
- Ferrera, Maurizio: The South European Countries. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 616-629.
- Fiala, Petr/ Mareš, Miroslav: Nach der Reform ist vor der Reform: Das tschechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-126.
- Fink, Marcel/ Tálos, Emmerich: Flexibilisierung von Erwerbsarbeit – Defizite sozialstaatlicher Absicherung. In: Kronauer, Martin/ Sinne, Gudrun (Hg.): *Flexicurity – Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. Berlin 2005: Edition Sigma. S. 385-419.
- Firebaugh, Glenn: Die neue Geografie der Einkommensverteilung der Welt. In: Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hg.): *Mehr Risiken – mehr Ungleichheit?: Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen*. Frankfurt 2003: Campus, S. 363-388.
- Firebaugh, Glenn/ Goesling, Brian: Accounting for the recent Decline in Global Income Inequality. In: *American Journal of Sociology* 110, 2004, S. 283-312.
- Fischer, Karin/ Leubolt, Bernhard: Auf dem Weg zu mehr Gleichheit? Sozialpolitik in Brasilien und Chile nach dem „Linksruck“. In: *Momentum – Zeitschrift für Sozialen Fortschritt* 1(1), 2012, S.45-56.
- Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge.
- Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 1977, S. 707-772.
- Förster, Christian/ Schmid, Josef/ Trick, Nicolas: *Die nordischen Länder: Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*. Wiesbaden 2014: Springer Verlag.
- Fourastié, Jean: *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Paris 1963: Gallimard.

- Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.
- Friedrich, Stefanie: Der Einfluss der postsozialistischen Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen in Serbien. In: GENDER-Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. Band 2, 2010, Heft 3, S. 28-39.
- Friedrichs, Jürgen (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Fuchs, Susanne/ Offe, Claus: Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States. In: Rumford, Chris (Hg.): The Sage Handbook of European Studies. London 2009: Sage.
- Gabanyi, Anneli Ute: Das politische System Rumäniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 627-675.
- Gal, John: Is there an extended family of Mediterranean welfare states? In: Journal of European Social Policy 20 (4), 2010, S.283-300.
- Gallouj, Camal/ Gallouj, Karim: Auf Kurs Richtung liberal-residualer Wohlfahrtsstaat? Das französische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207-238.
- Gallup: World Poll. (Diverse Jahre).
- Gangl, Markus: Beschäftigungschancen von Arbeitslosen im internationalen Vergleich. In: APuZ 16, 2005, S. 33-38.
- Garfinkel, Irwin/ Rainwater, Lee/ Smeeding, Timothy (Hg.): Wealth and Welfare States. Is America a Laggard or Leader? Oxford 2010: Oxford University Press.
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2014⁷: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gey, Peter: Gebildet, benachteiligt, ein Kind: Frauen in Südkorea. Friedrich-Ebert-Stiftung. Seoul 2005.
- Giddens, Anthony: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Glatzer, Wolfgang (Hg.): Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Frankfurt a. M./ New York 1992: Campus.
- Glatzer, Wolfgang/ Habich, Roland/ Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich.

- Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: *The real Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge 1999: Cambridge University Press.
- Görl, Tilo: *Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Untersuchung*. Baden-Baden 2007: Nomos.
- Götting, Ulrike: *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz*. Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Gottschlich, Pierre: Indien. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Gieler, Wolfgang/ Bellers, Jürgen (Hg.): *Handbuch Sozialpolitiken der Welt*. Berlin 2013: LIT Verlag, S. 225-229.
- Gough, Ian: Welfare regimes in development contexts: a global and regional analysis. In: Gough, Ian et al.: *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts*. Cambridge 2004: Cambridge University Press, S. 15-48.
- Gough, Ian/ Wood, Geoffrey D./ Barrientos, Armando/ Bevan, Philippa/ Davis, Peter/ Room, Graham: *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts*. Cambridge 2004: Cambridge University Press.
- Government of India, Ministry of Health and Family Welfare: *National Health Accounts India*. New Delhi 2009.
- Government of India, Planning Commission: *Report of the Working Group on Social Security*. New Delhi 9.9.2010.
- Green-Pedersen, Christoffer/ Klitgaard, Michael Baggesen: Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-168.
- Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge.
- Groot, Wim/ Pavlova, Milena: Bulgaria. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 81-83.
- Grütjen, Daniel: *Die türkische Sozialpolitik im Wandel - Herausforderungen und Reformen*, Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung Fokus Türkei Nr. 11. Istanbul 2008.
- Guillén, Ana: Defrosting the Spanish Welfare State: The Weight of Conservative Components. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S.183-206.

- Haggard, Stephan/ Kaufman, Robert R.: *Development, Democracy and Welfare States. Latin America, East Asia and Eastern Europe*. 2008: Princeton University Press.
- Hall, Peter A.: *Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain*. In: *Comparative Politics* 25 (3), 1993, S. 275-296.
- Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W.: „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie – eine empirische Analyse. In: *Berliner Journal für Soziologie* 14, 2004, S. 5-32.
- Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): *Varieties of Capitalism. The institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001: Oxford University Press.
- Haller, Max: *Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie*. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 13, 1988, S. 5-19.
- Haller, Max: *Ethnic Stratification and Economic Inequality around the world. The End of Exploitation and Exclusion?* Farnham 2015: Ashgate.
- Hans, Silke: *Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare*. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 21. Potsdam 2004.
- Hansen, Lars: *The Division of Labour in post-industrial Societies*. Göteborg University 2001.
- Harrison, Bennett/ Bluestone, Barry: *The Great U-Turn*. New York 1988: Basic Books.
- Hauser, Richard: *Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung*. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 181-197.
- Häusermann, Silja: *Reform Opportunities in a Bismarckian Latecomer: Restructuring the Swiss Welfare State*. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press, S. 207-231.
- Häusermann, Silja: *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*. Cambridge 2010b: Cambridge University Press.
- Häusermann, Silja: *The politics of Old and New Social Policies*. In: Bonoli, Giuliano/ Natali, David (Hg.): *The New Welfare State in Europe*. Oxford 2012: Oxford University Press, S. 111-132.
- Havrylyshyn, Oleh: *Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few?* Basingstoke 2006: Palgrave Macmillan.

- Heclo, Hugh: *Modern Social Politics in Britain and Sweden*. New Haven 1974: Yale University Press.
- Heintz, Bettina: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. In: *ZfS* 39 (3), 2010, S. 162-181.
- Heintz, Bettina: Bewerten und vermessen. Die verborgenen Mechanismen des Vergleichs. Abendvorlesung auf dem 37. Kongress der DGS. Trier 07.10.2014.
- Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat*. Opladen 1999: Leske + Budrich.
- Heitzmann, Karin/ Österle, August: Austria. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 50-55.
- Heitzmann, Karin/ Österle, August: Lange Traditionen und neue Herausforderungen: Das österreichische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47-69.
- Hemerijck, Anton: *In Search of a New Welfare State*. Oxford 2010: Oxford University Press.
- Hemerijck, Anton/ Marx, Ive: Continental Welfare at a Crossroads: The Choice between Activation and Minimum Income Protection in Belgium and the Netherlands. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 129-155.
- Henman, Paul: Australia. In: Tony Fitzpatrick et al.: *International Encyclopedia of Social Policy*. Routledge: London 2006, S. 44-50.
- Hinrichs, Karl: A Social Insurance State Withers Away. Welfare State Reforms in Germany – Or: Attempts to Turn Around in a Cul-de-Sac. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 45-71.
- Hofäcker, Dirk: Typen europäischer Familienpolitik – Vehikel oder Hemmnis für das „adult worker model“? In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004: VS., S. 257-284.
- Hoffmann, Antonia/ von Below, Andreas: Lettland: Dunkle Wolken über der Wirtschaft? – Inflation und Leistungsbilanzdefizit gefährden den Baltischen Tigerstaat. Konrad Adenauer Stiftung, 2007.
- Holliday, Ian: Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: *Political Studies* 48, 2000, S. 706-723.
- Holtmann, Dieter: Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. – Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In: Derselbe

(Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig.

Holtmann, Dieter: Rezension von Volker Borschier. Westliche Gesellschaft im Wandel. In: KZfSS 43, 1991b, S. 582-584.

Holtmann, Dieter: Variations of Welfare Capitalism after the Decline of State Socialism: Bargaining Societies on the Basis of Value Orientations and Resources of Action. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 10. Potsdam 2000.

Holtmann, Dieter: Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 26. Potsdam 2006.

Holtmann, Dieter: Deskriptiv- und inferenzstatistische Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2009⁶: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Grundlegende multivariate Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2010³: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfreundlichkeit und Gleichheit der Teilhabe, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2014: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im internationalen Vergleich. 43 Länder-Fallstudien. Aachen 2015: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter: Zum Wandel von Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Gleichheit der Teilhabe und Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfreundlichkeit, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2017: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter: The wealth and welfare of nations in change. Prosperity versus environmental sustainability, innovation versus social security, equality of participation versus womenfriendliness and migrant-friendliness, social integration versus autonomy in international comparison. Aachen 2017: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Mutz, Michael/ Alber, Florian u.a.: Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Potsdam 2006: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Buchheister, Claudia/ Görl, Tilo/ Mutz, Michael/ Schuster, Anne u.a.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Potsdam 2012⁷: Universitätsverlag.

- Holtmann, Dieter mit Weiß, Katharina/ Hirsland, Aline-Sophia u.a.: Die Wohlfahrt der Nationen: 40 Länder-Fallstudien zu den Institutionen und ihrer Performanz. Aachen 2012: Shaker Verlag.
- Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT.
- Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Comparing Class Structures and Class Consciousness in Western Societies. In: *International Journal of Sociology* 19, 1989, S. 1-27.
- Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen. In: *Schweizer Zeitschrift für Soziologie* 16, 1990, S. 79-106.
- Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Hort, Sven O. E.: Sklerose oder ständig in Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 525-547.
- Hort, Sven E.O./ Kuhnle, Stein: The Coming of East and South East Asian Welfare States. In: *Journal of European Social Policy* 10 (2), London 2000.
- Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan: Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 31-47.
- Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2006²: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hryniewicz, Jozefina: Poland. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1005-1009.
- Huber, Evelyne: Options for Social Policy in Latin America. Neoliberal versus Social Democratic Models. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies*. London 1996: Sage.
- Information Office of the State Council of the People's Republic of China: *Gender Equality and Women's Development in China*. Beijing 2005.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe. In: *American Political Science Review* 4, 1971, S. 991-1017.
- Inglehart, Ronald: *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt/ New York 1989: Campus.

Inglehart, Ronald: Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt a. M./ New York 1998: Campus.

Inglot, Tomasz: Welfare States in East Central Europe, 1919 – 2004. Cambridge 2008: Cambridge University Press.

Inglot, Tomasz: Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia: Adaptation and Reform of the Post-Communist 'Emergency Welfare States'. In: Cerami, Alfi/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 73-95.

Innovation Union Scoreboard (European Commission). (Diverse Jahre).

Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Genf 2007: IPCC.

International Labour Organization (ILO): Global Extension of Social Security (GESS). Genf 2009: ILO.

International Labour Organization (ILO): Maternity at Work. A review of national legislation. Findings from the ILO Database of Conditions of Work and Employment Laws. Genf 2010².

International Labour Organization (ILO): NATLEX-Database (insbes.: social security). Genf (diverse Jahre): ILO.

International Monetary Fund (IMF): Country Information Page. (Länderberichte; diverse Jahre).

International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook. Database (diverse Jahre).

International Social Security Association (ISSA): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

International Social Survey Programme (ISSP). (Diverse Jahre). Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

Inter-Parliamentary Union: Datenbank (diverse Jahre).

Ioannou, Christina/ Shekeris, Anthos I./ Panayiotopoulos, Christos: Sozialpolitik im Schatten der Nationalen Frage: Das zyprische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89-108.

ISSA (International Social Security Association): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/> (Diverse Jahre).

- Isin, Engin/ Wood, Patricia: *Citizenship and Identity*. London 1999: Sage.
- Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ivančič, Angela: *Slovenia*. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 353-377.
- Iversen, Torben: *Capitalism, Democracy, and Welfare*. Cambridge 2005: Cambridge University Press.
- Jessoula, Matteo/ Alti, Tiziana: *Italy: An Uncompleted Departure from Bismarck*. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 157-181.
- Jochem, Sven: *Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: Deutschland im internationalen Vergleich*. Berlin 2009: LIT.
- Jochem, Sven: *Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells*. In: *Leviathan* 38, 2010, S. 227-249.
- Jochem, Sven: *Die politischen Systeme Skandinaviens*. Wiesbaden 2012: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kahl, Thede/ Metzeltin, Michael/ Ungureanu, Mihai-Razvan (Hg.): *Rumänien. Raum und Bevölkerung, Geschichte und Geschichtsbilder, Kultur, Gesellschaft und Politik heute, Wirtschaft, Recht und Verfassung, historische Regionen, Teilband 2, 2. Auflage*. Wien 2008.
- Kangas, Olli/ Kvist, Jon: *Nordic Welfare States*. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 148-160.
- Kangas, Olli/ Saari, Julio: *Krisenbewältigung mit Langzeitfolgen? Der finnische Wohlfahrtsstaat*. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-262.
- Kannan, K. P./ Pillai, N. Vijayamohanan: *Social Security in India: The Long Lane Treaded and the Longer Road Ahead Towards Universalization*. Centre for Development Studies. Kerala 2007.
- Kaufmann, Franz-Xaver: *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver: *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*. Opladen 2002: Leske + Budrich.
- Kautto, Mikko: *The Nordic Countries*. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010, S. 586-600.

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Flexicurity. In: Kronauer, Martin/ Sinne, Gudrun (Hg.): Flexicurity – Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin 2005: Edition Sigma, S. 127-147.

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Formen, Verbreitung, soziale Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27, 2009, S. 40-46.

Keman, Hans: Belgium. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 59-65.

Kerschen, Nicole: Entwicklungspfade von den Ursprüngen hin zu Europa: Das luxemburgische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 379-401.

Keune, Maarten: EU Enlargement and Social Standards: Exporting the European Social Model. Brüssel 2008: ETUI-REHS.

Kim, Won-Sub: Sozialpolitik unter der „Regierung des Volkes“. 2003: Koreaverband e.V.

King, Lawrence P./ Szelényi, Iván: Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, Neil J./ Swedberg, Richard (Hg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton 2005: Princeton University Press, S. 205-229.

Kipke, Rüdiger: Das politische Regime der Slowakei. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317-356.

Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: Loch, Dietmar/ Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt 2001, S. 418-442.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D. (Hg.): Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.

Klages, Helmut: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29/ 2001, S. 7-14.

Klages, Helmut: Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung. Frankfurt 2002: Campus.

Klages, Helmut/ Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer 1999: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.

Klein, Axel: Das politische System Japans. Bonn 2006: Bier'sche Verlagsanstalt.

Klein, Markus/ Pötschke, Manuela: Gibt es einen Wertewandel hin zum „reinen“ Postmaterialismus? In: Zeitschrift für Soziologie 29, 2000, S. 202-216 und Zeitschrift für Soziologie 30, 2001, S. 485-493.

Klenner, Christina/ Hašková, Hana: Variationen des Zweiverdienermodells: Müttererwerbstätigkeit im tschechisch-deutschen Vergleich. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193-228.

Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kluve, Jochen: The effectiveness of European active labor market programs. In: Labour Economics 17, 2010, S. 904-918.

Kneuer, Marianne: Die Demokratisierung der Slowakei. Interne und externe Faktoren. In: Böhmer, Jule/ Viëtor, Marcel (Hg.), Osteuropa heute. Entwicklungen - Gemeinsamkeiten – Unterschiede. Hamburg 2007: LIT-Verlag.

Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press.

Kohl, Jürgen: Wohlfahrtsstaatliche Regimetyphen im Vergleich. In: Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen 1999: Leske + Budrich, S. 321-336.

Kolarič, Zinka/ Kopač, Anja/ Rakar, Tatjana: Schrittweise Reformierung statt ‚Schocktherapie‘: Das slowenische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 569-593.

Körösényi, András/ Fodor, Gábor G./ Dieringer, Jürgen: Das politische System Ungarns. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 357-417.

Korosteleva, Julia: Belarus: Heading toward State Capitalism? In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 221-238.

- Korpi, Walter: Economic Growth and the Welfare State: Leaky Bucket or Irrigation System? In: *European Sociological Review* 1, 1985, S. 97-118.
- Kosonen, Pekka: Finland. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 471-476.
- Košta, Ján/ Bednárík, Rastislav: Slovakia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 323-351.
- Kostova, Dobrinka: Bulgaria. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 97-122.
- Köther, Eun Sook: *Die Sozialpolitik in Südkorea seit der Wirtschaftskrise 1997*. Hg.: Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 14. Düsseldorf 2000.
- Krizkova, Alena/ Nagy, Beata/ Kanjuo Mrcela, Aleksandra (2009): Geschlechterspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien. In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten*. Wiesbaden 2009: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 337-372.
- Kusá, Zuzana/ Gerbery, Daniel: Europeanization of Slovak social policy. *Social Policy in Europe: Changing Paradigms in an enlarging Europe?* ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.
- Kušić, Siniša: Kroatiens Weg in die EU. In: *APuZ* 17/ 2013, S. 8-14.
- Kuznesof, Elisabeth A.: The House, the Street, Global Society. Latin American Families and Childhood in the Twenty-First Century. In: *Journal of Social History*, Vol. 38. 2005, S. 859-872.
- Kuznets, Simon S.: Economic Growth and Income Inequality. In: *American Economic Review* 45, 1955, S. 1-28.
- Kwon, Huck-Ju: Korea, South. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 731-734.
- Kwon, Huck-Ju: Korea: Rescaling the Developmental Welfare State? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): *International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World*. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 231-246.
- Kwon, Soonman: *Wirtschaftskrise und soziale Entwicklungen in Südkorea*. 1999: Koreaverband e.V.
- Kwon, Soonman/ Holliday, Ian: The Korean welfare state: a paradox of expansion in an era of globalisation and economic crisis. In: *International Journal of Social Welfare* 16, 2007, S. 242-248.

- Kyogoku, Takanobu: *Social Security in Japan*. National Institute of Population and Social Security Research. Tokio 2007.
- Lagerspetz, Mikko/ Maier, Konrad: *Das politische System Estlands*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-121.
- Lane, David: *Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism?* In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 13-39.
- Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Lee, Kevin K.: *Population Composition and Poverty Rankings*. In: Derselbe (Hg.): *Urban Poverty in Canada: A Statistical Profile*. Canadian Council on Social Development (CCSD): Kanata 2000, Chapter 5, S. 79-90.
- Leibfried, Stephan: *Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC*. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): *Social Policy in a Changing Europe*. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.
- Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara: *Care: Actors, Relationships and Contexts*. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte (Hg.): *Contested Concepts in Gender and Social Politics*. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.
- Leitner, Sigrid: *Varieties of Familialism – the Caring Function of the Family in Comparative Perspective*. In: *European Societies* 5, 2003, S. 353-375.
- Lessenich, Stephan: *Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld 2008: Transkript.
- Lewis, Jane: *Gender and the Development of Welfare Regimes*. In: *Journal of European Social Policy* 2, 1992, S. 159-173.
- Lewis, Jane (Hg.): *Women and Social Policies in Europe. Work, Family and the State*. Aldershot 1993: Edward Elgar.
- Lewis, Jane: *Gender and welfare state change*. In: *European Societies* 4, 2002, S. 331-357.
- Lewis, Jane: *Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“*. In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004: VS., S. 62-84.
- Lewis, Jane/ Ilona Ostner: *Gender and the Evolution of European Social Policies*. Bremen 1994: ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/ 94.
- Li, Bingqin: *Welfare state changes in China since 1949*. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 222-231.

- Lin, Ka: China: The Art of State and Social Policy Remodelling. In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2009²: Palgrave, S. 247-266.
- Lipinsky, Astrid: Frauenrechte in China. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Internationales, 1.10.2009.
- Lloyd-Sherlock, Peter: Inequality and social policy in Latin America. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 232-241.
- Lødemel, Ivar/ Trickey, Heather: 'An Offer you can't refuse' – Workfare in International Perspective. Bristol (UK) 2000: The Policy Press.
- Lukšič, Igor: Das politische System Sloweniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 729-772.
- Luleva, Ana: Wie trägt die informelle Ökonomie zur Geschlechtergleichheit in Bulgarien bei? In: Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229-248.
- Lunt, Neil: New Zealand. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 921-27.
- Maddison, Angus: Monitoring the World Economy 1820-1992. Paris 1995: OECD.
- Manning, Nick/ Davidova, Nadia: Russia: Revolution or Evolution? In: Alcock, Pete/ Craig, Gary (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke 2001: Palgrave, S. 203-220.
- Manning, Nick/ Tikhonova, Nataliya (Hg.): Poverty and Social Exclusion in the New Russia. 2004: Aldershot.
- Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/ New York 1992: Campus.
- Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit. New York 1954. Olten 1978²: Walter.
- Matsaganis, Manos: The welfare state and the crisis: the case of Greece. In: Journal of European Social Policy 21(5), 2011, S.501-512.
- Mau, Steffen/ Verwiebe, Roland: European Societies. Mapping structure and change. Bristol 2010: The Policy Press.
- McCashin, Anthony/ Judy O'Shea: Unter Modernisierungsdruck: Das irische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.):

- Europäische Wohlfahrtssysteme. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-378.
- Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 135-157.
- Merkel, Wolfgang: Is capitalism compatible with democracy? In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8, 2014, S.109-128.
- Mesa-Lago, Carmelo: Social Security in Latin America: Pressure Groups, Stratification and Inequality. Pittsburgh 1978: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America. Pittsburgh 1989: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: Reassembling social security. A survey of pensions and health care reforms in Latin America. Oxford 2008: Oxford University Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: World Crisis Effects on Social Security in Latin America and the Caribbean: Lessons and Policies. London 2010: Institute for the Study of the Americas.
- Meulemann, Heiner: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. München, Weinheim 1996: Juventa.
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Meyer, Hendrik/ Wientzek, Olaf: Neoliberales Schreckgespenst oder Vorbild Mitteleuropas? Das slowakische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 549-567.
- Migrant Integration Policy Index (MIPEX). Brüssel (diverse Jahre).
- Miller, Max/ Soeffner, Hans-Georg (ed.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1996: Suhrkamp.
- Mitton, Lavinia: Vermarktlichung zwischen Thatcher und New Labour: Das britische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263-284.
- Mocanu, Christina: Romania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 295-321.
- Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 419-478.

- Morel, Nathalie/ Palier, Bruno/ Palme, Joakim (Hg.): Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges. Bristol (UK) 2012: Policy Press.
- Mudhoon, Loay: Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39 – 40, 2009, S. 27-32.
- Mukherji, Joydeep: Economic Growth and India's Future. In: Occasional Paper Number 26, Center for the Advanced Study of India. Philadelphia 2006: University of Pennsylvania.
- Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Dieselben (Hg.): *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 7-49.
- Müller, Harald/ Rauch, Carsten: Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht. In: *APuZ* 22, 2008, S. 7-13.
- Müller, Klaus/ Schmidt, Rudi: Von der griechischen zur europäischen Krise. In: *Prokla* 159, 2010, S. 277 – 300.
- Müller, Walter: Klassenstruktur und Parteisystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: *KZfSS* 50, 1998, S. 3-46 und *KZfSS* 52, 2000, S. 790-795.
- Münch-Heubner, Peter L.: Der Umbau des Sozialstaates. Das australische Modell als Vorbild für Europa? In: *Aktuelle Analysen*, Heft 43. München 2006: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Mutz, Michael: Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 27. Potsdam 2006.
- Myant, Martin: The Czech Republic: From 'Czech' Capitalism to 'European' Capitalism. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 105-123.
- Myant, Martin/ Drahekoupil, Jan: *Transition Economies. Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia*. USA 2011: Wiley.
- Myant, Martin/ Smith, Simon: Czech Trade Unions in Comparative Perspective. In: *European Journal of Industrial Relations*, 1999, S. 265-285.
- Myles, John: When Markets Fail. Social Welfare in Canada and the United States. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies*. London 1996: Sage, S. 116-140.
- Myles, John: The inequality surge. Changes in the family life course are the main cause. In: *Inroads: The Canadian Journal of Opinion* 26, 2010, S. 66-73.

Nagler, Jörg: Gesellschaftsstruktur und -politik der USA. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung, Bd. 268. Bonn 2004.

Natali, David: Rekalibrierung von Sozialprogrammen und Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik: Das italienische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333-353.

Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York/ Oxford 1993: Oxford University Press.

Obinger, Herbert: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. In: Leviathan 40 (3), 2012, S. 441-461.

Obinger, Herbert/ Tálos, Emmerich: Janus-Faced Developments in a Prototypical Bismarckian Welfare State: Welfare Reforms in Austria since the 1970s. In: Palier, Bruno (Hg.): A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe. Amsterdam 2010: Amsterdam University Press, S. 101-128.

Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.

OECD: Education at a glance. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Employment outlook. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Factbook. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: International Migration Outlook: SOPEMI (diverse Jahre): OECD.

OECD: PISA 2000, PISA 2003, PISA 2006, PISA 2009, PISA 2012, PISA 2015. Paris: OECD.

OECD: Society at a Glance. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: www.oecd-ilibrary.org (Daten für verschiedene Jahre).

Offe, Claus: Epilogue: Lessons learnt and open questions. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 237-247.

Óhidy, Andrea: Das ungarische Bildungssystem. In: Óhidy, Andrea/ Terhart, Ewald/ Zsolnai, József: Lehrerbild und Lehrerbildung. Praxis und Perspektiven der Lehrerausbildung in Deutschland und Ungarn. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67-94.

- Oliver, Michael: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Olson, Mancur: *The Rise and Decline of Nations*. New Haven 1982: Yale University Press.
- Orenstein, Mitchell A.: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Orloff, Ann Shola: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: *ASR* 58, 1993, S. 303-328.
- Osten, Manfred: Chinas Konfuzius-Offensive - Eine Herausforderung für die Wissensgesellschaft des Westens. In: *Die politische Meinung*, Nr. 464. 2008, S. 41-46.
- Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36-37, 1995a, S. 3-12.
- Ostner, Ilona: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): *Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch für Arbeit und Technik*. Bonn 1995b: J.H.W.Dietz.
- Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.
- Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): *Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung*. Münster 2001: LIT, S. 319-334.
- Pace, Charles: Linker Wein in rechten Schläuchen? Das Wohlfahrtssystem Maltas. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 444-463.
- Palekic, Marko/ Radeka, Igor/ Zekanovic, Nenad: Kroatien. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): *Die Bildungssysteme Europas*. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren, S.353-368.
- Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press.
- Palier, Bruno: Continental Western Europe. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010b, S. 601-615.
- Palier, Bruno: The Dualizations of the French Welfare System. In: Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010c: Amsterdam University Press, S. 73-99.

- Palier, Bruno: Growth and Welfare in Global Capitalism (Anke Hassel/ Bruno Palier). Paper presented at the ESPAnet conference in Lisboa, September 2017.
- Palme, Joakim/ Fritzell, Johan/ Bergmark, Åke: Das Ende der Gleichheit? Der schwedische Wohlfahrtsstaat nach der Krise. In: WSI-Mitteilungen 62, 2009, S. 46-51.
- Papatheodorou, Christos: Verspätete Entwicklung der sozialen Sicherung: Das griechische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-310.
- Peng, Ito/ Wong, Joseph: East Asia. In: Castles, Francis G. et al. (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S.656-670.
- Pereirinha, José António/ Arcanjo, Mannek/ Nunes, Francisco: Von einem korporativen Regime zu einem europäischen Wohlfahrtsstaat: Das portugiesische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 483-501.
- Petmesidou, Maria: Southern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 183-192.
- Pfau-Effinger, Birgit: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: KZfSS 48, 1996, S. 462-492.
- Pfau-Effinger, Birgit: Arbeitsmarkt und Familiendynamik in Europa - Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In: B. Geissler/ F. Maier/ B. Pfau-Effinger (Hg.): FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theoriebildung. Berlin 1998 Edition Sigma, S. 177-194.
- Pfau-Effinger, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen 2000: Leske + Budrich.
- Pierson, Paul: The New Politics of the Welfare State. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/ 95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.
- Pierson, Paul: Coping with permanent Austerity. Welfare State restructuring in affluent Democracies. In: Derselbe (Hg.): The new Politics of the Welfare State. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.
- Pierson, Paul: Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis. Princeton, NJ 2004: Princeton University Press.
- Porter, Michael E.: Nationale Wettbewerbsvorteile. München 1991: Droemersch Verlagsgesellschaft.
- Prenzel, Manfred/ Baumert, Jürgen/ Blum, Werner u.a.: PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster 2004: Waxmann.

- Putnam, Robert D.: Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy* 6, 1995, S. 65-78.
- Putnam, Robert D. (Hg.): *Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*. Oxford 2002: University Press.
- Quiroga Stöllger, Yesko: Brasilien: Sozialer Fortschritt, demokratische Unruhe und internationaler Gestaltungsanspruch. In: *APuZ* 50-51/ 2013, S. 1-24.
- Rajevska, Feliciana: Vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsmix: Das lettische Wohlfahrtssystem nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 423-442.
- Ramesh, M./ Asher, Mukul G.: *Welfare Capitalism in Southeast Asia. Social Security, Health and Education Policies*. New York 2000.
- Rawls, John: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Rawls, John: *Politischer Liberalismus*. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.
- Reich, Robert B.: *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien*. Frankfurt 1993: Ullstein.
- Rennkamp, Britta: Außenpolitik und gesellschaftliche Entwicklung in Südafrika und Brasilien. In: *APuZ* 50-51/ 2013, S. 41-46.
- Research Institute of Organic Agriculture (FiBL): *Organic agricultural land and share of total agricultural land*. 5070 Frick (Schweiz). (Diverse Jahre).
- Rhodes, Martin: *The Political Economy of Social Pacts*. In: Pierson, Paul (Hg.): *The new Politics of the Welfare State*. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 184-86.
- Riedel, Sabine: *Das politische System Bulgariens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 677-728.
- Ristić, Irena: *Das politische System Serbiens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 897-941.
- Roemer, John E.: *Analytical Foundations of Marxian Economic Theory*, Cambridge 1981: Cambridge University Press.
- Roemer, John E.: *A General Theory of Exploitation and Class*. Cambridge 1982: Harvard University Press.
- Roemer, John E.: *Unequal Exchange, Labor Migration and International Capital Flows: A theoretical Synthesis*. In: Desai, P. (Hg.): *Marxism, Central Planning and the Soviet Economy*, Cambridge 1983: MIT Press, S. 34-62.
- Roemer, John E.: *Should Marxists be Interested in Exploitation?* In: Derselbe (Hg.): *Analytical Marxism*. Cambridge 1986: Cambridge University Press.

- Roemer, John E.: *Free to Lose. An Introduction to Marxist Economic Philosophy*. London 1988: Hutchinson.
- Roemer, John E.: *Visions of Capitalism and Socialism*. In: *Socialist Review* 19, 1989, S. 93-100.
- Rogall, Holger: *Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und ökologische Ökonomie*. Berlin 2000: Duncker & Humblot.
- Rokkan, Stein: *Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas*. In: *ZfS* 9(2), 1980, S. 118-128.
- Roy, Arun S.: *United Kingdom*. In: Tony Fitzpatrick et al.: *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1456-1461.
- Rudolph, B., Klement, C. (2006): *Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess. Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Ungarn und Tschechien*. IAB Forschungsbericht 13/ 2006.
- Saar, Ellu/ Lindemann, Kristina: *Estonia*. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 151-181.
- Sachs, Wolfgang: *Ohne Ökologie keine transnationale Gerechtigkeit*. In: *POLIS* 1/ 2004, S. 13-15.
- Sainsbury, Diane (Hg.): *Gendering Welfare States*. London 1994: Sage.
- Sainsbury, Diane: *Gender, Equality, and Welfare States*. Cambridge 1996: Cambridge University Press.
- Sauer, Michael: *Serbien*. In: Porsche-Ludwig, Markus/ Bellers, Jürgen/ Gieler, Wolfgang (Hg.): *Handbuch Europäischer Sozialpolitiken*. Münster 2014: LIT Verlag, S. 186-193.
- Saxonberg, Steven: *Eastern Europe*. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 171-182.
- Saxonberg, S./ Sirovátka, T. *Neo-Liberalism by Decay? The Evolution of the Czech Welfare State*. In: *Social Policy & Administration* 4, No. 2, 2009, S. 186-203.
- Scharpf, Fritz W.: *Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities*. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): *Welfare and Work in the open Economy*. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.
- Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): *Welfare and Work in the open Economy*. Oxford 2000: Oxford University Press.

Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M./ New York 2002: Campus.

Schmid, Josef: Das deutsche soziale Sicherungssystem: Das Bismarck-Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010a: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-146.

Schmid, Josef: Das soziale Sicherungssystem in Großbritannien: Zwischen Kollektivismus und Liberalismus. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010b: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-202.

Schmid, Josef: Das System sozialer Sicherung in Dänemark: Ein kleiner skandinavischer Wohlfahrtsstaat. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010c: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147-160.

Schmid, Josef: Der französische Wohlfahrtsstaat: Ein abgeschwächt konservatives Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010d: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-184.

Schmid, Josef: Der niederländische Wohlfahrtsstaat: vom passiven zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat? In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010e: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-221.

Schmid, Josef: Schweden: Der Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates im Wandel. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010f: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 222-241.

Schmid, Josef: Soziale Sicherheit in Spanien: Langsamer Ausbau eines rudimentären Wohlfahrtsstaates. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010g: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 242-258.

Schmid, Josef/ Amos, Karin/ Schrader, Josef/ Thiel, Ansgar (Hg.) Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen Baden-Baden 2011: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmidt, Manfred G./ Ostheim, Tobias/ Siegel, Nico A./ Zohlhöfer, Reimund (Hg.): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden 2007: VS-Verlag.

Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-170.

Schmucker, Rolf: Großbritannien: Das Ende der „konservativen Revolution“? In: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich. Opladen 1997: Leske + Budrich, S. 55-88.

Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften.

Scott, Menard: A Research Note on International Comparisons of Inequality of Income. In: Social Fores 64, 1986, S. 778-793.

Seeleib-Kaiser, Martin: Japan. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006a: Routledge, S. 709-713.

Seeleib-Kaiser, Martin: United States of America. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006b: Routledge, S. 1464 -1469.

Segura-Ubiergo, Alex: The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy and Development. Cambridge 2007: Cambridge University Press.

Sen, Amartya: Capability and well-being. In: Nussbaum, Martha C./ Derselbe: The Quality of Life. New York/ Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.

Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Shambaugh, Jay C: The Euro`s Three Crises. Georgetown University. 2012.

Shang, Xiaoyuan: China. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 147-152.

Siaroff, Alan: Work, Welfare and Gender Equality: A New Typology. In: Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 82-100.

Siemienska, Renata/ Domaradzka, Anna: Transformation mit Schwierigkeiten: Das polnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 503-524.

- Simões, Solange/ Matos, Marlise: Modern Ideas, Traditional Behaviors, and the Persistence of Gender Inequality in Brazil. In: *International Journal of Sociology*, Vol. 38. 2008, S. 94-110.
- Solga, Heike: Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hg.): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden 2007: VS, S. 395-432.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- Sozen, Suleyman: Turkey. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1424-1427.
- Spicker, Paul: Liberal Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 193-201.
- SSPTW: Social Security Programs Throughout the World (Hg.: U.S. Social Security Administration). Washington, D.C. (diverse Jahre).
- Standing, Guy: Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of slipping anchors and torn Safety Nets. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London 1996: Sage, S. 225-255.
- Stanek, Vojtech/ Husáková, Mária/ Ošková, Silvia: Transformation of Social Policy in the Slovak Republic. ESPAnet Conference 2007, 20-22 September 2007, Vienna.
- Staroske, Uwe/ Wiegand-Kottisch, Maren/ Wohlgemuth, Karl (Hg.): *Innovation als Schlüsselfaktor eines erfolgreichen Innovationssystems im globalen Wettbewerb*. Münster/ Hamburg/ London 2000: LIT Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): *Datenreport*. Bonn (diverse Jahre): Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steinbach, Udo (Hg.): *Länderbericht Türkei*. Bonn 2012: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steindorff, Ludwig: Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens. In: *APuZ* 17/ 2013, S.15-22.
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare states in transition. National adaptations in global economies*. London 1996: Sage, S. 32-65.
- Stergiou, Andreas: Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften. In: *APuZ* 12/ 2009, S.28-33.
- Stiglitz, Joseph E.: *Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft*. München 2010: Siedler.

- Straková, Jana: Czech Republik. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 123-149.
- Stubbs, Paul/ Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Deacon, Bob/ Stubbs, Paul (Hg.): Social Policy and International Interventions in South East Europe. Cheltenham 2007: Edward Elgar, S. 85-102.
- Sülzer, Rolf: Social Security in India – A System in the Making. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (Hg.): The Social and Ecological Market Economy – A Model for Asian Development? Eschborn 2008: GTZ.
- Svallfors, Stefan: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. In: European Sociological Review 13, 1997, S. 283-304.
- Szelewa, Dorota/ Polakowski, Michal: Who Cares? Patterns of Care in Central and Eastern Europe. In: Journal of European Social Policy 18, 2008, S. 115-131.
- Szikra, Dorottya/ Tomka, Bela: Social Policy in East Central Europe: Major Trends in the 20th Century. In: Cerami, Alfio/ Vanhuysse, Pieter (Hg.): Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.
- Taljunaite, Meilute: Lithuania. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe. Bristol 2008: Policy Press, S. 241-267.
- Tauber, Joachim: Das politische System Litauens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171-208.
- Tausz, Katalin: Vom Staatssozialismus zum Wohlfahrtshybrid: Das ungarische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 311-331.
- Tavora, Isabel: The southern European social model: familialism and the high rates of female employment in Portugal. In: Journal of European Social Policy 22(1), 2012, S.63-76.
- Taylor-Gooby, Peter/ Leruth, Benjamin/ Chung; Heejung: After Austerity. Welfare State Transformation in Europe after the Great Recession. Oxford 2017: Oxford University Press
- The Economist (Intelligence Unit): Demokratieindex. London u.a. (diverse Jahre).

- Trampusch, Christine: The welfare state and trade unions in Switzerland: an historical reconstruction of the shift from a liberal to a post-liberal welfare regime. In: *Journal of European Social Policy* 20 (1), 2010, S. 58-73.
- Trapenciene, Ilze: Latvia. In: Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press, S. 213-240.
- Trumm, Avo/ Ainsaar, Mare: Zwischen Marginalität und Universalismus: Das estnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-205.
- U.S. Census Bureau: *Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States 2009*, September 2010.
- U.S. Energy Information Administration: "Energy intensity using PPP" (diverse Jahre).
- U.S. Social Security Administration: *Social Security Programs Throughout the World (SSPTW)*. Washington, D.C. (diverse Jahre).
- Uckardesler, Emre: Turkey's Changing Social Policy Landscape. In: *Turkish Policy Quarterly* 13 (4), 2015, S. 149-161.
- UN Data: Datenbank (diverse Jahre).
- UNESCO: Datenbank (diverse Jahre).
- United Nations (UN): *Demographic Yearbook*. New York (diverse Jahre): United Nations.
- United Nations (UN): *Millennium Development Goals Indicators*.
- United Nations Development Programme (UNDP): *Human Development Report (HDR) 1990 ff.*; Datenbank (diverse Jahre). New York.
- Van Oorschot, Wim: Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-482.
- Van Vliet, Olaf/ Caminada, Koen: *Unemployment replacement rates dataset among 34 welfare states, 1971-2009*. Neujobs Special Report No. 2, Januar 2012. Leiden 2012: Leiden University.
- Vobruba, Georg: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt a. M./ New York 2003: Campus.
- Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275-315.

- Vogel, Claudia: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam 2000.
- Wærness, Kari: Norway. In: Fitzpatrick, Tony et al. (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 936-940.
- Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: European University Institute.
- Ward Schofield, Janet/ Alexander, Kira et al.: Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Berlin 2006: WZB.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1980⁵: Mohr.
- Weber, Max: Die protestantische Ethik. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 2 Bände. Gütersloh 1982/ 84: Bertelsmann.
- Weber, Max: Der Sozialismus. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen 1988²: Mohr, S. 492-518.
- Weber, Steffen: Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 5. Potsdam 1998.
- Weede, Erich: Legitimacy, Democracy and Comparative Economic Growth Reconsidered. In: European Sociological Review 12, 1996, S. 217-225.
- Wegener, Bernd: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 269-283.
- Wilensky, Harold L.: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley 1975: University of California Press.
- Wilson, Jeanne: China's Transformation toward Capitalism. In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.), Varieties of Capitalism in Post-Socialist Countries. Hampshire (UK) 2006: Palgrave, S. 239-257.
- Wood, Geof: Informal Security Regimes: The Strength of Relationships. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.
- World Bank: World Development Indicators. Washington D.C. (diverse Jahre): The World Bank.
- World Bank: Growth, Poverty and Inequality: Eastern Europe and the Former Soviet Union. Washington, DC, 2005: World Bank.
- World Bank: Global Safety Nets. Washington, DC, 2009: World Bank.

World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future. Oxford 1987: Oxford University Press.

World Nuclear Association: Nuclear share figures (diverse Jahre).

Wright, Margaret M: Canada. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 89-94.

Youssef, Mona: Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 9. Potsdam 2000.

Zakošek, Nenad/ Maršić, Tomislav: Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 773-837.

Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, 1996, S. 63-77.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS); International Social Survey Programme (ISSP). Köln (diverse Jahre): Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA).

Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-273.

Ziliak, James P. (Hg.): Welfare Reform and Its Long-Term Consequences for America's Poor. Cambridge 2009: Cambridge University Press.

Zrinščak, Siniša: Croatia. In: Tony Fitzpatrick et al.: International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge, S. 245-247.

Zuberi, Dan: Differences That Matter. Social Policy and the Working Poor in the United States and Canada. Ithaca/ London 2006: Cornell University Press.